

Staat, Zivilgesellschaft und NGOs in Südkorea

Inauguraldissertation

Zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität
zu Frankfurt am Main

Vorgelegt von

Chung-Hye Kim
aus Seoul, Südkorea

1. Gutachter: Prof. Dr. Joachim Hirsch
 2. Gutachter: Pro. Dr. Christoph Görg
- Tag der mündlichen Prüfung: 17.12.2008

Inhaltverzeichnis

Verzeichnis der Tabellen	5
Danksagung	6
Einleitung	7
Teil 1:	
Theoretische Ansätze	
1. Zum Begriff von NGOs	16
2. NGO und Transformation des Staaten(system)s	23
2.1. Grundkonzeptionen materialistischer Staatstheorie	24
2.2. Die Transformation des Nationalstaats oder Kapitalismus	30
2.2.1 Übergang vom Fordismus zum Postfordismus: Veränderung von Staatlichkeit	31
3. NGOs und Zivilgesellschaft	39
3.1. Begrifflichkeit der Zivilgesellschaft	42
3.2. NGOs und internationale Zivilgesellschaft	50
4. NGOs und Demokratie	53
Teil 2:	
Staat, Zivilgesellschaft und NGOs in Südkorea	56
5. Kurzer Überblick über den Industrialisierungsprozeß und autoritären Staat	60
6. Neoliberales Globalisierung und peripherer Kapitalismus in Südkorea	74
6.1. Die Bedeutung der neoliberalen Globalisierung für südkoreanische Gesellschaft	74
6.2 Das Verhältnis der Globalisierung zur Restrukturierung der internationalen Arbeitsteilung und peripherem Fordismus	80
7. Enthierarchisierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft	83
7.1. Zivilgesellschaft im südkoreanischen Kontext	86
7.2. Entwicklung und Konsolidierung der Zivilgesellschaft seit 1987	93
7.2.1. Enthierarchisierung des Militärregimes und die Entwicklung der Zivilgesellschaft	94
7.2.2. Die Entfaltung der Zivilgesellschaft unter der Zivilregierung	97

8. Entstehung und Bedeutung der südkoreanischen NGOs	103
8.1. Differenzierung sozialer Bewegungen	106
8.2. Demokratische Defizite an den politischen Institutionen	110
8.2.1. Unterentwicklung des südkoreanischen Parteiensystems	111
8.2.2. Das dysfunktionale Parlament Südkoreas	114
8.3. Bedeutungen und Funktionen von südkoreanischen NGOs	116
8.3.1. Politische Reform und NGOs	122
8.3.2. Ökonomische Reform und NGO	127
8.3.3. Sozialwohlfahrtspolitik und NGOs	129
8.3.4. Frauenbewegung und NGOs	132
8.3.5. Antikorruptionsaktion und NGOs	134
8.3.6 Umwelt und NGOs	139
8.3.7. Internationales Engagement und NGOs	142
8.3.8. Aufbau der Süd- und Nordkorea-Beziehung für die Wiedervereinigung und NGOs	146
8.3.9. Internet und NGOs	148
9. Darstellung der ausgewählten NGOs	151
9.1. Citizens' Coalition for Economic Justice (CCEJ)	152
9.1.1. Ressourcenmobilisierung	153
9.1.2. Organisationsstruktur	157
9.1.3. Hauptprojekte und Aktivitäten	159
9.1.4. Bewertung	161
9.2. People's Solidarity for Participatory Democracy (PSPD)	162
9.2.1. Ressourcenmobilisierung	163
9.2.2. Organisationsstruktur	171
9.2.3. Hauptprojekte und Aktivitäten	174
9.2.4. Bewertung	180
9.3. Korean Federation of Environmental Movement (KFEM)	181
9.3.1. Ressourcenmobilisierung	185
9.3.2. Organisationsstruktur	187
9.3.3. Hauptprojekte und Aktivitäten	191
9.3.4. Bewertung	199

10. Fazit	201
11. Perspektiven und Alternativen	211
Literaturverzeichnis	213

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle1: Kontrast zwischen Volksbewegung (<i>Minjungundong</i>) und Bürgerbewegung (<i>Siminundong</i>)	91
Tabelle 2: Ausbildungsniveau der NGO-Aktivisten	119
Tabelle 3: Umfang des jährlichen Budgets	120
Tabelle 4: Einkunftsquellen von südkoreanischen NGOs	121
Tabelle 5: Zahl der Mitglieder	121
Tabelle 6: Zahl der Beschäftigten in 2000	122
Tabelle 7: Das Wahlergebnis der Vetoliste	126
Tabelle8: Der gegenwärtige Stand der staatlichen Unterstützung für die sozialpolitischen NGOs	131
Tabelle 9: Beziehungen sozialpolitischer NGOs zur Regierung	132
Tabelle10: Ansichten von Jugendlichen über die Bedenlichkeit der Korruption	135
Tabelle11: Typus und Mitteln der Antikorruptionsbewegung von NGO	137
Tabelle12: Beteiligungen der südkoreanischen NGOs an den Weltkonferenzen	144
Tabelle 13: Schwierigkeiten bei den internationalen Aktivitäten	145
Tabelle14: Die Zahl der NGO-Besucher nach Nordkorea in den letzten 6 Jahren	147
Tabelle 15: Zahl der Internet-Benutzer	150
Tabelle 16: Stand der Zahl der Mitgliederschaft	154
Tabelle 17: Verteilung der Mitglieder nach ihrem Beruf	154
Tabelle 18: Altersverteilung als der Mitglieder	155
Tabelle 19: Finanzielle Struktur mit Mitgliedsbeitrag	157
Tabelle 20: Stand der Einkünftequelle 1998	157
Tabelle 21: Organisationsstruktur	158
Tabelle 22: Entwicklung der Mitgliedszahl	165

Tabelle 23: Änderung des Mitgliedsgefüges, klassifiziert nach Jahr und Beruf	165
Tabelle 24: Klassifizierung der Mitglieder als Jahr und Alter Angaben	166
Tabelle 25: Das Gefüge der Betriebskommission	168
Tabelle 26: Finanzielles Gefüge der PSPD	169
Tabelle 27: Prozentuales Beitragsgefüge	170
Tabelle 28: Finanzieller Unabhängigkeitsgrad	170
Tabelle 29: Spezielle Aktivitätszentren und ihre Hauptaktivitäten	173
Tabelle 30: Hauptaktivitäten der PSPD	175
Tabelle 31: Einkünfte der zentralen KEFM	186
Tabelle 32: Aktionen sowie Aktivitäten	197

Danksagung

An erster Stelle möchte ich mich ganz besonders herzlich bei meinem Dissertationsbetreuer Prof. Dr. Joachim Hirsch für seine engagierte Betreuung dieser Doktorarbeit und seine vielen wichtigen Anregungen bedanken. Ohne seine Ermutigung und Unterstützung wäre die Fertigstellung meiner Arbeit nicht möglich gewesen. Dafür bin ich zu ihm zu großem Dank verpflichtet.

Herzlich danken möchte ich auch Prof. Dr. Christoph Görg für das Korrekturlesen und die vielen fruchtbaren Diskussionen, die wir zusammen hatten. Auch bei den anderen Gutachtern in der Disputation, also Prof. Dr. Lothar Brock, Dr. Alex Demirovic, Prof. Dr. Frank Nonnenmacher, möchte ich mich ganz herzlich für ihr Schaffen einer warmherzigen Atmosphäre während der Disputation danken, so dass ich die Prüfungssituation relativ gut meistern konnte.

Der besondere Dank gilt auch meinem Mann Sang-Won Kim für seine geduldige Unterstützung. Bei jeder Frustration meinerseits hat er mir mit Humor und Unterstützung Energie geschenkt.

Nicht zuletzt soll diese Dissertation meiner Mutter, die von mir eine erfolgreichen Abschluss der Doktorarbeit erwartet hat, aber bedauerlicherweise kurz vor davor verstorben ist, und meiner in einem jüngeren Alter verstorbenen Schwester gewidmet werden.

Zuletzt soll meine Doktorarbeit allen engagierten NGO-Aktivisten und allen Leuten, die für eine bessere Welt kämpfen, gewidmet werden.

Einleitung

Nichtregierungsorganisationen, in der englischen Abkürzung: NGOs (Non Governmental Organisations), sind seit Ende der 80er Jahre und besonders seit der UNO-Umweltkonferenz in Rio 1992 im sozialwissenschaftlichen Milieu ein gängiges Thema. Dabei verweisen die mal optimistischeren, mal pessimistischeren Einschätzungen über NGOs als Akteure auf internationaler Ebene im Kontext der aktuellen Globalisierungsprozesse auch darauf, dass nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes die Debatte um die sogenannte internationale Zivilgesellschaft in den Vordergrund gerückt ist. Der Bedeutungszuwachs der NGOs in der internationale Arena hat mit dem Niedergang der Neuen Sozialen Bewegungen in den kapitalistischen Metropolen¹, dem Ende des Ost-West-Konflikts und nicht zuletzt der damit verbundenen neoliberalen Globalisierung zu tun.

Die als Restrukturierung des kapitalistischen Systems zu verstehende Globalisierung hat durch eine "time-space-compression" die internationale Zusammenhänge stärker werden lassen, was auch bedeutet, dass der Grenzziehung zwischen den Ländern längst nicht mehr ihre einstmalige Bedeutung zukommt. Die Zahl internationaler Abkommen und Vereinbarungen zwischen Einzelstaaten, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, Unternehmen und NGOs hat im Zuge des Globalisierungsprozesses beträchtlich zugenommen. Dabei werden die Einzelstaaten zunehmend in das internationale System eingebunden, wodurch das internationale Gefüge mit seinen verschiedenen Akteuren und Interessen vielschichtiger geworden ist. In diesen immer komplexer werdenden internationalen Zusammenhängen – und nicht zuletzt infolge der Transformation des Nationalstaats, v.a. im Zusammenhang mit der vielfach feststellbaren Krise des nationalstaatlichen Repräsentativsystems –, werden der Aufstieg und die zunehmende Bedeutung von NGOs auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene immer wieder betont. Die Hochkonjunktur von NGOs drückt sich auch darin aus, dass sie vielfach als "Hoffnungsträger" für eine gesellschaftliche Veränderung und damit demokratische Entwicklung betrachtet werden.

¹ Dabei muss darauf verwiesen werden, dass die Entwicklung und Transformation sozialer Bewegungen nicht zu universalisieren sind. D.h. ihr Transformationsprozess tritt in den kapitalistischen Metropolen, Schwellenländern und Entwicklungsländern unterschiedlich in Erscheinung. Besonders in Bezug auf die Zivilgesellschaft erscheinen die sozialen Bewegungen im Zusammenhang mit dem Grad an der Entwicklung der jeweiligen Zivilgesellschaft.

In diesem Kontext sind die NGOs inzwischen eingehend erforscht. Mittlerweile gibt es zahlreiche Publikationen, es finden Symposien und kleine und große Tagungen statt und es wurden eine Reihe von wissenschaftlichen Forschungszentren gegründet. NGOs sind im wahrsten Sinne des Worts ein beliebter Untersuchungsgegenstand im sozialwissenschaftlichen Milieu geworden. Die Analysen konzentrieren sich vorwiegend auf Bedeutungen und Funktionen von NGOs als neuen Akteure im Rahmen von Begriffen und Konzepten wie einer “neuen Weltordnung”, “Global Governance” sowie “internationaler Zivilgesellschaft”, denen es allerdings vielfach an einer staats- und gesellschaftstheoretischen Fundierung mangelt. Dabei bleibt bei der meisten Literatur zu NGOs unhinterfragt, was der Zusammenhang zwischen dem Bedeutungszuwachs von NGOs und der Globalisierungsoffensive ist.

NGOs sind keine völlig neuen Erscheinungen. Neu ist – wie Demirovic treffend hervorhebt – “nicht die Institution Nichtregierungsorganisation, sondern ihre gesellschaftliche Funktion in einem veränderten historischen Kontext (...); neu ist also das Verhältnis von Staat in der engen, formellen Bedeutung des politischen Prozesses einerseits und der Zivilgesellschaft andererseits” (Demirovic 1998, 28f; zitiert nach Brand 2000, 64). Die neue soziale und politische Bedeutung von NGOs muss also vor dem Hintergrund einer neuen Form von Staatlichkeit im Kapitalismus gesehen werden. NGOs erlangen im Zusammenhang mit der als Globalisierung bezeichneten neoliberalen Umstrukturierung des Kapitalismus eine veränderte Rolle und Funktion. Somit können sie als Folge der “aktuellen Transformation der Staatsapparate und veränderter Modi politischer Regulation vor allem auf internationaler Ebene” (Hirsch 1999, 2) verstanden werden. Aus dieser Sicht kann davon ausgegangen werden, dass NGOs selbst ein Teil dieser Transformationsprozesse der Staatlichkeit sind, und der Aufstieg von NGOs somit als Folge der postfordistischen, im engeren Sinne neoliberalen, Restrukturierung und des damit einhergehenden Globalisierungsprozesses mit einem zunehmenden Gewicht trans-, supra- bzw. internationaler Politik verstanden werden kann.

Bei der Thematisierung von NGOs geht es ferner um die (Wieder)Belebung der Debatte um Zivilgesellschaft, die im Rahmen der Öffnung Osteuropas im Zusammenhang mit den dortigen Demokratisierungsprozessen² und den davon

² Daran setzt die Debatte der Zivilgesellschaft in Südkorea vergleichend an. Die Diskussion über die Zivilgesellschaft gewinnt seit Ende der 80er Jahren vor allem in den Kreisen der Bürgerrechtsbewegungen in Forderungen nach der Demokratisierung der gesamten Gesellschaft

ausgehenden Impulsen zur Erneuerung des Politikverständnisses in den Vordergrund getreten ist und nach dem Ende der Debatten über die Neuen Sozialen Bewegungen eine Art Hochkonjunktur erlebt hat. Insbesondere in Bezug auf die Funktion von NGOs als gesellschaftlicher, politischer Akteur, der nicht zuletzt verschiedene soziale Interessen- und Problemlagen artikuliert, vertritt und vermittelt, ist die Öffentlichkeit der Zivilgesellschaft, in der sich verschiedene soziale Kräfte, konflikt- und kompromisshaft in hegemoniale Kämpfe verstrickt, von wesentlicher Bedeutung.

Die Bedeutung und Charakterisierung einer Zivilgesellschaft hängt davon ab, in welcher Beziehung zum Staat sie steht – oder andersherum gesagt – wie der Staat der Zivilgesellschaft gegenübersteht. In diesem Zusammenhang kann die Zivilgesellschaft einerseits als Gegenmacht zum Staat und andererseits als “ein Teil des erweiterten Staates” (Hirsch 2001, 20) betrachtet werden, die von der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise durchzogen ist und damit ein Terrain darstellt, in dem die Herrschaft und Hegemonie durch Zwang und Konsens erzeugt werden. Dabei ist vom autoritären Staat im ersteren Fall und vom liberal-demokratischen Staat im letzteren Fall die Rede (vgl. Klein 2001, 89). Die historische, kontextabhängige Vielschichtigkeit und Vieldeutigkeit der Zivilgesellschaft sollten deshalb in ihrem diachron-historischen Transformationsprozess und auch länderspezifisch variierend wahrgenommen werden. Die empirischen Befunde belegen inzwischen, dass sich die Genese und Entwicklungen der Zivilgesellschaft in Asien, Osteuropa, Afrika und Lateinamerika vom Westen unterscheiden. Auch die Analyse des als “Schwammwort” bezeichneten NGO-Begriffs als Teil der Zivilgesellschaft sollte durch empirische Bezugsnahme auf jeweilige historische Situation präzise bestimmt werden. Genau liegt hier der Ansatzpunkt meiner Arbeit. Vor diesem Hintergrund möchte ich den abweichenden, also nach einer spezifischen nationalen Konstellation verlaufenen Transformationsprozess der Zivilgesellschaft und die in diesem Zusammenhang vorfindbaren und tätigen NGOs in Südkorea durch eine empirische Ausarbeitung darstellen, zumal die sozialwissenschaftliche Debatte um Zivilgesellschaft und NGOs sich vorwiegend auf westliche Gesellschaften fokussiert. Vor diesem Hintergrund gliedert sich die

an Bedeutung. Die Auseinandersetzungen in der Zivilgesellschaft Südkoreas wirkten sich im Unterschied zu den osteuropäischen Ländern auf die Demokratisierung aus, indem die gesellschaftliche Kräfte stets ihren eigenen zivilgesellschaftlich mobilisierten politischen Willen dem repressiv-autoritären Staat aufzwangen.

vorliegende Arbeit in zwei Teile: 1) theoretische Ansätze einer materialistischen Staatstheorie und deren Verständnis von Zivilgesellschaft und 2) eine empirische Darstellung dreier ausgewählter Haupt-NGOs in Südkorea.

Zunächst stellt sich jedoch die Frage, was NGOs überhaupt sind, da bürgerliche “Selbstorganisationen” ja nicht ganz neu sind, und weshalb sie in den letzten Dekaden in das Rampenlicht vor allem auf internationaler Ebene gekommen sind. Mit dieser Fragestellung verbunden wird der Begriff von NGOs vornehmlich dahingehend beleuchtet, welche Funktionen sie als politische Akteure auf nationaler und internationaler Ebene bei der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung im Politikprozess tragen. Dabei wird vor allem der Ausgangsfrage nachgegangen, ob NGOs im politischen Regulationssystem demokratisierende Potentiale hinsichtlich einer emanzipativen Gesellschaftsveränderung darstellen können oder ob sie eher als “erweiterter Staat” im Gramscianischen Sinne zu begreifen sind (Kapitel 1).

Für eine analytische Untersuchung von NGOs steht der Zusammenhang von Staat, Zivilgesellschaft und Demokratie im Mittelpunkt. Bei näherer Betrachtung ist das NGO-Phänomen im Zusammenhang mit der neoliberalen Globalisierung und der damit einhergehenden Transformation des Staates zu begreifen. Bei der Erklärung ihrer Genese und Relevanz bedarf es somit einer staats- und (zivil)gesellschaftlichen Erläuterung. Hierbei wird in Anlehnung an die Analysen von Nicos Poulantzas als einem prominenten Vertreter der materialistischen Staatstheorie v.a. die Konstitution des auf einer Klassengesellschaft basierenden bürgerlich-kapitalistischen Staats dargestellt (Kapitel 2). Der besondere Bedeutungszuwachs und die damit zugewiesene Rolle von NGOs erscheint aus dieser Perspektive nicht als kontingent, sondern als Resultat einer neu gestalteten Staatlichkeit und damit der Transformation des bürgerlich-kapitalistischen Nationalstaats, der sich angesichts der Krise des fordistischen Kapitalismus mit einem neuen Akkumulationsregime restrukturierte. Diese als Globalisierung bezeichnete neoliberale Restrukturierung führte zur tiefgreifenden Veränderung des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft und verleiht damit dem Staat eine neue Bedeutung. Auf diesen Zusammenhang ist der Aufstieg von NGOs insbesondere auf internationaler Ebene zurückzuführen. Der Analyse von Bob Jessop als einem weiteren prominenten Vertreter der materialistischen Debatte zufolge unterliegt die Transformation des Staatensystems drei wesentlichen Prozessen: Denationalisierung

des Staats, Entstaatlichung von Politik und zuletzt Internationalisierung des Staats (Kapitel 2.1). Letztere bezieht sich insbesondere darauf, dass nationale "Policy-Regime" durch die Einbindung in die internationale Institutionen von neoliberalen Wirtschaftsmechanismen wie IWF, Weltbank und WTO zunehmend in den Internationalisierungsprozess eingebettet werden. Die Durchsetzung der neoliberalen Globalisierung und die damit enger gewordenen internationalen Verflechtungen haben Annahmen wie die eines "Staatsversagens" oder das eines "minimalen Staates" hervorgebracht. Gleichwohl darf die tiefgreifende Veränderung des Staatensystems nicht dazu verleiten, dass die künftige Entwicklung von "Staatenlosigkeit" geprägt sein wird. Es ginge eher darum, herauszuarbeiten, dass dem kapitalistischen Staat im Zeitalter der Globalisierung eine neue Funktion und Bedeutung verliehen wurde (Kapitel 2.2).

Neben dem Beitrag zum staatstheoretischen Verständnis kommt der Debatte um die Zivilgesellschaft eine zentrale Bedeutung für die Erforschung von NGOs zu. Bislang wurde sie aus verschiedenen Facetten analytisch und normativ untersucht. Dabei spielen grundsätzlich zwei Ansätze eine Rolle:

zum einen die Gramscianische Sicht, wonach die Zivilgesellschaft eine hegemoniale Konstellation von gesellschaftlichen Kräften im Kontext des "erweiterten Staates" anzeigt, und zum anderen die liberale Sicht, die die Autonomie der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat betont. Offen bleibt vor diesem Hintergrund jedoch die Frage, wie man aus dieser Perspektive die südkoreanische Zivilgesellschaft in den Blick nehmen kann und wie sie dabei aus demokratischer Perspektive bewerten werden soll (Kapitel 3).

Bei einer Analyse von NGOs, die sich vornehmlich auf die internationale Ebene beziehen, geht es v.a. um deren Demokratisierungspotentiale, da international agierende NGOs in der internationalen Zivilgesellschaft Beiträge zur Transparenz der internationalen Entscheidungs- und Politikprozesse leisten können. Allerdings stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach der Übertragbarkeit der Zivilgesellschaftsdebatte auf die internationale Ebene, denn letztlich sind die NGOs an ihren nationalstaatlichen Kontext beziehungsweise an nationale rechtstaatlich-verfassungsgemäße Institutionsgefüge angebunden (Kapitel 3.2.).

Entsprechend soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern die in NGOs gesetzten Hoffnungen und Erwartungen für eine demokratische Gestaltung der Globalisierung gelten dürften, und worin genau ihre demokratisierende Rolle und Funktion nicht zuletzt

vor dem Hintergrund einer feststellbaren “wettbewerbsstaatlichen Aushöhlung der liberalen Demokratie” (Görg/Hirsch 1998, 338) liegen soll (Kapitel 4).

Aufbauend auf diese theoretischen Grundlage (Teil I) präsentiert der zweite Teil der vorliegenden Arbeit eine Fallstudie zu südkoreanischen NGOs, die sich hauptsächlich mit nationalen Themen befassen. Diese Fallstudie begründet sich auch damit, dass bislang kaum Untersuchungen über NGOs von Schwellenländern unternommen wurden. Die südkoreanischen NGOs stellen darüber hinaus einen neuen Typus von NGOs dar, die ich im folgenden als “Komplex-NGOs” bezeichnen werde. Die Entstehungsbedingungen der südkoreanischen “Komplex-NGOs” unterscheiden sich von denjenigen westlichen Gesellschaften, da deren spezifische Bedeutung und Rolle im Demokratisierungsprozess der südkoreanischen Gesellschaft liegt. Denn aufgrund der fehlenden bzw. schwachen formal-demokratischen Institutionen, - der Unterentwicklung des Parteiensystems, einer undemokratischen Politikkultur, einem hohen Grad an Korruption zwischen Politbürokratie und Unternehmen, des herrschenden Klientelismus etc. – tragen diese NGOs zu einer Konsolidierung demokratischer Institutionen in Südkorea bei. “Komplex-NGOs” beziehen sich vor diesem Hintergrund nicht auf ein Einzelthema, sondern bearbeiten *gesamtgesellschaftliche* Themen und Probleme, die demokratischer Veränderungen bedürfen. Die Funktionen südkoreanischer Komplex-NGOs sind insgesamt auf eine verzerrte politische, ökonomische und soziale Struktur zurückzuführen, die als Produkt des autoritären Staates zu sehen ist. Eine Skizze des autoritären Staates im Industrialisierungsprozess wird in Kapitel 5 gezeichnet.

Der autoritäre Entwicklungsstaat Südkoreas begann sich seit den 80er Jahren dem Neoliberalismus anzunähern, was mit der als Internationalisierung des Staates zu bezeichnenden Transformation des Staates verbunden ist. D.h. in Bezug auf die Internationalisierung des Staates werden nationale “Policy-Regime” durch die Einbindung in internationale Institutionen zunehmend in internationale neoliberale Wirtschaftsmechanismen des IWF, der Weltbank und der WTO eingebettet. Die „Interiorisierung“ eines sich vor allem im Finanzkapital ausdrückenden internationalen Kapitalinteresses in die nationalen politischen Systeme ist insbesondere bei politisch-ökonomisch schwach strukturierte Staaten bedeutungsvoll, da sie in besonderer Weise den neoliberalen Stukturanpassungsprogrammen ausgesetzt sind. Dabei besteht

insbesondere ein Zusammenhang zwischen der Währungskrise von Mexiko von 1994, die die Finanzkrise in Südkorea und anderen asiatischen Ländern in 1997 mit auslöste³. Die seit Ende der 80er Jahre begonnene neoliberale Strukturanpassung wurde von der Regierung Young-Sam Kim mit dem als politisches Kalkül und Strategie deutlich erkennbaren politischen Manifest von “Segyewha” (Globalisierung in koreanischer Sprache) im großen Umfang durchgesetzt. In jener Zeit trat Südkorea der OECD bei. Diese Übernahme der neoliberalen Wirtschaftspolitik ist mit einem Umbruch von Staatszentriertheit zu Marktzentriertheit verbunden und hatte zugleich die Finanzkrise von 1997 als Konsequenz, die auch auf der strukturellen Instabilität des nationalen Wirtschafts- und Politiksystems beruhte. Für Südkorea ist diese Transformation des Staats deshalb von besonderer Bedeutung, da die neoliberale Strukturanpassung ohne die zuverige Durchsetzung eines Wohlfahrtsstaats – d.h. ohne die konsolidierte Einführung einer Sozialpolitik, die die meisten der OECD angehörigen Länder in ihrem kapitalistischen Entwicklungsprozess vorweisen konnten – in vielfacher Hinsicht soziale Probleme wie zugespitzte soziale Ungleichheit, Degradierung der Mittelschicht und damit steigende Kriminalität mit sich brachte. Aus dieser spezifischen nationalen Konstellation entstehen die sich als “Komplex-NGOs verstehenden südkoreanischen NGOs. (Kapitel 6). Vor diesem Hintergrund wird skizzenhaft darauf zurückgeblickt, wie Südkorea in die internationale Arbeitsteilung einbezogen wurde. Dabei ist besonders zu untersuchen, inwiefern sich das Land mit bzw. trotz des Beitritts zur OECD unter den Typus eines als peripheren Fordismus (Lipietz) subsumieren lässt (Kapitel 6.1).

Der autoritäre Staat des Militärregimes, das die legislative und exekutive Macht übernommen hatte, hat sich zur Gewährleistung seiner Legitimität auf eine nachfordistische Industrialisierung konzentriert und dabei jegliche zivilgesellschaftliche Entwicklung unterdrückt. Die Handlungsräume der Zivilgesellschaft gegenüber dem repressiven starken Staat blieben äußerst eng begrenzt. Die horizontale Beziehung von Staat und Gesellschaft, die auf einer Wechselwirkung basieren sollte, kam unter dem starken Staat nicht zum Tragen, was eine differenzierte Entwicklung der Gesellschaft verhinderte. Zugleich rief das diktatorische Militärregime auch einen starken Widerstand des Volkes hervor. Die Demokratiebewegung in 1987, an der sich klassenübergreifend

³ Zum Hintergrund und zu den Auswirkungen dieser Krise, siehe Jose De Luna Martinez 2002, Chuk Kyo Kim 2000 und Dieter Boris 1995

die unterschiedlichsten Akteure beteiligten, leitete schließlich die historische Kapitulation des Militärregimes ein, was zu einer Enthierarchisierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft führte (Kapitel 7).

Auf der Grundlage der quantitativen Expansion der Mittelschicht, die mit dem rasanten Wirtschaftswachstum eine materielle Grundlage erhielt, erweiterten sich deren autonome Handlungsspielräume. Vor diesem Hintergrund bildete sich eine neuartige soziale Bewegung in Form von bürgerlichen Selbstorganisationen (Komplex-NGOs) wie: Citizen's Coalition for Economic Justice (CCEJ) und gefolgt von der mit ihr konkurrierende People's Solidarity for Participatory Democracy (PSPD) im Unterschied zu der alten herkömmlichen sozialen Bewegung wie der Arbeiter-, und Studentenbewegung heraus. Bei diesen neuartigen Bewegungsorganisationen geht es vor allem um gesamtgesellschaftliche, demokratische Reformen, in deren Gefolge sich darauf hin eine Vielzahl von Bürgerinitiativen und NGOs herausbildeten. Charakteristisch für südkoreanische NGOs und die dortigen sozialen Bewegungen ist die simultane Existenz der alten und neuen sozialen Bewegungen und somit auch der NGOs. Die oben skizzierte, im historisch-gesellschaftlichen Kontext situierte Zivilgesellschaftsdebatte lässt sich also auch für Korea führen. Ein zentraler Streitpunkt der Zivilgesellschaftsdebatte im südkoreanischen Kontext liegt dabei jedoch v.a. darin dass, die Bürgerbewegung einschließlich der NGOs (Shimin-Undong) und die herkömmliche soziale Bewegung (Minjung-Undong)⁴ nebeneinander bestehen, aber auch voneinander abweichen (Kapitel 7.1). Auf der Grundlage des Verständnisses der vor ihrer spezifischen nationalen Konstellation zu konzipierenden Zivilgesellschaft wird dann der Entwicklungs- und Konsolidierungsprozess der koreanischen Zivilgesellschaft dargestellt (Kapitel 7.2).

Mit der wachsenden Zivilgesellschaft und der Ausweitung ihrer Handlungsräume gegenüber dem Staat artikulierten die Gesellschaftsmitglieder und die sozialen Gruppierungen verstärkt ihre Forderungen nach einer weiteren Demokratisierung, da sich die bestehenden politischen Institutionen für die Fortsetzung der Demokratisierung als unzulänglich erwiesen, woran auch die NGOs anknüpften. (Kapitel 7).

⁴ Shimin lässt sich in deutscher Sprache als Bürger übersetzen, und Minjung als Volk. In der Übersetzung im Deutschen impliziert dies jedoch mehr die unterprivilegierten, beherrschten Klassen wie Arbeiter, Bauern, städtische Arme etc. In Unterschied von Shimin-Undong (Bürger-Bewegung) verweist die Minsjung-Undong auf eine soziale Bewegung, die sich auf den revolutionären Umbruch ausrichtet (vgl. Cho, Hee-Yeon 2001).

Während sich die Neuen Sozialen Bewegungen in den westlichen Gesellschaften als Folge der Krise des Parteiensystems bildeten, und der Auftritt von NGOs im Zusammenhang mit ihrem Niedergang zu verstehen ist, beruhen die Neuen Sozialen Bewegungen und die Herausbildung von NGOs in Südkorea auf der mangelnden demokratischen Institutionalisierung des politischen Systems. Aufgrund einer fehlenden sozialpartnerschaftlichen Kompromissbildung zwischen Kapital und Arbeit ist die alte soziale Bewegung noch aktiv, denn die ökonomische Entwicklung Südkoreas wurde durch eine umfassende Einbettung in die Globalisierungsprozesse eingeleitet, ohne dass zuvor ein fordistischer Wohlfahrtsstaat errichtet wurde. D.h. die Grenzziehung zwischen alten und Neuen Sozialen Bewegungen ist deutlich erkennbar, gleichzeitig ist jedoch diejenige zwischen den Neuen Sozialen Bewegungen und NGOs sehr undeutlich, so dass die beiden Begriffe überschneidend oder mitunter austauschbar benutzt werden. Von daher werden im südkoreanischen Kontext die Begriffe Bürgerinitiative und NGO teilweise synonym verwendet. Diese unscharfe Trennung resultiert u.a. daraus, dass das explosive Wachstum der südkoreanischen Zivilgesellschaft und die damit einhergehende rapide Ausdifferenzierung der Gesellschaft zugleich eine Ernüchterung über die Möglichkeit der gemeinsamen Bewältigung von sich zunehmend globalisierenden Problemen wie Umweltkatastrophen, sozialer Ungleichheiten und Polarisierung mit sich brachte (Kapitel 8.1).

Bei aller Strittigkeit bzgl. der begrifflichen Grenzziehung besteht dennoch ein Konsens über die Entstehungsbedingungen von Komplex-NGOs. Angesichts der Unterentwicklung des Parteiensystems und der undemokratischen politischen Institutionen sowie inkompetenter und korrupter Politbürokraten (Kapitel 8.2) fungieren südkoreanische Komplex-NGOs als Katalysator für die demokratische Zivilgesellschaft und stehen damit für die Kontinuität der Demokratisierung, indem sie mit Monitoring, Kontrolle und Vorlagen von Gesetzentwürfen sowie einer Mobilisierung der öffentlichen Meinung Druck auf die Regierungen ausüben. Damit tragen sie in gewissem Maße zur Transparenz der politischen Prozesse bei. Neben diesen demokratisierenden Effekten der Komplex-NGOs erhöhten auch die an single issues orientierten NGOs ihren Einfluss in der Öffentlichkeit. Sie beziehen sich allerdings auf einzelne gesellschaftliche Probleme. Die hierbei lediglich im südkoreanischen Kontext zu bestimmende NGO-Typen und die auf single issues spezialisierten NGOs werden in

einer exemplarischen Darstellung näher betrachtet. Dabei wurden zwei Komplex-NGOs und eine Umwelt-NGO ausgewählt, da diese als “Major-NGOs” über eine Organisationsstruktur im großen Umfang verfügen, so dass deren Wirksamkeit sowohl in den Medien als auch bei der Verbesserung politischer Institutionen nachweisbar ist (Kapitel 9).

Zum Schluss wird auf die Gesamtproblematik und die davon abgeleiteten Einschätzungen hinsichtlich der Rolle und Bedeutung von südkoreanischen NGOs eingegangen. Nachzugehen ist dabei v.a. der jeweiligen Identität und der wechselseitigen Beziehung zwischen der “Shimin-Undong” und “Minjung-Undong”, besteht doch bislang eine je nach Themenbereich kooperative oder spannungsreiche Beziehung zwischen “Minjung- und Shiminundong”. Mit dem Ausblick wird im weiteren in Erwägung gezogen, ob und wie diese unterschiedlich verfassten Bewegungsmodalitäten künftig in einem komplementären Verhältnis demokratische Prozesse im Zeitalter der Globalisierung gewährleisten können, oder ob zu einem bestimmten Zeitpunkt – wie die sozialen Bewegungen in den westlichen Gesellschaften – die Minjung-Undong (die vermeintliche alte soziale Bewegung) von der Shimin-Undong kooptiert werden wird.

Abschließend wird noch über die engere Verbindung bzw. Solidarität zwischen nationalen und international agierenden NGOs und sowie mit gewerkschaftlichen Organisationen reflektiert werden, die möglicherweise als eine Alternative bzw. Gegenkraft zur Globalisierungsoffensive begriffen werden kann und ob somit NGOs als Widerstandskräfte gegen diese und die damit einhergehende Erosion der Demokratie gelten können, auch wenn sie eine grundsätzliche Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft nicht ermöglichen können.

1. Zum Begriff NGO

Die Nicht-Regierungs-Organisationen (im folgenden nach englischen Bezeichnung NGOs: Non-Governmental-Organisations) werden erst seit dem Jahr 1949 offiziell bei der UN als solche bezeichnet. Seitdem sind viele verschiedene NGOs mit einem konsultativen Status im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UNO formal

akkreditiert⁵. NGOs wurden vor allem seit dem Wendepunkt der Rio-Umweltkonferenz 1992 und durch die darauf folgenden Weltkonferenzen als international agierende Akteure ins Licht gerückt. Über die vormals lediglich partnerschaftliche Funktion gegenüber den Vereinten Nationen hinaus nehmen die NGOs durch ihre internationalen Netzwerke und damit ihr professionelles politisches Engagement zunehmend Einfluss auf internationale sowie nationale Umwelt-, Entwicklungs-, Menschenrechtspolitik und bisweilen fungieren sie - insbesondere nach den Straßenkämpfen gegen die WTO-Konferenz in Seattle 1999 - in den Medien oder in den sozialwissenschaftlichen Diskussionen als anti-neoliberale oder globalisierungskritische Akteure.

So stellt sich v.a. die Frage, warum NGOs seit einigen Jahren ein bevorzugter Untersuchungsgegenstand der Sozialwissenschaften geworden und in Medien immer öfter zu finden sind, obwohl das Phänomen von NGOs im internationalen System gar nicht so neu ist. Wie Peter Wahl es pointiert ausdrückt, sind NGO in den 90er Jahren die am meisten überschätzten politischen Akteure geworden (Wahl 1997).

Auf den ersten Blick erscheint der Terminus NON-Governmental-Organisation relativ eindeutig. Die Bezeichnung NGO umfasst alle Organisationen, die weder staatlich noch profitorientiert sind. Trotz der recht klaren Bezeichnung des Wortes "Nicht" besteht die höchst unpräzise Begrifflichkeit von NGO in ihrer Heterogenität⁶. Darauf verweist die Bandbreite der für NGOs als Synonym verwendeten Abkürzungen: INGO (International Nongovernmental Organizations), QUANGO (Quasi Nongovernmental Organizations), GONGOs (Government Organized NGOs), SBO (Social Movement Organization), MBO (Multinationale Bewegungsorganisationen), GROs und GRSOs (Grassroots Organizations and Grassroots Support Organizations, vgl. Fisher 1993), CBOs (Community Based Organizations), TSMOs (Transnational Social Movement Organizations, vgl. Kriesberg/ Smith 1997). So wie diese auf einen unterschiedlichen Charakter der NGOs verweisenden Abkürzungen weisen auch die Zuschreibungen bezüglich der Funktion der NGOs auf deren Vieldeutigkeit. So reicht die Rede von "Neo-Kolonialisierung", "ethischem Imperialismus", "Coaching für Raubmörder", bis

⁵ Vgl. UN Homepage: www.un.org

⁶ Princen and Finger heben hervor, dass die Schwierigkeiten der Charakterisierung von NGO grundsätzlich auf ihrer Heterogenität beruhen: "The difficulty of characterizing the entire phenomenon results in large part from the tremendous diversity found in the global NGO Community. That diversity derives from differences in size, duration, range and scope of activities, ideology, cultural background, organizational background, and legal status" (Princen/Finger 1994: 6)

hin zum Glauben an eine hoffnungsvolle “Reform in globalen ökonomischen Regimen (Clark 1992)”, durch NGOs, die weiter als “Wohltätigkeitsindustrie” (Michael Bünte) sowie “fünfte Säule der Demokratie” (Messner) bezeichnet werden und denen ferner “Altruismus als Form der Solidarität” (Neubert 1997: 71) zugeschrieben wird und die als “independent sector” (Fischer 1993) sowie “Pressure-Group” agierten.

Dieser Container- oder Catch-All-Begriff kann deshalb nur im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext verstanden werden, d.h. bei der Begriffsbestimmung des als “Schwammwort” (Moßmann) zu bezeichnenden Begriffs “NGO” kommt es darauf an, wie die einzelnen Organisationen ihre unterschiedliche Wirkung auf die Gesellschaft erreichen und wahrnehmen.

Das Verständnis von NGOs als zivilgesellschaftlicher Akteur hängt deshalb mit dem Grad der demokratischen Entwicklung der Zivilgesellschaft zusammen. In den Staaten der kapitalistischen Metropolen, in denen die Zivilgesellschaft in der langen historischen Entwicklung des Kapitalismus verankert ist, sind NGOs eher als Bestandteil des “erweiterten Staates” zu betrachten (Hirsch 2001, 31; Görg/Hirsch 1998, 335), wobei sie aufgrund ihrer Kompetenz, ihrer Wissensressourcen und ihrer unbürokratischen Flexibilität etc. oft als effektiver politischer Partner von den staatlichen Apparaten bei der Interessenartikulation und -vermittlung und Problemdefinition und -lösung angesehen werden. Damit übernehmen sie die staatlichen Aufgaben, für die sich der Staat aufgrund seiner fehlenden fachlichen Kompetenzen und auch hoher Kosten als unzulänglich erweist⁷. Aus liberal-demokratischer Sicht gewinnt die Zivilgesellschaft eine andere Bedeutung, und zwar wird sie als eine Sphäre der Autonomie und Selbstorganisation betrachtet und steht somit dem Staat entgegen. NGOs als zivilgesellschaftlicher Akteur wirken dabei als Gegenmacht staatlicher Politik.

Das letztere ist der Fall für südkoreanische NGOs – jedoch nicht für alle –, die zur weiteren Entwicklung der Zivilgesellschaft und damit Demokratisierung beitragen, und deshalb oft als politisch progressiv verbucht werden⁸. In der Dritten Welt, wo der Staat

⁷ NGOs erreichen ihre Ziele nicht nur in einer kooperativen Zusammenarbeit mit den staatlichen Apparaten, sondern spielen auch eine kritische Rolle als Gegenmacht gegen Entscheidungen von Regierungen und Unternehmen sowie internationalen Organisationen wie der WTO, um auf nationaler und internationaler Ebene in unterschiedlichen Strategien ihren Einfluss auf den Willens- und Entscheidungsprozess zu nehmen (vgl. Walk 1997, 204ff; Wahl 1997, 298ff).

⁸ Diese zwei unterschiedliche Sichtweisen der Zivilgesellschaftsdiskussion werden im Kapitel 3 dargestellt, hieraus soll dann der Bezug auf die südkoreanische Zivilgesellschaft geschlußfolgert werden.

oft autoritär, repressiv und korrupt erscheint, nehmen NGOs eine andere Bedeutung an. Sie fungieren im Verhältnis zum Staat als Widerstandskräfte gegen diesen, werden aber auch oft als Mittel gegründet, um an internationale Hilfsgelder leichter heranzukommen (dazu siehe Hirsch 2001, 15; Görg/Hirsch 1998, 334; Demirovic 1997, 252), oder sie werden gegebenenfalls von Regierungen der Nord-NGOs gefördert bzw. gegründet, die sie für ihre Zwecke zu instrumentalisieren suchen (vgl. Freyhold 1998, 8). In diesem Kontext könnten sie dann mit aus pessimistischen Blickwinkel als Form einer "Neo-Kolonisierung mit ethischem, humanitären Gesicht" betrachtet werden.

Darüber hinaus weisen NGOs wie beispielweise in Südkorea, wo sich die Zivilgesellschaft im Entfaltungsprozess mit dem demokratischen Konsolidierungsprozess befindet, demokratisierende Potentiale auf, und werden somit als soziale Bewegung betrachtet, die von der Dynamik der gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen vorangetrieben wird, (dazu siehe Teil II dieser Arbeit).

Diese unterschiedliche gesellschaftliche Verankerung und die hohe Heterogenität von NGOs machen allgemeine Aussagen über sie so schwierig. Diese Heterogenität bezieht sich sowohl auf ihre Größe (bezogen auf die Anzahl der Mitarbeiter und ihrer Mitglieder), und damit auch auf die ungleiche Verfügbarkeit von Informationen, Ressourcen, politischen Kontakten und Hilfsmittel (vgl. Demirovic 2001, 145), eine unterschiedliche Mobilisierungskompetenz, aber auch auf ideologische Unterschiede (vgl. Freyhold 1998, 8f). Dennoch wird hier der Annäherungsversuch an eine klare sozialwissenschaftliche Begriffsdefinition unternommen. Dabei werden die auf der historischen Erfahrungen beruhende Konzeptualisierung von Entwicklungs-NGOs, die Dritte Sektor-Forschung und auch soziale Bewegungen als Rahmenbedingungen kurz dargestellt⁹.

Im Schema des Nord-Süd Verhältnisses wird der Begriff von NGO zunächst überwiegend aus der Perspektive der Entwicklungspolitik definiert¹⁰ (vgl. Neubert 1997, Glasgow 1990, 1993, 1999, Hanisch 1995, Wegner 1993, Clark 1991, Hulme Edwards

⁹ Um den Begriff von NGO fruchtbar zu machen setzt sich Ulich Brand in seiner Dissertation aus verschiedenen theoretischen Blickwinkeln mit der Begrifflichkeit von NGO auseinander: Entwicklungspolitische NRO-Begriffe, Dritte Sektor-Forschung, Bewegungsforschung, Korporatismusforschung, Policy-forschung und Netzwerkanalyse, Regimetheorie. Siehe Brand 2000: 16-63.

¹⁰ Die Begriffbestimmung von NGOs beruht grundlegend auf der Entwicklungspolitik, wobei die entwicklungspolitische Debatte im Nord-Süd Verhältnis eine lange Tradition hat (Z.B. Caritas, Rotes Kreuz etc.) (Vgl. Brand 2001).

1992, Fisher 1993). Nach der Definition von Glasgow seien NGO “formalisierte Gebilde außerhalb von Markt und Staat, die ihre Ressourcen aus Solidaritätsbeiträgen der Gesellschaft auf der Basis von Freiwilligkeit erhalten und sie zur Bearbeitung von gesellschaftlichen Problemlagen in Kollektivgüter umformen” (Glasgow 1992: 311). In Ahnlehnung an Glasgow skizziert Neubert eine kürzere Fassung des Begriffs von NGOs. Ihm zufolge sollte eine NGO die folgende Eigenschaften aufweisen: “Gesellschaftlich eingestellte NRO sind nicht staatliche, gemeinnützige, freiwillige Organisationen, die motiviert durch Orientierung auf gemeinsame Werte oder eine gemeinsame Weltanschauung, für Nichtmitglieder materielle beziehungsweise ideelle Hilfe- und Entwicklungsleistungen erbringen oder die Interessen von Nichtmitgliedern vertreten” (1997: 73).

Neben der entwicklungspolitischen Konzeptualisierung ist die Dritte Sektor-Forschung¹¹ in der NGO-Debatte weit verbreitet (Glasgow 1990, 1993, Neubert 1997, Seibel 1990). Zu dem Spektrum des Dritten Sektors gehören Vereine, Verbände, Stiftungen, öffentliche Unternehmen, Interessengemeinschaften, Wohlfahrtsverbände und Nichtregierungsorganisationen (Salamon/Anheier 1992). In der Dritten Sektor-Forschung werden NGOs somit als “freiwillige, gemeinnützige Mitgliederverbände und Serviceeinrichtungen verstanden, die sich zwischen die Sphäre von staatlicher Gewalt und wirtschaftlicher Macht schieben” (Janett 1997, 145). Aus diesem Blickwinkel werden NGOs als “intermediäre Organisationen” zwischen Markt und Staat aufgefasst (Vgl. Neubert 1997, Walk/ Brunnengräber/ Klein 2001). Da NGOs als politischer Akteur am politischen Prozess Anteil haben, scheint es problematisch zu sein, Hobbyclubs, Gewerkschaften und NGOs in die selbe Kategorie einzustufen (vgl. Brand 2001, 26). Bei dieser Konzeptualisierung ist eine Vermengung von NGOs und NPO (Non Political Organization) im sozialwissenschaftlichen Milieu verbreitet. Trotz dieser gängigen begrifflichen Identifizierung besteht indessen eine gewisse Grenzlinie zwischen NGOs und dem Dritten Sektor. Während der Dritte Sektor als Ansammlung von Interessengruppen bestimmte gemeinsame Interessen ihrer Mitglieder verfolgt und auf wirtschaftliche Prozesse gerichtet (Nielandt 1998) ist, verfolgen NGOs hingegen

¹¹ Seibel, Wolfgang (1994) definiert den Dritten Sektor als alle Organisationen, “die weder erwerbswirtschaftliche Firmen noch öffentlich Behörden der unmittelbaren Staats- und Kommunalverwaltung sind. Konkurrierende Begriffe sind etwa “Non-Profit Sector”, “Independent Sector”

Interessen von Nichtmitgliedern¹² die auf “Altruismus als Form der Solidarität” (Neubert 1997,71) basieren. Neubert zufolge sind “gesellschaftlich eingestellte NRO nicht-staatliche, gemeinnützige, freiwillige Organisationen, die, motiviert durch Orientierung auf gemeinsame Werte oder eine gemeinsame Weltanschauung, für Nichtmitglieder materielle beziehungsweise ideelle Hilfe- und Entwicklungsleistungen erbringen oder die Interessen von Nichtmitgliedern vertreten” (Neubert 1997, 73).

Selbst wenn NGOs zum Spektrum des Dritten Sektors gehören, bleibt dieser Residualbegriff unbefriedigend, um an eine klare analytische Bestimmung heranzukommen. Um die Verwirrung der Begriffsvielfalt von NGOs zu überwinden, wird ferner versucht, NGOs im Rahmen der sozialen Bewegungen¹³ zu analysieren (Roth 2001, Rucht 1996, Boris 2002, Klein 1997, Janett 1997). NGOs als freiwillige Assoziationen bilden dabei “das Fahrgestell einer sozialen Bewegung” (Janett 1997, 146). Aus dieser Betrachtung gewinnt die Definition von NGOs als transnationale soziale Bewegungsorganisation (Jackie Smith 1997, Dieter Boris 2002, vgl. Roth 2001, 46) nicht zuletzt seit dem Anti-Globalisierungsprotest in Seattle in 1999 mehr und mehr an Bedeutung. Zunächst können die Süd-NGOs dabei auf den Hintergrund einer sozialen Bewegung verweisen, denn sie tragen eigentlich die gesellschaftliche Verantwortung für die Kämpfe gegen Ungerechtigkeit, staatliche Unterdrückung sowie für Armutsbekämpfung etc. und sind angewiesen auf die Hilfe der Nord-NGOs. Die NGO-Aktivisten waren besonders in den kapitalistischen Metropolen für die Neuen Sozialen Bewegungen engagiert, und sie sind nun mit der noch viel komplexer werdenden internationalen Arena mit ihrer fachlichen Expertise in verschiedenen Themenfeldern befasst (vgl. Demirovic´ 2001, 142). “Konzeptionelle Unterschiede und empirische Bezüge zwischen sozialen Bewegungen und NGOs sind unklar” (Roth 2001, 50). Geht man vergleichend dem Verhältnis zwischen den Neuen sozialen Bewegungen und dem NGO-Phänomen nach, so findet man in vieler Hinsicht gewisse Überlappungen zwischen beiden (ausführlicher dazu: Roth 2001, 50-55). Zu unterscheiden ist der Punkt,

¹² “Gesellschaftlich eingestellte NRO sind nicht-staatliche, gemeinnützige, freiwillige Organisationen, die, motiviert durch Orientierung auf gemeinsame Werte oder eine gemeinsame Weltanschauung, für Nichtmitglieder materielle beziehungsweise ideelle Hilfe- und Entwicklungsleistungen erbringen oder die Interessen von Nichtmitgliedern vertreten”(1997, 73)

¹³ Besonders für die südkroatischen NGOs trifft das Verständnis von NGOs als Bewegungsorganisation zu, denn sie sehen sich als gesellschaftlicher Akteure, die sich zwischen die Sphäre des politischen Prozesses für die Politisierung gesellschaftlicher Themen und der Artikulation der Zivilgesellschaft schieben.

dass NGOs eine auf Dauer institutionalisierte Organisation nicht zuletzt mit bezahltem Personal sind. In diesem Zusammenhang fasst Bruckmeier NGOs als “Institutionalisierung sozialer Bewegungen” auf (Bruckmeier 1994, 228).

Aufgrund der schwer abzugrenzenden und vagen Begriffsbestimmung von NGOs besteht ein Konsens darüber, dass “es keinen Konsens über eine gemeinsame NGO-Definition gibt” (Brand 2000, 21). Dennoch gibt es gewisse verallgemeinerbare Kriterien für NGOs. Im breitesten Sinne sind sie freiwillige, staats- und parteiunabhängige Zusammenschlüsse von Bürgern, die sich nicht an Profit und eigenen Interessen der Mitglieder orientieren, aber auch nicht geschlechts- und klassenspezifisch sind (vgl. Wahl 1997, 313).

Die meisten bisherigen NGO-Forschungen fokussierten sich aber eher auf eine einzelne Organisation und ihre Rolle auf der internationalen politischen Bühne. Die gewachsene Bedeutung von NGOs vor allem auf internationaler Ebene sollte aber über die phänomenologische Einschätzung zu NGOs hinweg innerhalb des Paradigmas einer postfordistischen Strukturveränderung des Staatensystems – spezifisch in Bezug auf die Internationalisierung des Staates (Hirsch 2001, Görg/Brand 2007) – in Betrachtung gezogen werden, wobei die NGOs ihre Interessenartikulation in den politischen Prozess des internationalen Regulationszusammenhangs einbringen (vgl. Görg/Hirsch 1998, 334). In diesem Sinne sind NGOs als ein Teil der internationalen Kräfteverhältnisse und damit internationaler Regulation aufzufassen (vgl. Brand 2001, 79).

Die konstitutive Bedingung von NGOs ist folglich im veränderten kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus und einem Staatensystem zu sehen, das neuen Kapitalverwertungs- und Akkumulationsbedingungen unterliegt (vgl. Brand 2001, 75). Ihre veränderte Rolle muss zugleich im Rahmen einer veränderten Form der materiellen Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse (Poulantzas) gesehen werden, wobei die NGOs wiederum als ein politischer, (zivil)gesellschaftlicher Akteur mit und gegen die anderen Akteure analysiert werden müssen. Eine analytische Annäherung zum präziseren Verständnis von NGOs bedarf deshalb letztlich eines adäquaten Staats- und Gesellschaftsverständnisses, das auf einer materialistischen

Staatstheorie mit einem regulationstheoretischen Hintergrund¹⁴ beruht, und das mit der Transformation des Staatensystems in Bezug gesetzt wird.

2. NGOs und Transformation des Staat(ensystem)s

Angesichts der zunehmenden Globalisierung und der damit immer wichtiger werdenden privaten Akteure wie den transnationalen Konzernen und NGOs sind “Weltgesellschaft”, “Global Governance”, “globale Zivilgesellschaft” zu Modewörtern geworden, was sich auch in der derzeitigen Debatte um die Transformation des Nationalstaats zeigt.

Während innerhalb der Ordnung von Bretton Woods (IWF, Weltbank) unter der Dominanz der USA die diesem System angeschlossenen Nationalstaaten die Kapitalbewegungen zwischen und innerhalb der Grenzen regulierten und so im so genannten “Goldenen Zeitalter” des Kapitalismus den keynesianischen Wohlfahrtsstaat absicherten, zeichneten sich ab Ende der sechziger Jahre deutliche Verschlechterungen derjenigen Bedingungen ab, die in der Nachkriegszeit ein enormes Wirtschaftswachstum ermöglicht hatten (vgl. Lipietz 1985: 126, Holloway 1993: 27, Hirsch 1995: 83f)¹⁵. Angesichts der generellen Verlangsamung des Produktivitätswachstums, die die Krise des fordistischen Akkumulationsregimes hervorgerufen hat, musste nun das auf Massenproduktion und Massenkonsumtion und eine tayloristische Arbeitsorganisation gestützte fordistische Akkumulationsmodell verändert werden. Angesichts der Krise bedurfte es einer neuen kapitalistischen Formation, um die Kapitalverwertung weiter zu garantieren. Dafür wurde seit den 80er Jahren die als neoliberale Globalisierung zu bezeichnende Wirtschaftspolitik durchgesetzt, die sich vor allem auf eine neue Flexibilität der Arbeitskräfte, die Liberalisierung der Kapitalströme, und die Einführung neuer Kommunikationstechnologien stützte. Mit dieser neuen kapitalistischen Formation hat sich auch der Charakter der Staatlichkeit verändert.

Gleichwohl führte die neoliberale Globalisierung keineswegs zu einem Verschwinden des Nationalstaates.¹⁶ Dieser sichert nach wie vor die Konkurrenzfähigkeit der

¹⁴ Ich werde nicht detailliert auf das Konzept der Regulationstheorie eingehen, sondern nur die postfordistische Reorganisation des Staatensystems aus regulationstheoretischem Blick darstellen.

¹⁵ Ich werde auf diese historische Entwicklung des Kapitalismus im Zusammenhang mit der Transformation des Nationalstaats aus Sicht der Regulationstheorie im Kapitel 2.2 zurückkommen.

¹⁶ Der Nationalstaat als bürgerlich-kapitalistischer Staat ist eine Voraussetzung für die Herstellung des Weltmarktes. Dabei reduziert sich die Rolle des Staates, die im Stadium des fordistischen

nationalen Standorte , damit diese auf dem Weltmarkt bestehen können. Für die Sicherung der Konkurrenzfähigkeit auch der einzelnen Unternehmen auf dem Weltmarkt ist die staatliche Organisation ein wesentliches Instrument (vgl. Gerstenberger 1975, 12).¹⁷ Die Globalisierungsoffensive hat die Konkurrenz der Nationalstaaten vorangetrieben, die sich dadurch zu “nationalen Wettbewerbsstaaten” transformieren (Hirsch 1995). Es ist kein Zufall, dass die transnationalen Konzerne ihre Basen und Stützpunkte in den starken Staaten des Weltsystems haben (Hirsch 2001: 27, Panitch 1998: 34).

“Sie sind in der Lage, sowohl von deren militärischen Gewaltmonopolen als auch von staatlich organisierten gesellschaftlichen Strukturen, z.B. einem geeigneten Umfeld für avancierte Technologieentwicklungen nicht zuletzt im Rahmen der militärisch-industriellen Komplexe, zu profitieren” (Hirsch 2001, 27)

Im Kontext dieser knapp skizzierten historischen Entwicklung des Kapitalismus nimmt der bürgerliche Staat v.a. bedingt durch signifikante Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise eine neue Gestalt an.

2.1. Grundkonzeptionen der materialistischen Staatstheorie

Vor dieser Skizze stellt sich allerdings ganz grundlegend die Frage, was denn unter Staat zu verstehen ist. Bzw. genauer: Wie konstituieren sich Staaten, um kapitalistische Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse und die langfristigen Interessen der

Sicherheitsstaates im wesentlichen durch die starken ökonomischen Interventionen des Nationalstaates bedingt war, lediglich darauf, die Kapitalströme möglichst nicht aufzuhalten. Darüber hinaus liegt eine zentrale Rolle des kapitalistischen Staats darin, die dem kapitalistischen Produktionsverhältnis innewohnenden Konflikte und Klassenantagonismen zu beseitigen. Unter diesem Gesichtspunkt wird er meiner Ansicht nach als die zentrale Achse des Kapitalverhältnisses auf internationaler und nationaler Ebene weiterhin fungieren, auch wenn der neoliberale Globalisierungsprozess sich nicht aufhalten lassen wird. Der Grund dafür liegt darin, dass der Staat bei der sich verschärfenden Konkurrenz von Nationalstaaten (“nationaler Wettbewerbsstaat”, Hirsch 1995) im Rahmen der ökonomischen Globalisierung eine Schlüsselrolle spielt zur Verstärkung der Konkurrenz durch “Förderung der innovativen Kapazitäten, technischer Kompetenz und des Technologietransfers, so dass so viele und Branchen wie möglich von den neuen technologischen Möglichkeiten profitieren, die durch Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten anderswo in der Ökonomie geschaffen werden” (Jessop 1992, 248). Dazu auch siehe Altvater/Mahnkopf 1996, 66

¹⁷ Marx sah seinerzeit dieses grundlegende Merkmal des Kapitalismus voraus: “Die Tendenz, den Weltmarkt zu schaffen, ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben” (Marx, Grundrisse, 321). Auch Gerstenberger versteht den kapitalistischen Staat als ein Instrument für Konkurrenzstrategien auf dem Weltmarkt (siehe Gerstenberger 1975, 12)

herrschenden Klassen zu gewährleisten und den Kapitalakkumulationsprozess aufrecht zu erhalten? Für eine Antwort auf diese Fragen werde ich in diesem Abschnitt die Grundkonzeptionen der materialistischen Staatstheorie als theoretische Rahmenbedingung für die Untersuchung von NGOs und ihren Entstehungsbedingungen darstellen¹⁸.

Zunächst einmal bezieht sich die Analyse der materialistischen Staatstheorie auf den kapitalistischen Staat und auf keine andere Staatsform. Der Staat im kapitalistischen System setzt somit kapitalistische Produktionsverhältnisse voraus. Hierbei ist zunächst einmal grundlegend festzuhalten, dass das Wesentliche des Kapitalismus ist, Profite zu maximieren und Kapital zu verwerten.

Die traditionelle marxistische Staatstheorie begriff den bürgerlich-kapitalistischen Staat v.a. als repressiven Apparat und damit als ein repressives Instrument der herrschenden Klasse¹⁹. D.h. der Staat dient nach diesem Verständnis als repressiver Apparat dazu, für die herrschende Klasse den Ausbeutungsprozess des von der Arbeiterklasse erzeugten Mehrwerts zu sichern. Diese Argumentation ist allerdings im Hinblick auf eine adäquate Kapitalismustheorie in gewisser Weise unzulänglich, da eine solche - Hirsch zufolge - "in der Lage sein sollte, die historischen Veränderungen dieser gesellschaftlichen Formation und der für sie charakteristischen politischen Struktur zu erklären" (Hirsch 2000, 326), und somit das Verhältnis von "Staat" und "Gesellschaft" in angemessener Weise zu erfassen. Im Zentrum der Debatten innerhalb materialistischen Staatstheorie steht daher, einen Zusammenhang zwischen

¹⁸Zur ausführlichen Darstellung der Auseinandersetzungen innerhalb materialistischer Staatstheorie, siehe "The Capitalist State" (Jessop, 1982).

¹⁹Die These vertritt vor allem der staatsmonopolistische Kapitalismus in der instrumentellen Beziehung zwischen herrschenden Klassen und Staatsapparaten. Als Alternative zu dieser Marxschen Staatsauffassung, geht Offe davon aus, dass der Staat kein Instrument für spezifische Klasse ist, sondern er als Verwalter der gemeinsamen Interessen aller Mitglieder einer auf die spezifischen Klassenverhältnisse in einer kapitalistischen Gesellschaft gegründete kapitalistischen Klassengesellschaft zu verstehen sei (vgl. Offe 1976, 54f). Für Poulantzas ist der Staat "kein eigentliches instrumentelles Ganzes, kein Ding", sondern als "ein Verhältnis, genauer als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt" zu begreifen (Poulantzas 1974: 86, 1978: 119). Hirsch erhebt dagegen den Einwand, dass der Staat nicht als autonomes Subjekt sowie als abhängiges Instrument für eine bestimmte Klasse zu begreifen sei. Er betont indessen die Bedeutung des Staates als "ein komplexes Feld von Beziehungen zwischen Klassen und Klassenfraktionen, die im institutionellen System des Staates ihren widersprüchlichen Kristallisationspunkt finden" (Hirsch 1976, 100f).

Staatstätigkeiten und Kapitalbewegungen zu analysieren (Gerstenberger 1975, 11).²⁰ Diese weist darauf hin, dass “die spezifischen Staatsfunktionen sich im historischen Verlauf der Kapitalentwicklungen herausbilden” (Altvater u.a. 1976, 103).

Grundlegend ist für die materialistische Staatstheorie insbesondere die “Besonderung” des Staates und damit die Trennung von “Politik” und “Ökonomie” und “Staat” und “Gesellschaft” (vgl. Poulantzas 1978, Hirsch 1995, 2001, Blanke 1975). Die Trennung von Politik und Ökonomie, von Staat und Gesellschaft wurzelt in den spezifischen Formbestimmungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und ihrer Reproduktion (vgl. Poulantzas 1978: 16f, Hirsch 1995: 20, Blanke 1975: 415). Die Besonderung des Staates muss jedoch “in fortdauernden Kämpfen zwischen Klassen und Klassenfraktionen immer wieder neu hergestellt werden” (Hirsch 1983, 159). Staat und Ökonomie bilden somit trotz ihrer formalen Getrenntheit jedoch zugleich eine “*widersprüchliche und zusammenhängende Einheit*” (Hirsch 1995, 29).

Der kapitalistische Staat organisiert in seiner Getrenntheit von den ökonomischen Verhältnissen die allgemeinen materiellen Bedingungen des Reproduktionsprozesses des Kapitals und der kapitalistischen Klassenherrschaft. Hierbei ist es wichtig zu berücksichtigen ist, dass der Fortbestand des kapitalistischen Staats als Steuerstaat wesentlich daran gekoppelt ist, dass die Rahmenbedingungen der Reproduktion des Kapitalverhältnisses gewährleistet bleiben. Dafür regelt der bürgerlich-kapitalistische Staat mit seinem legitimen physischen Gewaltmonopol auch die Klassenverhältnisse. Der bürgerlich-kapitalistische Staat ist somit immer ein Interventionsstaat.

Nicos Poulantzas’ These wonach der bürgerlich-kapitalistische Staat als “Kristallisationspunkt von widersprüchlichen Sozial- und Klassenbeziehungen” zu verstehen ist, deutet darauf hin, dass “der gesamte Staat durch Klassenwidersprüche konstituiert und gespalten ist, und seine Politik in gewisser Hinsicht trotz seiner Widersprüche durchsetzt” (Poulantzas 1978, 123). Aufgrund der bestehenden Widersprüche und Kämpfe innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformationen liegt die spezifische Funktion des Staates darin, gestützt auf *Zwang* und *Konsens* (Gramsci),

²⁰Für die Analyse einer materialistischen Staatstheorie verweist Hirsch auf die Relevanz des Gestzes vom tendenziellen Fall der Profitrate. Zentral ist dabei, den Zusammenhang zwischen dem Kapitalakkumulationsprozeß und dem darin enthaltenen Klassenkampf und die damit verbundenen krisenhaften kapitalistischen Reproduktionsprozesse darzustellen. (Hirsch 1976, 129f; 1983, 162ff; 1990, 86-90, vgl. auch Poulantzas 1978, zur ursprünglichen Untersuchung von Marx vgl. Das Kapital III, 221-277)

ein Kompromissgleichgewicht zwischen gegensätzlichen Klassen und Klassenfraktionen herzustellen.

Für den kapitalistischen Staat ist die relative Autonomie, die aus gegensätzlichen und widersprüchlichen Interessen und den damit einher gehenden Kräfteverhältnissen resultiert²¹, deshalb notwendige Bedingung, um für die in sich fraktionierte herrschende Klasse im Block an der Macht und deren Klassengegensätze ein Kompromissterrain bereit zu stellen.

”Es handelt sich dabei um eine staatlich vermittelte Organisation der konfliktuellen Bündniseinheit des Blocks an der Macht und des instabilen Kompromißgleichgewichts zwischen seinen Teilen, die sich in diesem Block unter der Hegemonie und Führung einer seiner Klassen oder Fraktionen realisiert, der hegemonialen Klasse oder Fraktion.” (Poulantzas 1978, 117)

Die herrschenden Klassen und Fraktionen in der kapitalistischen Gesellschaftsformation etablieren mittels des Staates ihre politische Herrschaft und organisieren sich zum Block an der Macht. Poulantzas begriff den Staat daher “als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen” (Poulantzas 1978, 119). Das bedeutet, dass der Staat weder als das unmittelbare Instrument der herrschenden Klasse noch als eigenständiges Subjekt zu verstehen ist, sondern als ein Kräfteverhältnis, in dem sich die Klassenkämpfe verdichten. Nach diesem Verständnis wird der Staat als ein strategisches Feld aufgefasst, auf dem die im Widerspruchsverhältnis stehenden und untereinander konkurrierenden Klassen mit ihren divergierenden Interessen gegeneinander kämpfen und sich gegenseitig ausspielen. Das dem kapitalistischen Produktionsverhältnis innewohnende Ausbeutungs- und Gewaltverhältnis macht den Staat als das umkämpfte Feld der Klassenkämpfe somit unerlässlich. Der Staat als Verdichtung eines Kräfteverhältnisses verweist gleichzeitig jedoch nicht nur auf die Beziehung des Staates zu den

²¹“(..) the relative autonomy of the Capitalist State stems precisely from the contradictory relations of power between the different social classes. That it is, in the final analysis, a ‘resultant’ of the relations of power between classes within capitalist formation - it being perfectly clear that the capitalist State has its own institutional specificity (separation of the political and the economic) which renders it irreducible to an immediate and direct expression of the strict economic-corporate interests (Gramsci) of this or that class or fraction of the power bloc, and that it must represent the political unity of this bloc under the hegemony of a class or fraction of class” (Poulantzas 1976, 96).

herrschenden Klassen des Machtblocks, sondern auch auf das Verhältnis zwischen den Klassenfraktionen des Machtblocks und den beherrschten Klassen. Der Klassencharakter des Staates resultiert daher aus der spezifischen Art und Weise, wie sich die antagonistischen Klassenverhältnisse, wie sie sich aus dem Kapitalakkumulationsprozess bestimmen, auf dessen Terrain verdichten. Dabei sind, so Poulantzas, die “ökonomischen Funktionen des Staates [...] in Wirklichkeit Ausdruck seiner gesamten politischen Rolle in der Ausbeutung und Klassenherrschaft: sie verbinden sich konstitutiv mit seiner repressiven und ideologischen Rolle auf dem Gebiet des Klassenkampfes einer Gesellschaftsformation” (Poulantzas 1975, 73).

Kurzum: um den kapitalistischen Charakter des Staates zu verstehen, ist es notwendig, seine Beziehung zu den Klassenkämpfen aufzufassen, die in ihrer je spezifischen historischen Form ihre Basis in den Ausbeutungsverhältnissen der kapitalistischen Produktionsweise finden.

Der Staat als das Feld der Klassenkämpfe und -beziehungen hat folgende grundlegende Funktionen: den ökonomischen Reproduktionsprozess zu sichern; die Unterordnung der beherrschten Klasse mittels Zwang und Ideologie aufrechtzuerhalten sowie die Formulierung der Politiken der herrschenden Klasse und die Dominanz der Klassen und Fraktionen im Machtblock zu ermöglichen (vgl. Jessop 1982, 103). Seine konstitutiven ökonomischen Funktionen bedürfen der politischen Form, die sich wiederum in verschiedenen Staatsapparaten materialisiert und verdichtet. Die politische Herrschaft der herrschenden Klasse gegenüber der beherrschten Klasse verkörpert sich also in der je spezifischen Materialität der Staatsapparate.

“Die Staatsapparate begründen und reproduzieren die Hegemonie, indem sie ein (variables) Spiel von vorläufigen Kompromissen zwischen dem Block an der Macht und bestimmten beherrschten Klassen inszenieren. Sie organisieren und vereinheitlichen den Block an der Macht, indem sie die beherrschten Klassen ständig desorganisieren und spalten. Sie polarisieren sie gegenüber dem Block an der Macht und schließen ihre politischen Organisationen nicht aus. Die relative Autonomie des Staates gegenüber einzelnen Fraktionen des Blocks an der Macht ist auch zur Organisation der langfristigen und einheitlichen Hegemonie des Blocks an der Macht gegenüber den beherrschten Klassen notwendig” (Poulantzas 1978, 130).

Der Staat als Herrschaftsapparat besteht insofern aus einem Komplex von Apparaten: repressive Staatsapparate, ideologische Staatsapparate und massenintegrative Staatsapparate²² (vgl. Althusser 1977, Poulantzas 1978, Hirsch 1976). Zu den Staatsapparaten in diesem Sinne gehören also Regierungen, Parlamente, Militär, Polizei, Justiz, Kirche, Schule, Kino, Presse, Gewerkschaften etc. Die Politik des Staates resultiert aus dem konflikthafter Konkurrenzverhältnis zwischen und innerhalb der Zweige und Apparate des Staates. Die verschiedenen Strategien der staatlichen Zweige und Apparate für die Durchsetzung ihrer Hegemonie und Interessen verdichten sich wiederum im Staatsapparat als Ganzem. Die politische Herrschaft der Bourgeoisie durch die Staatsapparate erstreckt sich nicht nur auf den physischen Gewaltapparat sondern mittels ideologischer Indoktrination²³ auch auf die Versuche, einen Konsens der Gesellschaftsmitglieder herzustellen. Sie ist mit der "Lebenswelt" (Habermas) verschmolzen und somit in den gesellschaftlichen Normen vor allem in der Form der Verhaltensorientierung der Individuen, Konsumnormen etc. fest verankert. Dabei wurzelt des weiteren die bestehende geschlechtsspezifische Ungleichheit nicht zuletzt in der patriarchalen Ideologie des Kapitalismus (dazu ausführlich siehe Seemann 1996).

Schließlich stößt man auf die Frage, warum die kapitalistische Entwicklung periodisch in Krisen gerät, und was die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus hervorbringt. Dabei ist, wie bereits gesagt, festzuhalten, dass die kapitalistische Gesellschaft auf dem Zwang der Akkumulation und Reproduktion des Kapitals und somit einem "Hungergefühl nach Profit" (Narr/Schubert 1994) basiert, und die davon vorangetriebene konfliktbehaftete Dynamik der Kräfteverhältnisse zur Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaft führt. Hirsch versucht hierbei eine Antwort auf diese Frage im Marxschen Begriff "*des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate*"²⁴ (Marx: das Kapital III, 221-277) zu finden (Hirsch 1976, 129f; 1980, 59f; 1990, 85ff; auch vgl. Jessop 1982, 103):

²² Zu den repressiven und ideologischen Staatsapparaten fügt Hirsch massenintegrative Staatsapparate hinzu (dazu siehe Hirsch 1976, 120ff).

²³ Hegemonie als "Entwicklung eines politischen Projekts" (Jessop 1982, 199 zitiert nach Hirsch 1994, 208) ist durch die Durchsetzung einer organischen Ideologie gesellschaftlich verallgemeinert und von anderen Subjekten anerkannt und akzeptiert. Daraus bilden sich ein gesellschaftlicher Konsens, Verhaltensorientierung und Normen der Gesellschaft. Dies Ganze geschieht nicht "naturwüchsig, sondern muß durchaus als Ergebnis von Strategien und insoweit als Strategien verstanden werden" (Hirsch 1994, 208).

²⁴ Kurz zusammengefasst: Der dem kapitalistischen Produktionsverhältnis innewohnende Zwang zur Akkumulation und Konkurrenz führt zu innovativer Arbeitsorganisation und zu einer permanenten

“Das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate kennzeichnet eine im kapitalistischen Produktionsverhältnis ruhende und insofern objektiv wirksame ökonomisch-gesellschaftliche Dynamik, die den widersprüchlichen Zusammenhang von Klassenhandeln und die daraus resultierende Notwendigkeit einer permanenten Restrukturierung der Verwertungs- und Ausbeutungsbedingungen nachweist. Dies begründet die *Möglichkeit* und *Wahrscheinlichkeit* tiefgreifender Krisen” (Hirsch 1990, 87).

Die ökonomische Krise ist demnach auch eine politische und gesellschaftliche Krise. Das besagt, dass eine Analyse der in jedem Stadium der kapitalistischen Entwicklung notwendig auftretenden Krisen in Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Bedingungen, Klassenverhältnissen und dem politischen System gestellt werden sollte. Die Krisen treten da auf, wo die bestehenden hegemonialen Projekte im Bezug auf existierende Kompromissgleichgewichte und soziale Auseinandersetzungen nicht mehr in der Lage sind, die Reproduktion der bisherigen materiellen Bedingungen zu gewährleisten.

2.2. Die Transformation des Nationalstaats

Durch seine strukturelle Krisenhaftigkeit sucht der Kapitalismus immer nach einem neuen Ausweg, und damit nimmt auch der kapitalistische Nationalstaat eine neue Form an. Dass der Staat seine Form verändert, bedeutet zugleich, dass er seine Funktionen auch entsprechend verändert. Die Krise des Fordismus in den 70er Jahren und die damit einhergehende Internationalisierung der Kapitalbewegung haben zu der Errichtung eines neuen Akkumulationsregimes und eines internationalen Regulationssystems geführt, womit auch eine Veränderung des Nationalstaats verbunden war. Der auf der Grundlage eines stabilen Lohnverhältnisses etablierte Fordismus transformiert sich angesichts

Veränderung der Technologien als neue Akkumulationsstrategie. Daraus resultiert die Steigerung eines konstanten Kapitals. D.h. die organische Zusammensetzung des Kapitals steigt. (vgl. Hirsch 1976, 129). Deren Folge drückt sich daher in einer beständig sinkenden allgemeinen Profitrate aus. “Die progressive Tendenz der allgemeinen Profitrate zum Sinken ist also nur *ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlicher Ausdruck* für die fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit” (Marx, das Kapital III, 223)

seiner Krise in ein postfordistisches Übergangsregime, in dem der Kapitalismus sich sein neues Akkumulationsregime schafft. Während die NICs (Newly Industrialised Countries) den Weg zur Industrialisierung einschlugen, haben sich die kapitalistischen Zentren, untereinander konkurrierend, für den Aufbau eines neuen Akkumulationsregimes und auf die Entwicklung von innovativen neuen Technologien und die Absicherung von Standorten konzentriert. Die Konkurrenz unter den Nationalstaaten und Regionen bildet sich im Zuge der Globalisierung vor allem innerhalb der Triade zwischen NAFTA, EU und asiatisch-pazifischem Raum heraus. Hierbei transformiert sich die Staatlichkeit des Nationalstaats vom *fordistischen Sicherheitsstaat* zum *postfordistischen nationalen Wettbewerbsstaat* (Hirsch 1994a, 1995)²⁵.

Zudem beschränkt die ökonomische Deregulierung internationaler Märkte die Steuerungsfähigkeit und Interventionsspielräume der Nationalstaaten. Damit differenziert sich die staatliche Machtstruktur auf unterschiedliche Ebenen aus und es kommt zu einer Verschiebung der Steuerungsmechanismen von "Government" hin zu "Governance" (vgl. Hirsch 2001a, 118; Jessop 1995). Diese Entwicklung führt zur "Aushöhlung" des Nationalstaats (vgl. Jessop 2001, 161), und zur Rede von einer Politik "jenseits des Nationalstaates", was zugleich jedoch nicht das "Ende des Nationalstaats" bedeuten soll (Zürn 1998, 12). Vielmehr deutet die Transformation des Staats auf eine veränderte Funktion hin, denn mit den Umwälzungen des als gesellschaftlichem Verhältnis verstandenen Kapitalismus in verschiedenen Perioden der Kapitalverwertung, die sich in instabiler und widersprüchlicher Weise reproduzieren, wird auch der kapitalistische Staat dementsprechend verändert. Die Funktion des Staats als Regulator und letzte Entscheidungsinstanz bleibt dabei aber erhalten, was für das Staatsverständnis entscheidend ist. Wichtig dabei ist weiterhin, dass die Transformation des Nationalstaates aus regulationstheoretischer Sicht nicht nur aus den "ökonomischen" Transformationen resultiert. Auch die spezifischen Vergesellschaftungszusammenhänge sind in Betracht zu ziehen, denn das ökonomische Verhältnis in der kapitalistischen

²⁵ Jessop typologisiert die Staatlichkeit des infolge der fordistischen Krise neu ausgeformten Nationalstaats als Entnationalisierung des Nationalstaats, Entstaatlichung des Nationalstaats und Internationalisierung des Nationalstaats. Ihm zufolge hat sich der fordistische Wohlfahrtstaat zum Schumpeterian Workfarestaat reorganisiert (vgl. Jessop 1995)

Gesellschaftsformation wird von sozial handelnden Akteuren in Form sozialer, politischer und ideologischer Kämpfe zwischen verschiedenen Klassen geformt.

Vor dem Hintergrund dieser sich durchsetzenden Veränderungen des bürgerlich-kapitalistische Staats werde ich im folgenden das Aufkommen von NGOs in Anlehnung an den Regulationsansatz analysieren. Daher geht es zunächst darum zu zeigen, wie die Staatlichkeit sich im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus verändert und weshalb NGOs als Verhandlungspartner insbesondere auf internationaler Ebene an Bedeutung gewinnen.

2.2.1. Im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus: Veränderung von Staatlichkeit

Um das NGO-Phänomen analysieren zu können, muss es über das Verständnis der einzelnen Organisationen und ihrer Zielsetzungen hinaus im Zusammenhang mit der postfordistischen Transformation der Staatlichkeit betrachtet werden. Es ist bedeutungsvoll, dass die NGOs gerade zum Zeitpunkt der neoliberalen Restrukturierung des kapitalistischen Welt- und Staatensystems deutlicher in Erscheinung traten, was mit der veränderten Form des Nationalstaates zusammen hängt ²⁶.

Bei der mit der Krise des Fordismus einhergehenden neoliberalen Restrukturierung des Kapitalismus handelt es sich grundsätzlich um die Schaffung eines neuen Akkumulationsregimes für die Kapitalverwertung und -reproduktion und somit um eine tiefgreifende Veränderung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Im Kern geht es um bürgerlich-kapitalistische Strukturmerkmale, die sich in verschiedenen historischen Perioden und einer dem Kapitalismus innewohnenden Krisenhaftigkeit unterschiedlich ausformen. In diesem Kontext geht die Regulationstheorie der Frage nach, wie sich Akkumulationsregimes und Regulationsweisen über eine längere Periode hinweg stabilisieren und wie große und kleine Krisen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der unterschiedlichen Entwicklungsphase des Kapitalismus hervortreten. Die Krise des Kapitalismus folgt grundsätzlich aus der immer wiederkehrenden Unvereinbarkeit zwischen Akkumulationsregime und

²⁶ Diese externe Entstehungsbedingung von NGOs wirkte sich auch auf die Einführung des NGO-Begriffs vor allem im Zusammenhang mit Bürgerbewegung in Südkorea aus.

Regulationsweise, die aus der Dynamik der sozialen Beziehungen, verstanden als instabiles Kompromissgleichgewicht, resultieren. Das Akkumulationsregime, verstanden als Kapitalverwertungsprozess, und die Regulationsweise als Institutionalisierung der gesellschaftlichen Beziehungen, unterliegen je eigenen Dynamiken, die sich aus variablen sozialen Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnissen ergeben. Sie formen sich also in historisch unterschiedlichen Entwicklungsphasen des Kapitalismus, bestimmt durch die jeweiligen Vergesellschaftungsmodi, unterschiedlich aus. Der historisch unterschiedliche Form annehmende Kapitalverwertungsprozess entwickelt und verändert sich nicht nach einer simplen Kapitallogik, sondern wird durch soziale Kräfteverhältnisse und Konflikte überdeterminiert. Der Fortbestand und die Transformation der institutionellen Regulationsweise sind insofern im Zusammenhang mit dem sich verändernden Prozess von Klassenkämpfen und sozialen Kompromissbildungen zu begreifen.

Eine neue Ordnung wird in der Regel aus der alten geboren. Eine neue kapitalistische Gesellschaftsformation entsteht aus der vorangegangenen historischen Phase. Die aus der fordistischen kapitalistischen Ordnung geborene neue Gesellschaftsformation beinhaltet eine ihr entsprechende Form neuer Staatlichkeit. Der *fordistischer Sicherheitsstaat* transformierte sich in der postfordistischen Entwicklungsphase im Kontext des sich globalisierenden Kapitalismus zum *“nationalen Wettbewerbsstaat”* (Hirsch) oder *“schumpeterianischen Workfare-Staat”* (Jessop). *“Diese Transformation ist das Resultat einer Herrschaftsstrategie einzelner Fraktionen des staatlich organisierten Machtblocks, die darauf zielen, den wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromiss zu zerschlagen, dem Staat eine neue klassenpolitische Grundlage zu geben und das politische Kräfteverhältnis zwischen den Staatapparaten zu reorganisieren”* (Demirovic 1997, 238). Der neoliberal geprägte Staat richtet sich demnach darauf, im Globalisierungs- bzw. genauer: Triadisierungsprozess Entscheidungen zugunsten der damit verbundenen Kapitalfraktion zu treffen. D.h. im Rahmen der globalisierten Wirtschaft trägt der Nationalstaat zur Absicherung des jeweiligen Standortes für die internationale Wettbewerbsfähigkeit bei.²⁷ Dabei gerät die

²⁷ In diesem Zusammenhang liefert Harvey eine Begründung dafür, warum die Einzelstaaten untereinander konkurrieren müssen. Dabei geht es ihm zufolge um vier Konkurrenzbereiche: 1) Konkurrenz um die Position in der internationalen Arbeitsteilung, 2) um die Position als Konsumzentrum, 3) um Kontroll- und Befehlsfunktionen, 4) um nationalstaatliche Fördermittel, die nicht mehr breit gestreut, sondern selektiv verteilt werden (Zitat nach Brand u. a 2000b, 70)

demokratisch verfasste Gesellschaft des Nationalstaates in Gefahr, ihren demokratischen Inhalt zu verlieren. In diesem Sinne kann von einer Aushöhlung des Nationalstaates gesprochen werden. Dabei kommt es unter dem Diktum des “mehr Ökonomie – minimaler Staat” in einigen Bereichen zu einem “Machtverlust” oder zur “Erosion” des Nationalstaates. Gleichwohl kommt ihm bei der Sicherung der sozialen Kohäsion einer konfliktorischen Klassengesellschaft weiterhin eine zentrale politische Rolle zu (vgl. Hirsch 2001, Holloway 1993, Jessop 1995). Die Transformation der Staatlichkeit, die im Kontext der Globalisierung vielfach als Schwächung der Staaten dargestellt wird, wird und wurde unter dem Imperativ der Kapitalverwertung vielfach von den Staaten selbst vorangetrieben (vgl. Hirsch 1998, 36). Selbst wenn von einem Weltstaat und einer Weltgesellschaft die Rede ist, scheint für eine widersprüchliche Klassengesellschaft und deren demokratisch verfasster Konstitution ein gesellschaftlich-geographisch umgrenzter Nationalstaat unverzichtbar zu sein, der eine neue Gestalt annimmt und dessen Bedeutung und Funktionen sich grundlegend wandeln. Aus regulationstheoretischer Sicht betrachtet, ist auf die folgende Veränderung der kapitalistischen Entwicklung aufmerksam zu machen: a) Übergang vom Fordismus zum Postfordismus, b) Intensivierung der innovativen Technologien²⁹, c) zunehmende Internationalisierung des Staates. Freilich steht der Nationalstaat in der zentralen Achse dieser Veränderung der kapitalistischen Entwicklung. Aufgrund der Neuformierung des neoliberal/-konservativen Blocks an der Macht wurde der fordistische Sicherheitsstaat durch den nationalen Wettbewerbsstaat bzw. Schumpeterianischen Workfare-State abgelöst. “Insbesondere markiert das schumpeterianische “Leistungs”-Regime einen deutlichen Bruch mit dem keynesianischen Wohlfahrtsstaat: (a) die inländische Vollbeschäftigung trat hinter das Streben nach internationaler Wettbewerbsfähigkeit zurück; (b) re-distributive wohlfahrtsstaatliche Rechte nehmen den zweiten Platz hinter einer produktivistischen Neuordnung der Sozialpolitik ein; und (c) die Hauptrolle des Nationalstaates wurde den Mechanismen der Governance auf verschiedenen Ebenen nachgeordnet ” (Jessop 1995, 30). Dieser Transformationsprozess des Nationalstaats

²⁹ Die für das fordistische Akkumulationsmodell konstitutive standardisierten Produkte wie Automobil, elektrische Haushaltsgeräte, Wohnungen etc. haben sich derart durchgesetzt, dass es zu einer Überproduktion kam und der auf Nachfrage gestützte Markt zur übersättigt war, womit die Profitrate zur Kapitalakkumulation zurückging. Von daher sah sich das kapitalistische System gezwungen, neue innovative Technologien für die Kapitalverwertung hervorzubringen.

drückt sich zusammenfassend in “Denationalisierung”, “Entstaatlichung” und “Internationalisierung des Staats” aus (vgl. Jessop 1995, Hirsch 2001, Zürn 1998).

Denationalisierung

Das auf die Nationalökonomie zentrierte fordistische Akkumulationsregime veränderte sich angesichts seiner Krise zu einer neuen Form, gekennzeichnet durch ökonomische Deregulierung zur Förderung der Kapitalverwertungsbedingungen. Die Deregulierungspolitik führt dazu, dass die Sicherung von ökonomischen Standorten in untereinander konkurrierenden Nationalstaaten, die Hirsch als “nationaler Wettbewerbsstaat” bezeichnet, politische Priorität erhält. Die Funktion des nationalen Wettbewerbsstaates zielt vor allem darauf ab, die “Kapitalverwertungsbedingungen auf nationaler Ebene in bezug auf den globalisierten Akkumulationsprozess in fortwährender Konkurrenz mit anderen nationalen Standorten” (Hirsch 1998, 33) zu fördern. Daher wird die nationalstaatliche Politik erheblich vom internationalen Wettbewerbsdruck bestimmt und damit wird sie verstärkend in den Prozess der Internationalisierung des Staats involviert. Dies führte zur Internationalisierung der Produktionssysteme.

Die vor allem in der Internationalisierung der Produktionssysteme global enger verflochtenen zwischenstaatlichen Beziehungen, die ihren Ausdruck in der Internationalisierung des Staates finden, stellen sich gleichzeitig durch die mit der ökonomischen Globalisierung einhergehenden sozialen Spaltungen und Fragmentierungen als grundsätzliche neu geformte Klassenbeziehungen auf nationaler und internationaler Ebene dar. Die Klassenbeziehungen und Gesellschaftsstrukturen werden also neoliberal postfordistisch reorganisiert. Die gesteigerte Flexibilität des Kapitals und der Arbeitskräfte verstärkt die Spaltungstendenzen und hat damit eine Zunahme der Wanderungs- und Fluchtbewegungen (dazu ausführlicher Zürn 1998, 82f) zur Folge³⁰. Diese Tatsache äußert sich paradoxerweise darin, dass eine Zunahme nationalistischer und rassistischer Tendenzen zu beobachten ist (vgl. Hirsch 2001, 20f).

³⁰Saskia Sassen hebt hervor, dass die mit der ökonomischen Denationalisierung einhergehende Immigrations- und Fluchtwelle hinsichtlich des Spannungsverhältnis zwischen internationalen Menschenrechtsregimen und nationalstaatliche Rechtsgesetzlichkeit insbesondere in den kapitalistischen Zentren die politische Renationalisierung zur Folge habe (dazu mehr siehe Sassen 1996b, Kapitel drei; zu damit verbundener “Multikulturalität” siehe Hirsch 1995, 125f). In der Tat haben die transnationale Wanderungsbewegungen und die damit einhergehende multinationalen

Damit verbunden sind weiterhin auch internationale soziale, politische und ökonomische Ungleichheiten. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die kapitalistische Peripherie in die internationalen Verregelungsprozesse nachteilig und zu ungleichen Bedingungen eingebunden ist, wobei die Machtkonfiguration der internationalen Arbeitsteilung hierarchisch konstituiert ist. Sie kann bei den komplexen internationalen sowie nationalen Verregelungsprozessen kaum politischen Einfluss ausüben. Diesbezüglich kann "heuristisch von einem *asymmetrischen Netzwerk internationaler Regulation* gesprochen werden" (Brand 2000, 109). Die schwachen Staaten der Peripherie sind somit in Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse an die kapitalistischen Zentren gebunden (vgl. Hirsch 1995, 125; Brand 2000, 109).

Entstaatlichung der Politik

Hierbei handelt es sich zunächst um eine Verschiebung der Politik, die sich im Zusammenspiel von verschiedenen staatlichen und privaten ökonomischen und politischen Akteuren³¹ vollzieht. Die politischen Entscheidungen des Staates sind mehr als zuvor in formelle und informelle Verhandlungssysteme eingebunden, deren Ergebnisse von der Zustimmung mehrerer, selbstständiger und oftmals auf internationaler Ebene eingebundener Partner abhängen (Scharpf, 1991, 623). Diese Neuformierung des Staatensystems wird als "Entstaatlichung des Nationalstaates" (Jessop, 1995) oder als "Privatisierung von Politik" (Hirsch 2001) bezeichnet. Während den masseintegrativen Staatsapparaten des fordistischen Sicherheitsstaates bei der Herausbildung ökonomisch-politischer Regeln eine zentrale Rolle zukam, agieren die postfordistischen Wettbewerbsstaaten in einer davon verschiedenen Form von Partnerschaften mit Parastaaten und nichtstaatlichen Organisationen, um an Effektivität und Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen. Dabei erzwingen neben der Absicherung einer strukturellen Wettbewerbsfähigkeit aber auch gemeinsame Probleme wie grenzüberschreitende Umweltprobleme eine supranationale Kooperation und

Kulturen im Zuge der ökonomischen Globalisierung soziale Spaltungen und Konflikte hervorgebracht.

³¹Daran setzt Jessop den Begriff der *Entstaatlichung politischer Regime* an: "sie involviert eine Bewegung weg von der zentralen Rolle offizieller Staatsapparate bei der Sicherung staatlich geförderter ökonomischer und sozialer Projekte sowie der politischen Hegemonie hin zur Betonung verschiedener Formen der Partnerschaft zwischen gouvernementalen, paragouvernementalen Organisationen, in denen die Staatsapparate bestenfalls als *primus inter pares* zu betrachten sind" (Jessop 1994, 12).

Koordination zwischen Staaten, Wirtschaftsverbänden und privaten Akteuren. Dabei bildeten sich politische Regulierungsnetzwerke heraus, "in denen der Staat eher als primus inter pares, als Moderator und Koordinator innerhalb eines Geflechts relativ unabhängiger gesellschaftlicher Akteuer und Gruppen erscheint" (Hirsch 2001, 21).

Die Neuformierung des politischen Systems wird als Verschiebung von "Government" zu "Governance" bezeichnet. Diese³² ist eng verbunden mit der "Koordination durch den souveränen Staat hin zur stärkeren Gewichtung von Interdependenz und Wissenteilung, reflexiver Verhandlung und gegenseitigem Lernen" (Jessop 1995, 26). Denn der Staat erweist sich als unzulänglich für eine effektive Mobilisierung der Wissensressourcen und er ist deshalb dazu gezwungen, durch kooperative Strategien auf das internationale Verhandlungssystem einzugehen. Das Konzept der Governance-Struktur³³ verweist indessen auf internationale Organisationen, Unternehmen, staatliche Akteure und schließlich Nichtregierungsorganisationen. Die Definition des Begriffs Governance durch die Commission on Global Governance lautet:

„Governance ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentlichen und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozeß, durch den kontroverse oder unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfaßt sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse liegend angesehen werden" (Commission on Global Governance 1995, 4).

Kurz: International agierende politische Akteure wirken interdependent und interaktiv gegen- und miteinander. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass den Staaten weiterhin das für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems notwendige

³²Der Begriff von Government (Regierung) bezieht sich auf die Institutionen, die einen territorial umgrenzten souveränen Staat kontrolliert und reguliert. Der Begriff von Governance (Regieren) hingegen nimmt Bezug auf eine Funktion "that can be performed by a wide variety of public and private, state and non-state, national and international institutions and practices" (Hirst/Thompson 1996, 184; zu einer ausführlichen Auseinandersetzung mit dem Begriff von Global Governance, siehe Brand u.a. 200b).

³³Zum Überblick über den Begriff von Global Governance Messner/Nuschler 1996, zu einer kritischen Einschätzung (vgl. Brand u.a. 2000b).

physischen Gewaltmonopol zukommt. Insofern bleibt der Nationalstaat nach wie vor “der bedeutendste Kampfplatz zwischen globalen, triadischen, supranationalen, nationalen, regionalen und lokalen Kräfte” (Jessop 1995, 32). Darüber hinaus ist darauf zu verweisen, dass der demokratisch transparente Entscheidungsprozeß sich im Zuge der immer komplexer werdenden Struktur des internationalen Verhandlungssystems zu “closed-door sessions” wandelt . Darin besteht die Gefahr der “Refeudalisierung” der Politik.

Internationalisierung des Staats

Bei der Internationalisierung des Staats (vgl. Cox 1997; Hirsch 2001) geht es um die Internationalisierung von einzelstaatlichen “Policy-Regimes” und deren zunehmende Einbettung in die internationalen Wirtschaftsmechanismen. Die globale Durchsetzung der neoliberalen Wirtschaftspolitik wird im Kern von internationalen Regimen vorangetrieben. Die einzelstaatlichen Staatsapparate wie die Zentralbanken oder Finanzministerien werden dabei zunehmend den internationalen Institutionen der neoliberalen Wirtschaftsmechanismen wie dem IWF oder der Weltbank unterworfen (vgl. Brand 2000a, 106; Hirsch 2001, 122). Damit werden nationale “Policy-Regime” zunehmend in den Internationalisierungsprozess eingebettet. Im Zeitalter der Globalisierung kam und kommt es zu einer Vielzahl von Handels- und Investitionsabkommen zwischen Einzelstaaten und privaten Unternehmen. Dabei geht es auch um die internationale Verreglung des Rechtsverhältnisses. Für die Gewährleistung einer gesicherten Kapitalbewegung und der Interessen von Investoren spielt beispielweise die Welthandelsorganisation (WTO) “als zentrale Institutionalisierungsform des neoliberalen Konstitutionalismus” (Hirsch 2001, 23; dazu auch Panitch 1996, 109; Gill 1992) eine ausschlaggebende Rolle. Diese die neoliberale Wirtschaftspolitik fördernden internationalen Organisationen wie IWF, Weltbank und OECD dienen dabei als Instrument für die Durchsetzung der Interessen der wirtschaftlichen Machtblöcke auf dem Weltmarkt. Dadurch entsteht freilich auch die Gefahr, dass der Abschluss von internationalen Handels- und Investitionsabkommen ein neuartiges Ausbeutungsverhältnis zwischen Zentren und Peripherie herstellt, dass sich ganz legitim auf den neoliberalen Konstitutionalismus gestützt, wie im Fall des NAFTA und des vor kurzem zwischen den USA und Südkorea abgeschlossenen FTA (Free Trade

Agreement) zu sehen ist. Nach den Regeln der WTO dürfen ausländische Investoren, die im wesentlichen transnationale Unternehmen sind, juristische Klage gegen politische Entscheidungen von Regierungen oder staatlichen Institutionen erheben, "wenn sie in den Abkommen gewährten Rechte auf Nicht-Diskriminierung oder Eigentumssicherung durch nationale Rechte verletzt sehen" (Piccioto 2007, 261). Diese komplexen Regulationszusammenhänge zwingen Akteure wie Einzelstaaten, private Unternehmen und NGOs zu einem Zusammenspiel auf internationaler Ebene, worin die Tendenz zur Internationalisierung des Staates deutlich erkennbar wird (Hirsch 2001, Jessop 1995, Piccioto 1993, Demirovic 1997, Panitch 1996; Cox 1997).

Es geht aber nicht nur um die verschärfte Kooperation, sondern auch um die Herausbildung einer konfliktorischen Machtkonstellation innerhalb der OECD-Welt, in dem sich die Kräfteverhältnisse in dem Internationalisierungsprozess ausdrücken. Diese beruhen darauf, dass die Einzelstaaten hinsichtlich der Gewährleistung der strukturellen Wettbewerbsfähigkeit den internationalen Kapitalverwertungszwängen unterworfen sind. Der nationale Wettbewerbsstaat muss deshalb in die Verhandlungen innerhalb der internationalen Organisationen der Triade konkurrierend und zugleich kooperierend einwirken. In dieser neuen "Artikulation komplexer Verhandlungssysteme und Bündnisse mit transnationalen Unternehmen und einer Vielzahl von Interessengruppen bilden sich staatliche Apparate um und verbinden sich mit formal gesehen externen staatlichen Einheiten" (Demirovic 1997, 239; dazu auch Holloway 1993, 24).

Im Zuge des Internationalisierungsprozesses nimmt die Instabilität der internationalen Wirtschaft zu, was zum Verlust staatlichen der Steuerungsfähigkeit innerhalb der Nationalökonomie führt. Selbst wenn der Staat im Zuge der Globalisierungsoffensive tendenziell in den Internationalisierungsprozess eingebettet wird, und die Global Governance Struktur, die die neoliberale Deregulierung institutionell fördert, an Bedeutung gewinnt, ist die darin Ausdruck findende Globalisierung immer auch mit nationalstaatlichen Interessen und deren politischen Praktiken verknüpft. Insofern bleibt (wird) der Nationalstaat weiterhin als zentraler Bezugspunkt politischer Rolle für die Demokratie und konflikthafter sozialer Verhältnisse sowie Klassenbeziehungen in der Gesellschaftsformation ein entscheidender Faktor (bleiben) (vgl. Cox 1998, 29; Panitch 1996, 95; Hirsch 2001, 124; Jessop 1995, 33; Hirst/Thompson 1996, 192).

3. NGOs und Zivilgesellschaft

Wie oben gesehen, kann eine erhebliche Zunahme der Zahl von internationalen Abkommen und Vereinbarungen zwischen Einzelstaaten, Unternehmen, privaten Organisationen sowie Nichtregierungsorganisationen im neoliberalen Globalisierungsprozess als Resultat der postfordistischen Restrukturierung des Staatensystems verstanden werden. Die daraus resultierende Transformation des Staates führte nicht zuletzt zu einer grundsätzlichen Veränderung des Verhältnisses von Staat und (Zivil-)Gesellschaft. Im Übergang vom fordistischen zum postfordistischen kapitalistischen System zeichnet sich insgesamt jedoch ein relativer Machtverlust von Regierungsapparaten und politischen Parteien ab. Vor diesem Hintergrund kommt den zivilgesellschaftlichen Akteuren wie etwa den Neuen Sozialen Bewegungen eine zunehmende Bedeutung zu.

Um die Debatte um NGOs als politischer zivilgesellschaftlicher Akteur analytisch fruchtbar zu machen, stößt man mithin auf die Auseinandersetzung um den Begriff der Zivilgesellschaft³⁴. Der diesbezügliche Diskurs drehte sich in den 1980er Jahren zunächst v.a. um die Neuen Sozialen Bewegungen und avancierte unter Politikwissenschaftlern zur Erklärung der demokratischen Transformation in den mittelosteuropäischen Ländern.

Das gewachsene Interesse an der Zivilgesellschaft ist auf deren spezifischer Bedeutung für demokratische Prozesse zurückzuführen. Angesichts der Krise der demokratischen Mechanismen, wie sie in der zunehmend niedrigen Wahlbeteiligung und dem Repräsentativitätsverlust des Parteiensystems in den kapitalistischen Metropolen erkennbar wird, und angesichts der fehlenden demokratischen Institutionen in den peripheren und mittelosteuropäischen Ländern, erhoffte man sich Impulse für demokratische Prozesse, sei es aus radikaldemokratischer oder aus liberaler Sicht³⁵. So ist die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Südkorea mit dem dortigen

³⁴ In Südkorea z.B. hat eine kontroverse Streitfrage über die Zivilgesellschaft nach dem Zerfall des diktatorischen Militärregimes und darüber hinaus dem Zusammenbruch des Realsozialismus als eine theoretische Alternative zu einer weiteren Demokratisierung im sozialwissenschaftlichen Milieu der Linken ausgelöst, indem der Marxismus, der den Dissidenten und Aktivisten (Studenten und Arbeiter) eine theoretische Grundlage für die revolutionäre Arbeiterbewegung geliefert hat, für sie seine Überzeugungskraft verloren zu haben schien.

³⁵ Die Zivilgesellschaftsdiskussion ist dabei notwendigerweise in die Demokratietheorie eingegangen, aber ich werde hier nicht darauf eingehen. Zu diesem Thema insbesondere siehe, Dubiel/Frankenber/Rödel (1989); Schmalz-Bruns 1994, 1995; Klein 2001 mit einem ideengeschichtlichen Hintergrund).

Demokratisierungsprozess gleichzusetzen, da es mit dem Aufkommen von NGOs vor allem zu einer Enthierarchisierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft gekommen ist.

Zu bemerken ist dabei, dass die Diskussion über die Zivilgesellschaft unterschiedlich geführt wird. In den kapitalistischen Zentren handelt es sich v.a. um die Legitimation und den Ausbau einer demokratisch verfassten politischen Struktur. In der Peripherie hingegen wird die Zivilgesellschaft oft gegen einen autoritären Herrschaftsapparat als sich selbst bestimmender gesellschaftlicher Raum verstanden (Hirsch 2001, 37; zum Beispiel Südkorea siehe in Abschnitt 7.1 dieser Arbeit). Gerade aus diesem Blickwinkel kann man die Rolle und Funktion der NGOs unterschiedlich bestimmen. So können sie in den Zentren als ein privater Akteur in Kooperation mit Einzelstaaten bei internationalen Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen mitwirken. Und innerhalb des bestehenden Herrschaftssystems agieren sie oftmals kritisch gegen undemokratische, politisch-ökonomische und soziale Strukturen. In diesem Sinne sind NGOs ein Element der sozialen Bewegungen und befördern demokratisierende Potentiale (Wahl 1997, 301f).

Die Zivilgesellschaft bildet und entwickelt sich im Rahmen des jeweiligen politischen, ökonomischen und kulturellen Veränderungsprozesses in den verschiedenen Ländern unterschiedlich aus. Die Zivilgesellschaftsdiskussion sollte daher im komplexen Kontext der Herausbildung und Veränderung der kapitalistischen Gesellschaftsformation verschiedener Länder stattfinden. Gleichzeitig erschwert die unterschiedliche Verwendung des Zivilgesellschaftsbegriffes die Erstellung einer einheitlichen Begriffsdefinition der Zivilgesellschaft.

Worum es mir im folgenden geht, ist der Frage nachzugehen, wie - ausgehend von so unterschiedlichen Zivilgesellschaftsmodellen wie dem von Habermas und Gramsci - diese sich theoretisch für die Analyse der südkoreanischen Zivilgesellschaft in Anschlag bringen lassen.

Wie schon gesagt ist festzustellen, dass der Zivilgesellschaftsbegriff in Südkorea vorrangig im Zusammenhang mit dem Übergang von der Militärdiktatur zu formal-demokratischen Regierungsformen an Bedeutung gewann. Unter dem repressiven, diktatorischen Staat bildete die Zivilgesellschaft eine Gegenmacht gegen den Staat und

stellte ein Gefüge von Assoziationen dar, die dem autoritären Staat durch kollektives Handeln autonome Handlungsspielräume abtrotzten.

Unter den demokratischen Regierungen transformiert sich diese Funktion der Zivilgesellschaft jedoch. In voll entwickelten liberalkapitalistischen Gesellschaften kann sie als ein Bestandteil des erweiterten Staates im Sinne Gramscis interpretiert werden, also als ein Terrain, auf dem Hegemonie und die für diese Gesellschaften charakteristische Einheit von Zwang und Konsens hergestellt wird. In peripheren Gesellschaften trägt sie indessen angesichts von fehlenden bzw. schwach strukturierten demokratischen Institutionen zur weiteren Demokratisierung bei, indem sie sich in Form von autonom entstandenen Organisationen und Bewegungen der freien und gleichen Gesellschaftsmitglieder und deren Interessen artikuliert und darüber hinaus zur institutionelle Implementierung der Demokratie in der politischen Öffentlichkeit auffordert. Aus Sicht des historischen Entwicklungsprozesses der Zivilgesellschaft beinhaltet der Zivilgesellschaftsbegriff für Südkorea daher eher eine liberale Konnotation. Was aber dabei kritisch unter die Lupe genommen werden muss, ist, ob die auf NGOs als zentralen Akteuren innerhalb der Zivilgesellschaft gesetzten Hoffnungen hinsichtlich ihrer Demokratisierungspotentiale tatsächlich gerechtfertigt sind.

3.1. Begrifflichkeit der Zivilgesellschaft

Der moderne Begriff der Zivilgesellschaft geht vor allem auf den Zeitpunkt der Entstehung des modernen kapitalistischen Staates zurück. Wie Hegel in seiner Rechtsphilosophie sagte³⁶, entwickelte sich die Zivilgesellschaft (in Hegels Diktum: bürgerliche Gesellschaft) in der modernen Zeit mit der Entstehung des modernen Nationalstaates und damit des kapitalistischen Eigentums- und Rechtsverhältnisses heraus. Dabei galten das politische Recht und das Rechtssystem als Existenzbedingungen der Zivilgesellschaft – so etwa J.J. Rousseau. Für Marx wurzelte in der kritischen Weiterentwicklung der Hegelschen Vorstellungen die bürgerliche Gesellschaft in den ökonomischen Verhältnissen der kapitalistischen Produktionsweise.

³⁶ **”Die Schöpfung der bürgerlichen Gesellschaft gehört übrigens der modernen Welt an, welche allen Bestimmungen der Idee erst ihr Recht widerfahren läßt” (Hegel 1993, 339).**

Für Marx und Engels ist somit die bürgerliche Gesellschaft durch ihre Fundierung innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise immer auch eine Klassengesellschaft.

“Die Bürgerliche Gesellschaft umfaßt die gesamte materielle Verkehrsform der Individuen innerhalb einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte. Sie umfaßt das gesamte kommerzielle und industrielle Leben einer Stufe und geht insofern über den Staat und die Nation hinaus, obwohl sie andererseits wieder nach Außen hin als Nationalität sich geltend machen, nach Innen als Staat sich gliedern muß. Das Wort bürgerliche Gesellschaft kam auf im achtzehnten Jahrhundert, als die Eigentumsverhältnisse bereits aus dem antiken und mittelalterlichen Gemeinwesen sich herausgearbeitet hatten. Die bürgerliche Gesellschaft als solche entwickelt sich erst mit der Bourgeoisie; unmittelbar aus der Produktion und dem Verkehr sich entwickelnde gesellschaftliche Organisation, die zu allen Zeiten die Basis des Staates und der sonstigen idealistischen Superstruktur bildet, ist indes fortwährend mit dem selben Namen bezeichnet worden (MEW 3, 36)”.

Für Marx wurzelt also die bürgerliche Gesellschaft in den materiellen Lebensverhältnissen. So schrieb er im Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie weiter:

“Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt dem sozialen, politischen und geistigen Lernprozeß überhaupt (Marx-Engels Ausgewählte Schriften I, 336)”

Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Marx basiert somit auf der Struktur der zwei Ebenen, also Basis (Ökonomie) und Überbau (Staat). Marx verwendet den Begriff bürgerliche Gesellschaft also für die Gesamtheit der ökonomischen Verhältnisse in der von der Bourgeoisie beherrschten Gesellschaft. Zeithistorisch bedingt ließ Marx in seiner Analyse des kapitalistischen Systems die Struktur der mit dem voranschreitenden kapitalistischen Industrialisierungsprozess einhergehenden Herausbildung der modernen Zivilgesellschaft aber weitgehend außer acht.

Während somit die bürgerliche Gesellschaft des Kapitalismus für Marx und Hegel mit der Bourgeoisie-Gesellschaft und der ökonomischen Basis gleichgesetzt wird, steht sie bei Gramsci, der aus der Perspektive der 1910er und 20er Jahre schrieb, *zwischen* der ökonomischen Basis und dem Staat mit seiner Gesetzgebungsgewalt und seinem Zwangsapparat. Gramscis Analyse impliziert dabei eine analytische Trennung und Unterscheidung der Termini *bürgerliche* Gesellschaft und *Zivilgesellschaft*. D.h. in Gramscis politischer Theorie verweist der Begriff der Zivilgesellschaft auf ein von Ökonomie und Staat unabhängiges Terrain politischer Selbstorganisation. Für die Zivilgesellschaftsdiskussion ist deswegen nicht unwichtig, diese inhaltliche Nuancendifferenz des Terminus zu beachten (dazu ausführlicher, siehe Priester 1977, 515f; Köbler/Melber 74ff; Cohen/Arato 1992, viii)³⁷.

Im Vordergrund der hier vorliegenden Perspektive auf die aktuelle Zivilgesellschaftsdiskussion steht als theoretischer Angelpunkt das gesellschaftskritische Gramscianische Konzept von Zivilgesellschaft³⁸ ausgehend von der Marxschen Tradition von Basis (ökonomischer Sphäre) und Überbau (politischer Sphäre). Wichtig ist, dass für Gramsci die Zivilgesellschaft Teil des Überbaus ist. Aus seiner Weiterentwicklung der Marxschen Perspektive heraus betrachtet er die Zivilgesellschaft als Teil der politischen Gesellschaft. Zum Überbau gehören somit nicht nur Zivilgesellschaft sondern auch der Staat als politisches System. Dennoch unterscheidet sich die Zivilgesellschaft als private Sphäre von Staat und Ökonomie. Sie ist also ein gesellschaftlicher Bereich, der als eigenständiges Handlungssystem zwischen Staat und Zivilgesellschaft eingeordnet wird. Staat und Zivilgesellschaft bilden Gramsci zufolge eine Einheit und können als komplexer Herrschaftszusammenhang verstanden werden

³⁷Wolf Dieter Narr übt die Kritik an der bei den meisten Zivilgesellschaftsdiskussionen zu findenden liberaldemokratische Konzeptualisierung der Zivilgesellschaft. Darüber hinaus hat Gramsci nach dem Hinweis von Kebir auf diese Differenz des inhaltlichen Begriffs den Terminus von bürgerlicher Gesellschaft (*società bofghese*) und Zivilgesellschaft unterschieden und in den historischen Zusammenhängen den Begriff der Zivilgesellschaft verallgemeinert (dazu siehe Kebir 1991, 56). Mit der Fokussierung darauf, dass Zivilgesellschaft in verschiedenen Varianten unterschiedlich erschien und erscheint, möchte ich im Teil II meiner Arbeit zeigen, wie die Zivilgesellschaftsdiskussion in den frühen 90er Jahren im Zusammenhang mit der politischen und sozialwissenschaftlichen Debatte um NGO und soziale Bewegung aufgenommen wurde. Die Charakterisierung der südkoreanischen Zivilgesellschaft unterscheidet sich jedoch von der westlichen Zivilgesellschaft und ist allerdings im historischen Kontext der kapitalistischen Entwicklung und dabei im Verhältnis zum Staat in Südkorea zu verstehen.

³⁸ Zu dieser Debatte siehe Kebir 1991, Emtmann 1998, Votos 2001, Demirovic 2007. S. 21-36; Buttigieg 1994, S. 529-554 im Themenheft "Ethik und Staat: Zivilgesellschaft" von der Zeitschrift, das Argument Jg. 36 Heft 4/5 1994.

(vgl. Hirsch 2000, 327; Brand 2000, 74; Demirovic 1997, 154), “denn es ist festzuhalten, dass in den allgemeinen Staatsbegriff Elemente eingehen, die dem Begriff der Zivilgesellschaft zuzuschreiben sind (in dem Sinne, könnten man sagen, dass Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang)” (Gramsci GH 4, 783). Aus dieser Perspektive bezeichnet Gramsci den modernen Staat als integralen Staat oder erweiterten Staat, wie er in der Einheit der organischen Wechselbeziehung zwischen der politischen und Zivilgesellschaft erscheint.

Dieser komplexe Herrschaftszusammenhang kann letztlich als “Hegemonie” bezeichnet werden, die nach dem Lesart von Demirovic auf die spezifische Art und Weise der Herrschaftsausübung in der Zivilgesellschaft verweist (Demirovic 2007, 25). D.h. die Zivilgesellschaft bei Gramsci ist als das Terrain konzipiert, auf dem die hegemoniale Herrschaft der herrschenden Klasse durch ihre hegemonialen Apparate, gestützt auf Zwang und Konsens³⁹, durchgesetzt wird. Hier wird “Hegemonie, d.h. die Rechtfertigung der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen in einem Prozess permanenter politischer-sozialer und ideologischer Auseinandersetzungen erzeugt” (Hirsch 2000, 327). Die politische Gesellschaft und die Zivilgesellschaft als Bestandteil des hegemonialen Blocks sind zugleich Gegenstand der staatlichen Eingriffe entsprechend der hegemonialen Funktion der herrschenden Klasse.

Bei der Auseinandersetzung mit dem gramscianischen Konzept der Zivilgesellschaft ist man somit mit dem Hegemoniebegriff konfrontiert. Der in der Zivilgesellschaft durch intellektuelle und moralische Führung der herrschenden Klasse geschaffene Konsens der beherrschten Klassen bezeichnet nach Gramsci die “Errichtung eines Konsensus über die Gesamtheit der Gesellschaft” (Buci-Glucksmann 1981, 63) und geht durch seine spezifische Berücksichtigung der zivilgesellschaftlichen Beziehungen zum Staat weiter als der Marxsche Begriff der herrschenden Ideologie. “Dieser Konsensus wird dann durch bewährte soziale Normen, durch eine Indoktrinierung, durch soziale Kontrolle, die von den Agenten der politischen Überredung errichtet werde, hergestellt” (ebd., 63f).

³⁹ Der zentrale Begriff der Hegemonie bei Gramsci findet sich in seiner folgenden Äußerung: “Die normale Ausübung der Hegemonie auf dem klassisch gewordenen Feld des paraömentarischen Regimes zeichnet sich durch die Kombination von Zwang und Konsens aus, die sich in verschiedener Weise die Waage halten, ohne dass der Zwang zu sehr gegenüber dem Konsens überwiegt, sondern im Gegenteilsogar versucht wird, zu erreichen, dass der Zwang auf den Konsens der Mehrheit gestützt scheint, wie er von den sogenannten Organen der öffentlichen Meinung –Zeitungen Verbände- ausgedrückt wird, die deshalb in gewissen Situationen künstlich vervielfacht werden (Gefängnishefte Heft 13, S. 1610, zitiert nach Votos 2001, S.107).

Dabei operiert *die öffentliche Meinung*, was auch aktuell bedeutsam ist, als Nahtstelle zwischen der politischen Gesellschaft und Zivilgesellschaft.

“Was öffentliche Meinung genannt wird, ist aufs engste mit der politischen Hegemonie verknüpft, es ist nämlich der Berührungspunkt zwischen der Zivilgesellschaft und der politischen Gesellschaft, zwischen dem Konsens und der Gewalt. Der Staat schafft, wenn er eine wenig populäre Aktion starten will, vorbeugend die angemessene öffentliche Meinung, das heißt, er organisiert und zentralisiert bestimmte Elemente der Zivilgesellschaft“.

„Die öffentliche Meinung ist der politische Inhalt des öffentlichen politischen Willens, der ohne Übereinstimmung sein könnte, deshalb gibt es den Kampf ums Monopol der Organe der öffentlichen Meinung: Zeitungen, Parteien, Parlament, damit eine einzige Kraft die Meinung und folglich den nationalen politischen Willen medellisiert und die Nichtübereinstimmenden zu einer individuellen und unorganischen Wolke zerstäubt“ (*Gefängnishefte*, Heft 7, S. 916f).

Hegemonie bedeutet die Verankerung herrschender Normen in Form von Verhaltensmustern und Werteorientierungen und –kriterien usw. im materiellen Lebensbereich (vgl. Demiroivc 1997, 257).

Zusammenfassend besteht die Zivilgesellschaft bei Gramsci aus einer Vielzahl von Individuen und Gruppen, die ihre eigene Interessen verfolgen. Dabei sind freilich die Konflikte zwischen den Gesellschaftsmitgliedern vorprogrammiert. Diese Konflikte und Interessengegensätze werden im Rahmen des den Klassenkompromissen zugrundeliegenden Konsenses ausgetragen, und dabei erfolgt die ständige Neuformierung und Transformation des jeweiligen instabilen Gleichgewichts der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.

Darüber hinaus ist die Zivilgesellschaft für Gramsci mit der politischen Gesellschaft, also dem Staat, verbunden. In ihrer Wechselbeziehung verbinden sich Staat und Zivilgesellschaft und trennen sich, indem der Staat nicht nur mit der Verfügung über physische Gewalt, sondern auch mit freiwilligem Konsens der Bürger die hegemoniale Herrschaft in den Bereich der Zivilgesellschaft durchsetzt. Und zugleich ist die Zivilgesellschaft eine Sphäre autonomer Selbstorganisation, die sich staatlichen Eingriffen entgegensetzt. Entscheidend für die Konzeption der Zivilgesellschaft bei

Gramsci ist somit der Begriff des *integralen* bzw. *erweiterten Staates*, der aus Zwang und Konsens besteht. Diese spezifische Perspektive verbindet sich mit einem wiederum spezifischen NGO-Verständnis, wonach NGO als Teil des erweiterten Staat zu betrachten sind, wenn sie „als formal unabhängiger, interessegeleiteter Akteur und Teil, Träger und Akteur politischer Öffentlichkeit“ (Brand 2000, 80) betrachtet werden.

In den liberalen Konzeptionen von Zivilgesellschaft hingegen wird sie eher als ein vom Staat und von der Ökonomie unabhängiges Terrain verstanden. So geht es in der liberalistischen Lesart v.a. um selbstorganisierte Autonomie von Individuen und sozialen Gruppen für die Gewährleistung ihrer Freiheit und Gleichheit. Die liberale Tradition hält die Zivilgesellschaft für eine intermediäre Sphäre, die, verstanden als politische Öffentlichkeit, die Interessen der Bürger zwischen den Sphären der Ökonomie und des Staates vermittelt. Im Zentrum des normativ aufgeladenen liberaldemokratischen Zivilgesellschaftsmodells steht zunächst der Begriff der Öffentlichkeit wie z.B. bei Habermas und die Verknüpfung mit dem diskurstheoretischen Demokratiemodell. Die Zivilgesellschaft wird als “die Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis, die die Kommunikationsstruktur der Öffentlichkeit in der Gesellschaftskomponente verankert” aufgefasst. “Die Zivilgesellschaft setzt sich aus jenen mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, welche die Resonanz, die die gesellschaftliche Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten” (Habermas 1992, 443; auch dazu vgl. Cohen/Arato 1992, 2).

Habermas versteht die Zivilgesellschaft also als Teil der Öffentlichkeit, in der die politische Verwirklichung demokratischer Potentiale durch kommunikatives Handeln zum Tragen kommt. Die Öffentlichkeit ist ein Raum, der “von einer Vielzahl autonomer und vom Staat rechtlich getrennter Organisationen ausgefüllt wird” (Fein/Matzke 1997, 17), und in dem gesellschaftliche Probleme und Interessen durch die öffentliche Meinung und Diskussionen wahrgenommen, thematisiert und auseinandergesetzt werden. Die dadurch erzeugte Einflussnahme auf eine politische Willensbildung wirkt dann ins politische System hinein (vgl. Habermas 1994, 438f). Diese politische Dimension wird wiederum an die lebensweltliche Alltagskultur rückgekoppelt. Habermas versucht damit, “die emanzipatorisch-demokratischen Potentiale der

Lebenswelt aus der Rekonstruktion der sozialen und politischen Implikationen der pragmatisch unumgänglichen Voraussetzungen des kommunikativen Vergesellschaftungsmodus der sozialen Akteure zu ermitteln” (Chang, Eun-Joo 1999, 13).

Demirovic erinnert jedoch daran, dass Öffentlichkeit Teil eines komplexen Dispositivs staatlicher Herrschaft sei (Demirovic 1997, 177). Aus dieser Perspektive übersieht Habermas, dass das Herrschaftsverhältnis von Staat und Gesellschaft nicht ohne Konsens und Kompromisse von und mit subalternen sozialen Gruppen fortbestehen kann. Wesentlicher Kritikpunkt an der Habermasschen Konzeption ist, dass das Herrschaftsverhältnis von Staat (Staatsintervention in die Zivilgesellschaft) und Zivilgesellschaft (gesellschaftlicher Einfluss auf den Staat) -- mit einem Wort: das Verhältnis von Staat und Kapital – ausgeblendet bleibt (vgl. Narr 1994, 596; Köbler/Melber 1993, 62; Schmalz-Bruns 1989, 22; Brand 2000, 80). Damit bleiben auch die sozioökonomischen Rahmenbedingungen unberücksichtigt.

Trotz der unterschiedlichen theoretischen Konzeptualisierung lassen sich dennoch einige gemeinsame Merkmale der Zivilgesellschaftskonzeption (vgl. Demirovic 1997) feststellen. Bei dem auf NGOs bezogenen Zivilgesellschaftsbegriff (Brand 2000, 80) handelt es sich um den öffentlichen Raum, in dem die Öffnung für autonome Bürgerbeteiligung als notwendig gilt, damit selbstorganisierte soziale Akteure sich für ihre eigenen Interessen und Zielsetzungen freiwillig formieren und artikulieren und in dem der gesellschaftliche Konsens ausgearbeitet und die Hegemonie erkämpft werden. Dafür ist die Voraussetzung der Zivilgesellschaft, dass die Bewältigung und Vermittlung der aus den Interessengegensätzen hervorgehenden Konflikte in der politischen Öffentlichkeit durch kommunikatives Handeln ausgearbeitet wird. Somit ist “die Existenz einer entwickelten Zivilgesellschaft eine entscheidende Voraussetzung für demokratische Prozesse” (Hirsch 2000, 327). Dies ist aufschlussreich für die Diskussion der Funktion und Bedeutung von NGOs als demokratisierenden Akteuren . Es verweist darauf, dass es sich auch beim Gramscianischen Zivilgesellschaftsbegriff nicht um eine festgefügte Totalität handelt, sondern auch bei ihm Zivilgesellschaft ein Terrain darstellt, auf dem sich alternative und oppositionelle hegemoniale Konzepte entwickeln können.

Über dieses zivilgesellschaftliche Substrat von NGOs hinaus möchte ich mich von diesen Zivilgesellschaftsmodellen ausgehend mit der Frage befassen, inwiefern die

kontextabhängige Zivilgesellschaftskonzeption, deren politische Denken und Philosophie der Analyse der Politik- und Kulturgeschichte der westlichen Gesellschaft entspringt (vgl. Buttigieg 1994, 534), für die südkoreanische Zivilgesellschaft mit einem anderen politisch-kulturellen Hintergrund Gültigkeit beanspruchen kann.

In den 80er Jahren war in der Auseinandersetzung mit der kapitalistischen *Gesellschaftsformation* (Sahoeguseonche)⁴⁰ bei den kritischen Gesellschaftstheoretikern vornehmlich die Arbeiterbewegung mit ihrer Betonung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit und der Hoffnung auf eine emanzipatorische, demokratische Gesellschaft, vorherrschend. In den 90er Jahren veränderte sich die sozialwissenschaftliche Landschaft infolge des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus und des autoritären südkoreanischen Militärregimes. Infolgedessen wurden zunehmend Untersuchungen relevant, die weitere gesellschaftliche Themenbereiche in den Blick nahmen und Fragestellungen, die sich zuvor mit den Arbeitsbeziehungen und dem Kampf gegen den autoritären Staat beschäftigten, wurden um die Perspektive der Zivilgesellschaft erweitert. Die intern (Zusammenbruch des Militärregimes) sowie extern (Zusammenbruch des Sozialismus) veränderte Konfiguration bedurfte somit eines neuen theoretischen Paradigmas für eine angemessene Analyse des Transformationsprozesses der (Zivil)Gesellschaft sowie der sozialen Bewegungen.

Bei der Suche nach einer Anwendungsmöglichkeit von westlichen theoretischen Modellen mussten jedoch die spezifischen Besonderheiten der südkoreanischen nationalen Konstellation in Rechnung gestellt werden. Diese bezogen sich zunächst einmal auf die koloniale Geschichte und die geteilten Konstellation in Nord- und Südkorea. D.h. die Zivilgesellschaft wurde im Unterschied zum westlichen Entwicklungsprozess v.a. unter der kolonialen Herrschaft von Japan “von oben nach unten” geschaffen⁴¹. Diese Besonderheit drückt sich in soziokultureller Hinsicht in einer auf der konfuzianischen Tradition basierenden autoritären Hierarchie und einem spezifischen Regionalismus und Klientelismus sowie einem deutlichen Antikommunismus aus. Diese Faktoren sind zunächst einmal konstitutiv für das

⁴⁰ Mit dieser Herangehensweise von “Gesellschaftsformation” als Gesellschaftskritischem Ansatz wurde versucht, die Grundstruktur der südkoreanischen Gesellschaft und ihren Charakterisierung aus im ganzen zu bestimmen, und daraus eine Strategie bzw. Takik für die soziale Umwälzung schlusszufolgern und in die Praxis umzusetzen (vgl. Yoo, Pal-Mu 1995, 229).

⁴¹ Zum Entwicklungsprozess der südkoreanischen Zivilgesellschaft ausführlicher siehe Kapitel 7 dieser Arbeit.

südkoreanische gesellschaftliche Bewusstsein und die Spezifik der dortigen Zivilgesellschaft. Zudem kann auf die Schwäche der wohlfahrtsstaatlichen Basis und die vorherrschende “Triade-Allianz” zwischen Staat, Kapital und den Massenmedien verwiesen werden. Letzteres ist ein entscheidender Faktor, um die südkoreanische Zivilgesellschaft als Gegengewicht zum Staat zu bestimmen (vgl. Kim, Sung-Guk 1998 40ff). Die auf der Grundlage des staatlich geführten Wirtschaftsentwicklungsprozesses, der verschiedensten Vergünstigungen für die enorm gewachsenen Konglomerate (*Chaebol*)⁴² – dazu gehören auch einige gigantische „Major-Massenmedien” – und die mit diesen in einer engen Beziehung stehende politische Macht bilden einen korrumpierten Zirkulationskreis. Zudem wirken diese mächtigen Massenmedien, die die Kommunikation der Bürger systematisch beeinflussen, deutlich auf die Öffentlichkeit ein (Kim, Sung-Guk 1998, 45).

Wenn man den Entwicklungs- und Transitionsprozess der Zivilgesellschaft in Südkorea⁴³ näher betrachtet, und darüber hinaus aus liberal-demokratischer Sicht davon ausgeht, dass sich der demokratische Rechtsstaat als Prämisse der Zivilgesellschaft geltend macht, dann ergibt sich, dass die südkoreanische Zivilgesellschaft eher eine liberale Ausrichtung hat⁴⁴. D.h. ihr Transitionsverlauf ist ein politischer Kampfprozess der Bürger für individuelle Bürgerrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit und darüber hinaus für eine weitere Demokratisierung des gesamten politischen, sozioökonomischen Systems, die im engeren Sinne auf die Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie verweist. In diesem Kontext werden die Zivilgesellschaft und NGOs als ein zivilgesellschaftlicher Akteur mit demokratisierendem Potential betrachtet.

Jedoch ist zu hinterfragen, inwiefern NGOs die diesbezüglichen Erwartungen erfüllen, und ob sie überhaupt als gesellschaftsverändernde Akteure hinsichtlich einer emanzipatorischen Demokratie, auf nationaler sowie internationaler Ebene, fungieren.

⁴² Die ökonomische Struktur Südkoreas ist dermaßen asymmetrisch, dass es nicht übermäßig ausgedrückt ist, dass sie der Herrschaft von Chaebol unterliegt. Darauf komme ich in Teil II dieser Arbeit zurück.

⁴³ Darauf werde ich im Kapitel 7 mit einer ausführlichen Darstellung zurückkommen.

⁴⁴ Schmitter hebt die liberale Konnotation der Zivilgesellschaftsdiskussion aus der lateinamerikanischen Erfahrung hervor: “While its historical origins are unequivocally rooted in Western Europe, the norms and practices of the civil society are relevant to the consolidation of democracy in all cultural, geographical areas of the world, provided that the generic type of democracy that the actors are seeking to consolidate is modern and liberal” (Schmitter 1993, 14).

3.2. NGO und internationale Zivilgesellschaft

Wenn von Greenpeace, Ärzte ohne Grenzen, OXFAM oder Amnesty International die Rede ist, die durch ihre Aktivitäten in den verschiedenen globalen Politikfeldern in den Medien ein hohe Reputation genießen, oder von einer kleinen NGOs, die – dank der “digitalen Revolution” – die lokalen Probleme auf internationaler Ebene durch Internet-Networking skandalisieren, und diese dabei an den sogenannten “Weltbürger” und an die zivilgesellschaftliche Partizipation und Solidarität appellieren, liegt der Gedanke nahe, dass sie die einzelstaatliche Zivilgesellschaft über die territorialen Grenzen hinweg sich auf der globaler Ebene vernetzt. Aus diesem Blickwinkel beschäftigen sich viele Beiträge zu NGOs und der internationalen Zivilgesellschaft mit deren internationalisierender, demokratisierender Wirkung auf globaler Ebene und einer damit verbundenen “Weltgesellschaft” bzw. einer “Global Governance” (Messner/Nuschler 1996). Die Zivilgesellschaftsdebatte und mit ihr diejenige über die Funktion und Bedeutung von NGOs, die in den unterschiedlichen Politikfeldern auf internationaler Ebene zur Demokratisierung und Rationalisierung des politischen Entscheidungsprozesses beitragen, wird somit auf die internationale Ebene übertragen. Ihr Beitrag zu demokratischen Wirkungen besteht aus zivilgesellschaftstheoretischer Sicht darin, anhand ihrer Expertise gesellschaftliche Problemlagen in der Öffentlichkeit zu thematisieren, und dadurch ein Agenda-Setting zu betreiben und eine Problemdefinition sowie -lösungen vorzulegen um dabei maßgeblichen Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess zu nehmen.

Im Zuge der Globalisierung werden die grenztranszendierenden sozialen Bewegungen und international agierende NGOs als Akteure innerhalb einer “internationalen Zivilgesellschaft”, “global civic politics” (Wapner 1995) und “transnationalen Zivilgesellschaft” betrachtet (vgl. Nölke 1997, Anheier/Themundo/Freise 2003, Klein 1997, Wapner 1995, Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996). In vielen Diskussionen und Publikationen wird von ihnen erwartet, für die politische Zivilgesellschaft und Demokratisierung eine entscheidende Rolle zu spielen und zur weltbürgerlichen Solidarität beizutragen (vgl. Habermas 1998, 79). Zusammen mit der internationalen Zivilgesellschaft werden sie als Hoffnungsträger für eine demokratisierende Wirkung der internationalen Ebene angesehen. Angesichts einer Vielzahl und erheblicher

Aktivitäten von NGOs wird eine Stärkung der globalen Zivilgesellschaft vorhergesagt, wodurch eine partizipatorische Demokratie bzw. der dahinterstehende demokratietheoretische Begriff auf globale Ebene ausgeweitet würden (vgl. Demirovic 1997, 243f; David 1995). Dennoch ist die Frage, ob NGOs Träger oder ein Bestandteil der internationalen Zivilgesellschaft sind, nur in einem angemessenen theoretischen Bezugsrahmen zu beantworten. Die derzeitige Diskussion um eine internationale Zivilgesellschaft richtet sich in meisten Fällen jedoch ohne eine tiefgehende theoretische Ausstattung politisch-strategisch und normativ aus (vgl. Brand 2000, 86f). Die Übertragung des Zivilgesellschaftsbegriffs auf die internationale Ebene muss somit die politisch-institutionellen Voraussetzungen und die globalen soziökonomischen Rahmenbedingungen berücksichtigen. Die ökonomische Globalisierung und die damit einhergehende Herausbildung der internationalen Zivilgesellschaft verweisen wie bereits angedeutet auf die Rekonstruktion der Demokratie. Dabei ist bekannt, dass NGOs in der Tat auf den Weltkonferenzen über Umwelt-, Entwicklungs-, und Menschenrechtsprobleme mit ihren professionellen Wissensressourcen, als "epistemische Gemeinschaft", zur Demokratisierung des Politikprozesses und damit zur demokratischen Problemlösung beitragen. Im Hinblick auf eine Form der Partizipation der demokratischen Zivilgesellschaft und die damit verbundene politische Öffentlichkeit (Demirovic 1997, Görg/Hirsch 1998), in der NGOs globale Probleme auf die Tagesordnung setzen und versuchen, den Politik- und Entscheidungsprozeß zu demokratisieren, werden sie sowohl als demokratisierende Akteure als auch als Teil einer internationalen Zivilgesellschaft betrachtet.

Diese Betrachtungsweise, die den Zivilgesellschaftsbegriff auf internationale Ebene überträgt, ist bei näherem Hinsehen jedoch problematisch, denn die Wirksamkeit der zivilgesellschaftlichen Struktur setzt vor allem eine nationalstaatliche Kontrollkompetenz voraus, d.h. eine rechtsstaatlich-verfassungsgemäße institutionelle Fundierung, die nach einheitlichen Regeln funktioniert. Kulturell gesehen, basiert das zivile Kollektivbewusstsein auf einem territorialen Bezugsrahmen, "auf dem die Menschen leben, die sich auf das Zentrum hin orientieren die Forderungen oder Ansprüche des Zentrums gegenüber dem Territorium und dessen Bevölkerung definieren die Grenze der civil society" (Shils 1989, 16). Außerdem sollte die demokratische Struktur einer Zivilgesellschaft, auf einem einzelstaatlichen

repräsentativ-parlamentarischen Institutionssystem basierend, nicht zuletzt im Rahmen des kapitalistischen Produktionsverhältnisses in Betracht gezogen werden.

In der als "nationaler Wettbewerbsstaat" (Hirsch) bezeichneten postfordistischen Phase sind, wie die neue Form des kapitalistischen Staatensystems andeutet, die Einzelstaaten, ihre Staatsapparaturen, die ökonomischen Unternehmen und nicht zuletzt die Individuen in ihrer Lebenswelt im Prozeß der "Glokalisierung" einem zugespitzten Konkurrenzdruck ausgesetzt. In diesem Kontext scheint es mir doch fraglich zu sein, die auf den territorialen Nationalstaat bezogene Definition der Zivilgesellschaft hin zu einer "idealen globalen Zivilgesellschaft" plus deren Institutionen auf die globale Ebene zu erweitern (vgl. Demirovic 1997 244f), denn die internationale Zivilgesellschaft sollte in ihrer komplexen Artikulation mit der ökonomischen Globalisierung verstanden werden, bei der es grundsätzlich zunächst einmal um die Kapitalakkumulation geht. Um NGOs als einen Bestandteil der internationalen Zivilgesellschaft in ihrer demokratisierenden Wirkungsweise betrachten zu können, ist weiterhin darauf zu verweisen, dass die einzelstaatliche Demokratie für die internationale Demokratisierung notwendig Voraussetzung ist (vgl. Görg/Hirsch 1998, 338; Held 1998, 76). Für die Entwicklung einer internationalen Zivilgesellschaft ist insofern die Berücksichtigung der "demokratisch vorangetriebenen – Wiedererstarkung der Nationalstaaten" (Görg/Hirsch 1998, 338, dazu auch vgl. Held 1998, 76) angebracht.

2. NGOs und Demokratie

"Ökonomische Globalisierung", „Nichtregierungsorganisationen“, „Demokratie“. Das sind die Stichworte, die in den internationalen Zusammenhängen miteinander verstrickt und verquickt sind. Die Politik reicht über das nationalstaatliche Territorium hinaus, und breitet sich zunehmend in den internationalen Institutionssystemen und transnationalen Netzwerken aus. Die sich in der Globalisierung ausdrückende Triadisierung und Regionalisierung der Weltwirtschaft begründet sich vornehmlich in der Ankurbelung der Internationalisierung des Kapitals. Die als Folge der fordistischen Krise in Gang gesetzte Beschleunigung der Internationalisierung des Kapitals erodierte die den Nationalstaaten zugrundeliegende ökonomische und politische Struktur, und damit läuft die demokratische Legitimation der kapitalistischen Gesellschaft Gefahr, ihre Grundlage

zu unterminieren. Durch die ökonomische Globalisierung, die die Demokratie inhaltlich aushöhlt, wird den NGOs paradoxerweise eine demokratische Bedeutung verliehen.

Angesichts der zunehmenden ökologischen Zerstörung, sozialer Ungleichheit, Armut und des autoritär-bürokratischen Managements der Krise durch die staatlichen Politik werden NGOs, die mit einer besonderen Ausstattung an Expertise, Wissensressourcen, lokalen Kenntnissen und Medienmobilisierung sowie guten Kontakten komplementär zum „Staatsversagen“ ihre Fähigkeit zur Lösung der international verflochtenen Probleme zeigen, in ihrer demokratisierenden Wirkung auf nationaler wie internationaler Ebene gewürdigt. Ihre demokratisierenden Elemente bestehen zum einen in der Repräsentation spezifischer Interessen⁴⁵, in ihrer Rationalisierung der Problemdefinitionen und -lösungen, und zum anderen darin, politische Prozesse transparent zu machen. In diesem Sinne könnten sie im transnationalen System für „checks and balances“ (Wahl 1998, 55; Brock 1998, 51; Hirsch 2001, 38) beitragen. So gesehen verfolgen NGOs demokratische Prinzipien (vgl. Wahl 1998, 55), die aus liberal demokratischer Sicht die Voraussetzung einer entwickelten Demokratie sind: repräsentativ-parlamentarische institutionelle Fundierung als auch Gewährleistung freier Öffentlichkeit mit institutionalisierten Formen der Willens- und Meinungsbildung, in der sich unterschiedliche Interesse politisch artikulieren und formieren, und partizipatorische Organisationsform sowie Anerkennung der Pluralität und Differenz und Gleichstellung der Geschlechter.

Zweifel sind dabei angebracht. Es muß aus demokratiethoretischer Perspektive die Frage gestellt werden (vgl. Görg/Hirsch 1998, Hirsch 2001, Brunnengräber 1998, Demirovic 2001), welche demokratische Bedeutung NGOs haben, inwieweit sie in ihren demokratisierenden Potentialen in Betracht gezogen werden sollten, und welche demokratischen Qualitäten sie erfüllen. Denn ihnen fehlen die Kontrollmöglichkeiten auf internationaler Ebene, d.h. „das, wozu Parteien in der Lage sind, wenn sie die Mehrheit gewinnen: Sie können die Regierungen bilden und erheblichen Einfluß etwa auf den Umbau des Institutionsgefüges, auf demokratische Verfahren und auf politische Ziele nehmen“ (Brunnengräber 1998, 83). Auch die NGO-Struktur zwischen Nord-NGOs und Süd-NGOs ist asymmetrisch und ihre finanziellen Ressourcen sind unausgewogen.

⁴⁵ Zur Kritik an der Repräsentation von NGOs als ein Element der Demokratie, siehe Demirovic 2001, 144.

Die Nord-NGOs haben den besseren Zugang zu finanziellen Mitteln, Informationen und institutioneller Ausstattung. Somit reflektieren sie die Fragmentierung der „Weltgesellschaft“ innerhalb ihrer Struktur. Nicht zuletzt die strukturelle Staatsorientiertheit und finanzielle Abhängigkeit der NGOs machen einen dabei hinsichtlich ihrer demokratischen Qualität skeptisch. Denn die Autonomie, und nicht zuletzt die finanzielle Unabhängigkeit sind unabdingbare Voraussetzung für die Existenz der demokratischen NGOs (dazu auch Wahl 1998, 66).

Die von NGOs erwartete Demokratisierung der Politik auf internationaler und nationaler Ebene „hängt wesentlich von der Durchsetzung neuer demokratischer Formen und Akteure im nationalen Rahmen ab, die der wettbewerbsstaatliche Aushöhlung der liberalen Demokratie entgegenwirken zu können“ (Görg/Hirsch 1998, 338). Aus dieser Sicht sollte deshalb eher eine „Wiedererstarkung der Nationalstaaten“ (Görg/Hirsch 1998) erwartet werden, als dass von einer Stärkung der globalen Zivilgesellschaft die Rede sein sollte, um die Demokratisierung auf nationaler sowie internationaler Ebene vorantreiben zu können.

Dafür sollten die „weichen“ Themenbereiche, für die die meisten NGOs agieren, um die mit dem Kapitalverhältnis eng verbundenen „harten“ erweitert und von NGOs politisch behandelt werden. Zugleich sollten sie versuchen, gegen die herrschenden weltweiten Herrschafts-, Abhängigkeit-, und Ausbeutungsverhältnisse zu kämpfen, damit sie auf grundlegende emanzipatorische Gesellschaftsveränderungen einwirken können. In diesem Sinne sollte die demokratische Bedeutung von NGOs darin bestehen, als Gegenmacht zum herrschenden Institutionssystemen – vor allem in dessen ideologisch-strategischer Orientierung an der neoliberalen Form der Globalisierung – und den Zwängen des bestehenden Herrschafts- und Regulationszusammenhangs entgegenzuwirken⁴⁶ (dazu auch Hirsch 2001, 41), damit sie eine Veränderung des Institutionssystems veranlassen können. Neben dieser institutionellen Veränderung sollte die Bedeutung der emanzipativen Demokratie und Politik von NGOs in ihrem Bemühen und Kampf um die Veränderung der in der Lebenswelt verankerten Bewußtseinsstruktur liegen.

⁴⁶ Um die herrschende vom kapitalistischen Produktionsverhältnis bestimmte Herrschaftsstruktur zu verändern und damit eine emanzipatorische Gesellschaft einzuführen, könnte m.E die Vorstellung, die NGO-Bewegung mit der im Mittelpunkt der Kapitalverhältnisse stehenden Gewerkschaftsbewegung zu solidarisieren, in Erwägung gezogen werden.

Die Perspektive, in NGOs einen gesellschaftsverändernden Akteur zu finden, scheint aber eher illusorisch zu sein, soweit sie komplementär zum „Staatsversagen“ bleiben und damit als „erweiterter Staat“ (Görg/Hirsch 1998, Hirsch 2001, Gebauer 2001, Görg/Brand 2001) fungieren. In diesem Kontext könnten sie möglicherweise als Teil der Restrukturierung des Staatensystems verstanden werden. Noch zu bemerken ist, dass die Funktion und Rolle von NGOs in Zentren und Peripherie unterschiedlich in Erscheinung treten. Im Unterschied zu Nord-NGOs spielen Süd-NGOs eher als Gegenkräfte gegenüber autoritären Staaten eine Rolle, wo sie für eine vom autoritären Staatsapparat unabhängige und sich selbst bestimmende zivile Gesellschaft kämpfen.

In diesem Kontext können NGOs in Südkorea ein Beispiel sein, denn sie tragen faktisch zur Entwicklung und Wiederbelebung der Demokratie und Zivilgesellschaft bei, die sich in einem Lernprozeß befindet. Darüber hinaus stellen sie eine neue NGO-Typologie dar, die sich als „komplexe NGOs“ bezeichnen lassen. In der Regel geht es NGOs um single issues, für die sie international und national agieren. Hingegen orientieren südkoreanische NGOs sich an komplexen Themenbereichen, die vor dem spezifischen politisch-ökonomischen, sozialen Hintergrund des Landes zu verstehen sind. Nach innen tragen sie zur politischen, ökonomischen Demokratisierung bei, nach außen versuchen sie einerseits, durch die solidarische Teilnahme an mehreren Anti-Globalisierungsprotesten die globalen Ausbeutungsverhältnisse der für die Interessen der Mächtigen vertretenden internationalen Wirtschaftsorganisationen in der Öffentlichkeit zu artikulieren und dagegen zu kämpfen. Sie beteiligen sich somit an internationalen politischen Projekten.

Die Entwicklung der Zivilgesellschaft und damit verbundene Entfaltung von NGOs in Südkorea nehmen somit eine spezifische Form an. Von daher sollten sie im Kontext der spezifischen Entwicklung des dortigen Kapitalismus im Unterschied zu den in der westlichen Kultur diskutierenden NGOs begriffen werden. Vor diesem Hintergrund besteht das Anliegen dieser Arbeit darin, südkoreanische NGOs, die im Verlauf der Konsolidierung der Zivilgesellschaft zu begreifen sind, in ihrem koreanischen Kontext zu analysieren.

Teil 2:

Staat, Zivilgesellschaft und NGOs in Südkorea

Die Entwicklung der sozialen Bewegungen, der Zivilgesellschaft und das damit verbundene Aufkommen von NGOs sind so komplex und dynamisch wie die atemberaubende wirtschaftliche Entwicklung in Südkorea, die dynamisch wie in kaum einem anderen Land verlief, und einen rapiden gesellschaftlichen Struktur- und Wertewandel mit sich brachte. Die Öffnung der Gesellschaft, die zuvor von autoritären Militärregimen überwacht und unterdrückt wurde, und damit die Wiederbelebung der Zivilgesellschaft, kamen durch „die Erklärung der Demokratisierung“ am 29. Juni 1987 zustande. Dieses historische Ereignis, das die Entwicklung der Demokratie in Südkorea vorantrieb, wurde durch die Mobilisierung der Mittelschicht ermöglicht, die auf der Basis des rapiden wirtschaftlichen Wachstums und eines hohen Ausbildungsniveaus ihre politischen Bedürfnisse und Forderungen in der Öffentlichkeit zu artikulieren begonnen hatte. Von diesem Zeitpunkt an und mit der Globalisierung nahmen die sozialen Bewegungen in Südkorea eine spezifische Form an. Die seit 1987 neu entstandenen Bürgerbewegungen stehen „sowohl in Konkurrenz als auch in Kontinuität zu den herkömmlichen sozialen Bewegungen“ (Bong-Ki Kim 2001, 10), während in den westlichen Ländern frühbürgerliche Bewegungen, Arbeiterbewegungen, Neue Soziale Bewegungen und gegenwärtige NGO-Bewegung (vgl. Raschke 1988) aufeinander folgten. In der Regel geht die neue Bewegung aus der alten hervor. Diese Regel ist aber für den Fall Südkoreas nicht zutreffend. Die „alte“ soziale Bewegung (*Minjungundong*), die oftmals die von der Studentenbewegung unterstützte Arbeiterbewegung darstellt, war als gesellschaftliche Widerstandskraft herausfordernd und radikal-kritisch gegenüber dem Herrschaftssystem des autoritären Staates, und zwar außerhalb der politischen Gesellschaft. Sie trug daher zum einen zur Demokratisierung der Gesellschaft bei und ihre Aktivitäten zielten zum anderen auf die Umwälzung der herrschenden undemokratischen politischen Systeme und Militärdiktaturen. Die „Neue“ Soziale Bewegung und NGO-Bewegung (*Shiminundong*), deren Aktivisten in den meisten Fällen aus der alten Arbeiter- und Demokratiebewegung stammten, reflektierte die seit 1987 heraufkommenden politischen Bedürfnisse und Forderungen der Zivilgesellschaft, die vom repressiven autoritären Staat bislang unterdrückt war. Im Unterschied zur herkömmlichen Bewegung, die sich für die von den Diktaturregimen als Instrument der

Industrialisierung benutzte Arbeiterklasse engagierte, agieren sie klassenübergreifend als demokratisierender Impuls der Zivilgesellschaft. Aufgrund der fehlenden Demokratie der politischen Institutionen – und der Instabilität des Parteiensystems und der wirtschaftlichen Struktur – besonders zu nennen ist hier auch die systematische Korruption des als Chaebol bezeichneten Unternehmenskonglomerats in politischen Kreisen – tragen sie doch faktisch zur politischen und ökonomischen Demokratisierung bei.

Der volkstümliche, revolutionäre Diskurs der herkömmlichen sozialen Bewegung wurde nicht zuletzt mit dem Amtseintritt der ersten zivilen Regierung zur Marginalie⁴⁷. Angesichts des Zusammenbruchs des realen Sozialismus, auf dem die theoretisch-praktische Basis des volkstümlichen Diskurses beruhte, der Erweiterung der Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit der Ausweitung der Mittelschicht verlor die Debatte um die herkömmliche soziale Bewegung (Minjungundong) an Einfluß bei der Definition der sozialen Bewegung. Zudem spielte auch die Transformation von dem ausschließlich auf die kapitalistische Entwicklung konzentrierten diktatorischen Herrschaftssystem⁴⁸ zu einem stabilen bürgerlichen Herrschaftssystem eine Rolle. Die spezifische Ausprägung der sozialen Bewegungen Südkoreas liegt vor allem in der koexistierenden Vielfalt der auf dem Klassenkompromiß basierenden, national orientierten neuen soziale Bewegung, der auf der bestehenden Klassenstruktur

⁴⁷ In der wissenschaftlichen Debatte um die sozialen Bewegungen gab es Anfang der 90er Jahre eine heftige Auseinandersetzung um die Definition der bestehenden sozialen Bewegungen, wie die soziale Bewegungen im Zusammenhang mit der Erläuterung der Charakterisierung des Staats und der Gesellschaft bestimmt werden sollen. Der Begriff von „Minjung“ impliziert also die entfremdeten Klassen der Gesellschaft, d.h. die Klasse der Arbeiter, der Armen, der Bauern etc., die gesellschaftlich unterprivilegiert sind. Von daher heben einige Vertreter von Minjungundong hervor, dass die Bürgerbewegung (Shiminundong) gerade diese Marginalien der Gesellschaft vernachlässige. Die Vertreter für den Diskurs der Bürgerbewegung kritisieren allerdings aus der Sicht der liberalen Demokratie daran, dass der volkstümliche Diskurs der Minjungundong mit dem Marxismus engstirnig sei, und die aus der Entwicklung des Kapitalismus folgende Pluralität der Gesellschaft übersieht. Diese Auseinandersetzung resultiert m.E. daraus, dass der Bürger der sich nun im Lernprozess befindende Zivilgesellschaft im Gegensatz zur beherrschenden Klasse und der entfremdeten Klasse steht. Diese beruht vor allem darauf, dass das rapide Wirtschaftswachstum die Wohlfahrtspolitik nicht erreichen konnte und aufgrund der Globalisierung die Zwänge der Strukturanpassung des Arbeitsmarkt zusehends fragiler machten, womit die soziale Polarisierung und Ungleichheit verschärft wurde. D.h. die politische Forderungen der Zivilgesellschaft und der Arbeiterklasse stimmen oftmals nicht überein. Die spezifische Konstellation macht es möglich, die Bürgerbewegung und herkömmliche Arbeiterbewegung als zuweilen miteinander konkurrierend zu erleben (dazu ausführlicher siehe Kapitel 7 dieser Arbeit).

⁴⁸Die Militärregime von Jeong-Hee Park und Du-Hwan Chun haben sich also auf die wirtschaftliche Entwicklung und einen Erfolg der Industrialisierung konzentriert, um die Usurpation des Regimes durch den Putsch zu rechtfertigen und zu legitimieren.

basierenden Volksbewegung und der klassenübergreifenden, sowohl national als auch international agierenden NGO-Bewegung. Die Neue Soziale Bewegung und NGOs werden zuweilen mit der Kategorie der Bürgerbewegung gleich gesetzt. Diese begriffliche Vermengung ist mit dem rapiden Wirtschaftswachstum, der Freisetzung der Zivilgesellschaft von der Unterdrückung des Staats und der synchron verlaufenden Globalisierung eng verbunden. Der Terminus von NGOs im südkoreanischen Kontext impliziert somit eine spezifische Konnotation, die auf Bürgerinitiative bzw. Bewegungsorganisation verweist (vgl. Cho, Hee-Yeon 2001, 5). Aus dieser spezifischen Konstellation bildeten sich neuförmige „Komplex-NGOs“ heraus, die in der Erweiterungslinie der Demokratisierung verstanden werden können. D.h. anhand schwach strukturierter bzw. fehlender demokratischer Institutionen wie der Unterentwicklung des Parteiensystems und einer undemokratischen Politikkultur, die sich beispielweise in Regionalismus und Klientelismus äußerte und korrumpierenden engen Beziehungen zwischen politischer Macht und ökonomischen Konglomeraten (Chaebol) versuchen die Komplex-NGOs gesellschaftliche Probleme in der Öffentlichkeit zur Debatte zu stellen. Dabei beziehen sie sich nicht auf ein Einzelthema, sondern bearbeiten gesamtgesellschaftliche Themen und Probleme, die dann einer demokratischen Veränderung bedürfen.

Bevor ich auf die spezifische Bedeutung und Funktion der südkoreanischen Zivilgesellschaft und NGOs eingehe, soll zunächst in einem kurzen Überblick der Industrialisierungsprozeß und dabei die Rolle des autoritären Staates dargestellt werden, um vor dem historischen Hintergrund das Verhältnis von Staat und Gesellschaft und im weiteren Sinne die für die Funktion von NGOs grundlegende Zivilgesellschaft im südkoreanischen Kontext zu charakterisieren. Bei der Transformation der Zivilgesellschaft in Südkorea lassen sich externe von internen Faktoren unterscheiden. Das interne Element bezieht sich auf die nationale Konstellation, und der externe Faktor bezeichnet die größtenteils neoliberale Globalisierungsoffensive und den Zusammenbruch des real existierten Sozialismus. Vor allem die Globalisierung der Finanzmärkte, die sowohl für die Militärregime als auch für die zivile Regierung von Kim Young-Sam als eine zentrale politische Strategie in der *Segyehwa* (Globalisierung in koreanischer Sprache) diente und die nach der Finanzkrise in 1997 begonnen hatte, ist als ein zentraler Rahmen der wirtschaftlichen Struktur zu verorten (vgl. Sohn, Ho-Cheol

1999, 171). Sie sorgte für eine tiefgreifende soziale Veränderung. Die sozialen Konsequenzen der finanziellen Krise sind enorm. Die soziale Ungleichheit und Polarisierung verschärfen sich und die Kriminalität erhöhte sich augenfällig. Es ist daher sinnvoll, zunächst einmal die Wirkungsweise der Globalisierung in Südkorea zu beobachten, und der Frage nachzugehen, was die neoliberale Globalisierung für Südkorea bedeutet, und wie sie mit den gesamten gesellschaftlichen Problemen zusammenhängt. Wichtig ist dabei weiterhin, wie sich die Zivilgesellschaft dazu verhält. Im Zeitalter der Globalisierung werden die Nationalstaaten im Übergang zum Postfordismus immer mehr in den Internationalisierungsprozess eingebettet, und es bilden sich unter sich verschärfenden Konkurrenzen wirtschaftliche Blöcke aus. Dabei wird Südkorea als ein Schwellenland auch in die internationale Arbeitsteilung einbezogen. Es geht dabei darum, inwiefern sich das Land als peripherer Fordismus – wie Lipietz es klassifiziert – mit oder trotz des Beitritts in die OECD in 1995 charakterisieren lässt.

Dieser internen sowie externen Veränderungsprozesse des kapitalistischen Verhältnisses tragen nämlich dazu bei, die Zivilgesellschaft und ihre Transformation sowie die Entstehungsbedingungen von NGOs in Südkorea zu verstehen. Vor diesem Hintergrund wird sich die Darstellung auf die zwei größten „Komplex-NGOs“ sowie auf single-issues ausgerichteten NGOs konzentrieren. Abschliessend soll die Gesamtbedeutung von südkoreanischen NGOs herausgearbeitet werden. Zu überprüfen ist zudem, wie sich die Identität und Beziehung zwischen der „*Minjung-Undong*“ (Volksbewegung, also vermeintliche alte soziale Bewegung) und „*Simin-Undong*“ (Bürgerbewegung) in ihrem jeweiligen aktuellen Zustand darstellen. Im weiteren soll der Frage nachgegangen werden, wie sich die unterschiedlich verfasste Bewegungsmodalität entwickelt, ob die Minjungundong zu einem bestimmten Zeitpunkt – so wie dies bei den sozialen Bewegungen in den westlichen Gesellschaften verlief – von der Shiminundong kooptiert würde. Darüber hinaus soll die Gesamtbedeutung der NGOs unter dem Gesichtspunkt ihres Handelns als zukunftsweisender und gesellschaftsverändernder Akteur herausgearbeitet und gefragt werden, ob eine Möglichkeit besteht, mit anderen privaten Organisationen – beispielsweise mit den Gewerkschaften – der gegenwärtigen neoliberalen Globalisierungsoffensive solidarisch entgegenzuwirken.

5. Kurzer Überblick: kapitalistische Entwicklung und autoritärer Staat

Es ist sicher nicht falsch, die atemberaubende wirtschaftliche Entwicklung Südkoreas als einen der Faktoren zu sehen, der für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und das Aufkommen von NGOs verantwortlich ist – eine Entwicklung, die dynamisch wie in kaum einem anderen Land verlief und die einen rapiden gesellschaftlichen Struktur- und Wertewandel mit sich brachte. Im Mittelpunkt des Industrialisierungsprozesses in Südkorea steht der autoritäre Staat, Ausgangspunkt dieser Entwicklung war die japanische Kolonialisierung⁴⁹. Durch die Wirtschaftspolitik des japanischen Imperialismus wurde das Agrarland in das kapitalistische Warentauschverhältnis einbezogen. Auf dieser Basis trat die wirtschaftliche Abhängigkeit unter der US-amerikanischen Militärverwaltung nach dem Ende des Koreakriegs im Rahmen des Bemühens der USA um die Restrukturierung des Weltkapitalismus in einer neuen Form in Erscheinung. Vor diesem Hintergrund verlief die Industrialisierung in den 60er Jahren im Rahmen vom autoritären Staat erstellter Wirtschaftspläne, die die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse (blutige Taylorisierung) und vorwiegend der Frauenarbeit sowie korrupte Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft zur Grundlage hatte, jedoch hinkend⁵⁰. Die Kapitalakkumulation, die auf der Basis des unter dem Militärregime erreichten rapiden Wirtschaftswachstums möglich war, verschaffte der Zivilgesellschaft trotz der fehlenden, vom autoritären Staat geraubten Autonomie eine materielle Basis. Im Folgenden geht es mir zunächst darum, die wirtschaftliche Entwicklung, die die materielle Basis für die Fundierung der Zivilgesellschaft akkumulierte, bezogen auf die verschiedenen Regime und deren unterschiedlichen

⁴⁹Durch die Entfaltung des kolonieabhängigen Kapitalismus und den Export des japanischen Kapitals nach Korea wurde die Industrialisierung und Entwicklung der Produktionskräfte während der Kolonialzeit vorangetrieben (vgl. Park, Hyun-Chae 1988, 20), obwohl sie als materielle Basis für die militaristische Expansionspolitik des japanischen Imperialismus diente. Mit der Landvermessung (1912-1918) und der Wald- und Feldmessung (1917-1924) wurde ein modernes Eigentumsverhältnis eingeführt (dazu siehe Nam, Ku-Hyun 1993, 151). Diese koloniale Herrschaft des japanischen Imperialismus ist nicht nur im Sinne ihrer ökonomischen Konsequenzen bedeutsam, sondern hat auch politische Bedeutung.

Anders sieht Amsden den Ausgangspunkt der Industrialisierung in Korea. Ihr zufolge habe die Industrialisierung in Korea bereits in der Yi-Dynastie in den 1870er begonnen und sich in den 1960er beschleunigt (dazu siehe, Amsden 1989, 7f).

⁵⁰Die Bedeutung von *hinkend* weist nicht nur auf undemokratische Faktoren der Entwicklung des Kapitalismus, sondern auch darauf hin, dass solche Koreaner, die als Kollaborateure des japanischen Kolonialismus einen großen Einfluß auf gesamte Politik, Ökonomie und Gesellschaft ausgeübt hatten, unter der Ägide der US-amerikanischen Militärregierung weiterhin am Machtblock blieben. Diese hinkende Reproduktion der modernen Geschichte spiegelt sich in der verzerrten südkoreanischen Politikgeschichte wider.

Wirtschaftspolitik nach Entwicklungsphasen zu klassifizieren und chronologisch darzustellen.

Zunächst ist darauf zu verweisen, dass sich die Wirtschaftsentwicklung Südkoreas im Unterschied zu den kapitalistischen Zentren nicht eigenständig, sondern abhängig vom ausländischen Kapital vollzog. Dieser Ausgangspunkt ist Voraussetzung dafür, den Staat, die spezifische politisch-ökonomische Konstellation und die gesamte südkoreanische Gesellschaft charakterisieren zu können. Die Einführung und Entwicklung des Kapitalismus wurde in einem Abhängigkeitsverhältnis und für die Interessen der imperialistischen Supermächte durchgesetzt. Ich werde diese Entwicklung Südkoreas in fünf Phasen zusammenfassen : von der US-amerikanischen Militärregierung nach der Befreiung von der japanischen Besatzung bis zum Chun-Regime – die Periode des autoritären Militärregimes, die das hohe Wirtschaftswachstum vorangetrieben hat bis zu der Erklärung 6.29. 1987, die eine Antriebskraft war, das Verhältnis von autoritärem Staat und Gesellschaft dramatisch zu verändern .

US-amerikanische Militärverwaltung (1945-1948) und die Gründung der Republik Korea, Rhee, Seung/Man Regime(1949-1953)

Nach der Befreiung von der japanischen Besatzung standen zwei gesellschaftliche Aufgaben im Mittelpunkt: das Ende des kolonialen Kapitalismus und die Landreform⁵¹ (die Liquidierung des feudalen Verhältnisses von Grundbesitzer und Pachtbauern). Bei der nachholenden Industrialisierung Südkoreas spielte die Landreform eine wichtige Rolle, denn infolge der Landreform verließen zu Beginn der 60er Jahren viele Bauern ihr Land und zogen in die Städte. Diese Landflucht bedeutete eine Bereitstellung billiger Arbeitskräfte, die für die nachholende Industrialisierung der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems notwendig waren (vgl. Mamora/Messner 1989, 152; Amsden 1989, 38).

⁵¹“Der Gesetzentwurf für die Bodenreform war während der US-amerikanischen Militärregierung im Jahr 1947 eingereicht worden, aber durch Sabotage der meisten Abgeordneten der KDP (Partei für koreanische Demokratie) konnte das Gesetz erst nach 2 Jahren (21.Juni.1949) proklamiert und nach dem Ende des Koreakriegs im Jahr 1953 in Kraft gesetzt worden. Bis zum Jahre 1966 konnten nur 38.1% der früheren Pachtgüter aufgeteilt werden und in den meisten Fällen mußten die Bauern das zugeteilte Land wieder verkaufen, da sie das Entschädigungsgeld nicht bezahlen konnten. Mitte der 70er Jahre wurden ca. 1/3 der gesamten Bauernfamilien wieder Pachtbauern“ (Nam, Ku-Hyn 1993, 156).

Gegen das Verlangen des Volks nach Liquidierung des kolonialen Kapitalismus restrukturierte die US-amerikanische Militärverwaltung den abhängigen Kapitalismus Südkoreas in Zusammenarbeit mit den Kollaborateuren der kolonialen Herrschaft. Durch das US-amerikanische Militärverwaltungssystem wurde Südkorea somit in eine neue Form des Kolonialismus getrieben. Für die Aufrechterhaltung des US-amerikanischen Militärsystems haben die USA, gestützt auf die physische Gewalt der Polizei und des Militärs, die beherrschte Klasse unterdrückt, indem sie die Administrationsapparate unter der japanischen Kolonialzeit wieder herstellten und teilweise restrukturierten. In diesem Zeitraum kann die Politik der US-amerikanischen Militärverwaltung im allgemeinen wie folgt zusammengefasst werden: 1) Konstruktion ihrer materiellen Basis und Etablierung des kapitalistischen Eigentumsverhältnisses; 2) Einrichtung eines repressiven Staatsapparates für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung und Unterdrückung des Volkes; 3) Erziehung der herrschenden Klasse und politischen Kräfte (vgl. Hanguk-Jeongchi-Hakheo 1990, 136). Für die Unterstützung der neuen kolonialen Politik und militärischer Strategien flossen „insgesamt 1.6 Mrd. US \$ Militär- und Wirtschaftshilfe aus den USA⁵² nach Südkorea, was 69% der gesamten Bruttoanlageinvestitionen ausmachte“ (Nam 1993, 157). Diese militär-strategische Abhängigkeit Südkoreas von den USA wurde zur Grundlage der ökonomischen Abhängigkeit.

Mit der mit dem Ende des US-amerikanischen Militärverwaltungssystems einhergehenden Gründung des südkoreanischen Staates wurden scheinbar eigenständige Staatsapparate errichtet. Das erste Regime Rhee Seung-Man unter der Ägide der USA hielt sich mit konservativen Gruppierungen, Kollaborateuren des japanischen Kolonialismus und der Industriebourgeoisie an der Macht. Insofern reflektierte die Gründung des Staates in Südkorea nicht den Willen und die Hoffnung des südkoreanischen Volkes auf eine demokratische Regierung. Die „freie westliche Demokratie“ wurde eine leere politische Propagandaformel, die neben rigidem Antikommunismus, antijapanischem Nationalismus und der Betonung der Wiedervereinigungsfrage als Herrschaftsideologie dem Regime dienen sollte. Die

⁵²Die US-Hilfe beruhte nicht allein aus humanitären Gründen, sondern aus eigenen Interessen der USA. D.h. vermittels des Hilfeprogramms sicherten die USA ihre institutionelle und materielle Basis als Militärstützpunkt ab. Diese Hilfe der USA war ein Teil der militär-strategischen Politik in Bezug darauf, dass die internationale Auslandshilfe nach dem zweiten Weltkrieg im wahrsten Sinne als ökonomische militärische Fundierung gegen die Diffusion des sozialistischen System geplant war.

repressive Anwendung des Nationalen Sicherheitsgesetzes und der Einsatz der Polizeikräfte schützten das Rhee-Regime und ermöglichten eine effiziente Unterdrückung der politischen Opposition (vgl. Croissant 1998, 47). Dennoch zeichnete sich das von den USA im Großen und Ganzen unterstützte Rhee-Regime ohne volkstümliche Basis durch eine fehlende Legitimation von Beginn an aus.

Die Importsubstitutionsstrategie (1954-1960) und Untergang des Rhee, Seung-Man Regimes

Es ist weitgehend bekannt, dass die enorme Wirtschaftsentwicklung Südkoreas v.a. aufgrund der exportorientierten Wirtschaftspolitik vonstatten ging. Der Kapitalismus dieser Periode in Südkorea war durch eine importsubstituierende industrielle Entwicklung geprägt. Durch die Verarbeitung des Rohmaterials, das durch die amerikanische Hilfe nach dem Koreakrieg nach Südkorea eingeführt wurde, wurde der Binnenmarkt gefördert. Die Importsubstitutionsstrategie war die Grundlage für die Entwicklung des Monopolkapitals, das in enger Beziehung mit der politischen Herrschaftsklasse stand und erhebliche ökonomischen Vergünstigungen von Seiten der Regierung erhielt⁵³. Das aus der Konsumgüterindustrie akkumulierte Monopolkapital wurde mit dem Bankkapital verflochten und dies wiederum in Finanzkapital verwandelt. Die damit zu erzielenden Gewinne waren außerordentlich und bildeten die Grundlage für prosperierende Unternehmen. Dies diente Unternehmern als Basis, die künftig bestimmenden Unternehmenskonglomerate (*Chaebol*) zu entwickeln (dazu siehe Park, Hyun-Chae 1988, 89). Die symbiotische Beziehung zwischen dem Herrschaftsblock und den Unternehmen führte dazu, dass die in der Periode des Rhee-Regime entstandenen Unternehmenskonglomerate unter dem Schutz des Staates durch verschiedene Sondervergünstigungen – Steuervergünstigung und -reduktion, Vergünstigung bei der Verteilung der Hilfsgüter, finanzielle Subvention und andere politische Unterstützung innerhalb kurzer Zeit ein rapides Wachstum erreichen konnten. In diesem Sinne stellte das Chaebol die sozio-ökonomische Basis für die Diktatur der Bourgeoisie dar. Gleichzeitig hatte das Rhee-Regime seine Staatsmacht mit der repressiven Rechtspolitik zu seiner Aufrechterhaltung mißbraucht. Die spezifische Konstellation des geteilten

⁵³ Ausführlicher zur engen korrupten Beziehung zwischen dem Rhee-Regime und den Unternehmenskonglomeraten, siehe Bruce Cumings 1997, 308

Landes und damit der Antikommunismus als politische Parole und Herrschaftsideologie waren ideal für ein Regime mit fehlender Legitimationen und diente zu seiner Rechtfertigung und zur Unterdrückung der politischen Gegner .

Ende der 50er Jahren begannen die USA, die finanzielle Hilfe zu kürzen. Die Kürzung der US-Wirtschaftshilfe bewirkte einen Abfall der Wachstumsrate. Sie sank von 8.8 % in 1957 auf 4.4 % im Jahre 1959 (ebd., 90). Im selben Jahr (1959) wurde die US-Hilfe eingestellt und nur noch in Form eines Darlehens gewährt. Die Reduktion der exogenen ökonomischen Unterstützungsbasis schwächte die endogene Akkumulationsbasis und hatte somit eine Wirtschaftskrise zur Folge. Nicht zuletzt diese ökonomische Stagnation und zugleich die fehlende Legitimation des Rhee-Regimes und die dadurch schwache politische Basis führten zu seinem Ende. Außerdem war das Rhee-Regime, das sich unter der Ägide und finanzieller Unterstützung der USA nach dem Koreakrieg einer relativen politischen Stabilität erfreuen konnte, aufgrund strategischer Unstimmigkeiten mit den USA ein Hindernis für die US-amerikanische Nordostasien-Strategie geworden. Diesbezüglich kann darauf verwiesen werden, dass die geopolitische Lage von Südkorea, als Bollwerk gegen den Kommunismus der Sowjetunion, Chinas und Nordkoreas zu fungieren, und auch die Rolle von Japan als eine Befestigung des Sicherheitssystems für die Sicherung der Hegemonie der USA in Nordasien von großer Bedeutung sind. Demgegenüber verfolgte das Rhee-Regime eine formelle antijapanische Politik. Aufgrund der politischen Krise des Rhee-Regime spielte die US-Regierung zuletzt mit dem Gedanken, sich dieses Regimes zu entledigen. Studentenunruhen, die die Korruption des Rhee-Regime, seine Inkompetenz und die damit einhergehende Wirtschaftskrise anprangerten, leiteten im Jahr 1960 letztendlich seinen Sturz ein, dem eine nur kurzlebige zweite Republik folgte.

Militärputsch von Park, Cheong-Hee und Staatsmonopolkapitalismus (1961-1972)

Im Mai 1961 putschte das Militär. Park, Chung-Hee wurde neuer Präsident. Als bald hat das Militärregime ein Gesetz gegen rechtswidrige Vermögensakkumulation erlassen. Diesem Gesetz zufolge wurde das Vermögen vieler Unternehmen in Form einer Spende vom Militärregime beschlagnahmt, da es die materielle Basis und damit Kapital für die Verwirklichung seiner Wirtschaftspläne benötigte. Staatsunternehmen wurden gegründet

und die Banken nationalisiert. Der Kapitalismus Südkoreas in dieser Periode läßt sich somit als staatsmonopolistischer Kapitalismus bezeichnen.

Der südkoreanische Staat wandelte sich in den 60er Jahren damit in einen starken Staat, dem gegenüber eine Gesellschaft mit schwachen abhängigen Klassen und mit beschränkten sozialen Aktivitäten stand. Unter dem Kriegsrecht duldete das Park-Regime keinerlei Aktivitäten von politischen Parteien, gesellschaftlichen Gruppierungen sowie Widerstandsbewegungen aus der Studentschaft oder dem Volk. Die diktatorisch-autoritären Maßnahmen sind in einem Manifest vom Dezember 1971 festgehalten:

„Soziale Unruhe aller Art, welche die nationale Sicherheit gefährdet, wird nicht geduldet und alle Unruheelemente werden beseitigt. Verantwortungslose Diskussionen über Fragen der nationalen Sicherheit müssen unterbleiben. Zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit muß jeder Bürger willig seinen Anteil beisteuern und getreulich seine Pflicht erfüllen. Jeder Bürger muß bereit und entschlossen sein, schlimmstenfalls im Interesse der nationalen Sicherheit einen Teil seiner Freiheit zu opfern“ (zitiert nach Cha 1991, 123).

Die Entwicklungsprojekte des autoritären Staats konnten damit erfolgreich umgesetzt werden. Durch ständige Ausübung physischer Gewalt erzwang der Staat die Entpolitisierung der Gesellschaft. Das Militärregime zielte auf eine forcierte Wirtschaftsentwicklung zur Absicherung seiner Legitimität und zur Anerkennung der Bevölkerung einerseits, und andererseits ging es dabei auch um das Interesse der USA. Der wirtschaftliche Erfolg Südkoreas war notwendig für die Stabilisierung der nordostasiatischen Ordnung gegen den kommunistischen Block. Vor diesem spezifischen Hintergrund flossen das Auslandskapital, vor allem US-Darlehen, und das Kapital aus Japan nach der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen⁵⁴ nach Südkorea. Durch diese Normalisierung im Jahr 1965 erhielt das Park-Regime Beihilfen im Wert von \$ 300 Millionen und Darlehen von \$ 200 Millionen, zudem wurden

⁵⁴ In 1965 wurden die diplomatische Beziehungen zwischen Südkorea und Japan vermittelt durch die USA wieder normalisiert, aber ohne angemessene Kompensation der kolonialen Ausbeutung, Beschädigungen und Zwangsarbeit etc. Diese demütigende diplomatische Normalisierung löste weitreichende Studentenunruhen aus, worauf das Militärregime gegenüber den studentischen Demonstranten brutal und repressiv vorging. Das war nur ein Auftakt für weiteres repressives Vorgehen –z.B. durch auf der Sicherheitsideologie gegen den Kommunismus basierende Manipulation - gegenüber studentischen Widerständen gegen den starken Staat.

Investition von \$ 300 Millionen durch private Firmen getätigt (Cumings 1997, 321). Auf der Grundlage des Kapitalimports und der Darlehensgewährung konnte die exportorientierte Industrialisierung vonstatten gehen, d.h. „angesichts des Haupthindernisses für eine nachholende Entwicklung, das darin besteht, dass die Entwicklungsländer wegen der niedrigen Sparquote und der geringen Produktivität ihrer Wirtschaft in kaum ausreichendem Maße über das für eine rasche Industrialisierung benötigte Kapital verfügen, ist die Akkumulationsweise der Schwellenländer auf die Direktinvestitionen der multinationalen Konzernen und auf Auslandskredite angewiesen, wenn durch Exporte nicht in ausreichendem Maße Devisen erwirtschaftet werden, um Investitionsgüter zu importieren, die nicht auf dem einheimischen Markt produzieren können“ (Hwang 1989, 225). In diesem Zeitraum verstärkte sich damit die strukturelle Abhängigkeit der verschuldeten Industrie und infolgedessen kam das quantitative Wirtschaftswachstum dadurch zustande, „dass die nachholende Industrialisierung kreditfinanziert von den industrialisierten Zentren erfolgt ist“ (Altvater 1987, 40). Aus dieser Sicht ist die Verschuldung der Entwicklungsländer wohl eine Notwendigkeit im Industrialisierungsprozeß bei ihrer Integration in den Weltmarkt. D.h. „der Schuldendienst (Zinsen und Tilgungen) der Dritten Welt wird also ein notwendiger Faktor der Reproduktion des fordistischen Kapitalismus in den Industrieländern“ (ebd., 41).

Darüber hinaus zielte die Wirtschaftspolitik des Militärregimes von Beginn an auf eine Beschleunigung der Industrialisierung, der zwei Konzepte zugrunde lagen: die Aufrechterhaltung der billigen Arbeitslöhne und die Beibehaltung der niedrigen Preise für Agrarprodukte. Dabei waren die gewerkschaftlichen Aktivitäten strikt verboten (vgl. Dae-Hwan Kim 1997, 38). Auf der Basis dieser blutigen Taylorisierung⁵⁵ und der abhängigen Kapitalakkumulation wurde die Entwicklung des südkoreanischen Kapitalismus mit der Dynamik der auf der arbeitsintensiven Leichtindustrie basierenden Exportorientierungspolitik vorangetrieben.

Das unter dem Militärregime zustandegekommene Wirtschaftswachstum stieß Ende der 60er Jahre auf seine Schranken, beeinflusst von internen und externen Faktoren. Infolge

⁵⁵Die Statistik zeigt, dass die Arbeitsunfälle und Arbeitslöhne und -zeit den Weltrekord erreichten, und das Lohnniveau lag unter den Minimumlebenskosten(dazu siehe die Tabelle 2.2 von Dae Hwan Kim 1997, 39). Dies besagt, dass dem hohen Wirtschaftswachstum schlicht der Überausbeutung der Arbeitskräfte zugrunde lag.

der Dollar-Krise in 1968 setzten die USA das Park-Regime hinsichtlich der Bedienung des Schuldendienstes für Darlehen unter Druck und leiteten zugleich gegenüber der südkoreanischen Regierung Maßnahmen zu Einfuhrbeschränkungen für die Leichtindustrie ein. Vor allem dieser externe Faktor war es, der zur ökonomischen Krise Südkoreas führte. Die auf Auslandskredite und das Auslandskapital angewiesene Kapitalakkumulation war Teil der Krise und das, was zu hohem Wirtschaftswachstum geführt hatte, zeigte plötzlich dessen immanente Grenzen auf. Die ökonomische Krise artikulierte sich in der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums – das Land bewegte sich auf eine Rezession zu mit sinkenden Wirtschaftswachstumsraten; 13.8% (1969), 7.6% (1970), 9.4% (1971), 5.8% (1972) (Hankook-Jeongchi-Yeonkuheo [Forschungsgruppe für koreanische Politik] 1990, 352).

Angesichts dieser von der abhängigen Kapitalakkumulation ausgehenden Wirtschaftskrise und der aus dem kumulationsprozeß hervorgehenden Klassenkonflikte sah das Militärregime die Notwendigkeit, ein verstärktes System für seine Stabilisierung und Aufrechterhaltung zu konstituieren. Infolgedessen wurde das auf der Yushin-Verfassung basierenden Yushin-System in 1972 zur Konsolidierung des Militärregime eingeführt.

Yushin Regime und die Krise des Kapitalismus Südkoreas (1973-1979)

Vor diesem Hintergrund etablierte sich das Yushin-Regime, das charakterisiert wird als: “state-led, authoritarian developmentalism: consolidation of stable political base through coercive force; accelerated industrialization through tightly staged authoritarian planning, with a heavy reliance on foreign capital; and the creation of political alliance of civilian bureaucrats, technocrats, and industrialists centered on military elites” (Choi, Jang Jip 1993, 26). Die kapitalistische Entwicklung dieser Periode läßt sich durch die Umstellung der vom Staat geführten Industriestruktur⁵⁶ – also von der arbeitsintensiven Leichtindustrie zur kapitalintensiven Schwerindustrie, die das Gewicht u.a. auf den Aufbau der Stahl-, Schiffbau-, Elektronik Petrochemie-, Maschinen-, und Nichteisenmetallindustrie legte – und die damit einhergehende Verstärkung des Monopolkapitals charakterisieren. Neu gegründete Töchter von

⁵⁶ Die Umstellung der Industrialisierungsstrategie veranlaßte als externer Faktor die Restrukturierung der internationalen Arbeitsteilung, wobei sich einige Dritte-Welt-Länder mit der arbeitsintensiven Leichtindustrie Südkorea vordrängend auf den Weltmarkt integrieren ließen.

Unternehmenskonglomeraten schufen – zunächst als Joint Venture mit ausländischen, insbesondere japanischen Unternehmen – Chemiekomplexe, Stahlwerke und Automobilfabriken. Die auf Export ausgerichtete Schwer-, und Chemieindustrie konnte auf das mit finanzieller Vergünstigung subventionierte Monopolkapital⁵⁷ zurückgreifen und 60% der Schwer-, und Chemieindustrie wurde von ausländischen Darlehen und Direktinvestition finanziert (Hagaard/ Moon 1993, 77). Insofern basierte die neue Wirtschaftswachstumsstrategie auf der Verschuldung zur Finanzierung der neuen Industrialisierung.

Der Staat versuchte in diesem Zeitraum, eine soziale politische ökonomische Konsolidierung durch das Yushin-System zu erreichen. Durch verschiedene Gesetze für die soziale Kontrolle einschließlich der Neufassung des Arbeitsgesetzes sowie der Antikommunismus-, Sicherheits-, und Wachstumsideologie versuchte das Park-Regime, unter dem Yushin-System seine Legitimation zu verstärken. Das Yushin-Regime verabsolutierte die Staatsmacht und minimierte die Handlungsräume der Gesellschaft weiter. Das atemberaubende Wirtschaftswachstum wurde Ende der 70er Jahren aufgrund der auf ausländisches Kapital angewiesenen schwachen finanziellen Struktur letztendlich gebremst, und somit führte die Entwicklung des Kapitalismus Südkoreas in die vorhersehbare Krise. Die Verschuldung für die Finanzierung der kapitalintensiven Schwerindustrie sowie die extreme Abhängigkeit von importierten Technologien, Rohstoffen und Energieträgern schuf eine Verwundbarkeit gegenüber externen Einflüssen, die Ende der 70er Jahren zum Tragen kam, wobei die Weltökonomie aufgrund der Verlangsamung der Produktivität sowie insbesondere des Ölshocks insgesamt in die Rezession geraten war. Ferner lag der interne Grund für die Krise darin, dass die neue Industrie qualifizierte Arbeiter benötigte, es an diesen jedoch mangelte, was wiederum zu enormen Lohnsteigerungen führte. Dies beeinträchtigte die südkoreanische Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt erheblich. Arbeitskräfte wurden entlassen, was negative Auswirkung auf den Binnenmarkt und die inländische Konsumnachfrage hatte. Zudem beschleunigten die externen Schoks der

⁵⁷ **Die finanzielle Politik des Yushin-Regime war Cumings zufolge wie folgt:**
„the government set financial prices at an artificial low to subsidize import-substituting, heavy, chemical and export industries... The political economy of this bifurcated financial system was illiberal, undemocratic, and statist... Every bank in the nation was owned and controlled by the state; bankers were bureaucrats and not entrepreneurs, they thought in terms of GNP and not profit, and they loaned to those favored by the state” (Cumings 1997, 317)

Ölpreiserhöhung und Zinsexplosion die Wirtschaftskrise. Es ist feststellbar, dass die Krise des hohen Wirtschaftswachstums, das in den 60er und 70er Jahren auf der Grundlage der Zwangstruktur der Aufrechterhaltung niedriger Arbeitslöhne und billiger Preise bei Agrarprodukten⁵⁸ erreicht worden war, der instabilen Kapitalakkumulation inhärent war.

Die Legitimität des Park-Regimes, die eng an die wirtschaftliche Prosperität gekoppelt war, wurde von der Wirtschaftskrise bedroht. Es kam zu antidiktatorischen Demokratiebewegungen gegen die repressive brutale Unterdrückung des Yushin-Systems gegenüber politischen Gegnern und verschiedenen sozialen Bewegungsorganisationen. Die Unmut der Bevölkerung, die soziale, ökonomische und politische Forderungen artikulierte, verdichtete sich in Massendemonstrationen in Masan und Pusan. Den darauffolgenden Protest unterdrückte das diktatorische Yushin-Regime gewaltsam und brutal. In dieser Situation wurde Präsident Park infolge von internen Konflikte im Machtblock und seiner Gewalttätigkeit von seinem Geheimdienstchef ermordet. Mit seinem Tod brach das Yushin-Regime, das als diktatorisch-autoritärer Staat zu charakterisieren ist, durch die Widerstände der beherrschten Klasse zusammen. Parks Ende ließ Hoffnungen auf die politische Öffnung keimen, doch das Gegenteil trat ein. Nach der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes in Kwangju im Mai 1980 und der Machtübernahme von Chun Du-Hwan im Herbst in jenem Jahr begann eine Phase verschärfter politischer Repression und – damit unmittelbar verbunden – ökonomischer Strukturanpassung.

Strukturanpassung und Maßnahmen der Importliberalisierung unter dem Chun-Regime (1980-1987)

Um die strukturelle Rezession zu bewältigen, beschloß das neue Militärregime Maßnahmen, die das Land an der Umstrukturierung des kapitalistischen Weltsystems

⁵⁸ Die Bauern in der Agrarwirtschaft waren wohl in einer noch fataleren Situation als die Industriearbeiter. Sie sind fraglos die Hauptleidtragenden des Wirtschaftserfolgs Südkoreas. Diese fatale Situation der Bauern besteht bis heute fort. Angesichts des Öffnungszwangs des Marktes für Agrarprodukte durch die WTO hat sie sich eher verschlechtert. Die strukturelle Armut der Agrarwirtschaft und der Öffnungszwang des Marktes von der für die Interessen der Multikonzerne vertretenden neoliberalen WTO treiben die südkoreanischen Bauer in die Enge. Ein extremes Beispiel dafür war der Selbstmord von einem südkoreanischen Bauer in Cancun in 2003 während der WTO-Konferenz. Infolge seines Selbstmordes und nicht zuletzt wirksamer Widerstände von NGO gelang der WTO nicht, die Doha-Runde (Multilateral Trade Negotiation: MTN) durchzusetzen.

und damit einhergehende neue internationale Arbeitsteilung teilhaben lassen sollte. Ausgangspunkt der Wirtschaftspolitik des Chun-Regimes war ein Anpassungsprogramm, das mit dem IWF vereinbart wurde und Unterstützungskredite zur Verfügung stellte. Zu diesem Zeitpunkt begann die südkoreanische Wirtschaft, sich von der damals als Reaganomics zu bezeichnenden Globalisierung beeinflussen zu lassen. Die Kernpunkte dieses Anpassungsprogramms waren Abwertung der Landeswährung, Erhöhung der Zinssätze, restriktive Geld- und Fiskalpolitik, Entstaatlichung und Stärkung der Marktkräfte. Ferner verfolgte die Regierung weiterhin die Wirtschaftspolitik und -strategie des Yushin-Regimes, wobei sie versuchte, durch Ausbau und Erweiterung der Schwerindustrie eine hohe Produktivitäten zu schaffen.

Unter dem Gesichtspunkt der spezifischen Konstellation der südkoreanischen Volkswirtschaft waren die Strukturmerkmale der südkoreanischen Volkswirtschaft dieser Phase gekennzeichnet vor allem durch: die Vorherrschaft der Unternehmenskonglomerate, die von der engen Verknüpfung zwischen Politik und Ökonomie genährt wurden; die Existenz nationalisierter Banken und die staatliche Lenkung der Ökonomie im allgemeinen und der Finanzpolitik im besonderen. Diese Merkmale der südkoreanischen Volkswirtschaft unterlagen allerdings dem externen Zwang zur Strukturanpassung. Unter dem Einfluss der Reaganomics reformierte die Regierung den Finanzsektor, und zwar durch Liberalisierung, Rationalisierung und Internationalisierung. Liberalisierung beinhaltete die Etablierung der Autonomie der Banken im Hinblick auf die Kreditvergabe sowie die Privatisierung der staatlichen Banken. Durch die Rationalisierung wurde der Privatsektor zum Konkurrenzsystem umstrukturiert. Schließlich erfolgte die Öffnung des Kapitalmarktes durch Internationalisierung und Liberalisierung (Haggard/Mun 1997, 84f).

Die fünfte Republik des Chun-Regimes zeichnete sich als Park-Epigone im Grundsatz durch das Festhalten am Yushin-System aus und verstärkte dieses teilweise noch. Damit wurden jedoch auch Unterdrückung und der Widerstand reproduziert. Der südkoreanische Staat dieser Periode ist als ein das Yushin-System ersetzendes autoritäres Diktaturregime, ausgestattet mit gewaltiger physischer Gewalt zu bezeichnen. Das Militärregime benötigte indessen einen Hegemonieapparat zur Verfestigung des Machtblocks. Durch eine ganze Reihe neuer und veränderter Gesetzgebungen verfestigte die fünfte Republik des Chun-Regime seine Zwangsapparate. Darauf basierend übte der

militärisch-autoritäre Staat seine Macht durch die verstärkte Unterdrückung der Medien, strikte Überwachung der Arbeiterschaft und aller demokratisierenden Bewegungskräfte aus. Nicht zuletzt die Verabschiedung rigider arbeitsfeindlicher Arbeitsgesetze im Interesse der Unternehmenskonglomerate ermöglichte die Durchsetzung drastischer Lohnkürzungen und die Beschränkung der Gründung von Gewerkschaften und damit der politischen Aktivität der Arbeiter.

Das politische Bewußtsein der Volksmassen wuchs auf der mit dem Wirtschaftswachstum einhergehenden materiellen Basis heran, und trotz der repressiven Überwachung und Kontrolle durch den Staatsapparat wurden Forderungen und Bedürfnisse nach politischer Partizipation lautstark artikuliert. Zudem hatte das Chun-Regime die Grenzen seiner politischen Kompetenz selbst entlarvt. Vor diesem Hintergrund ging die Regierung zu der sogenannten *Beschwichtigungspolitik* (*Yuhwa-Jochi*)⁵⁹ bezüglich der Autonomie der Universitäten über. Dadurch kam es zu einer Reihe von Demokratiebewegungen wie der Studentenbewegung und der Arbeiterbewegung. Eine allmähliche Eskalation innenpolitischer Auseinandersetzungen und Konflikte resultierte letztlich aus der fehlenden Legitimität des Chun-Regimes. Da es diesem von Anfang an wegen der blutigen Massaker in Kwangju an Legitimität und Konsensfähigkeit mangelte, konnte es keine Unterstützung von der Bevölkerung erwarten. „Trotz aller Bemühungen, die Bevölkerung durch vielfältige kulturelle Veranstaltungen oder durch brutalen polizeilichen Einsatz apolitisch zu machen, ist es nicht gelungen, die Hegemonie herzustellen, also das Volk zu führen“ (Cha 1991, 126).

Die Krise des Chun-Regimes gipfelte 1986 in der Forderung nach einer Verfassungsreform für eine Direktwahl des Präsidenten. Diese Auseinandersetzungen um die Verfassungsreform wandelt sich in eine Konfrontation zwischen der Regierung und den Demokratiebewegungskräften um. Der Kampf um die Verfassungsreform für

⁵⁹ Die Begründung der vom Militärregime in 1983 vollzogenen *Beschwichtigungspolitik* (*Yu-Wha-Jochi*) war in der Grenze repressiver Unterdrückung durch die Zwangsapparaten angesichts der hervorbrechenden politischen Forderung verschiedenster Bewegungskräfte nach demokratischer Öffnung zu sehen. Die Bewegungskräfte in den 80er Jahren schlossen im Unterschied zu den 60er, 70er Jahren auch teilweise die wachsende Mittelschicht ein. Dazu kam eine wachsende politische Kompetenz der außerparlamentarischen oppositionellen Gruppierungen finden. D.h. das Militärregime zielte durch diese veränderte Handlungsstrategien gegenüber der Demokratiebewegung auf die Stabilisierung seines Regimes durch die Einbindung der politischen ökonomischen Unzufriedenheit des Volkes in sein System. Dies hatte im weitesten Sinne die Ausweitung eines legalen Handlungsraums der Demokratiebewegung zur Folge (vgl. Cho, Hee-Yeon 1990, 17).

eine Direktwahl ließ im April 1987 verschiedenste oppositionelle Gruppierungen zusammenkommen. Zudem wirkte der durch Folter verursachte Tod des Studenten Park Chong Chol, der zuvor unverhohlen die Menschenrechtsverletzungen des Militärregimes öffentlich darstellte und somit den Unmut und die Empörung der Bevölkerung zum Ausdruck brachte, als auslösendes Moment zunehmender Massenunruhen. Das Land erlebte die größte Massenmobilisierung in seiner Geschichte, „in deren Verlauf in allen größeren Städten Studenten, Intellektuelle und Angehörige der städtischen Mittelschichten die Straße als Arena der politischen Artikulation instrumentalisierten. Den vorläufigen Höhepunkt der Proteste markierte am 26. Juni ein Friedensmarsch, an dem sich nach Schätzungen der Opposition mehr als 2,5 Millionen Menschen in 36 Städten beteiligten“ (Croissant 1998, 95). Die immer kritischer werdende Lage zwang die Regierung der fünften Republik, auf Kompromisse einzugehen. Als Kompromiß präsentierte Chun seinen Generalkollegen Rho Tae-Woo, der am Putsch ebenfalls maßgeblich beteiligt war, als Präsidentschaftskandidaten der Regierungspartei. Die innenpolitische Situation wurde für das Chun-Regime dadurch noch kritischer. In der eskalierenden politischen Situation kapitulierte das Regime, und dabei erklärte Rho Tae Woo am 29. Juni mit einer Acht-Punkte-Deklaration, auf die Forderungen der Opposition und Bevölkerung einzugehen. Die Kapitulation des Militärregimes kam nicht zuletzt durch den anhaltenden Druck der US-Regierung zustande, die zunächst das durch den Putsch und die Massaker in Kwangju an die Staatsmacht gekommene Chun-Regime zum Zweck der Konstruktion und Konsolidierung des Sicherheitssystems im Dreieck von Südkorea, USA und Japan anerkannt hatte. Aus diesem Grunde war die Instabilität politischer Kompetenz des Chun-Regimes für sie unerwünscht. Zudem versuchte die US-Regierung, mit der Anerkennung und Unterstützung der Erklärung vom 29. Juni vorbeugende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Antiamerikanismus im Gefolge der Demokratiebewegung zu ergreifen. Diese acht Punkte beinhalteten Folgendes:

1. Einführung der Direktwahl des Präsidenten,
2. Revision des Presidential Election Law, um freie und faire Wahlen zu ermöglichen,

3. Wiederherstellung der Bürgerrechte für Kim Dae Jung⁶⁰ und Verabschiedung einer umfassenden Amnestie für politische Gefangene
4. Garantie und Stärkung der Grundrechte in einer neu auszuarbeitenden Verfassung,
5. Abschaffung des Basic Press Law,
6. Wiederherstellung der lokalen Selbstverwaltung,
7. Stärkung der Rolle der politischen Parteien,
8. umfassende Sozialreformen und Bekämpfung der Korruption (zitiert nach Croissant 1998, 97).

Die Deklaration vom 29. Juni bedeutete aber nicht die Demokratisierung der gesamten Gesellschaft, denn sie war lediglich eine Strategie des Machtblocks zum Überleben in der Krise. Die Herrschaftsideologie und Rechtsverhältnisse der Zwangsapparate wie z.B. das Nationale Sicherheitsrecht und das Antikommunismusrecht⁶¹ blieben weiterhin bestehen. Das Verlangen der Bevölkerung nach einer demokratischen Gesellschaft und politischer Öffnung führte nichtsdestoweniger zu einem Wendepunkt und zur Veränderung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft: zur Spaltung des autoritären starken Staates und damit zur Erweiterung der autonomen Gesellschaft. Verschiedene gesellschaftliche Kräfte, nicht zuletzt gewerkschaftliche, begannen, ihre Stimme zu erheben. Die Enthierarchisierung der Verhältnisse im starken Staat, die Stärkung der schwachen Zivilgesellschaft sowie die damit verbundene Implementierung der Demokratisierung kamen nun in vollen Gang. Diese Veränderungen des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft in Südkorea sind bedeutsam, um den Entstehungsprozeß und die Funktion von südkoreanischen NGOs sowie die Zivilgesellschaft im südkoreanischen Kontext zu verstehen.

⁶⁰ Das neue Militärregime nach dem Tod des Präsidenten Park ChungHee hatte den damaligen Oppositionsführer Kim Dae-Jung und seine Anhänger wegen Verschwörung und Rebellion an ein Militärgericht überwiesen und dieses hatte sie daraufhin zum Tode verurteilt. Diese politische Unterdrückungsmaßnahme sorgte für eine heftige internationale sowie US-amerikanische Kritik. Schließlich musste das Militärregime Kim Dae-Jung auf freien Fuß setzen, wobei trotz seiner Begnadigung sein politisches Engagement verboten blieb. Das Chun-Regime, dem es bei seiner Machtübernahme an Legimität magelte, musste aufgrund des Drucks der USA und der Demokratiebewegung seine Bürgerrechte wiederherstellen.

⁶¹ Insbesondere diese die Menschenrechte entziehenden Rechte wurden bis vor kurzem (bzw. zum Teil bis dato) zum Zweck der Unterdrückung gegenüber regimekritischen Intellektuellen, also zugunsten der Aufrechterhaltung der politischen Macht mißbraucht.

6. Neoliberale Globalisierung und peripherer Kapitalismus in Südkorea

6.1. Die Bedeutung der neoliberalen Globalisierung für die südkoreanische Gesellschaft

Im vorigen Kapitel wurde der vom autoritären Staat geführte wirtschaftliche Entwicklungsprozess mit der Fokkisierung auf die relative Autonomie des Staats gegenüber der schwachen Gesellschaft gezeigt. Mit dem Wendepunkt der Demokratisierung vom 29. Juni 1987 erfolgte eine historisch bedeutungsvolle Transition von der Periode des dikatorischen Entwicklungsstaats zur Epoche einer Implementierung der Demokratie. Im Zuge der Implementierung der Demokratie wurde Südkorea in die im globalen Ausmaß durchgesetzte neoliberale Weltordnung einbezogen, bevor sich die formale Demokratie konsolidiert hatte. Die zivilen Regierungen, die sich im Implementierungsprozess der Demokratie mit der Aufgabe der Konsolidierung der demokratischen Institutionalisierung konfrontiert sahen, waren zugleich dem äußeren Zwang zur neoliberalen Strukturanpassung ausgesetzt. Dieser Punkt ist von großer Bedeutung, um das Verhältnis zwischen der Globalisierung von außen und der internen Konstellation verstehen zu können. Außerdem ist das Verständnis der finanziellen Globalisierung von Bedeutung, um den Hintergrund der als Währungs- bzw. Finanzkrise bezeichneten Wirtschaftskrise, die zur neoliberalen Resruktierung der südkoreanischen Wirtschaft führte, verstehen zu können. Es soll der Frage nachgegangen werden, wie die von den vermeintlich demokratischen Regierungen aufgenommene neoliberale Globalisierung sich auf das Verhältnis zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft sowie die gesellschaftliche Beziehungen auswirkte, und wie sich die Zivilgesellschaft und NGOs als zivilgesellschaftlicher Akteur auf die damit einhergehenden negativen Auswirkungen einstellen.

Aufgrund der durch Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnisse gekennzeichneten internationalen Arbeitsteilung und der damit einhergehenden Sachzwänge des Weltmarkts hatte bereits das Militärregime begonnen, eine neoliberale Strukturanpassungspolitik zu betreiben. Nachdem die erste zivile Regierung von Kim Young-Sam politische Macht vom Militärregime übernommen hatte, setzte sie die auf die neoliberale Globalisierung ausgerichtete ökonomische Liberalisierungspolitik als Teil des Wandlungsprozesses von einem staatsgeführten zu einem von privaten Unternehmen

geführten Akkumulationsregime durch, d.h. die vom Staat monopolisierte Kapitalakkumulationsstruktur verschob sich auf die Marktzentriertheit. Zum Zeitpunkt der Gründung der WTO, die zur Förderung der Globalisierungsoffensive eingerichtet wurde, trat die Regierung der OECD bei, um sich in „die erste Welt“ integrieren zu lassen. Dafür hat sie den Finanzmarkt in beachtlichem Maße geöffnet. Folglich hat der Gesamtbetrag von Auslandsanleihen innerhalb von 3 Jahren um das 3,5-fache zugenommen (Sohn 2006, 360), was unmittelbar zur Krise beitrug. Schließlich führte die abrupte Öffnung, die nicht zuletzt ohne Rücksicht auf die Stabilität des politisch-ökonomischen Systems durchgeführt wurde und auf Grund der mangelnden Kompetenz der Politbürokraten letztlich zur Währungskrise. Aus dieser Krise resultierend verstärkt sich das Abhängigkeitsverhältnis der südkoreanischen Wirtschaftsstruktur von der neoliberalen Wirtschaftsordnung, d.h. sie ist an das IWF-Strukturanpassungssystem in hohem Maße gebunden, da die Regierung von Kim Young-Sam, die nahe vor dem Staatsbankrott stand, zur Stabilität des Devisenkurses ein dringendes Unterstützungsersuchen an den IWF stellen musste. Mit dem Beginn der ökonomischen Herrschaft des IWF endet zugleich auch die Regierung von Kim Young-Sam.

Die nach der Krise ins Amt eingeführte Regierung von Kim Dae-Jung war nun mit der Aufgabe einer Lösung der wirtschaftlichen Krise konfrontiert. Dabei fällt die Bewertung der Regierung von Kim Dae-Jung gespalten aus. Manche loben seine demokratischen Leistungen wie die Etablierung des sozialstaatlichen Systems⁶² sowie die Reform der Chaebol, während andere im Hinblick auf die Arbeitspolitik an seiner Regierung kritisieren, dass die mit der neoliberalen Überzeugung ausgestattete

⁶² Trotz der gesetzlichen Festlegung der Sozialpolitik liegt das wohlfahrtsstaatliche Niveau während der Regierung von Kim Dae-Jung weitaus unten innerhalb der „OECD-Welt“:

Tabelle 1: Internationaler Vergleich der Ausgabe für Sozialhilfe

Stand: 1998	
Staat	Ausgabe für Sozialhilfe/GDP (%)
Sweden	31,47
Dänemark	30,10
Frankreich	28,82
Niederlande	23,90
England	25,07
US-Amerika	14,96
Japan	15,05
Südkorea (vor der Regierung von Kim Dae-Jung, 1997)	6,46
Südkorea (während der Regierung von Kim Dae-Jung,)	8,70

Quelle: Rekonstruktion des Zitats von Sohn, Ho-Cheol 2006, 252

Regierung die Krise der Arbeiterbewegung beschleunigt habe, und zwar durch eine doppelte Strategie: Toleranz gegenüber und Kooptation der zivilgesellschaftlichen Akteure einerseits, die Zerschlagung der gewerkschaftlichen Bewegung andererseits. Ferner sind dank der Öffnung des Finanzmarktes viele nationale Finanzinstitute und die Mehrheit der Aktien von Staatsunternehmen und weiteren bedeutenden Unternehmen in die Hand von ausländischen Investoren gefallen. Das auf den Finanzsektor zentrierte Strukturanpassungsprogramm der Regierung Kim Dae-Jung führte zum Einsatz von erheblichen Regierungsfonds mit beträchtlichen sozialen Kosten. Das Strukturanpassungsprogramm und die neoliberalen Praktiken begründeten sich unmittelbar in der Währungskrise, die sich in Amalgam aus verschiedensten strukturellen Problemen der nationalen Konstellation und externer Globalisierungsoffensive begründete. Es ist daher wichtig, auf die Ursache für die Krise, die die Lebensqualität der Koreaner völlig verändert hatte, zurückzublicken.

Es kann zunächst davon ausgegangen werden, dass die Währungskrise im Jahr 1997 nicht auf einer zyklischen Rezession basierte, sondern in der Tat aus den seit der Ära von Park Jeong-Hee etwa für 30 Jahre akkumulierten Widersprüchen⁶³ und der wirtschaftlichen Öffnung in Zusammenhang stand. Zudem begründete sich die Krise in grundlegenden und strukturellen Problemen wie der engen Beziehung zwischen Chaebol, der Regierung und dem Finanzsektor, der auf die Chaebol zentrierte Wirtschaftsstruktur, der Labilität des Finanzsektors sowie im Bürokratismus des Ministeriums für Finanz und Ökonomie. D.h. die Chaebol-Unternehmenskonglomerate expandierten und man verließ sich auf deren Verbindlichkeit (siehe die Tabelle unten)⁶⁴,

⁶³ Zur komprimierten wirtschaftlichen Entwicklung und deren Bedingungen unter dem Militärregime von Park Jeong-Hee siehe Kapitel 5 dieser Arbeit. Die rapide ökonomische Entwicklung erfolgte grundsätzlich auf der Grundlage der exportorientierten Wirtschaftsstrategien und die südkoreanische Wirtschaftsstruktur unterliegt somit erheblich dem internationalen Abhängigkeitsverhältnis. D.h. die latente Möglichkeit einer Krise ist m.E. der besondere Wirtschaftsstruktur ohne den Rückhalt der konsolidierten demokratischen Politiksystems inhärent.

⁶⁴ Tabelle 2: Top 30 Chaebol' Debt-Equity Ratio (%)

	1995		1996		1997	
	Chaebol	D/E	Chaebol	D/E	Chaebol	D/E
1	Hyundai	376.4	Hyundai	436.7	Hyundai	578.7
2	Samsung	205.8	Samsung	267.2	Samsung	370.9
3	LG	312.8	LG	346.5	Daewoo	472.0
4	Daewoo	336.5	Daewoo	337.5	LG	505.8
5	Sunkyung	343.3	Sunkyung	383.6	SK	468.0
6	Ssangyoung	297.7	Ssangyoung	409.4	Hanjin	907.8
7	Hanjin	621.7	Hanjin	556.6	Ssangyoung	399.7

dazu beigetragen hatte der Finanzsektor, was von der Regierung stillschweigend geduldet bzw. gefördert wurde (Jang, Sang-Hwan 1997). Dabei spielte die Inkompetenz der wirtschaftlichen Entscheidungsträger in der Regierung, im Unternehmensmanagement und im Finanzmanagement eine entscheidende Rolle, obwohl eine Möglichkeit der latenten Währungskrise in mehrfacher Hinsicht vor derer Auslösung signalisiert und diagnostiziert wurde. Kurzum: diese als Währungskrise bezeichnete Wirtschaftskrise beruht auf einer fehlenden Fähigkeit zum Krisenmanagement bzw. der abwartenden Einstellung zur Währungskrise der Regierung von Kim Young-Sam⁶⁵, sowie der Unausgewogenheit zwischen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung – d.h. auf einer undemokratischen Politikkultur. Die politische Entwicklung konnte mit der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung und der umfassenden Öffnung zum globalen Finanzmarkt nicht Schritt halten. Entscheidend für die Währungskrise war weiterhin, dass die ausländischen Kapitalinvestoren ihr Spekulationskapital zum Zeitpunkt der Krise aus Südkorea abgezogen hatten.

Was bedeutete nun die neoliberale Globalisierungsoffensive im südkoreanischen Kontext⁶⁶? Dabei geht es darum, die Konsequenzen der Finanzkrise für die südkoreanische Gesellschaft zu zeigen, und zu zeigen in welchem Maße die Gesellschaft von der neoliberalen Politik unter dem IWF-Verwaltungssystem betroffen ist. Durch eine vom Strukturanpassungsprogramm verlangte vollkommenen Öffnung des Handels und vor allem des Finanzmarktes konnte die ökonomische Souveränität des Landes beeinträchtigt werden. Diese Gefahr ist vornehmlich in den vom IWF aufgestellten Bedingungen der Strukturanpassung zu sehen. Diese beinhalten eine Strukturanpassung des Finanzsektors, Strukturveränderung von Unternehmen, die umfangreiche Öffnung des Finanzmarktes, hohe Zinsraten sowie eine restriktive Haushaltspolitik. Eine weitere

8	Kia	416.7	Kia	516.9	Hanwha	1214.7
9	Hanwha	620.4	Hanwha	751.4	Kumho	944.1
10	Lotte	175.5	Lotte	192.1	DongAh	359.9
Total		347.5		386.5		519,0

Quelle: Joh (1999), S.8 (zitiert nach Kim, Chuk-Kyo 2000, 6)

⁶⁵ In der Tat war ein Krisensymptom vor ihrem Ausbruch bereits am Anfang des Krisenjahres spürbar, und zudem wurde die Krise von den Finanzexperten von Korea sowie vom Ausland vorausgesagt. Dennoch verkündigte die Regierung von Kim Young-Sam in der Öffentlichkeit wiederholt „, das Fundament der südkoreanischen Wirtschaft sei beständig“.

⁶⁶ Zur Bedeutung der neoliberalen Globalisierung für Schwellenländer aus makroökonomischer Sicht im Vergleich zwischen Mexiko und Südkorea siehe die Dissertationsarbeit von José De Luna Martinez 2002. Auch zum Verlauf neoliberaler Politik in Mexiko siehe Boris, Dieter 1995.

beachtliche Bedingung ist die vollständige Öffnung der Finanz- und Kapitalmärkte. Dies ermöglichte die Kontrolle des nationalen Finanzwesens und der nationalen Volkswirtschaft insgesamt durch ausländisches Kapitals (Kim, Sang-jo 1997, 57).

Die Folgen der Finanzkrise und die damit einhergehende neoliberale Restrukturierung haben darüber hinaus enorme soziale Kosten und Probleme mit sich gebracht. Mit dem IWF-Strukturanpassungsprogramm wurden die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, damit eine Verschärfung der Beschäftigungsinstabilität und infolgedessen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durchgesetzt. Die Durchsetzung der neoliberalen Politiken wie die Strukturanpassung des Finanzwesens und die damit einhergehenden Massenentlastungen sowie die Budgetrestriktionen vertieften die Armut und Arbeitslosigkeit sowie die soziale Polarisierung. Dabei steigt auch die Kriminalität⁶⁷, die insbesondere zur Sicherung der Existenz begangen wird. Besonders die Arbeitslosigkeit ist ohne eine sozialpolitische Ausstattung wie einer angemessenen Ausbildung oder das Arbeitslosengeld, das zu einem auskömmlichen Leben benötigt wird, unmittelbar mit Armut verbunden, was wiederum zu anderen sozialen Problemen, führt wie die Kriminalität zur Existenzsicherung.

Im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung verändert sich dabei auch die Funktion der Zivilgesellschaft. Unter dem Militärregime versuchte die Zivilgesellschaft, dem Regime Autonomie und demokratische Absicherung abzutrotzen und die Subjekte der sozialen Bewegung in der Zivilgesellschaft waren vornehmlich die als „Minjung“⁶⁸ bezeichnete Arbeiterklasse. Die Liberalisierung und Autonomie der Zivilgesellschaft nach der Demokratisierung seit 1987 haben die Kontrolle des Staats über die Zivilgesellschaft abgeschwächt. Angesichts der Durchsetzung des Neoliberalismus, mit der die südkoreanische Zivilgesellschaft im Transitionsprozess zur demokratischen Konsolidierung konfrontiert ist, wurde erwartet, dass die Rolle der Zivilgesellschaft bzw. zivilgesellschaftlichen Bewegung darin liegt, gegen „eine Neoliberalisierung der Reformen“ eine „Vergesellschaftung der Reformen“ mit einem substanziellen

⁶⁷ Nehmen wir ein Beispiel am Diebstahl. Die Rate des Diebstahls steigt jährlich an. Häufigkeit der Kriminalität am Diebstahl (Einheit: Personen).

1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
91.438	89.395	173.876	180.704	175.457	187.352	155.393	188.960	192.808

Quelle: National Police Agency, webseite: www.police.go.kr

Darüber hinaus steigt die gesamte Kriminalität von 330.304 Personen im Jahr 1998 auf 489.575 in 2006 (vgl. ebd.)-

⁶⁸ Auf den Begriff von „Minjung“ werde ich im Kapitel 7 zurückkommen.

soziökonomischen Inhalt voranzutreiben (Cho, Hee-Yeon), d.h. die Zivilgesellschaft bzw. zivilgesellschaftliche Bewegung sollte versuchen, durch kontinuierliche Druckausübung gegenüber dem Staat soziale Grundrechte wie Ausbildung, Umwelt, Arbeit und Menschenrechte hinsichtlich der nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft zu verstärken. In diesem Bezugspunkt steht die Bedeutung der neuartigen „Komplex-NGO“ in Südkorea.

6.2. Das Verhältnis der Globalisierung zur Restrukturierung der internationalen Arbeitsteilung und peripherem Fordismus

Wie erörtert, ist die Wirkung der neoliberalen Globalisierungsoffensive in den Schwellenländern, die sich auf die neoliberale Strukturanpassung eingelassen haben bzw. direkt unter der „ökonomischen Treuhänderschaft“ von IWF stehen auf die gesamte Gesellschaft enorm. Freilich positionieren sich die Schwellenländer auf dem Weltmarkt unterschiedlich. Südkorea wird als peripherer Fordismus in der neuen internationalen Arbeitsteilung charakterisiert.

Es ist kein Zufall, dass sich die Newly Industrialised Countries (NICs) Ende der 60er und während der 70er Jahre auf dem Weltmarkt bemerkbar machten, als sich die Krise des Fordismus in den kapitalistischen Metropolen abzeichnete. Der Industrialisierungsprozess der Peripherie hängt mit der Krise des Fordismus in den kapitalistischen Zentren und der damit einhergehenden neu konfigurierten internationalen Arbeitsteilung eng zusammen. Infolge der aus der Erhöhung der Reallöhne, verlangsamter Produktivität und Ölschock hervorgebrachten Krise der Profitabilität in den kapitalistischen Metropolen konnte die Peripherie auf der Basis einer arbeitsintensiven Industrialisierung mit niedrigen Löhnen und fehlender sozialer Absicherung ihre Industrie in gewissem Maße nach dem fordistischen Modell entwickeln – Südkorea ist hierfür ein gutes Beispiel (vgl. Lipietz 1985: 128, 1998: 131ff; Jessop 1990, 161, Amsden 1990). Es ist von daher relevant, die Eingliederung Südkoreas in die Weltökonomie in bezug auf die neue internationale Arbeitsteilung aus regulationstheoretischer Sicht zu betrachten, obwohl diese Betrachtungsweise einige

Probleme mit sich bringt⁶⁹. Lipietz untersucht aus dieser Sicht über die Analyse der nationalen Ökonomie hinaus die neue Konfiguration des Weltmarktes. Mit Bezug auf diese Arbeit ist zunächst die Frage zu beantworten, ob der Begriff des peripheren Fordismus für den Fall Südkorea anwendbar ist⁷⁰.

Die immer höher werdenden und damit nicht mehr wettbewerbsfähigen Lohnkosten in den Metropolen haben dazu geführt, arbeitsintensive Industrien den peripheren Ländern zu überlassen, deren Stundenlöhne 5 bis 10 mal niedriger sind. Dadurch kam es zu rapid wachsenden Produktivitätsgewinnen in der Peripherie (vgl. Lipietz 1986, 128). Diese kapitalistische Entwicklung in den NICs bezeichnet Lipietz als peripheren Fordismus. Dieser periphere Fordismus beruht, Lipietz zufolge, „auf der Kombination von intensiver Akkumulation und Wachstum von Endverbrauchermarkten. Er bleibt jedoch insofern peripher, als in den weltweiten Kreisläufen der Industrie die qualifizierte Arbeit (insbesondere die Ingenieurstätigkeiten) weitestgehend außerhalb dieser Länder bleibt. Außerdem folgt der Absatz einer bestimmten Kombination von lokaler Konsumtion durch die Mittelklassen, zunehmender Konsumtion von Gebrauchsgütern durch die Arbeiter und Billigexporten in die Länder des Kernkapitalismus“ (Lipietz 1998, 132).

Die Kapitalakkumulation in peripheren Ländern wie Südkorea ist somit als Produkt einer Konfigurationsveränderung des globalen Kapitalismus und damit verbundener

⁶⁹Lipietz ist einer der wenigen RegulationstheoretikerInnen, die die kapitalistische Entwicklung im Schemata von Zentrum und Peripherie aus der regulationstheoretischen Sicht zu analysieren versuchen. Er verweist im Falle Südkoreas darauf, dass das Land sich im Industrialisierungsprozess von der primitiven Taylorisierung zum peripheren Fordismus verlagert hat. Bei der kapitalistischen Entwicklung handelt es sich jedoch meiner Ansicht nach darum, dass die Entwicklungsweise des Kapitalismus in allen kapitalistischen Ländern keinen gleichmäßigen Akkumulationsprozeß hat. Nur im Zusammenhang mit den der Gesellschaftsformation innewohnenden sozialen Kräfteverhältnissen, Institutionen und dem Staatssystem ist die wirtschaftliche Entwicklung in Erwägung zu ziehen. Auch Südkorea hat seine Industrialisierung in den sechziger Jahren auf der Basis der primitiven blutigen Taylorisierung mit niedrigen Arbeitslöhnen, Ausbeutungen (vor allem Frauenausbeutungen), schlechten Arbeitsumwelten und absolut ungleichen Geschlechtsverhältnissen etc. angesetzt. Zu bemerken ist dabei, dass sich der periphere Fordismus in den verschiedenen Schwellenländern je nach ihren sozio-politischen Institutionen – beispielweise den Funktionen und Rolle des Staats, der politischen Parteien und den Lohn- und Geldverhältnisse und wie die Gesellschaften demokratisiert sind – sehr unterschiedlich abzeichnet. Darüber hinaus fehlt dem Fall Südkoreas die Übereinstimmung mit einigen fordistischen Merkmalen: und zwar die Aspekte der übermäßigen Staatsintervention, Unterdrückung der Demokratie, fehlender sozialer Absicherung und schließlich schnellerem Produktivitätszuwachs als Erhöhung der Reallöhne (dazu noch mehr in Teil II dieser Arbeit).

⁷⁰ Zur Gegenargumentation von Amsden gegen den peripheren Fordismus von Lipietz siehe Amsden 1990. Er hebt hervor, dass die Verwendung des Begriffs „peripherer Fordismus für die Industrialisierung der Dritten Welt bspw. von Südkorea problematisch ist. Dieses amerikanische Entwicklungsmodell des Kapitalismus unterscheidet sich vom peripheren Fordismus in der Hinsicht der Regulationsweise. Ausführlicher dazu Amsden 1990, 10ff.

Akkumulationsstrategien (in) der Peripherie⁷¹ zu begreifen. Zur Beantwortung der Frage, wie sich das fordistische Akkumulationsregime in Südkorea etablierte, muß darauf Bezug genommen werden, wie die kapitalistischen Zentren die Peripherie in den Weltmarkt einbezogen haben. Beispielsweise wurde Südkorea in diesem Zeitraum auf der Grundlage einer exportorientierten Akkumulationsstrategie, basierend auf einer „bloody Taylorisierung“, d.h. einem auf Unterdrückung und höchster Ausbeutung verbundenen Taylorismus im Arbeitsprozeß, vor allem auch mittels einer starken Ausbeutung der Frauenarbeitskräfte in den Weltmarkt eingegliedert. Der primitive Fordismus verwandelte sich, Lipietz zufolge, im Zuge des Industrialisierungsprozesses in den peripheren Fordismus. D.h. die exportorientierte Akkumulationsstrategie, steigendes Einkommen der Lohnabhängigen und damit die Herausbildung der nationalen Konsumenten ermöglichten die Durchsetzung fordistischer Produktions- und Konsumnormen. Der Industrialisierungsprozeß von Südkorea entwickelte sich nicht sukzessiv von der primitiven Taylorisierung zum peripheren Fordismus. Meiner Ansicht nach beruhte der fordistische Arbeitsprozeß gleichzeitig auf der Basis einer primitiven Taylorisierung der Arbeitsorganisation. Nicht zu übersehen ist dabei, dass die spezifisch kulturell determinierte hierarchische Arbeitsstruktur beim Industrialisierungsprozeß Südkoreas von Anfang an eine entscheidende Rolle gespielt hat⁷².

Fordistische Merkmale, die die nachholende Industrialisierung von Südkorea als peripheren Fordismus oder „Nachfordisierung“ zu charakterisieren erlauben, zeichneten sich jedoch in gewissem Maße im Zuge des Industrialisierungsprozesses ab (vgl. Eun-Jin Lee 1992). Dennoch bleibt die Frage offen, ob der Industrialisierungsprozeß in Südkorea unter den fordistischen Vergesellschaftungsmodus einzuordnen: Zum einen fehlt die wechselseitige Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft, in der soziale Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnisse der unterschiedlichen sozialen Klassen und Subjekte (re)produziert werden. D.h. der politische Entscheidungsprozeß wurde

⁷¹Es gibt drei Typen von Akkumulationsstrategien: zum einen, Exportförderung; zum zweiten, importsubstitutionelle Strategie durch nationale Produktion der importierten Konsumgüter; zum dritten, exportsubstitutionelle Strategie auf der Basis der arbeitsintensiven Industrie (vgl. Lipietz 1987, 105).

⁷² Diese kulturell bestimmte Arbeitsorganisation verschaffte allerdings einigen Sozialwissenschaftlern eine Erklärungsmöglichkeit, den innerhalb kurzer Zeit vollzogenen Erfolg der wirtschaftlichen Entwicklung der asiatischen NICs als konfuzianistischen Kapitalismus zu bezeichnen. Dazu siehe Eun-Jeung Lee (1995): Singapur: ein konfuzianistischer Kapitalismus?, in: Prokla 101.

vom starken Staat – ohne Konsens und Kompromisse zwischen den verschiedenen sozialen Akteuren – gesteuert und durchgeführt. Zum zweiten waren die institutionellen Formen der Regulationsweise, die dem Akkumulationsregime entsprechen, nicht vorhanden bzw. instabil. Zum dritten richtete sich die Akkumulationsstrategie im Industrialisierungsprozeß von Südkorea mehr auf eine exportorientierte Wirtschaftspolitik als auf die Konsumorientierung des Binnenmarktes, während das fordistische Akkumulationsmodell sich vor allem auf nationale Konsumption konzentrierte. Diese exportorientierte Akkumulationsstrategie wurde von der herrschenden Klasse als hegemoniales Projekt durchgesetzt (vgl. Myung-Rae Cho 1999). Darauf werde ich ausführlicher im Teil II meiner Arbeit zurückkommen.

Wie oben gesehen, ist der Aufstieg der Schwellenländer auf den Weltmarkt mit der Krise des Fordismus in den kapitalistischen Metropolen verzahnt. Nun ist zu fragen, wie die Krise des Fordismus und die damit einhergehende Umstrukturierung des Kapitalismus im Weltmaßstab in Erscheinung tritt, und es ist weiter der Frage nachzugehen, welche Folgen die ökonomische Globalisierung des Neoliberalismus und damit die transformierte Staatlichkeit des Nationalstaates hatte, und wie sie in Verbindung mit dem Aufstieg der Vielzahl von NGOs steht. Denn die sprunghafte Herausbildung der NGOs als global handelnde Akteure, die seit Ende der 80er Jahre in der sozialwissenschaftlichen Landschaft zum Diskussionsgegenstand geworden sind, kann als Folge des Globalisierungsprozesses mit einem zunehmenden Gewicht trans-, supra bzw. internationaler Politik sowie als Folge der postfordistischen, neoliberalen Restrukturierung verstanden werden. Dieser Zusammenhang verleiht den NGOs ihre aktuelle Bedeutung.

7. Enthierarchisierung der Beziehung zwischen Staat und (Zivil)Gesellschaft

Die Herrschaftsmodalitäten des autoritären Staates, der sich durch die Wirtschaftsentwicklung seine Legitimität schaffte, sind wiederum Ausdruck struktureller Bedingungen einer schwachen Gesellschaft. Die Erfahrung mit der langen japanischen Kolonialherrschaft und der sich anschließenden US-Militärregierung entzog der südkoreanischen Gesellschaft die Chance für Eigenständigkeit und Selbstbestimmungskompetenz. Hinzu kommen Hwang Byung-Duck (1989, 323) zufolge

mehrere Beweggründe für die Reproduktion des autoritären Staates und der damit verbundenen „schwachen“ Gesellschaft (vgl. Koo 1993b, 232f): „1. fehlende bürgerliche politische Revolution; 2. geringe Politisierung der Volksmassen durch ideologische Blockierung (Antikommunismus, Konfuzianismus)⁷³; 3. die hiermit einhergehende Schwäche und Zersplitterung der bürgerlichen Oppositionen; 4. Sicherheitsinteressen der USA in Südkorea; 5. die fehlende Fähigkeit zu einer materiellen Legitimation des kapitalistischen Staates, durch reale Leistung bzw. sozialstaatliche Absicherung die Massen ins herrschende System zu integrieren“. Solche Faktoren stellen sicherlich strukturelle Bedingungen für den autoritären Staat dar. Unter den strukturellen und kulturellen Bedingungen, die auch für das Rhee-Regime der ersten Republik zutreffen, war es dem Park- und Chun-Regime möglich, seine Legitimitätsdefizite durch wirtschaftliche Effektivität zu rechtfertigen zu versuchen und die autoritäre Herrschaft gegenüber der Gesellschaft durchzusetzen.

Ferner verweist Shils (1989, 34) im Verhältnis von Militärregime und Zivilgesellschaft darauf, dass eine Gesellschaft, die durch den Einsatz von Gewalt regiert wird, keine Zivilgesellschaft sei. Insbesondere „eine Regierungsübernahme durch das Militär steht in der Regel einer zivilen Herrschaft diametral entgegen, sofern die Militärregierung sich fast ausschließlich auf Zwangmaßnahmen stützt, bestehende verfassungsmäßige und gesetzliche Rechte außer Kraft setzt und jede freie, öffentliche Meinungsäußerung unterdrückt, um an deren Stelle ihre eigene Machtbefugnis und ihre eigenen Notstandsverordnungen zu setzen“ D.h. die Eingriffe des Militärregimes mit seinem Legitimationsdefizit in die inneren Angelegenheiten der Gesellschaft bedeutet ihm zufolge die temporäre Aufhebung der Zivilgesellschaft (Shils ebd.). Zweifelsohne ist seine Einsicht für den Fall Südkoreas bezüglich des autoritären Militärregimes und der verzögerten Entwicklung der Zivilgesellschaft zutreffend. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass der Erfolg der vom autoritären Militärregime geführten Industrialisierung paradoxerweise zum Fundament der zivilgesellschaftlichen Entwicklung wurde. Die Zivilgesellschaft entwickelte sich gewissermaßen im Schatten des Militärregimes. Die latenten gesellschaftlichen Kräfte waren in die dem autoritären Staat unterlegene schwache Gesellschaft eingebettet. In dieser Phase folgte die südkoreanische

⁷³ **Der als hierarchische Lebensnorm geltende Konfuzianismus bewirkte zweifelsohne die politische Kultur des autoritären Staates.**

Zivilgesellschaft nicht dem westlichen Modell (und der Theorie) der Zivilgesellschaft, implizierte aber die Möglichkeit ihrer Entwicklung .

In diesem Sinne war die Demokratisierungserklärung vom 29. Juni 1987 offensichtlich ein entscheidender Wendepunkt, an dem sich das Verhältnis von Staat und Gesellschaft drastisch veränderte. Die Transformation vom Autoritarismus zur Demokratisierung bedeutet zugleich ein relatives Sich-Zurücknehmen der absoluten Staatsmacht und damit die relative Erweiterung der Zivilgesellschaft. Der vom autoritären Staat des bürokratischen Militärregimes vollzogene Industrialisierungsprozeß hatte ironischerweise die Gestaltung der Zivilgesellschaft zur Folge, denn die Unterdrückung durch das autoritär-bürokratische Militärregime führte zu einem Zusammenschluss verschiedener gesellschaftlicher Kräfte aus Studenten, Intellektuellen, Dissidenten und industriellern Arbeitern. Dabei war die Solidarisierung der Mittelschicht mit dieser Gruppierung von großer Bedeutung, weil sie im Industrialisierungsprozeß in den Machtblock der politischen ökonomischen ideologischen Hegemonie eingebunden worden war (Choi, Jang-Jip 1997, 49) und ihre stillschweigende Einwilligung zur autoritären Herrschaft des Militärregimes gegeben hatte. So kam es zu einer starken Erweiterung der Zivilgesellschaft, die sich als Lernprozess in Form von Konflikten und Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Demokratisierungsprozeß fortsetzte. Im Sinne von Hirsch, dass die Existenz einer entwickelten Zivilgesellschaft für demokratische Prozesse eine entscheidende Voraussetzung ist (Hirsch 2000, 327), befindet sich die südkoreanische Gesellschaft mit der Entwicklung der Zivilgesellschaft auf dem Wege zu demokratischen Prozessen.

Der Entwicklungsprozess der Zivilgesellschaft in Südkorea läßt sich zunächst von dem der europäischen Gesellschaft folgendermaßen unterscheiden: Während sich die aus dem langen Entwicklungsprozeß des Kapitalismus herangereifte Zivilgesellschaft der westlichen Gesellschaft in der Trennung von Staat und Gesellschaft etappenweise entfaltet und dort verankert ist, zeigt der Bildungsprozeß der Zivilgesellschaft in Südkorea im asymmetrischen Verhältnis zum autoritären Staat und gehört damit zu einer anderen Typologie. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Südkorea hat sich aufgrund der Unterdrückung und Kontrolle aller sozialen Kräfte durch den autoritären Staats trotz der rapiden Wirtschaftsentwicklung verschoben, aber diese gesellschaftlichen Kräfte wurden seit der Demokratisierungserklärung vom 29. Juni 1987 ein dynamischer

zivilgesellschaftlicher Akteur. Der auf den unterschiedlichen historischen Erfahrungen beruhende Entwicklungsprozeß einer sich transformierende Zivilgesellschaft macht keinen einheitlichen Begriff der Zivilgesellschaft möglich. Der Begriff der Zivilgesellschaft ist auch nicht an eine bestimmte Kultur gebunden. In diesem Sinne versuchten SozialwissenschaftlerInnen in Südkorea, die Theorie der westlichen Zivilgesellschaft - also aus der Gramscianischen, der Marxschen und der liberal-demokratischen Sicht - mit der politischen soziokulturellen Besonderheit Südkoreas rekonzeptualisierend zu verbinden (vgl. Kim, Bong-Ki 2001, 2f).

7.1. Zivilgesellschaft im südkoreanischen Kontext⁷⁴

Zunächst sollte die Zivilgesellschaftsdiskussion je nach Epochen und Besonderheiten jeweiliger Länder konzeptualisiert werden. Während sie in den kapitalistischen Zentren gegenwärtig der Legitimation der politisch-ökonomischen Struktur des Neoliberalismus als Propagandaformel von „freedom and democracy“ dient (Hirsch 2001, 37), erscheint die Zivilgesellschaft in Südkorea eher als Feld des Kampfes um die Demokratisierung. Anfang der 90er Jahren wurde die vehemente Debatte um die Zivilgesellschaft in Südkorea durch die Veränderung der nationalen und internationalen Konstellation in vollen Gang gesetzt. Ende 80er Jahren geriet das politische Weltsystem in massive Transformationsprozesse: der Zusammenbruch des Realsozialismus, damit die Wiederentdeckung des Zivilgesellschaftsdiskurses in der westlichen Gesellschaft und

⁷⁴ Zur Zivilgesellschaftsdiskussion in Südkorea fokussiere ich in diesem Abschnitt darauf, die Pluralisierung und Ausdifferenzierung der Gesellschaft sowie deren politische Öffnung nach dem autoritären Militärregime seit dem Zeitpunkt der Demokratisierungsbewegung vom 29 Juni 1987 zu betrachten. Freilich bildete sich die Zivilgesellschaft in der modernen Zeit mit der Epoche der ursprünglichen Kapitalakkumulation während der kolonialen Herrschaft des japanischen Imperialismus heraus. Die vom ökonomisch-politischen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnis durchzogene Gesellschaft erlaubte jedoch keine eigenständige, sich selbstbestimmende Zivilgesellschaft. Während der Periode von der Befreiung aus der kolonialen Herrschaft zum Ende der US-Militärverwaltung, also bis zum Auftritt des autoritären Staates des Rhee-Regimes bildeten sich zahlreiche politische Zusammenschlüsse, insbesondere gewerkschaftliche Organisationen, nicht zuletzt in einem extremen ideologischen Konflikt zwischen dem Links- und Rechtsflügel heraus. Nach der dreijährlichen Herrschaft der US-Militärverwaltung übernahm das als autoritärer Staat bezeichnete Rhee-Regime die erste Republik, die Staatsmacht. Von diesem autoritären Staat bis zum Chun-Militärregime waren demokratische politische Aktivität und Zusammenschlüsse in der höchst begrenzten Zivilgesellschaft kaum möglich. Die verstärkte Autonomie der Staatsmacht und unter diesen Bedingungen erreichte Wirtschaftsentwicklung in dieser Periode hatte schließlich Erweiterung des politischen Bewußtseins von Minjung und damit der Autonomie der Zivilgesellschaft zur Folge.

sich beschleunigende Globalisierungsoffensive des Neoliberalismus, die daraus resultierende Umstrukturierung des Staatensystems und der damit einhergehende Aufstieg von NGOs auf internationaler Ebene sind hier zu nennen. Innenpolitisch begann sich die freigesetzte Zivilgesellschaft des autoritären südkoreanischen Staates vom 29. Juni 1987 zu aktivieren. Vor der Expansion der Zivilgesellschaft hatte sich die Mittelschicht, die für die Zivilgesellschaft konstitutiv ist, noch nicht weitreichend herausgebildet. Der 29. Juni 1987 signalisierte die Ausdifferenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft und damit die Expansion der Zivilgesellschaft. Dieser Wendepunkt entfachte die Kontroverse der Zivilgesellschaft im südkoreanischen Kontext. Bei der Streitfrage um die Zivilgesellschaft geht es in Südkorea darum, inwiefern der Begriff von Bürger (*Simin*) und Volk (*Minjung*) innerhalb ihrer platziert werden soll, und ob die Begriffe, deren Konnotation eine unterschiedliche gesellschaftliche Klassenbasis impliziert, miteinander ausgesöhnt werden könnten. Der Begriff *Minjung* bezeichnete in den 70er und 80er Jahren die Bewegungskräfte, die für die Demokratisierung und soziale Emanzipation von der repressiven Unterdrückung und Ausbeutung des autoritären Diktaturregimes kämpften.

Von daher kann gesagt werden, dass sich in *Minjung* die gesamte Widersprüchlichkeit der Gesellschaft in den 70er und 80er Jahren darstellt. Im Mittelpunkt dieses Begriffs stand die Arbeiterklasse als Hauptträger für die Umwälzung der bestehenden Gesellschaft⁷⁵. In diesem Sinne kann die alte soziale Bewegung (*Minjungundong*) als auf Klassen basierende politische Bewegung betrachtet werden (vgl. Hagen Koo 1997, 145). Darüber hinaus hat sie auf die gesamte soziale, ökonomische und kulturelle Ebene so großen Einfluß genommen, dass eine *Minjung-Soziologie*⁷⁶ im sozialwissenschaftlichen Milieu entstand. Bei den Konzepten der *Minjung-Ideologie* handelt es sich um ein Amalgam aus Befreiungstheorie, Neo-Marxismus, der Juche-Ideologie Kim Il Sungs und Überlegungen der Dependenztheoretiker. *Minjung* umfasst die unterdrückten und ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung, d.h. Arbeiter, Bauern, städtische Unterschichten, aber auch die Mittelschicht. Die politischen Forderungen zielten auf eine grundlegende Reform des Wirtschaftssystems, um so die Partizipation

⁷⁵ Dabei besteht die Tatsache, dass diese Umwälzungsbewegung freilich von dem damals existierten Realsozialismus beeinflusst war. Sein Zusammenbruch war einer der Beweggründe für die Streitfrage der Zivilgesellschaftsdiskussion und nachstehende Zersplitterung der sozialen Bewegung.

⁷⁶ Dazu siehe Han, Sang-Jin (1986): Die logische Struktur und Themen der *Minjung-Soziologie*.

des Volkes am erwirtschafteten Wohlstand zu ermöglichen. Darüber hinaus ging es um die Errichtung einer Minjung-Demokratie anstelle des liberaldemokratischen Systems, deren Basis die Arbeiter, Bauern, Studenten und städtischen Armen bilden sollten sowie um eine Beendigung der abhängigen Beziehungen zu den USA und die Wiedervereinigung Koreas (Croissant 1997, 152f).

Wie oben gesehen, führte die Enthierarchisierung zwischen dem autoritären Staat und der schwachen Gesellschaft seit der Demokratisierungserklärung vom 29. Juni 1987 zur explosionsartigen Ausweitung zivilgesellschaftlicher Forderungen. Die Bürger (*Simin*) stiegen in der erweiterten Zivilgesellschaft neben den alten Bewegungskräften, also Arbeiterbewegung und Demokratisierungsbewegung als ein neuer Akteur der sozialen Bewegung und zugleich der NGO-Bewegung auf. Die Streitfragen des Zivilgesellschaftsdiskurses in Südkorea können ungefähr nach drei Punkten klassifiziert werden: 1) ob ein auf der Klassengesellschaft basierendes gesellschaftliches Subjekt Protagonist der Minjung-Gesellschaft (Minjungaheo) ist, das der Umwälzung des bestehenden kapitalistischen Systems dienen soll; 2) ob auf der breiten klassenübergreifenden Basis der die Zivilgesellschaft zur Reformation und Demokratisierung der gesamten Gesellschaft und politischen Gesellschaft beitragen soll und 3) ob die wechselseitige Verbindung und Solidarisierung zwischen der alten sozialen Bewegung (Minjungundong) und neuen sozialen Bewegung (Shiminundong) innerhalb der Zivilgesellschaft eine Kompromißlösung zwischen von erstem und zweitem darstellt.

Im folgenden werde ich mich zunächst dem ersten Konzept zuwenden. Für eine Grenzziehung zwischen Siminsaheo (Zivilgesellschaft) und Minjungaheo (Minjung-Gesellschaft) plädiert Kim Se-Kyun. Mit der Kritik an der liberal-demokratischen Konzeption der Zivilgesellschaft geht er davon aus, dass die Klasse des Proletariats sich weder in den bürgerlich-kapitalistischen Staat noch in die Zivilgesellschaft kooptieren läßt und dabei der Herrschaft der Bourgeoisie widersteht. Und weiter soll das Proletariat durch eine organische Verbindung mit anderen volkstümlichen Organisationen sich von der Zivilgesellschaft unterscheidende soziale Räume der Minjung-Gesellschaft (Minjungaheo) schaffen. Die vorhandene Zivilgesellschaft, die gesellschaftliche Mitglieder als freie und gleichwertige Bürger erscheinen ließ, ist ihm zufolge das

politisch-ideologische Äußere der kapitalistischen Gesellschaft, die in der Substanz die Herrschaft der Klasse der Bourgeoisie verbirgt. Für die Umwälzung des kapitalistischen Systems sollte sich die Klasse des Proletariats außerhalb des bürgerlichen Staates und der Zivilgesellschaft zur Widerstandsbewegung entwickeln, damit sie sich selbst zu einer neuen hegemonialen Macht formieren kann (Kim, Se-Kyun 1995, 161f). Für ihn ist die Zivilgesellschaft mit der Gesellschaft der Bourgeoisie gleichbedeutend. Bei ihm reduziert sich somit die Zivilgesellschaft auf das dem kapitalistischen Produktionsverhältnis unterliegende gesamte ökonomische Verhältnis und konstituiert sich aus der dichotomischen Verhältnis von herrschender und beherrschter Klasse.

Beim zweiten Konzept handelt es sich um eine allmähliche Reform innerhalb der Zivilgesellschaft durch die breite politische Partizipation der Bürger im klassenübergreifenden Maßstab. D.h. die herkömmliche soziale Bewegung, die mit dem Ende des Realsozialismus und dem Niedergang des autoritären Diktaturregimes schwächer wurde, sollte mit der Erweiterung und Aktivierung der Zivilgesellschaft in eine bürgerliche Reformbewegung verschoben werden. Im Vordergrund der Bürgerbewegung (Siminundong) steht jedoch die Mittelschicht, die als neuer Akteur in die bis dahin weitgehend von Studenten und Intellektuellen getragene Dissidentenbewegung und in die von Arbeitern besetzte politische Arena die zivilgesellschaftliche Mobilisierung trug. Im Gegensatz zu Kim Se-Kyun charakterisiert Kim Sung-Guk die Zivilgesellschaft als ein Terrain des Konsenses von nicht-klassenspezifischen Individuen jenseits von spezifischen Ideologien. Ihm zufolge steht der Bürger in Südkorea sowohl im Gegensatz zur herrschenden Klasse, die im eigentlichen Sinne den Staat verwaltet, als auch im gegensätzlichen Verhältnis zu den Kräften der Klasse, die den Kapitalismus bzw. die Grundlage der Zivilgesellschaft an sich verneint. Er versucht, die auf der Pluralität und Öffnung der Gesellschaft basierende westliche liberal-demokratische Zivilgesellschaft, die mit der Entwicklung des Kapitalismus von der Bourgeoisie gebildet und entwickelt wurde, auf die spezifische südkoreanische Kultur aufzupropfen. Für ihn ist die aufgrund des rapiden Wirtschaftswachstums zunehmende Mittelschicht der Protagonist der Zivilgesellschaft. Für ihn ist die Bildung des Gemeinwohls bzw. des Bewußtseins der Gemeinschaft von großer Bedeutung für die Konstitution der Zivilgesellschaft. Der als eine negative Gesinnung geltende Regionalismus, der auf der ungleichen Wirtschaftsentwicklung

zwischen den Regionen beruht und vom autoritären Staat für die Schwächung der Zivilgesellschaft mißbraucht wurde, sollte zur Verankerung der Basisdemokratie verbessert werden, damit sich die Zivilgesellschaft für jede regionale Spezifikation entwickelt (Kim, Sung-Guk 1992, 152-166). Damit ist gemeint, dass die Zivilgesellschaft sich dezentralisiert als Grassroots-Bewegung, also politische Partizipation und Solidarität in kleinem Maßstab ausbreiten sollte.

Zuletzt handelt es sich um die Verbindung der alten sozialen Bewegung (Minjungundong) mit der neuen sozialen Bewegung (Siminundong). Zunächst lässt sich feststellen, dass die Erweiterung des Raums der Zivilgesellschaft in der auf der Mittelschicht zentrierten sozialen Bewegung zu finden ist. Innerhalb dieser zivilgesellschaftlichen Räume kann die Möglichkeit der Politisierung der Arbeiterklasse sowie progressiver Bewegungen erzeugt werden (Han, Wan-Sang 1992, 23). Angesichts der Marginalisierung des Minjung-Diskurses konstatiert z.B. Cho, Hee-Yeon, dass der Bereich des Produktionsverhältnisses, das von der Minjung-Bewegung als ihre Unterstützungsbasis angesehen wird, wiederum für die Basis der Zivilgesellschaft konstitutiv ist (Cho, Hee-Yeon 1995, 322). Diese Konzeptualisierung ist m.E. plausibel, denn die Zivilgesellschaftsdiskussion sollte im Verhältnis zum bürgerlich-kapitalistischen Staat innerhalb der Gesellschaftsformation verortet werden.

Darüber hinaus greift Han, Sang-Jin einen neuen Begriff, *Jungmin (middling grassroots)* auf. Ihm zufolge war „der erfolgreiche Juni-Aufstand von 1987 nicht zuletzt auf das Wirken der *middling grassroots* zurückzuführen, die – als Kerngruppe in der Leitung der Civil Society – die mittleren Position in verschiedenen Institutionen einschließlich der Massenmedien besetzt hielten und nach Hans Vorstellung in Zukunft eine neue gesellschaftliche Basis bilden sollen, die sich aus Teilen der Unterschicht und der für die Problematik sensibilisierten reformwilligen Angehörigen der Mittelschicht zusammensetze. Trotz einiger negativer Einflüsse der kulturellen Orthodoxie (Konformität) und des japanischen Militarismus verfügt Korea über ein reiches Erbe demokratisch orientierter Philosophien und Traditionen, und die koreanische Civil Society hat, wie Han ausführt, ein eigenes Potential für Pluralismus und Solidarität ausgebildet, das aber in Zukunft zu weiterer Entfaltung gebracht werden müsse“ (Han, Sang-Jin 1997, zitiert nach Kim, Bong-Ki 2001, 5).

Die Unterschiede von Minjungundong und Siminundong sind in der folgenden Tabelle 1 zu erkennen:

Tabelle 1: Kontrast zwischen Volksbewegung (*Minjungundong*) und Bürgerbewegung (*Siminundong*)

	Minjungundong	Siminundong
Hauptträger	Arbeiter, Bauern und städtischer Arme, also Unterprivilegierte	Mittelklasse, Intellektuelle, verschiedenen Interessenverbände
Motiv	Klassenbedingte Interesse	Klassenübergreifende Interessen
Themenbereich der sozialen Bewegung	Klassenkämpfe um Demokratisierung und gegen Diktaturregime	Politische, sozioökonomische Demokratisierung, Umweltschutz, Menschenrechte, Gleichstellung,
Ziel	Grundlegende strukturelle Gesellschafts-veränderung bzw. –umwälzung	Liberale Demokratie bzw. Sozialistischer Pluralismus
Verfahren	Illegale, radikale und militante Aktivität	Allmähliche Reform, Betonung von Professionalität und alternativen Ansätzen

Quelle: eigene Zusammenstellung (vgl. Kim, Bong-Ki 2001, 11; Cho, Hee-Yeon 2004, 40f)

Die Besonderheit der südkoreanischen Zivilgesellschaft liegt zunächst darin, dass der Keim des Kapitalismus im Unterschied zu den westlichen Zentren im kolonialen Abhängigkeitsverhältnis zu suchen ist und die Zivilgesellschaft durch die vom bürokratisch-autoritären Staat durchgeführte rapide Wirtschaftsentwicklung und die als Minjungbewegung zu bezeichnende Demokratisierungsbewegung in der geteilten Konstellation des Landes entwickelt wurde. Zudem brachte die ungleichmäßige Wirtschaftsentwicklung zwischen den Regionen ein daraus resultierendes ökonomisches Gefälle mit sich. Dies führte in gewissem Ausmaß zu einer Segmentierung der zivilgesellschaftlichen Lebenswelt. Regionale Konflikte und damit die gegensätzlichen

Interessen und die hegemonialen Kämpfe der sozialen Gruppierungen wurden nicht durch den Konsens und Kompromiß gelöst, sondern eher durch Partikularismus sowie regionale Loyalitäten (vgl. Kim, Sung-Guk 1992, 160). Im Unterschied zu westlichen Wertvorstellungen wie Pluralismus, Individualismus und liberale Demokratie sind die traditionellen koreanischen Wertvorstellung durch einen konfuzianischen Autoritarismus, Antikommunismus, Pro-Amerikanismus, aber auch westliche Wertvorstellungen geprägt. Nur aus diesem Kontext kann m.E. die kontroverse Zivilgesellschaftsdiskussion in Südkorea und mithin ihre Besonderheit verstanden werden.

Der Grund dafür, dass bei der Rekonzeptualisierung der Zivilgesellschaft im südkoreanischen Kontext der Begriff der Zivilgesellschaft (Simin-Saheo) und Minjung-Saheo ambivalent ist, liegt m.E im wesentlichen in der unterschiedlichen Interpretation der Gegenwartsgesellschaft. Nach dem Zerfall des Realsozialismus und mit der damit einhergehenden neoliberalen Globalisierung wird die moderne Industriegesellschaft als eine Auflösung der Klassenverhältnisse angesehen, und damit haben die auf der Klassengesellschaft basierenden sozialen Bewegungen an Bedeutung verloren. Von daher wird die Gegenwartsgesellschaft als klassenunspezifisch, also als „Abschied vom Proletariat“ oder als „jenseits von Stand und Klasse“ betrachtet⁷⁷. Dabei übersieht man in Südkorea oft den Kern des Sachverhalts, dass der Kapitalismus grundsätzlich als Klassengesellschaft verstanden werden muß. Denn „seine Kernstruktur ist der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital“, wie Christoph Görg völlig zu Recht hervorgehoben hat (Görg 1992, 164). Die Auseinandersetzungen zwischen Minjung und Siminsahoe resultieren letztlich aus dieser unterschiedlichen Betrachtungsweise der Gegenwartsgesellschaft. Folglich kreisen die Diskussionen um die Frage, ob die Arbeiterklasse im Rahmen der Marxschen Klassentheorie Träger für eine Gesellschaftsveränderung bzw. -umwälzung zur Überwindung des kapitalistischen Systems sein könnte/würde. Dies legt es nahe, dass die Ambivalenz der Simin- und Minjungaheo innerhalb der Zivilgesellschaftsdiskussion in Südkorea womöglich nicht

⁷⁷ Zur Frage wie/ob man die moderne Industriegesellschaft als Klassengesellschaft oder als Ende der Klassengesellschaft interpretieren soll, siehe dazu ausführlicher, Görg 1992, 165ff.

mehr gilt, wenn sozialpartnerschaftliche Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit und damit die Wohlfahrtspolitiken für die Arbeiterklasse stärker zunehmen⁷⁸.

Der lediglich durch politische ökonomische Faktoren geprägte Begriff *Minjung* ist somit kein adäquates Paradigma, um die gegenwärtige südkoreanische Zivilgesellschaft zu erklären, in der verschiedene soziale Kräfte mit der Erweiterung der Zivilgesellschaft noch komplexer und damit ihre Interessegegensätze konflikthafter werden. Es bleibt jedoch die Frage, wie der Klassenbegriff mit der Pluralisierung und Ausdifferenzierung der Sozialstruktur und nicht zuletzt angesichts der zunehmenden Globalisierungsoffensive angesetzt werden sollte⁷⁹. Im südkoreanischen Kontext könnte in Erwägung gezogen werden, auf eine Gesellschaftsveränderung durch die Findung eines Anknüpfungspunkts zwischen der gewerkschaftlichen Bewegung der Arbeiterklasse und dem bürgerlichen Gemeinwohl zu zielen. Eine Möglichkeit, um der Widersprüchlichkeit des Kapitalismus und der aus der neoliberalen Globalisierung resultierenden Erosion der Demokratie im Rahmen des kapitalistischen Systems entgegenzuwirken, wäre eine sozialdemokratische Alternative durch eine Verstärkung der mit verstärktem Klassenbewußtsein ausgestatteten Zivilgesellschaft⁸⁰.

7.2. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Demokratisierungsprozess seit 1987

Die Zivilgesellschaft entwickelt und transformiert sich im Verhältnis zum Staat. Durch die Wechselbeziehung und Interaktion zwischen Staat und Zivilgesellschaft wird die demokratische Entwicklung vorangetragen. Der Verweis, dass die Zivilgesellschaft je

⁷⁸ Durch diese Kompromißbildung zwischen Kapital und Arbeit wurde die Arbeiterklasse in der westlichen Gesellschaft in die Mittelklasse kooptiert, indem sich ihre Rolle dabei sowohl als Produzenten als auch als Subjekt der Konsumtion auf das fordistische Produktions- und Konsumptionsmodell darstellte.

⁷⁹ Gerade daran setzt Klaus Dörre (2003, 28) die Neubildung von Klassen -im Anschluss an den Marxschen Klassenbegriff -im Kontext veränderter Verwertungsbedingungen des Kapitals an. Ihm zufolge werden die Mittelklasseangehörigen infolge der Verschärfung sozialer Ungleichheit zunehmend degradiert. Dies kann zur Triebkraft sozialer Bewegungen in sozialen Auseinandersetzungen werden. D.h. angesichts der Differenzierung der Sozialstruktur und Globalisierung müsste über den dichotomen Klassenbegriff zwischen herrschender und beherrschten Klasse hinaus eine differenzierte Klassenanalyse vollzogen werden (vgl. Dörre 2003, 30).

⁸⁰ Unter dem Gesichtspunkt der Zivilgesellschaft aus der liberal-demokratischen Sicht bleibt die Tatsache, dass die Gesellschaft im Verhältnis zum bürgerlich-kapitalistischen Staat vom kapitalistischen Produktionsverhältnis bestimmt wird, die gesellschaftlichen Agenten durch soziale Klasse in der in Klassen geteilten Gesellschaftsformation konstituiert werden (vgl. zum marxistischen Klassenbegriff von Poulantzas 1973), oftmals verborgen.

nach der Staatsform unterschiedlich fungieren kann, zeigt sich eindeutig in der Entwicklung der Zivilgesellschaft Südkoreas. D.h. unter dem autoritären Staat des Militärregimes, der mit seiner Machtrbefugnis die Entwicklung der Demokratie und Zivilgesellschaft behinderte, befand diese sich in einem antagonistischen Verhältnis zum Staat. Das repressive Dominanzverhältnis des autoritären Staates veränderte sich jedoch.

7.2.1. Enthierarchisierung des Militärregimes und die Entwicklung der Zivilgesellschaft

Der Beginn der modernen Zivilgesellschaft in Korea geht auf die Periode der kolonialen Herrschaft des japanischen Imperialismus zurück. Im Unterschied zur westlichen Zivilgesellschaft, die sich von unten nach oben mit dem Aufstieg der Bourgeoisie gebildet und entwickelt hatte, bildete sich die koreanische Zivilgesellschaft von oben nach unten durch externe Herrschaftskräfte heraus. Der imperialistische Herrschaftsapparat gestaltete die Zivilgesellschaft als Instrument der kolonialen Herrschaft. Die Zivilgesellschaft dieser Periode war von Zwang und Gewalt des Staates und durch die Kolonialherrschaft gekennzeichnet.

Im Zustand des staatlichen Machtvakuum nach der Befreiung aus der kolonialen Herrschaft brach die bislang unterdrückte Zivilgesellschaft in bisweilen chaotischen Prozessen aus. Nach der Gründung der ersten Republik des Rhee-Regimes und nach dem Koreakrieg wurden mit der Ideologie des Antikommunismus zugunsten der Aufrechterhaltung der Staatsmacht, die aufgrund der fehlenden Legitimation immer wieder herausgefordert wurde, die Handlungsräume und Autonomie der Zivilgesellschaft gegenüber dem autoritären Staat tiefgreifend verändert. Diese asymmetrische Beziehung zwischen dem autoritären Staat und der schwachen Gesellschaft setzte sich bis zur Demokratisierungserklärung vom 29. Juni 1987 fort. Während des autoritär-bürokratischen Militärregimes von Park Chung-Hee und Chun Du-Hwan – in dieser Periode gehörte Südkorea zur kapitalistischen Peripherie – diente die Zivilgesellschaft in ihrer antagonistischen Beziehung zum autoritären Herrschaftsapparat als Feld des Kampfes um eine unabhängige und sich

selbstbestimmende demokratische Gesellschaft⁸¹. Diese Charakterisierung der südkoreanischen Zivilgesellschaft veränderte sich jedoch mit ihrer Erweiterung und Aktivierung seit 1987. Damit begann die sich beschleunigende Demokratisierung durch den zivilgesellschaftlichen Druck auf die politischen Institutionen auszuwirken.

So artikulierten nach der Erweiterung der Zivilgesellschaft seit 1987 die städtischen Mittelschichten und die Arbeiterklasse ihre bislang unterdrückten Forderungen nach politischer Partizipation und Implementierung rechtsstaatlicher Garantien. Das Heranwachsen der Zivilgesellschaft geht mit dem Demokratisierungsprozeß einher, der vor allem die Kritik an den Herrschaftsverhältnissen laut werden lässt und eine Gesellschaftsveränderung sowie die Einflußnahme auf die politischen und gesellschaftlichen Institutionen einklagt. Darauf hin begannen sich Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre selbstorganisierte bürgerliche Organisationen für die Perspektive für eine demokratische Gesellschaft einzutreten. In diesem Zusammenhang ist ein von der Regierung Kim Dae-Jung verabschiedetes Gesetz zu NPO (Non Profit Organisationen) zu erwähnen, denn mit der Schaffung der juristischen und politischen Rahmenbedingungen wuchs die Zahl der NGOs sprunghaft an. Das Heranwachsen autonomer gesellschaftlicher Organisationen in der Zivilgesellschaft zeigt sich deutlich in den statistischen Zahlen. So entstanden 5,7% der Bürgerinitiativen vor den 60er Jahren, in den 60er Jahren 7,2 %, in den 70er Jahren 9,6%, in den 80er Jahren 18.5% und in den 90er Jahren 62.3%. Über 70% der Bürgerinitiativen wurden somit in den 80er und 90er Jahren gegründet (Verzeichnis der südkoreanischen Bürgerinitiative 2000). Ihr sprunghafter Anstieg bedeutet aber nicht, dass die ausdifferenzierte Zivilgesellschaft sich zu einer progressiven demokratischen Gesellschaft entwickelt hatte, oder die Entwicklung der Zivilgesellschaft durch eine Veränderung der vorherrschenden Sozialstruktur zum Tragen kam. Die Demokratiebewegung in Südkorea scheiterte damit, diese voranzutreiben und, obwohl sie in ihrer Dynamik sehr aktiv war, dem autoritären Regime Zugeständnisse zur Demokratisierung abzutrotzen. Vielmehr lässt sich feststellen, dass der Widerstand und die Forderungen der Bevölkerung an die herrschenden Klasse in einer veränderten Form akzeptiert wurden. Nach der Demokratisierungserklärung von Roh Tae-Woo, die als Folge der Überlebensstrategie

⁸¹ Die soziale Bewegung – die sogenannte alte soziale Bewegung – dieser Periode bezog sich auf die Arbeiterbewegung, die Studentbewegung, die Intellektuellebewegung sowie die Bauernbewegung. Dazu siehe, Cha 1991, 134-150); vgl. Cumings 1997, 339-386; Koo 2002, 109-130; Croissant 1998.

des Machtblocks erscheint, durch die aber formale demokratische Prozeduren eingeführt wurden, führte die Spaltung zwischen den zwei damaligen Oppositionsführern, Kim Yuong-Sam und Kim Dae-Jung, zu einer Fortführung des Militärregimes. Dabei rückten auch konservative soziale Kräfte parallel zur Basisdemokratie ihre eigenen Interessen in den Vordergrund der Zivilgesellschaft (vgl. Sohn, Ho-Cheol 2006, 90; Kim, Chung-Hoon 2001, 153f).

Während die Themenbereiche der sozialen Bewegung in der unterdrückten Zivilgesellschaft unter dem autoritären Militärregime auf die Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Systems und damit dem Ziel einer emanzipativen Gesellschaft begrenzt waren, verdichtete sich nun die autonome Zivilgesellschaft als Feld, in dem verschiedene Interessen und hegemoniale Mächte zwischen den mittlerweile pluralisierten sozialen Kräften für ihre Belange kämpften.

Im Gefolge der politischen Öffnung wurde die direkte Präsidentschaftswahl eingeführt. Gegen den Wunsch der Bevölkerung schlug die strategische Koalition der zwei Oppositionsführer von Kim Dae-Jung und Kim Young-Sam aufgrund ihrer persönlichen Rivalität und nicht zuletzt ihrer unterschiedlichen politischen Basis und der unterschiedlichen regionalen Herkunft der Präsidentschaftskandidaten fehl⁸². Tatsächlich hatten sich Organisationen und Bewegungen sowie die Oppositionen während des autoritären diktatorischen Militärregimes unter einem einheitlichen Dach zusammengefunden, deren Zielsetzungen gegensätzlicher kaum sein könnte. Infolge des Misserfolges bei der Präsidentschaftswahl spaltete sich die Opposition und folglich fragmentierten sich die gesellschaftlichen Kräfte der Zivilgesellschaft. Gerade mit Blick auf die Opposition lassen sich die Defizite des politischen Prozesses verdeutlichen – Defizite, die auf der Kolonialherrschaft und dem anschließenden 40-jährigen repressiven Dikturregime, also mit einem Wort auf dem verkrüppelten

⁸² Nach eigenem Kalkül waren die beiden Oppositionsführer der Überzeugung, dass sie in der Präsidentschaftswahl gewinnen werden. Darauf hin erklärten Kim Young-Sam am 10. Oktober 1987 und Kim Dae-Jung am 28. Oktober 1987 die Kandidatur für das Präsidentenamt. Folgerichtig gründete Kim Dae-Jung seine eigene Partei, PPD (Party for Peace and Democracy). Nach dem Wahlergebnis wurde Roh Tae-Woo, Kandidat des Militärregimes, mit 36,6% der Stimmen als Präsident gewählt. Die Stimmen für beide Kim waren zusammen 55,1%. „Der rationale Anreiz einer Strategie getrennter Kandidaturen lag in Artikel 126 *Korean Presidential Election Act* begründet, dem zufolge der Staatspräsident mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt wird. Ein unkooperatives Verhalten der politischen Akteure im Vorfeld der Wahlen bot erhebliche Wahlprämien, da einzelne Kandidaten in einem Wahlkampf zwischen mehreren Bewerbern (Kim Young Sam, Kim Dae Jung und Roh Tae Woo) kalkulieren konnten, mit der Unterstützung einer Minderheit der Wählerschaft eine relative Mehrheit bei den Präsidentschaftswahlen zu erreichen“ (Croissant 1998, 118f).

Modernisierungsprozeß beruhen dürften. Vor diesem historischen Hintergrund ist die politische Kultur von überkommenen Mechanismen und Strukturen der autoritären Führung, regionaler Loyalitäten (Regionalismus⁸³ genannt), einem Mangel an politischer Kompromißfindung und politischer Streitkultur geprägt.

Die gescheiterte Koalition der zwei größten Oppositionsgruppen hatte die Amtseinführung von Roh Tae Woo zur Folge. Trotz der Befreiung der Zivilgesellschaft vom autoritären Militärregime nach der Demokratisierungserklärung wurde die weitere Erweiterung und Aktivierung der Zivilgesellschaft unter dem Rho-Regime unterdrückt und die Zivilgesellschaft fragmentierte sich. Die Fragmentierung der Zivilgesellschaft liegt vor allem in der Zersplitterung der Bewegungskräfte und einem Zwiespalt zwischen der Arbeiter- und Mittelklasse, deren Spaltung wiederum von dem Rho-Regime politisch immer wieder vorangetrieben wurde (Kang, Mun-Koo 1998, 80f). Das Rho-Regime, das im Unterschied zum bisherigen Militärregime seinen Bestand durch verfassungsmäßige demokratische Wahlprozeduren legitimieren konnte⁸⁴, zeigte jedoch eine Abkehr vom Wahlversprechen über eine ökonomische Reform. Zudem ermöglichte die politische Fusion der drei Parteien hinter der Rho-Regierung, dass sie gegen wichtige gesellschaftliche Interessen regieren konnte (Croissant 1998, 130). Daraus resultierend blieben die Räume der Zivilgesellschaft klein und die demokratische Entwicklung kam zum Stillstand. Als Grund dafür können die Spaltung der zivilgesellschaftlichen Bewegungskräfte und die aus der arbeiterfeindlichen Arbeitspolitik resultierende Schwächung der Arbeiterklasse⁸⁵, die jedoch bei dem Demokratisierungsprozeß eine wichtige Rolle spielte, genannt werden.

7.2.2. Die Entfaltung der Zivilgesellschaft unter der Zivilregierung

⁸³ Dieser Regionalismus wird oftmals vom Machtblock zugunsten der Machtergreifung bzw. Aufrechterhaltung der politischen Macht propagiert, gilt aber als ein entscheidender Faktor, die politische Demokratisierung zu verhindern. Dieser Regionalismus und die damit einhergehenden regionalen Konflikte, die als ein Faktor nach der Demokratisierung die politische Kultur in Südkorea zu bestimmen gelten, bewirken politische Verdrossenheit. Er ist tatsächlich ein Grund für die demokratischen Defizite der politischen Parteien, gilt von daher als ein Gegenstand, der zu überwinden ist.

⁸⁴ Seine Legitimation verschaffte das Rho-Regime vor allem dadurch, dass „mit der Verfassung der VI. Republik erstmals in der koreanischen Verfassungsgeschichte ein Grundgesetz verabschiedete, das auf einem Konsens und Kompromiß zwischen Opposition und Regierung beruhte, das von allen relevanten politischen Akteuren akzeptiert wurde“ (Croissant 1998, 128).

⁸⁵ Die Schwächung der Arbeiterklasse beruht primär auf der systematischen Unterdrückung der Arbeiterklasse und sekundär auf dem Fehlschlag der landesweiten Organisation der Gewerkschaften und das Scheitern an der Politisierung der Arbeiterschaft.

Erstmals seit 1962 hat unter Kim Young-Sam in 1993 eine Zivilregierung ihr Amt angetreten. Mit der Amtseinführung versuchte die Zivilregierung, die die demokratischen politischen Institutionen unterminierenden korrupten Verflechtungen zwischen Politik, Verwaltung und Privatwirtschaft zu reformieren⁸⁶. Die von der Regierung am Anfang der Amtseinführung eifrig vorangetriebene Reform sei Choi Jang-Jip zufolge eine Reform innerhalb der Strukturen, nicht eine der Strukturen als solcher. Die Reform habe zwar einen erheblichen Erfolg bei der Zurückdrängung des Autoritarismus des bisherigen Militärregimes, blieb aber dennoch auf eine graduelle Veränderung des konservativen Herrschaftssystems, das sich vom autoritären Militärregime auf die gesamte politische, ökonomische und gesellschaftliche Ebene erstreckte, begrenzt (Choi, Jang-Jip 1993a, 28f), da die Regierung nicht zuletzt auf der konservativen politischen Basis als Koalition des herkömmlichen Herrschaftsblocks gebildet wurde. Somit erlahmte sein reformatorischer Eifer jedoch wieder. Beispielhaft hierfür ist die „neue Arbeitspolitik“, die bald auf verheerende Widerstände seitens der Unternehmenskonglomerate (Chaebol) stieß. Unter dem Imperativ des Wirtschaftswachstums stand die Regierung bei der Konfrontation zwischen Arbeiterschaft und Chaebol in großem Umfang auf der Seite der Unternehmen. Insbesondere das Scheitern der Arbeitsreform, zu dem es durch die Mobilisierung einer manipulierten öffentlichen Meinung kam, verweist darauf, dass die Regierung Kim Young-Sam als reformatorische Regierung bei der demokratischen Konsolidierung im wesentlichen scheiterte. Der Fehlschlag der demokratischen Konsolidierung resultiert im Grunde aus der Schwäche des institutionalisierten Parlamentssystems. D.h. „der durch die Reformmaßnahmen der Kim-Administration gestärkten *vertikalen Autonomie* der demokratischen Institutionen stehen rechtsstaatliche Defizite, die mangelhaft institutionalisierte parlamentarische Kontrolle der Exekutive sowie eine in der Verfassung fehlkonstruierte Gewalteinteilung entgegen, die die *horizontale Autonomie* der Institutionen aushöhlen und im Hinblick auf die Konsolidierung des demokratischen Systems bedenklich erscheinen“ (Croissant 1998, 189).

⁸⁶ Kern der Reformmaßnahmen waren zum einen der *präsidientielle Real-Name- Erlaß* und zum anderen *Publics Officials Ethics Act* (dazu ausführlicher siehe, Croissant 1998, 132).

Zu diesem Zeitpunkt setzt sich darüber hinaus die Uruguay-Runde, die das Ende des Bretton Woods-Systems ankündigte und durch das neoliberale WTO-System ersetzt wurde, im Weltmaßstab durch. Die Regierung von Kim Young-Sam ließ sich in die nun allumfassende Globalisierung der neoliberalen Weltordnung eingliedern und verschaffte dabei den Unternehmen günstige Rahmenbedingung für die Kapitalverwertung und -akkumulation. Mit der Einbindung in die neoliberale neue Weltordnung wurde der Reformantrieb ausgeblendet und stattdessen neigte der Staat verstärkt dazu, von den Unternehmen abhängig zu werden und bessere Rahmenbedingungen für die Marktwirtschaft zu schaffen. D.h. die Schaffung der unternehmensfreundlichen Politiken zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit funktionierte de facto als ein Faktor, eine soziale Integration der unterdrückten sozialen Klassen zu verhindern. Dabei besteht allerdings die Gefahr, die sich entwickelnde Demokratie gravierend zu unterminieren. Tatsächlich trat die alte soziale Bewegung für die weitere Demokratisierung in eine Kampfpause ein, wobei angesichts des Zusammenbruchs des Realsozialismus und des diktatorischen Militärregimes ihre Themenbereiche wie Emanzipation der ausgebeuteten Klassen, Antidiktatur, Anti-Amerika und Wiedervereinigung ausgeblendet blieben und damit an Effektivität für die Demokratisierung ihre Bedeutung verloren.

Nicht zuletzt sind die Bezüge der Medien zur Regierung und den Unternehmen zu bemerken. Die als vierte Säule der Demokratie bezeichneten Medien fungierten nicht als demokratische Akteure einer unabhängigen Öffentlichkeit, sondern vertraten die Interessen von Chaebol und bezweckten die Rechtfertigung des autoritären Militärregimes. Nach dem Antritt der Zivilregierung wurden sie eine stärker vermittelnde Institution zwischen Staat und Gesellschaft in Südkorea. Dabei konnten sie sich zu einer einflußreichen Institution in der südkoreanischen Gesellschaft entwickeln. Die Reformpolitik der Regierung Kim Young-Sam kann als „eine Politik der Massenmedien“ charakterisiert werden (Choi, Jang-Jip 1993a, 35). D.h. in der Kollusion der politischen Sphäre mit den Massenmedien versuchten sie letztendlich mit einem scheinbaren „Reformantrieb“ die Machtverhältnisse zu restrukturieren und dabei die Initiative gegenüber der Zivilgesellschaft zu ergreifen. Um das wohlerworbene Recht aufrechtzuerhalten, vertrat die vom konservativen Herrschaftsblock manipulierte öffentliche Meinung eher die Interessen der konservativen Kräfte der Zivilgesellschaft. Es ist somit kein Wunder, dass es der Regierung Kim Young-Sam nicht gelang, mit

„Quasi-Reformmaßnahmen“ die soziale Integration der unterdrückten gesellschaftlichen Kräfte zu schaffen. Vielmehr wurden sie durch juristische, politische und ökonomische Verfahren immer mehr an den Rand gedrängt.

Die Zivilgesellschaft transformierte sich in dieser Periode mit der Veränderung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, da sich die Herrschaftsmodalität des Staats nach der Demokratisierung von der repressiven zur hegemonialen Herrschaft gegenüber der Zivilgesellschaft verschoben hatte. Um sich vom autoritären Militärregime abzusetzen, tolerierte die Kim Young Sam-Regierung zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Bewegungen und zusehends auch die finanziellen Unterstützungen für bürgerliche Organisationen – allerdings mehr für regierungsnahen Organisationen als für Nichtregierungsorganisationen. Aufgrund dieser Unterstützung und des Scheiterns der institutionellen Reform und damit der demokratischen Konsolidierung kam es innerhalb der Zivilgesellschaft zu erneuten Impulsen und Aktivitäten. Zu einer extensiven Erweiterung der Zivilgesellschaft hat auch die Erweiterung der lokalen Selbstregierung beigetragen, wobei Probleme auf lokaler und regionaler Ebene thematisiert werden, und dies die Basisdemokratie stärkte. Die Aktivierung der bürgerlichen Bewegungen (*Siminundong*) verweist wiederum auf eine Schwächung der herkömmlichen sozialen Bewegungen (*Minjungundong*), die an Bedeutung für demokratisierende Entwicklungen verlor. In der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Bewegung (*Shiminundong*) nahm deren Einfluss zunehmend ab, und die demokratische Entwicklung blieb auf eine Reihe der zu Beginn seines Amtsantritts von Kim Young-Sam durchgesetzten Reformen beschränkt. Der Grund dafür liegt vor allem in der schwach strukturierten Opposition, einer Schwächung der herkömmlichen sozialen Bewegung und in den Unterstützungspolitiken für die Unternehmen mit Unterstützung der Medien, was im Zusammenhang mit einer aktiven Durchsetzung der neoliberalen Globalisierung die politische Macht des Ancien Regime und die überkommene Wachstumsideologie reproduzierte, anstatt die dysfunktionalen Strukturen der Chaebol und das mit der politischen Macht eng verbundene Finanzsystem zu restrukturieren. Diese verzerrte Wirtschaftsstruktur zugunsten Chaebol war viel zu schwach, um gegenüber der in den 80er Jahren einsetzenden, in den 90er Jahren beschleunigten Bewegung des internationalen Finanzkapitals angemessene Maßnahmen zu ergreifen. Internationales Spekulationskapital wie Hedge-Fonds waren in die Nationalökonomie eingedrungen.

Dies hatte neben der strukturellen Fragilität der Wirtschaftsstruktur die Devisenkrise unmittelbar zur Folge, die beinahe zum Staatsbankrott führte und darüber hinaus zu einem IWF-Verwaltungssystem, dem die Nationalökonomie teilweise unterliegt. Folgt man der Definition der demokratischen Konsolidierung, dass starke politische Institutionen und demokratische Mechanismen bei der politischen Entscheidungsfindung vorhanden sein sollen, so kann man sagen, dass die demokratische Konsolidierung unter der Regierung Kim Young-Sam tatsächlich nicht zustande kam. Gerade deswegen übernahm die Zivilgesellschaft die Aufgabe einer Konsolidierung der Demokratie durch die Ausübung zivilgesellschaftlicher Einflüsse – die Demokratie verlief nun also von unten nach oben.

Vor dem Hintergrund der mit der auf Chaebol zentrierten Wirtschaftsstruktur und der mit der Korruptionkette zwischen Politik und Ökonomie einhergehenden, als Devisenkrise zu bezeichnenden Wirtschaftskrise, hatte die Regierung von Kim Dae-Jung ihr Amt angetreten. Diese Wirtschaftskrise lieferte der Kim Daejung-Regierung wiederum die Möglichkeit, die Initiative in der politischen Entwicklung zu ergreifen. Angesichts der Devisenkrise und infolge des Unterstützungsdarlehens des IWF sah die Regierung von Kim Dae-Jung ihre Handlungsaufgaben vor allem in Bezug auf eine wirtschaftliche Reform, deren Schwerpunkte vor allem auf der Restrukturierung der Chaebol lag, und zugleich auf einer Veränderung der Beziehung von Kapital und Arbeit. Die hierbei zugrundeliegende Arbeitsreform zeichnete sich dadurch aus, dass sie versuchte, die Strukturanpassung im Gefolge der umfassende Aufnahme des Neoliberalismus durch sozialpartnerschaftliche Kompromißbildung zwischen Arbeitgebern und -nehmern zustandezubringen. Dabei proklamierte Kim Dae-Jung für die Reform seine als `DJ-Nomics´ bezeichnete Wirtschaftstheorie. Ihre wichtigsten Merkmale sind die Umwandlung von staatlichen Unternehmen in private, die Aufhebung des staatlich regulierten Finanzsystems und die Liberalisierung der finanziellen Verhältnisse, eine Umverteilung der Einkommen durch eine Finanzreform, Produktivitätssteigerungen und das Streben nach einer gerechten Verteilung auf der Basis des Gleichgewichts der Kräfte zwischen Arbeitgebern und -nehmern und dafür die Gewährleistung des Grundrechts der Arbeit sowie die stufenweise Ausführung der Flexibilität des Arbeitsmarktes und letztlich eine Reform der Chaebol (Kim, Se-Kyun 1999, 189).

Das Programm der Reform der Wirtschafts- und Arbeitspolitik, die auf der neoliberalen Ordnung einerseits und auf dem sozialpartnerschaftlichen Kompromiß andererseits basiert, konnte aber nicht eingelöst werden. Infolge der Währungskrise dem IWF-Verwaltungssystem zu unterliegen, bedeutet zugleich die Schaffung einer besseren Umgebung für die Kapitalien durch die Minimalisierung der Gesamtkosten und die Beschleunigung der Kapitalbewegung. Dies hatte Massenentlassungen sowie eine generelle Instabilität des Arbeitsmarktes und damit soziale Polarisierung, Marginalisierung und Fragmentierung zur Folge. Dies führte letztendlich immer mehr zur Auflösung der Familie. Dies hatte, da soziale Wohlfahrt institutionell nicht verankert ist und die kapitalistische Entwicklung in Südkorea ohne die Durchsetzung des Wohlfahrtsstaats direkt in die neoliberale Ordnung eingebunden ist⁸⁸, drastische Konsequenzen.

Darüber hinaus baute die Beziehung zwischen der Kim Dae Jung-Regierung und der Zivilgesellschaft auf ein kooperatives Verhältnis auf, indem die NGOs politisch in großem Umfang unterstützt wurden und die Regierung daraus wiederum ihren Nutzen zog (vgl. Kim, Young-Rae 2004b 21). Ferner hat der Erlass des „Gesetzes über Non-Profit-Organisationen“ in 1999 für eine systematische Unterstützung von NGOs in der Tat zu einer Aktivierung der NGOs und damit der tendenziell fortschreitenden Demokratisierung beigetragen. D.h. die Erfahrungen der Bürger bezüglich der wirtschaftlichen politischen Reformen, die auf der neoliberalen Strukturanpassung beruhen, verstärkten die sozialen Ungleichheiten und Polarisierungen, was dazu beitrug, dass die Selbstorganisation und Politisierung der Zivilgesellschaft sich verstärkte. Von daher wurde die soziale Bewegung innerhalb der Zivilgesellschaft je nach sozialen Themenbereichen in einer Kooperation bzw. in einer antagonischen Beziehung mit der Regierung vorangetrieben.

⁸⁸ Seit der Zivil- bis zur gegenwärtigen Regierung ist die Thematisierung über eine Einführung des Wohlfahrtsstaats durch „Wachstum und gerechte Verteilung“ eine heikle Kontroverse in der Zivilgesellschaft. In der politischen Gesellschaft wird die Parole ‚Wachstum und Effektivität‘ betont, die schon unter dem repressiven Staatskorporatismus als „erst Wachstum und nachher Verteilung“ zu dessen Legitimation propagiert wurde. Diesbezüglich hebt Choi, Jang-Jip mit Nachdruck hervor, dass sich die nach der neoliberalen Globalisierung richtende Wirtschaftspolitik der demokratischen Regierungen Südkoreas nach der Zersetzung des autoritären Staats zu einer auf den Markt zentrierten Entwicklung beschleunigt und durch die Betonung von Wachstum und Effektivität auf eine konservative Umwandlung zurückgehe (Choi, Jang-Jip, in einem interview mit der ohmynews, der Internetzeitung, vom 10.03.2005).

Zusammenfassend steht die Zivilgesellschaft in Südkorea innerhalb der Tradition des zentralisierten Etatismus mit seiner korrupten Verbindung von Staat, Kapital und Medien, einer geteilten Konstellation des Landes, einem Regionalismus und einem mit der konfuzianischen Kultur ausgeprägten Autoritarismus, Familialismus sowie Klientalismus, die mit den Werten und Normen der westlichen Demokratie nicht übereinzustimmen scheinen. Geht man davon aus, dass die Bedeutung der fortschreitenden Differenzierung und Entwicklung der Zivilgesellschaft auf die institutionelle Ausrichtung, Heterogenisierung und Ausdifferenzierung der Lebenslage, freiwillige Zusammenschlüsse und nicht zuletzt das zivile Bewußtsein hinweist, so könnte davon ausgegangen werden, dass sich die Zivilgesellschaft in Südkorea im Lernprozeß befindet. D.h. politische, ökonomische und gesellschaftliche Modernisierungsprozesse durch die institutionelle Konsolidierung der Demokratie führen zur quantitativen sowie qualitativen Erweiterung der Zivilgesellschaft und zu damit eng verbundenen unterschiedlichen Formen von sozialen Bewegungen. Für den Fall Südkoreas scheint mir dies eher umgekehrt der Fall zu sein, d.h. die Zivilgesellschaft wirkt stets durch hegemoniale Kämpfe auf eine Verankerung der Demokratie von unten nach oben mit.

8. Entstehung und Bedeutung von südkoreanischen NGO

Wie wir gesehen haben, entwickelte und erweiterte sich die südkoreanische Zivilgesellschaft in ihrem spezifischen Verhältnis zum Staat. Sie wirkte unter dem autoritären Staat diesem gegenüber als Antagonist und nahm unter der Zivilregierung durch die Übernahme von Monitoringfunktionen und des Agenda-Settings eine signifikante Rolle im Demokratisierungsprozess ein. Mit dem Heranreifen der Zivilgesellschaft haben sich zahlreiche bürgerliche Organisationen herausgebildet. Den sprunghaften Aufstieg von NGOs in Südkorea sieht man seit der Demokratisierungserklärung vom 29. Juni 1987 deutlich. Mit der demokratischen Öffnung traten subjektive Interessen und Aktivitäten der gesellschaftlichen Mitglieder – insbesondere durch die quantitative Expansion der Mittelschicht – und die Durchsetzung von deren politischer Forderungen in den Vordergrund der zivilgesellschaftlichen Debatten. Die Mittelklasse, die auf der Grundlage des vom autoritären Staat

vorangetriebenen Wirtschaftswachstums ihre materielle Basis verbreitert hatte und in der Absicherung ihrer materiellen Basis politische Repressionen seitens des autoritären Staates hinnehmen mußte⁸⁹, begann von diesem Wendepunkt an ihre Stimme zu erheben und zivilgesellschaftliches Subjekt aufzutreten. Die Demokratisierungsmaßnahmen führten trotz ihrer Begrenztheit zu einer dynamischen Entwicklung unterschiedlicher Formen sozialer Bewegungen mit pluralisierten sozialen Themenbereichen. Diese Verschiebung der Typologie der sozialen Bewegungen verweist somit auf eine Herausbildung von freiwilligen Selbstorganisationen.

Zu einer bahnbrechenden Veränderung bürgerlicher Aktivitäten führte jedoch die Gründung einer der größten „Komplex-NGOs“, der „Kyungje-Jongui-Silchon-Simin-Younhap (*Citizen's Coalition For Economic Justice: CCEJ*), die vor dem Hintergrund der Ernüchterung der Bürger über die Wirtschaftsreform infolge des schnellen Steigens der Immobilienpreise mit dem Ziel einer Reform der dysfunktionalen Wirtschaftsstruktur, vor allem aber der Ausrottung der Immobilienspekulation sowie der Reform von Chaebol (dazu ausführlicher, siehe 8.2. dieser Arbeit) 1989 gegründet wurde. Der Auftritt der CCEJ führte zur Bildung zahlreicher weiterer Organisationen, beispielsweise Umweltschutz- und Frauenrechtsgruppen, einer anderen Komplex-NGO, der Chamyoyeondae (*People's Solidarity for Participatory Democracy: PSPD*) sowie Verbraucherschutzverbänden etc. Besonders Umwelt-NGOs wie Hwankyungyeonhap (der Bund der Umweltorganisationen) und Noksaekyeonhap (der grüne Bund) traten in den Vordergrund und haben in der Öffentlichkeit das Bewußtsein über die aus der rasant verlaufenen Wirtschaftsentwicklung resultierenden ökologischen Kosten gestärkt. Darüber hinaus hat der Auftritt der Zivilregierung von Kim Young-Sam die politischen und zivilgesellschaftlichen Räume ausgeweitet. Mit dem Rückgang der klassenorientierten und revolutionären Minjungbewegung einhergehend begann die Zivilgesellschaft sich auszudifferenzieren. Zudem erweiterte und ermöglichte die Durchführung der lokalen Selbstregierung die politische Partizipation der lokalen Einwohner. Diese Ausweitung politischer Partizipation durch die institutionelle Veränderung verbreiterte die Basisdemokratie auf lokaler Ebene.

⁸⁹ Hwang, Byung-Duck begründet dies darin, dass „die städtische Mittelschicht trotz ihrer Abneigung gegen den Militarismus (...) wegen der nordkoreanischen Bedrohung und der eingebildeten oder begründeten Furcht vor der Machteroberung der Arbeiterklasse und aufgrund der Aufrechterhaltung des steigenden Einkommens die starke Machtstellung des Militärs in der Gesellschaft und den Staatsapparaten in Kauf nahm“ (Hwang, 1989, 329)

Mit der Entstehung der Bürgerrechtsgruppen in der Zivilgesellschaft ist der Terminus NGO nicht zuletzt im Gefolge der Rio-Umweltkonferenz in 1992 eingängig geworden. Die gestiegene Aufmerksamkeit bezüglich der NGO hängt jedoch mit der Aktivierung der bürgerlichen Bewegung und der sozialen Bewegung zusammen. In den meisten Fällen wird zwischen NGOs, Bürgerbewegung und neuer sozialer Bewegung nicht differenziert und die Begriffe werden synonym verwendet. Dies ist vor allem für südkoreanische Diskussion charakteristisch. Der Terminus NGOs im südkoreanischen Kontext impliziert daher, dass sich Bürgerinitiativen und die Neuen Sozialen Bewegungen und die NGO-Bewegung als Zivilgesellschaft bezeichnen lassen⁹⁰ (vgl. Cho, Hee-Yeon 2001, 5). Die Bestimmung des vagen Begriffs von NGOs in Südkorea beruht also auf einer simultanen Existenz der unterschiedlichen sozialen Bewegungen. Die Besonderheit der Bildung und Entwicklung der Zivilgesellschaft und der damit einhergehenden sozialen Bewegungen macht den Begriff „Komplexe NGO“ erst möglich – die NGOs, die für die Themenbereiche der Neuen Sozialen Bewegung tätig sind, und auch für politische, ökonomische und soziale Demokratisierung agieren. D.h. aufgrund der undemokratischen Strukturen der politischen Institutionen und der begrenzten Problemlösungskapazität der Regierung hinsichtlich verschiedener gesellschaftlicher Probleme fungieren komplexe NGOs in demokratisierender Weise in den politischen Prozessen in Südkorea. Die demokratischen Defizite in den politischen Institutionen gehen mit dem in der Gesellschaft verankerten Regionalismus, dem durch sektiererisches Verhalten charakterisierten Parteiensystem und den damit verbundenen parlamentarischen Dysfunktionalitäten einher.

Diese ineffizienten politischen Institutionen vermochten die mit der Expansion der Zivilgesellschaft verbundene Ausweitung der Problemlagen und Konfliktlinien nicht in den politischen Verarbeitungsprozeß zu integrieren. Der explosive Bedeutungszuwachs der Zivilgesellschaft und damit die Bildung der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisationen entwickelte sich parallel zur herkömmlichen sozialen Bewegung und ist angesichts der sich zunehmend globalisierenden Problemlagen (Umweltzerstörungen, transnationale Fluchtbewegungen und Kriminalität

⁹⁰ Diese Begrifflichkeit von NGO im südkoreanischen Kontext ist freilich irreführend, da auch von der Regierung organisierte Bürgerinitiativen zu NGOs gezählt werden. De facto sind viele Gongos (governmental NGOs) in dem jährlich veröffentlichten Verzeichnis südkoreanischer NGOs eingetragen. Diese unscharfe Abgrenzung des Begriffs von NGO und Bürgerinitiativen ermöglicht tatsächlich den Begriff und die Funktion von „komplexen NGO“.

etc.) eng mit internationalen Zusammenhängen verbunden. Von der Rio-Umweltkonferenz ausgehend haben sich wichtige Erkenntnisse über die Rolle und Funktion von international agierenden NGOs auch in Südkorea verbreitet.⁹¹

8.1. Differenzierung der sozialen Bewegungen

Soziale Bewegungen zielen im allgemeinen zunächst auf politische und gesellschaftliche Veränderungen, die von einzelnen Mitgliedern und Gruppen verlangt werden⁹². Sie initiieren eine wichtige Dynamik für die demokratische Entwicklung einer Gesellschaft. Die mit der industriellen und damit zivilgesellschaftlichen Entwicklung einhergehende Herausbildung neuer Konfliktfelder hängt jedoch mit sich dementsprechend transformierenden sozialen Bewegungen zusammen. Sie können je nach Gegenstand der Bewegungen radikal bzw. reformistisch tätig sein. Die südkoreanischen sozialen Bewegungen waren zunächst durch Pluralisierung und Reformismus bei der Transformation von einer radikalen Umwälzungsbewegung hin zur Reformbewegung in der Entwicklungsstufe der Zivilgesellschaft von den 80er bis in die 90er Jahre gekennzeichnet. Um die historisch-spezifische Dynamik der südkoreanischen Gesellschaft besser zu begreifen, ist es notwendig, die Transformation und Differenzierung sozialer Bewegungen in Südkorea in einem analytischen Rahmen zu betrachten. Cho, Hee-Yeon (2004, 36f) bestimmt den Charakter sozialer Bewegungen in Südkorea auf den folgenden vier Ebenen:

Erstens, die ideologische Ebene sozialer Bewegungen. Die sich beim Demokratisierungsprozeß artikulierende ideologische Differenzierung sozialer Bewegungen stellt sich entlang der Unterschiede von Konservatismus, Liberalismus und Progressivismus dar. Nach dem Koreakrieg blieb der Konservatismus in der geteilten Konstellation des Landes in Form eines extrem rechten Antikommunismus und Pro-Amerikanismus bestehen. Im Prozeß des Widerstands gegen das Militärregime traten jedoch zunehmend liberale und progressive Orientierungen in Erscheinung.

⁹¹ Eine Reihe von NGO-Fakultäten bzw. –Instituten an den verschiedenen Universitäten wurde Ende der 90er Jahre landesweit eingerichtet. In November 2001 wurde auch eine NGO-Forschungsgruppe gegründet. Außerdem fand die Soeuler Weltkonferenz der NGOs in 1999 statt, an der sich mehr als 8,000 Teilnehmer von 1,410 NGOs aus über 108 Länder unter dem Slogan „Inspire, Empower, Act“ beteiligten (vgl. Kim, Bong-Ki 2001, 22)

⁹² Zu dem im Alltagsverständnis angelehnten Merkmalen sozialer Bewegungen siehe, Karl-Werner Brand, Detlef Büsler, Dieter Rucht 1986, 36f).

Zweitens, in Bezug auf den Gegenstand der sozialen Bewegungen geht es um die Unterscheidung zwischen den Bewegungen, die eine Veränderung des politischen und ökonomischen Systems anstreben und denjenigen, die verschiedene Themen der Lebenswelt bearbeiten.

Drittens, in Bezug auf soziale Bewegungen und institutionelle Politik geht es um die Politisierung der Bewegung durch die Einbindung in die hegemoniale politische Macht einerseits und Entpolitisierung der sozialen Bewegungen andererseits.

Viertens, in Bezug auf Themenbereiche der sozialen Bewegungen geht es um die Differenzierung zwischen einzelstaatlicher Ebene und transnationaler Ebene. Angesichts der sich beschleunigenden Globalisierungsoffensive und der damit sich globalisierenden Problemlagen erkennen die Subjekte der sozialen Bewegungen, dass sie sich zunehmend sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene mit Problemedefinitionen und -lösungen befassen sollten.

Die sozialen Bewegungen in Südkorea nehmen epochenweise unterschiedliche Gestalt und Auseinandersetzungsformen an. Die Geschichte der sozialen Bewegungen in Südkorea verweist zugleich auf die der Demokratisierungsbewegung. Die soziale Bewegung und/oder NGO-Bewegung in der Gegenwart kann teilweise in der Kontinuität der Demokratiebewegung verstanden werden. Für die Geschichte sozialer Bewegungen in Südkorea waren unter der spezifischen Teilungskonstellation die Emanzipation vom repressiven Herrschaftssystem (einschließlich der Emanzipation des Volkes), der Antiamerikanismus sowie die unabhängige Wiedervereinigung die Hauptthemen. Die soziale Bewegung in den 50er Jahren mit ihrem Ziel, gegen das bestehende Herrschaftssystem zu kämpfen oder der ideologisierten Rigidität der Gesellschaft entgegenzuwirken kann als passiv und defensiv bewertet werden⁹³ (Cho, Hee-Yeon 1990, 64). In den 60er und 70er Jahren stand die Studentenbewegung im Mittelpunkt der sozialen Bewegung, die aber keine gesellschaftliche Resonanz seitens der breiten Bevölkerung gewann. Die Zwecke der sozialen Bewegung waren zunächst, die politische Unterdrückung der Militärherrschaft zu bekämpfen und eine im weitesten Sinne zivile Regierung zu begründen. Unter der gewalttätigen Kontrolle des Militärregimes nahm sie zwangsläufig die Form einer Untergrundorganisation an. Die

⁹³ Das Rhee-Regime wurde aufgrund seiner Ungesetzlichkeit und Korruption von dem als 4.19-Revolution genannten Widerstand, den die Studenten in 19. April 1960 subjektiv führten, zersetzt.

südkoreanische Ökonomie in dieser Epoche befand sich im Umbruch: eine bis in die 50er Jahren hinein durch kolonialistische Ausbeutung geprägte Ökonomie wurde zunehmend in die internationale Arbeitsteilung eingebettet. Diese ökonomische Restrukturierung war entscheidend für den Wandel der sozialen Bewegung, deren Schwerpunkte in den 80er Jahren dann in der Regel in der Studenten- und Arbeiterbewegung lagen. Hier begann auch die systematische Organisierung der Bewegungskräfte, die geprägt war durch die theoretischen Auseinandersetzungen auf der Basis des Marxismus-Leninismus. Dabei ging es um die Widersprüchlichkeit des Kapitalismus, die Emanzipation des Volkes (*Minjung*) sowie um einen Antiamerikanismus⁹⁴, der sich nach dem Kwangju-Massaker ausbreitete, das unter der stillschweigenden Billigung der USA in 1980 zustande kam. Die soziale Bewegung in den 80er Jahren war eine von der Klassengesellschaft geprägte Klassenbewegung und zugleich eine radikalen Demokratiebewegung, die im Grunde von Studenten, Intellektuellen, Industriearbeitern und Bauern – also die als *Minjung* bezeichnete soziale Klasse – geprägt war. Der Charakter der Bewegung wandelte sich auf diese Weise von einer „Antiregimebewegung“ zu einer „Antisystembewegung“⁹⁵ (Croissant 1998, 76f). Der phasenweise erhebliche politische Einfluß der Antiregime- und Antisystembewegung hat jedoch nach der Demokratisierung kontinuierlich abgenommen. (vgl. Croissant 1998, 173). Die radikale Orientierung der herkömmlichen Bewegung mußte sich angesichts der Zersetzung des diktatorischen Militärregimes und damit der Aktivierung der Zivilgesellschaft umorientieren. Dabei sorgten der Zusammenbruch des Realsozialismus, an dem die alte soziale Bewegung ideologisch orientiert war, und die Zersplitterung der Studentenbewegung, die aus der Konkurrenz und Konfrontation zwischen den verschiedenen Bewegungslinien innerhalb der Bewegungskräfte hervorgerufen wurde, für eine Umorientierung der herkömmlichen Bewegungsorganisationen. Hinzu kommen eine Absicherung und Ausweitung der aus der

⁹⁴ Dieser Antiamerikanismus beruht auf der engen politischen und wirtschaftlichen Anbindung des Militärregimes an die USA. Beispielsweise war der Staatsstreich von Park Chung-Hee unter der Ägide der USA möglich, wobei seine Interesse für die Verfügung der Herrschaftsmacht und die der USA für die Stabilisierung und Aufrechterhaltung der Hegemonie der USA in Ostasien in der Konfrontation mit dem Kommunismus übereinstimmten. In diesem Kontext ist festzustellen, dass das Park-Regime die diplomatische Normalisierung zwischen Südkorea und Japan gegen Willen des Massenvolkes und die Beteiligung an dem Vietnamkrieg bewerkstelligte.

⁹⁵ Damit ist gemeint, dass über die Verneinung des Militärregimes hinweg das dem Ausbeutungsverhältnis zugrundeliegende System des Kapitalismus zu überwinden sei.

Erweiterung der Zivilgesellschaft hervorgehenden rechtlichen Räume der sozialen Bewegungen. Es ist in der Tat festzustellen, dass manche NGO-Aktivisten aktiv für die alte soziale Bewegung engagiert waren.

Darüber hinaus bildet die Arbeiterklasse nicht mehr einen homogenen Block mit festem Klassenbewußtsein und gemeinsamen Strategien. „Die Klasse repräsentiert somit weit weniger eine Lebens- und Wertgemeinschaft, sie ist nicht mehr Ursprung einer offensiven sozialen Dynamik. Man kann somit sagen, dass der Klassenbegriff innerhalb einer mehr und mehr diversifizierten Wirklichkeit schwimmt und dass er seine Funktion als vorrangige Bezugsgröße für die Beschreibung der gesellschaftlichen Phänomene verloren hat“ (Robert Castel 2003, 16). D.h. die ökonomische Entwicklung förderte die Heterogenisierung sozialer Lebenslagen, die Herausbildung neuer Mittelschichten und damit neue diversifizierte Konfliktfelder. Darauf reagieren die neuen sozialen Bewegungen. Sie reflektieren in Südkorea also eine „strukturelle Pluralisierung gesellschaftlicher Konflikte“ (Offe 1980, 816). Dabei hat insbesondere die Zahl der Umweltschutzgruppen, Frauenrechtsbewegungen und die auf den Themenkomplex der Korruptionsbekämpfung sowie eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse bezogenen Bürgerrechtsgruppen parallel zur politischen und ökonomischen Demokratisierung zugenommen.

Sind die Neuen Sozialen Bewegungen in den westlichen Ländern aus der Krise des Parteiensystems hervorgegangen, so beruhen die Neuen Sozialen Bewegungen in Südkorea nicht zuletzt auf demokratischen Defiziten des Parteiensystems. Nach der Demokratisierung wurde die „Politik der Straße“ auf die politische Bühne institutioneller Politik verschoben. Und damit traten zunehmend die politischen Parteien als Hauptträger der Realpolitik an die Stelle der radikalen von unten nach oben orientierten Demokratisierungsbewegung (vgl. Choi, Jang-Jip, ohmynews vom 30.5.2003). Dennoch konnte die Konsolidierung der Demokratisierung aufgrund der Unterentwicklung des Parteiensystems nicht erlangt werden. Unter dem hegemonialen Einfluß der antikommunistischen Ideologie war die ideologische und politische Basis der Parteien sehr schmal, und die Oppositionen hatte eine schwache personelle und materielle Basis zur Verfügung. Die Parteien, die nach dem autoritären Diktaturregime in den Vordergrund der politischen Gesellschaft rückten, waren daher nicht in der Lage, pluralisierte politische Bedürfnisse und Konflikte gesellschaftlicher Kräfte zu

vermitteln (dazu siehe im folgenden Abschnitt 7.2 dieser Arbeit). D.h. das Parteiensystem, das die unterschiedlichen Forderungen der Gesellschaftsmitglieder vertreten soll, ist in der politischen Gesellschaft noch nicht demokratisch konsolidiert. Infolgedessen übernehmen südkoreanische NGOs die Aufgabe, Parteien und politische Institutionen demokratisch auszurichten .

8.2. Demokratische Defizite der politischen Institutionen

Wie demokratisch eine Gesellschaft ist, wird an einer Konsolidierung entsprechender politischer Institutionen wie Parlament, Wahlsystem und Parteiensystem gemessen. Insbesondere das Parteiensystem, in dem widersprüchliche Interessenartikulationen und -zusammenhänge der Gesellschaftsmitglieder reflektiert werden, wird von der Pluralität der Parteien, dem Wechselspiel von Regierung und Opposition, also der Form der Interessenvermittlung zwischen der Gesellschaft und staatlicher Entscheidungsinstanz geprägt. Besonders das Parteiensystem ist sehr wesentlich, welches mit der kapitalistischen Reproduktion verbundene Wirtschafts- und Sozialpolitiken in das institutionelle Regulierungsgeflecht und in die kleinsten gesellschaftlichen Verästelungen bis hin zu den einzelnen Individuen hinein vermittelt (Häusler/Hirsch 1987, 658). Somit ist die Frage, wie man eine Partei charakterisiert, unmittelbar damit verbunden, welche politische Programmatik, Visionen und Ideologie sie für ihre Identität hat. Dies ist ein entscheidender Faktor, um Unterschiede zwischen den Parteien festzustellen.

Schätzt man nach diesem Kriterium die südkoreanische Demokratie ein, so kann man davon ausgehen, dass das Parteiensystem auf Mikro- und Makroebene bislang nur in geringem Umfang Anzeichen einer Konsolidierung aufweist (Croissant 1998, 190). Gerade mit Blick auf die intermediären Ebene des Parteiensystems lassen sich demokratische Konsolidierungsdefizite des politischen Prozesses feststellen – Defizite, die mit der verzerrten politischen Kultur eng verbunden sind. Die politische Kultur in Südkorea ist von überkommenen Mechanismen und Strukturen geprägt, d.h. von charismatischer Führung, von Regionalismus und Klientelismus und vom Fehlen einer politischen Streitkultur. Um solche Faktoren, die die Konsolidierungschancen demokratischer Institutionalisierung unterminieren, demokratisch auszugleichen, kommt

der zivilgesellschaftliche Druck für politische Reformen zum Tragen. Als ein Beispiel dafür kann „Nakseon/Nakcheon-Undong (*Nichtwählen/ Nichtnominieren-Bewegung*, dazu siehe 7.3.1. dieser Arbeit) genannt werden. Zunächst wird jedoch der Frage nachgegangen, inwiefern das Parteiensystem und das Parlament demokratisch konsituiert sind.

8.2.1. Unterentwicklung des südkoreanische Parteiensystems

Für die Konsolidierung der Demokratie in einer Gesellschaft ist das Parteiensystem von großer Bedeutung⁹⁸. Die zurückgebliebenen und inkompetenten politischen Parteien, die die gesellschaftliche Interessenartikulation und -spaltung nicht adäquat im politischen Prozesse reflektieren, wurden nach der Demokratisierung zwar politischer Hauptakteur, waren aber unfähig, die Forderung der Gesellschaft nach der kontinuierlichen Demokratisierung aufzunehmen. Die Begrenztheit der südkoreanischen Parteien für die Entwicklung der Demokratie geht vor allem aus dem auf den Parteienführer zentrierten Parteiensystem, den Regionalismus, dem fehlendem Parteiprogramm, der Undurchschaubarkeit der Parteiführung und den Ideologiedefiziten der Parteien hervor, die nach der geteilten Konfiguration des Landes von der Ideologie des Antikommunismus blockiert blieben. Ferner ist auch die Kurzlebigkeit der Parteien⁹⁹ eine entscheidende Schwäche des südkoreanischen Parteiensystems. Diese Struktur mit beträchtlichen Integrationsschwächen konnte eine breite Unterstützung der Bevölkerung nicht erhalten.

Charakteristisch für das südkoreanische Parteiensystem ist vor allem die Zentrierung auf die Parteiführer und eine beträchtliche Fraktionierung . „Der charismatische Führer der Partei kann alle Kandidaten für das nationale und die lokalen Parlamente bestimmen. Je nach der strategischen Kalkulation der Führer können die Parteien neu gebildet, aufgelöst oder zusammengeschlossen werden. Das führt zu häufig wechselnden Parteinamen und Parteienkonfigurationen“ (Kim, Bong-Ki 2001, 15). Zudem trägt auch das Unvermögen der Parteiführer, die im intra- und interparteilichen Konfliktmanagement eine

⁹⁸ Zum Zusammenhang der demokratischen Konsolidierung und des Parteiensystems insbesondere in postautoritären Transformationsgesellschaften durch eine Vergleichsstudie siehe, Wolfgang Merkel 1995.

⁹⁹ Die durchschnittliche Lebensdauer einer Partei beträgt 3,8 Jahre (Kim, Bong-Ki 2001, 15).

maßgebliche Rolle spielen sollen, oft aber in verschiedene Bestechungs- und Korruptionsskandale verwickelt werden, zu einem erheblichen Verlust an Integrität und Legitimität der Parteien und damit zu einer Unterentwicklung des südkoreanischen Parteiensystems (vgl. Croissant 1998, 169).

Zum zweiten sind die Parteien durch einen regionalen Antagonismus geprägt, der eine prägende Rolle bei der Bestimmung südkoreanischer Politik nach der Demokratisierung spielt. Ohne den Regionalismus kann von der südkoreanischen Politik keine Rede sein, so ausschlaggebend ist er in der politischen Kultur Südkoreas verankert¹⁰⁰. Der Regionalismus hat zur Verfestigung der regionalen Basis zwar beigetragen, stellt aber zugleich eine Grenze dar, gesellschaftliche Interessen und daraus resultierende Konflikte in den politischen Prozess einzubinden. In allgemeiner Hinsicht haben zweifellos die regional unausgewogene Elitenrekrutierung und vor allem die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung innerhalb Südkoreas zur Entstehung des Regionalismus beigetragen. Doch diese Benachteiligungen allein, von denen besonders die südwestliche Honam-Region betroffen war, lösten die sich in den Wahlergebnissen manifestierenden regionalen Konflikte nicht aus. Es ergaben sich immer wieder Situationen, in denen südkoreanische Politiker den Regionalismus zur Erzielung politischer Vorteile in Anspruch nahmen. Die Parteien zielen jedoch nicht auf die Bewältigung der regionalen Antipathien zwischen dem südwestlichen Landesteil Cholla und dem südöstlichen Landesteil Kyongsang, sondern instrumentalisieren die regionalen Gegensätze eher für ihre politischen Zwecke. Dabei bediente man sich auch bestehender Vorurteile. Die kollektiven Emotionen des Regionalismus bestimmen somit die Parteipolitik und das Verhalten der Wähler. Diese Verzögerung der demokratischen Konsolidierung im politischen Prozeß hat weniger eine Bewältigung von Konflikten und Antagonismen der Gesellschaft durch soziale Integration und politische Vermittlungen, sondern vielmehr eine Verschlechterung der Konflikte und Krisen zur Folge.

Häufig wechselnde Parteikonfigurationen, die Undurchschaubarkeit innerparteilicher Entscheidungsprozesse und nicht zuletzt der Regionalismus sind zweifelsohne ein

¹⁰⁰ Ein gutes Beispiel dafür war das Ergebnis der 14ten Präsidentschaftswahl. Bei dieser Wahl hat die Minjudang (deemokratische Partei) des Kandidaten Kim Daejung allein aus dem Region Honam 90,9% gewonnen. Hingegen hat die Minjudang (unabhängige demokratische Partei) des Kandidaten Kim Youngsam aus dem Region Kyongsang 72,1% gewonnen (Choi, Su-Young 2004, 67; vgl. Kim, Bong-Ki 2001, 15).

entscheidender Faktor, die ein Misstrauen an der Funktionalität der Parteien¹⁰¹ und eine überwiegend negative Einstellung der Bevölkerung zur Demokratie verursachen. Die Funktionsdefizite der Parteien in der Repräsentation der gesellschaftlichen Interessen und der Interessenvermittlung zwischen der Gesellschaft und dem Staat „verstärken freilich die kritische Distanz der Bevölkerung zu den politischen Eliten und den die Demokratie tragenden Institutionen und Verfahren und ergeben zusammen ein intermediäres Vakuum, das den Konsolidierungsprozeß in Südkorea überschattet und einen potentiellen Instabilitätsfaktor darstellt“ (Croissant 1998, 170).

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung steht den Parteipolitikern skeptisch gegenüber, wobei die Verstrickung prominenter Politiker in Bestechungs- und Korruptionsskandale immer wieder wirksam werden¹⁰². Die Ausbreitung von Bestechung und Korruption in der politischen Gesellschaft beruht auf der engen Verbindung von Politik und Ökonomie (dazu ausführlicher Kapitel 5 dieser Arbeit). D.h. die Unternehmenskonglomerate, die vom autoritären Staat Vergünstigungen gegen politische Zuwendungen erhalten haben, konnten folglich im Prozeß des Wirtschaftswachstums zügig wachsen. Daraus bildete und verankerte sich eine symbiotische Beziehung zwischen Politik und Ökonomie. Dass die Beständigkeit dieser symbiotischen Beziehung zwischen den Politikern und Unternehmern möglich ist, begründet sich wiederum in der politischen Struktur. Für die Führung der Parteien und ihre politischen Aktivitäten ist die finanzielle Unterstützung eine Notwendigkeit in der modernen Massengesellschaft. Dabei haben Zahlungen für Wahlkosten den größten Anteil. Von daher mißbrauchen die durch die kostspielige Wahl ins Amt gekommenen Abgeordneten ihre politische Macht. D.h. die sich als Repräsentationsdemokratie

¹⁰¹ Dieses Misstrauen den Parteien gegenüber ist in der folgenden Umfrage über die Bewertung der Funktionalität der Parteien zu erkennen:
Parteienverbundenheit und Bewertung der Funktionalität der Parteien (Angaben in % der Befragten)

Verbundenheit mit einer Partei	Parteien bieten Möglichkeit politischer Partizipation	Parteien dienen den Interessen der Öffentlichkeit	Parteien bieten den Bürgern Entscheidungsalternativen
36	57	27	25

Quelle: Shin 1995: 33, 40 (zitiert nach Croissant 1998, 168).

¹⁰² „In einer repräsentativen Umfrage im Jahr 1990 hielten 70,1 % der Befragten Politiker für korrupt. Während nur 5,6% der Befragten die Möglichkeit einer Intervention der Streitkräfte als Gefahr für die Demokratie bewerteten, hielten 40,7% Korruption für die größte Bedrohung der Demokratie“ (Croissant 1998, 169).

bezeichnete Parteipolitik wird in Südkorea von der Plutokratie überdeterminiert. Zum Zweck einer Fondsmobilisierung für die Plutokratie leisten die Abgeordneten verschiedene Sondervergünstigungen¹⁰³. Diese Korruption entspringt aus einer fehlenden Spendekultur und der damit auch indirekt zusammenhängenden symbiotischen Beziehung zwischen Politikern und Unternehmern. Diese stärkt eine negative Einstellung der Bürger zur demokratischen Parteipolitik.

Hinzu kommt die von der konfuzianisch-patriarchalische Kultur geprägte geschlechtsungleiche Gesellschaft Südkoreas. Über die Ungleichheit zwischen den Klassen und Ständen hinaus spielt die geschlechtsspezifische Ungleichheit auf gesellschaftlicher, legislativer und praktischer Ebene eine entscheidende Rolle für die Benachteiligung von Frauen. Diese patriarchalische Kultur blockiert Frauen, an der Politik zu partizipieren sowie in führende Stellungen zu kommen.

8.2.2. Das dysfunktionale Parlament Südkoreas

Bei der Konsolidierung demokratischer Institutionen kommt es darauf an, welche Funktionen und Rolle das sich als 'Entbindungszimmer der Demokratie' zu bezeichnende Parlament ausführt. Im Hinblick auf die Funktionen des Parlaments, in dem sich die politische Repräsentation, die Bearbeitung von Konflikten und die politische Integration sowie das System der „checks and balances“ zwischen Administration, Gesetzgebung und Justiz vollziehen soll, lässt sich feststellen, dass das südkoreanische Parlament diese nicht erfüllt. Das Parlamentssystem Südkoreas ist schwach ausgebildet. Die parlamentarische Politik wurde von ihren Anfängen der Gründung der ersten Republik Koreas bis zum autoritären Diktaturregime machtpolitisch instrumentalisiert, und dies wurde auch nach der Demokratisierung nicht wesentlich verändert.

Gerade als sich das auf der Grundlage der liberal-demokratischen Ideologie gegründete Parlament über die Periode des historischen politischen Chaos zu einer demokratischen Gesellschaft hin transformierte, wurde es vom autoritären Militärregime geschwächt und kontrolliert. Aber auch nach der Demokratisierung und der Erweiterung der

¹⁰³ Zu den verschiedenen Korruptionstypen von südkoreanischen Abgeordneten siehe, Choi 2004, 82

Zivilgesellschaft hat sich das überkommene undemokratische Verhalten des Parlaments nicht wesentlich verbessert. D.h. im Parlament setzt sich die Logik der Gewalt an der Stelle von Kompromissen und Verhandlungen durch, in denen der politische Prozess durch rationale Diskussionen, Kompromisse und Verhandlungen in der Konfrontation zwischen den Parteien zustande kommt. In Südkorea werden Gesetzentwürfe oftmals einfach mit der Gewalt der Regierungspartei durchgesetzt. In der 14. Parlamentsperiode beispielsweise sorgte die Parlamentsführung dafür, dass 116 Tage ins Leere liefen. Und „in der 15. Parlamentsperiode (05.1996-06.2000) herrschte im als ‚Pflanzeparlament‘ oder ‚Schutzparlament‘ genannten Parlament trotz zahlreicher Tagungen an 286 Tagen Leerlauf“¹⁰⁴ (Kim, Bong-Kim 2001, 16).

Eine der wichtigen Funktionen des Parlaments besteht darin, soziale Spaltungen zu überwinden. Das südkoreanische Parlament bemüht sich demnach, durch die Debatte neuer Gesetzentwürfe, öffentliche Anhörungen und Petitionsanträge verschiedene soziale Konfliktlinien im Parlament zur Sprache zu bringen. Deren Effektivität war jedoch gering (Kim, Young-Rae 2004, 36), denn die Interessengruppen in Südkorea konzentrieren ihre Aktivitäten hauptsächlich auf die Ebene der Exekutive. Dieses Phänomen kann auf fehlende Kompetenz des Parlaments bei der Konfliktbearbeitung und eine damit eng verbundene Verschiebung der Verantwortlichkeit zurückgeführt werden. In Bezug auf die Exekutive spielt das Parlament keine allzu große Rolle, und dies aufgrund der Konzentration politischer Macht in der Institution des Staatspräsidenten. „Die herausragende Stellung des mit einfacher Stimmenmehrheit gewählten Staatspräsidenten und die Dominanz des Mehrheitsprinzips in Verfassung und Wahlgesetzen fördern die politische Polarisierung und forcieren die ohnehin stark ausgeprägte Tendenz der politischen Akteure zu politischen Nullsummespielen und konfrontativen Strategien“ (Croissant 1998, 188). In dem Fall, dass die Regierungspartei keine Mehrheit im Parlament hat, versucht sie durch die Kooptation oppositioneller und unabhängiger Abgeordneter eine politische Blockade zu vermeiden. Diese institutionelle Bedingungen ermöglichen den Begriff „Zugvogelpolitiker“ in Südkorea, die nach ihren eigenen Interessen und Wiederwahlmöglichkeit ihre Parteiangehörigkeit aussuchen (vgl. Kim, Bong-Ki 2001, 16).

¹⁰⁴ Leerlauf verweist auf den Fall, dass eine Parlamentssitzung aufgrund von Konflikten nicht normal geführt werden kann, obwohl es beschlussfähig ist. Oder sie kann wegen Beschlussunfähigkeit oder Unstimmigkeiten bei der Tagesordnung nicht eröffnet werden.

Bewertet man demokratische Institutionen nach dem Kriterium der Konsolidierung intermediärer Institutionen, insbesondere des Parteiensystems, sowie ihrer zivilgesellschaftlicher Anbindung, so kommt man zu dem Schluß gravierender demokratischer Defizite in den politischen Institutionen in Südkorea. Das insgesamt negativ zu bewertende Parteiensystem und dyfunktionale Parlament in Südkorea beeinträchtigt nicht nur die demokratische Konsolidierung sondern auch die Effizienz und Effektivität der politischen Entscheidungsprozesse.

8.3. Bedeutung und Funktionen von südkoreanischen NGOs

Hinsichtlich der demokratischen Konsolidierung der Institutionen und der Zivilgesellschaft befindet sich die südkoreanische Gesellschaft also bislang in einem Entfaltungs- und Heranreifungsprozeß. Die demokratische Veränderung politischer Institutionen wird im wesentlichen von den Kräften sozialer Bewegungen vorangetrieben. Diese institutionellen Veränderungen ziehen wiederum soziale, politische und ökonomische Entwicklungen, durch die politisches Bewußtsein, das Spektrum der Forderungen und die politische Partizipation erweitert werden. Angesichts der als undemokratisch zu bezeichnenden politischen Kultur, die sich durch Korruption, Nepotismus, Klientelismus sowie Regionalismus auszeichnet, sahen sich insbesondere komplexe NGOs wie CCEJ (*Citizen's Coalition for Economic Justice*) und PSPD (*People's Solidarity for Participatory Democracy*) veranlasst, verschiedene Themenbereiche gesellschaftlicher politischer Problemlagen intensiver zu behandeln. Die sich mit komplexen reformorientierten Themen der Gesellschaft befassende PSPD wurde mit eher progressiver Identität in 1994 in Konkurrenz zum homogenen NGO-Typus der CCEJ, die sich als reformatorischer Konservatismus äußerte, gegründet.

Im Entwicklungsprozeß der Bürger- bzw. NGO-Bewegung in Südkorea kann die Entwicklungsphase von Ende der 80er bis Anfang der 90er Jahre und von Mitte der 90er Jahre bis heute unterschieden werden. Während die erste Zeitperiode als „konstitutiver Auftritt“ der Bürgerbewegungen mit einer eher konservativen Ausprägung bezeichnet werden kann, ist letztere durch größere Pluralisierung und Differenzierung gekennzeichnet (Cho, Hee-Yeoun 2004, 41). In diesem Zeitraum bildeten sich sprunghaft zahlreiche NGOs wie insbesondere Umwelt-NGOs, Menschenrechts-NGOs,

Frauenbewegung-NGOs, mit der Wiedervereinigung sich befassende NGOs sowie Antiglobalisierung-NGOs mit verschiedenen Themenbereichen heraus¹⁰⁵. Dabei nehmen der politische Einfluss von NGOs und ihr Status in der Öffentlichkeit beträchtlich zu. Durch die Nakchon- und Naksonundong (*Nichtwählen/Nichtnominieren-*) *Bewegung*, ausführlicher dazu siehe den folgenden Abschnitt) in der Form einer Ad Hoc-Koalition verschiedener NGO-Gruppen, die auf die Blossstellung von inkompetenten und korrupten Politikern sowie eine transparente Nominierung zielten, und in der Bevölkerung Hoffnungen auf eine demokratische Wahlkultur und politische Ordnung weckten, zeigten NGOs ihren politischen Einfluß und ihr Druckpotenzial für die politische Reform und wurden in dieser Kompetenz in der Öffentlichkeit anerkannt¹⁰⁶. Im Hinblick auf diese Aktionen ist festzustellen, dass in der Tat diese Form der Allianz verschiedener NGOs eine verstärkte politische Wirksamkeit erzielen kann, wenn gemeinsame Interessen vorliegen (vgl. Wahl 1997, 299). Bei der hohen Anerkennung und dem Vertrauen, das die komplexen NGOs genießen, geht es Cho Hee-Yeon (1999, 330f) zufolge um folgende Beweggründe: Erstens, angesichts der Verzerrung der Repräsentationsfunktionen von Regierungen und politischen Institutionen wird ihre repräsentative Rolle in der Öffentlichkeit betont; zweitens geht es um die

¹⁰⁵ Laut dem von der Zeitung der Bürger herausgegebenen *Verzeichnis von südkoreanischen Bürgerinitiativen 2000* sind etwa 7.600 der Bürgerinitiative registriert und davon als NGOs zu klassifizierende 834 Gruppen (Kim, Young-Rae/Kim, Hyuk-Rae 2001, 209). Sehen wir uns die Ausgabe 2006 des selben an. Darin sind die als NGOs klassifizierten 5.556 freiwilligen Organisationen registriert:

Klassifizierung von NGOs

Kriterien	Klasse von NGOs
Organisationsstruktur/Form	INGO, nationale NGOs, lokale NGOs, Community-NGOs
	Single-issued NGOs, Coalitionsform,
	Professional-zentrierte NGOs, aktivisten-zentrierte NGOs, Grassroots-NGOs
	On-Line, Off-Line
Juristische Bedingung	Aktivitätsform vor Ort, Vermittlungsform
Gründungsregion	Körperschaft, freiwillige Organisationen
Funktion	Nord-NGOs, Süd-NGOs
Aktivitätsbereiche	Kontrolle, Wohlfahrt, Advokat, Erziehung, Koordinierung etc.
	Umwelt, Menschenrechte, Frieden, Frauen, Kultur, Wohlfahrt, Erziehung, Jugend, internationale Hilfe, soziale Alternative

Quelle: Park, Sang-Pil (2006): Erläuterung zu dem Verzeichnis von südkoreanischen NGOs 2006

¹⁰⁶ Dabei geht es allerdings um 'major groups' der NGOs. Sowohl auf internationaler Ebene als auch auf nationaler Ebene sind die Größe der Organisationen unter NGOs ungleich strukturiert, und dadurch sind ihre Konkurrenzfähigkeit um Projekte und Beschaffung von Geldmitteln bedingt. Relativ klein strukturierte NGOs haben daher benachteiligte Chance, in das Licht der Öffentlichkeit und damit bessere finanzielle Mittel zu kommen.

Machtverhältnisse innerhalb des Allianzsystems von Staat und Markt; und drittens geht es um die starke Forderung, die gelähmte Öffentlichkeit wieder zu aktivieren. Dieser spezifische historische Hintergrund Südkoreas macht das Auftauchen von „Komplex-NGOs“ erst möglich.

Mit zunehmendem Einfluß von NGOs werden aber auch kritische Aspekte der Bürger- bzw. NGO-Bewegung deutlich. Dabei geht es zunächst um die potenzielle Gefahr der Monopolisierung bzw. Zentralisierung der Machtressourcen auf Major-NGOs. Hierbei besteht die Befürchtung, dass mit dem zunehmenden Auftritt von Prominenten in der politische Welt die NGO-Bewegung bzw. soziale Bewegungen von ihren ursprünglichen Zwecken abweichen und dass dadurch ihre Dynamik verloren gehen könnte¹⁰⁷. Denn durch den zunehmenden Einfluss dieser Star-Aktivisten kann die Demokratie innerhalb der NGOs unterminiert werden. Darüber hinaus geht es um das Problem der moralischen Verfehlungen¹⁰⁸. Eine Reihe von Skandalen prominenter NGO-Aktivisten und ihr zunehmender Auftritt auf der politischen Bühne beeinträchtigt ihr moralisches und reformorientiertes Bild. Daran anschließend kann in Betrachtung gezogen werden, dass die NGOs mit der sich vergrößernden Struktur ihrer Organisationen in ihren Entscheidungsprozessen einer strukturellen Bürokratisierung und damit internen Konflikten ausgesetzt werden können. Hierauf werde ich im Fazit noch ausführlicher zurückkommen.

Zunächst ist es sinnvoll, einen Überblick über die südkoreanischen NGOs zu liefern. Hierzu will ich zunächst die statistischen Daten über die NGO-Aktivisten darstellen¹⁰⁹. In Bezug auf Altersverteilung der NGO-Mitglieder lässt sich feststellen, dass die

¹⁰⁷ In der Tat sind prominente Aktivisten der zivilen Regierungen - davon die gegenwärtige Regierung von Roh, Mu-Hyun. Diese konnte zwar in einer übergreifenden Unterstützung von Bürgerinitiativen an die Macht kommen, letztere wurden dadurch aber in die politische Macht kooptiert. Beispielsweise sind einige Prominente der CCEJ und PSPD in die Regierungs- und Oppositionspartei rekrutiert worden. Der Hintergrund der NGO- Aktivitäten erzeugt bei den Bürgern ein reformerisches Bild, und dadurch wurden sie als Abgeordnete gewählt. Die gegenwärtige Regierung kooptierte viele prominente Aktivisten der alten sozialen Bewegung für das reformorientierte Bild und im weitesten einen aktiven Antrieb der demokratischen Reformen.

¹⁰⁸ Der ehemalige Abteilungschef der CCEJ, der einmal für die Sinhnagukdang (Partei für neues Korea), dessen Parteiführer der frühere Präsident Kim Young-Sam war, arbeitete, stand unter Verdacht in 1997, das gestohlene Videoband, das die Beweise der Korruption des Sohnes des ehemaligen Präsident Kim Young-Sam enthält, versteckt zu haben, anstatt es in der Öffentlichkeit offen zu legen. Dadurch verlor sie ihr Ansehen und ihre Reputation sowie Einflüsse. Außerdem sorgte die sexuelle Belästigung durch den Geschäftsführer einer Umwelt-NGO, Noksaekyeonhap (*Grüne Koalition*) im betrunkenen Zustand für einen Skandal.

¹⁰⁹ Diese Statistik basiert auf einer Studie von Youn, Sang-Chol 2005. Die detaillierten Auskünfte werden in der ausgewählten Darstellung der südkoreanischen NGOs dargestellt.

Dreißiger einen Anteil von 56.2% einnehmen, die Zwanziger bei 25.1% liegen, die Vierziger bei 14.0% und die über Fünfzigjährigen und Teenager bei einem vernachlässigenswerten prozentualen Anteil. Es kann davon ausgegangen werden, dass manche der Aktivisten in den Dreißigern in der alten soziale Bewegung aktiv engagiert waren. Dabei verfügen sie über ein hohes Ausbildungsneveau, wie in Tabelle 2 zu sehen ist. Viele progressiv eingestellte Intellektuelle, Studenten sowie Religionsführer, die in den 80er Jahren an der Front der Demokratiebewegung standen, begannen mit dem Niedergang der alten Volksbewegung (Minjungundong) neue soziale Bewegungen zu organisieren. Die Verfügung über Wissensressourcen ist entscheidend für die Kompetenz einer NGO bei Problemdefinitionen und deren Lösung in den verschiedenen Themenbereichen.

Tabelle 2: Ausbildungsniveau der NGO-Aktivisten¹¹⁰

Angaben: in %

	Letzte Ausbildung				
	Unter Gymnasium	Fach- hochschule	Bachelor	Magister	Doktor
Männlich	5.3	7.9	57.9	11.8	17.1
Weiblich	3.8	6.4	53.8	30.8	5.1

Quelle: Cha, Young-Kyung (2000, 28)

Ihre regionalen Aktivitäten und ihr Standort sind in hohem Maße auf Seoul zentriert (vgl. Verzeichnis von Bürgerinitiativen 2006). Hierbei ist festzuhalten, dass insgesamt fast die gesamte Politik, Ökonomie, Ausbildung sowie Kultur trotz der Dezentrierungsversuche durch die Erweiterung der lokalen Autonomie auf Seoul zentriert ist. Die Zentralisierung von NGOs in den großen Städten führt wiederum zur Marginalisierung der in kleinen Städten lokalisierten kleineren NGOs. In Bezug auf die Motivation der Partizipation an NGO-Aktivitäten sind vor allem jüngere Aktivisten, also die Zwanziger und Dreißiger engagiert. Ihr Engagement erfolgt überwiegend durch persönliche Netzwerke und durch die Informationsverbreitung der Organisationen durch Medien und Newsletter etc.

¹¹⁰ Diese empirische Untersuchung wurde von der Verfasserin, Young-Kyung Cha, auf der Basis der Umfrage bei der Seouler NGO-Konferenz in 1999 als eine Magisterarbeit an der Uni. Kyunghee durchgeführt.

Für die Aufrechterhaltung der Organisationen ist eine stabile finanzielle Basis von erheblicher Bedeutung. Daran wird ihr Erfolg entscheidend gemessen. Laut dem Verzeichnis von Bürgerinitiativen aus dem Jahre 2000 beträgt das jährliche Budget der NGOs im Durchschnitt 370.060.000 Won (südkoreanische Währung¹¹¹) und davon haben 10.1% der gesamten NGOs ein Billion Won zur Verfügung. In 2006 sieht man einen deutlich gestiegenen Umfang des Budgets (siehe Tabelle 3). Die NGOs werden grundsätzlich von Beiträgen der Mitglieder, Geldspenden von Individuen, Gruppen, Stiftungen sowie Unternehmen finanziert, hinzu kommen staatliche Unterstützungen für die Kosten der Projektausführung etc. (zur finanziellen Quelle siehe Tabelle 4). In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass der Charakter der NGOs in bedeutendem Maße von ihrer Finanzierungsquelle abhängt, wie bei denjenigen NGOs erkennbar, die in großem Umfang von staatlichen Finanzmitteln in verschiedenen Formen wie bspw. durch die direkte Haushaltsunterstützung, Steuerabzug bzw. Steuerbefreiung abhängig sind. Insofern können sie gegebenenfalls von Regierungen zu ihrem Zweck instrumentalisiert oder in ihrer Autonomie eingeschränkt werden.¹¹².

Tabelle 3: Umfang des jährlichen Budgets (Einheit: Millionen Won)

Budget	1-5 Mill.	5-10 Mill.	10-50 Mill.	50-100 Mill.	100-500 Mill.	500- 1000 Mill.	1000- 5000 Mill.	über 5000 Mill.
Prozent der NGOs	1%	3%	24%	20%	35%	5,5%	6,5%	2%

Quelle: Verzeichnis südkoreanischer Bürgerinitiativen 2006

Tabelle 4: Einkunftsquellen von südkoreanischen NGOs (in %)

Einkünfte- quelle	Beiträge Sowie Beistands- geld	Geld- spende von Unter-	Staatliche Unter- stützung	Öffent- liche Fonds	Ertrags- unter- nehmen	Sonst- iges	Total

¹¹¹ Der Wechselkurs liegt nun etwa bei 1 (Euro) zu 1300 (Won), in Euro umgerechnet etwa 1.113.561,20 Euro

¹¹² Aus diesem Grund nimmt die südkoreanische NGO, People's Solidarity for Participatory Democracy (PSPD) finanzielle Unterstützungen der Regierung nicht an, damit sie an abhaltenden Wirkungen und Monitoring auf staatliche Politiken festhalten kann (dazu ausführlicher, siehe Kapitel 8.2).

		Nehmung					
Prozent der NGOs	41.2	8.5	14.8	6.8	12.8	15.9	100

Park, Sang-Pil 2005, 113

Die Finanzierungsart hängt mit den Mitgliedern der NGOs (siehe Tabelle 5) zusammen. Die Zahl der Mitglieder in 2000 beträgt im Durchschnitt 6.284. Nach der Angaben des Verzeichnisses südkoreanischer Bürgerinitiativen 2006 betragen die NGOs mit über 10.000 Mitgliedern in 2006 8.8%.

Tabelle 5: Zahl der Mitglieder (Einheit: Person in 2000 (2006))

	Unter 100	100-200	200- 1.000	1.000- 10.000	10.000- 50.000	20.000- 100.000	über 100.000
Prozent der NGOs	13.5% (22%)	15.5% (15.5%)	37% (30.5%)	21% (19.5%)	5% (4.5%)	2% (1%)	2.5% (3%)

Quelle: Verzeichnis südkoreanischer Bürgerinitiativen 2006

Bei der Messung der Größe von NGOs ist die Zahl der Beschäftigten neben dem Umfang der Mitglieder und der finanziellen Basis ein wichtiger Faktor. Während die großen NGOs immer wieder in den Medien im Rampenlicht stehen, nehmen die kleinen NGOs mit 2 bis 10 Personen langsam, aber stetig zu (siehe Tabelle 6, vgl. Cho, Hee-Yeon 2000, 145).

Tabelle 6: Zahl der Beschäftigten in 2000 (in Person, %)

Zahl der Beschäftigten	Über 100	51-100	21-50	11-20	16-10	2-5	1
Prozent	0.4	0.8	4.5	8.1	15.6	54.9	14.1

Quelle: Verzeichnis von südkoreanischen Bürgerinitiativen 2000

Über die Struktur der Organisationen und deren Einzelheiten kann mehr durch die exemplarische Darstellung erfahren werden. Im folgenden soll der Rolle und Funktion

von südkoreanischen NGOs genauer nachgegangen werden. Die dargestellten Aktivitäten sind die Themenbereiche der Komplex-NGOs, aber auch von single-issued NGOs. Dabei ist der Umweltbereich ausgeschlossen, denn die Hwan Kyung Undong Yeonhap (Korean Federation of Environmental Movement: KFEM) als Umwelt-NGO wird im Kapitel 8 (zwei Komplex-NGOs, eine single-issued NGOs) im Detail dargestellt.

8.3.1. Politische Reform und NGOs

Bezüglich der politischen Reform besteht ein Konsens darüber, dass der am dringlichsten zu reformierende Gegenstand vor allem, wie oben erläutert, die politischen Parteien und die in der südkoreanische Nationalversammlung korrumpierten Politiker sind. Vor diesem Hintergrund entstand eine ganze Reihe von politisch orientierten NGO-Netzwerken wie das „Bürgerbündnis für politische Reform“, das „Bürgerbündnis für Verwaltungsreform“, das „Bürgerbündnis für das Monitoring des Parlaments“, das „Das Netzwerk für Antikorruption“, und das „Bürgerbündnis für faire Wahlen“ (vgl. Kim, Bong-Ki 2001, 17). Insbesondere eine Überwachung der Aktivitäten der Nationalversammlung sei diesen Bündnissen zufolge nötig, da die Diskussionen und Entscheidungen innerhalb der Nationalversammlung den Willen und Forderungen der Bevölkerung unbeachtet lässt. Angesichts der Forderung nach einer fortschreitenden politischen Demokratisierung wurden „das Monitoring des Parlaments“ und die „Gegen-Kandidaten-Bewegung“ anlässlich der Wahl im April 2000 (ebd., 18) gegründet. Dabei setzten die NGOs-Aktivitäten drei Schwerpunkte: 1) das Monitoring der parlamentarischen Tätigkeiten der Abgeordneten, 2) das Monitoring der parlamentarischen Aufsicht, 3) eine Gesetzgebungspetition (vg. Sohn, Hyuk-Jae 2001, 188ff). Dies werde ich im folgenden kurz skizzieren und darüber hinaus die „Gegen-Kandidaten-Bewegung“ der zusammengeschlossenen NGO *„Bündnis für die allgemeinen Wahlen“* (Chongseonyeondae) in 2000 darstellen.

Das Monitoring der parlamentarischen Tätigkeiten der Abgeordneter: Im September 1999 wurde das aus 39 NGOs zusammengeschlossene *„Bündnis für das Monitoring des Parlaments“* gegründet, um die Öffnung und Transparenz der Aktivitäten des Parlaments und der Nationalversammlung zu fördern und die parlamentarische Tätigkeiten der

Abgeordneten durch ständige Beobachtung unter Kontrolle zu halten. Die Aktivität der NGO hat darüber hinaus zum Ziel, zu verfolgen, ob die Nationalversammlung und deren Abgeordnete ihre verfassungsmäßige Macht und Funktion zuverlässig ausführen. Die Bedeutung des Monitoring des Parlaments besteht jedoch darin, den Abgeordneten die Richtlinien für die parlamentarischen Aktivitäten anzubieten und die Wähler bei der Souveränitätsausübung durch ein informatives Angebot in ihrer Entscheidung zu leiten. Das Verfahren des Monitoring der parlamentarischen Aktivitäten vollzieht sich durch das Zuhören während der Parlamentsitzungen, sowie das Überprüfen und analytische Auswerten des Protokolls. Das Zuhören während der Parlamentsitzung wirkt als ein unmittelbares Druckmittel auf die Abgeordneten. Diese indirekte politische Partizipation vor Ort ist eine Gelegenheit, das Niveau politischer Kultur zu heben. Zudem dienen das Monitoring, die Überwachungen sowie die analytische Ausarbeitung als objektive Bewertung der Amtsführung der Abgeordneten.

Das Monitoring parlamentarischer Aufsicht: Geprägt durch einen konfrontativen Politikstil stoßen Regierungspartei und Opposition oft zusammen, allerdings ohne Bemühungen für eine Kompromißfindung. Wegen der Dysfunktionalität des Parlaments, das als „Pflanzenparlament“¹¹³ bzw. „Schildparlament“¹¹⁴ bezeichnet wurde (siehe 7.2.2 dieser Arbeit), hat sich das „Bürgerbündnis für das Monitoring der parlamentarischen Aufsicht 99“ aus NGOs, die sich schon vorher dafür engagierten, zusammengeschlossen. Trotz der weitgehenden Unterstützung durch die Bürger hörten die Aktivität der NGO infolge der Ablehnung des Parlaments vorzeitig auf. Dennoch

¹¹³ Der Terminus „Pflanzenparlament“ verweist darauf, dass das Parlament aufgrund des Ausbleibens politischer Kompromisse und der damit verbundenen Konflikte zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien zum Stillstand kommt. Dieses Pflanzenparlament begründet sich vor allem in dem Mangel der politischen Kultur der Diskussionen und Kompromisse und der fehlenden Übereinstimmung zwischen der Mehrheits- und Minderheitspartei in Bezug auf die Konflikte der Parteien innerhalb des Parlaments um die Vorlage und Einrichtung der Gesetzgebungsagenda sowie die Art und Weise der Entscheidungsfindung. Falls das Parlament aus diesen Gründen zum Stillstand kommt, wiederholt sich das Verhalten, dass die Mehrheitspartei mittels der dominaten Mehrzahl allein die Gesetzgebungsagenda vorlegt und verrichtet und die Minderheitspartei dagegen dieses physikalisch hemmt.

¹¹⁴ „Schildparlament“ ist ein System, das aus „Immunität während der Parlamentsitzung“ Nutzen zieht. D.h. um die Festnahme der Abgeordneten, gegen den eine Ermittlung des Staatsanwalts im Gang ist, abzuwehren, berufen die Parteien, denen sie angehören, eine Sondersitzung des Parlaments ein. Da diese anhand der Anforderung von über ein Viertel der Abgeordneten berufen werden kann, kann sich das „Schildparlament“ leicht versammeln.

erfolgt weiterhin durch das dauerhafte Monitoring des Parlaments von der Abteilung „Aufsicht des Parlament“ der PSPD.

Gesetzgebungspetition: Diese dient den Wählern als ein Kanal, ihren Willen und Forderungen in den politischen Prozeß hinein zu bringen. Es gibt verschiedenen Kanäle zur Politisierung der Meinungen und des Willens der Bevölkerung. Durch Petitionen kann die Bevölkerung ihre politische Forderung dem Adressaten unmittelbar überbringen, und das Parlament kann über politische Meinungen der Bevölkerung besser informiert werden und damit eine politische Fundierung des Gesetzgebungsverfahrens erhalten.

Bei näherem Hinsehen hat diese Institution aber ihre Rolle nicht wahrgenommen. Von der ersten Republik bis zur 14 Republik sind nur 181 Petitionen von 4.693 eingereichten entgegengenommen angenommen worden, d.h. es blieb prozentual bei 3.9%. Von den eingereichten wurden 1.886 nicht einmal bearbeitet (Sohn, Hyuk-Sae 2001, 190).

Seit der Erweiterung der Zivilgesellschaft und der damit einhergehenden Zunahme von NGOs nimmt die Zahl der Gesetzgebungspetitionen ständig zu. Die Gesetzgebungspetition kann zwar nicht gleich in der staatlichen Verwaltung umgesetzt werden, dennoch ist sie für einen demokratischen Fortschritt notwendig. In diesem Sinne machen sich die politisch orientierten NGOs für die politische Reform diese Institution zu nutze.

Nakseon/Nackcheon-Undong (Nichtwahl/Nichtnominierung-Bewegung): Für diese Arbeit schufen die NGOs Ad-Hoc-Koalitionen, die sich je nach Problematik, Bedarf und politischer Situation bildeten und wieder auflösten. Das im Rahmen einer solchen Ad-Hoc-Koalition gebildete „Bürgerbündnis für die allgemeine Wahl (Chongseonyeondae)“ führte eine Kampagne gegen für die Repräsentation der Bevölkerung als ungeeignet eingeschätzte Kandidaten bei der Wahl 2000 und brachte damit eine sensationelle, zugleich umstrittene Reaktion in der Öffentlichkeit hervor. Mit dieser Gegen-Kandidaten-Bewegung erreichte die bürgerliche Bewegung für die politische Reform ihren Höhepunkt. An dem „Bürgerbündnis für die allgemeine Wahl 2000“ beteiligten sich ca. 900 NGOs landesweit. Die Beweggründe dieser Bewegung waren, dass die NGOs sich genötigt sahen, die Rolle als politischer „Kanal“ angesichts

des Versagens des Parteiensystems die Meinungen und den Willen der Staatsbürger im politischen Prozeß wiederzuspiegeln, zu übernehmen. Der einzige Weg für die Wähler, am politischen Prozeß teilzunehmen ist die alle vier Jahre stattfindende Wahl.

Bei dieser Aktion handelte es sich vor allem darum, die in die Korruption verwickelten, vom Ancien Regime überkommenen Politiker, die deshalb von den NGOs als bedenklich beurteilt wurden, zu selektieren und in die Liste mit Namen von 114 für die Wahlnominierung ungeeigneten Politikern einzuordnen. Dabei wurden folgende „Auswahlkriterien, die auf der Grundlage von im Parlament gesammelten Materialien, aus den Medien, der Fachliteratur sowie Überwachungsberichten der NGOs aufgestellt worden waren, festgelegt“ (Kim, Bong-Ki 2001, 18): Korruption, Beteiligung an der Zerstörung der Verfassungsordnung durch beispielsweise Putsch, unmittelbare Verwicklung in Menschenrechtsverletzungen, Verstoß gegen das Wahlgesetz, Aufhetzung des Regionalismus, unzureichende Parlamentstätigkeiten etc. (vgl. ebd., 19; Sohn, Hyuk-Jae 2001, 195).

Bei der Initiierung dieser Nichtwahl/Nichtnominierung-Bewegung übten die Politiker massive Kritik daran, dass die Bewegung gemäß des Wahlkampagnen verbotenden Paragraphs 87 des Wahlgesetzes eine illegale Wahlkampagne führe. Trotz dieses Widerstandes bewirkte die Nichtwählen/Nichtnominieren-Bewegung mit der vollen Unterstützung der Wähler¹¹⁵ – insbesondere aufgrund der Äußerung des aus der regressiven Änderung des Wahlrechts hervorgehenden Unmuts der Bevölkerung – eine Änderung des Gesetzes. Damit erzielte diese Bewegung einen Erfolg. Nach dem amtlichen Wahlergebnis fielen 59 der von der NGO indizierten, betroffenen Kandidaten (68,6%) aus der Liste (86 Pers.) durch (siehe Tabelle 6). Folglich haben 2 von 3 Kandidaten durch diese Bewegung die Wahl verloren. Während dieser Aktion erhielt das Wahlbündnis (Chongsongyeondae) 850,000 Internetzugänge zur eigenen Homepage und über 30 Millionen Won Unterstützungsgeld.

Tabelle 7: das Wahlergebnis der Vetoliste

Inhalt	Zahl der Kandidaten	Prozentsätze
Landesweit		

¹¹⁵ In den verschiedenen Umfragen manifestierten sich 60~90% der Bevölkerung in weitgehenden Unterstützungen dieser Aktion (Sohn 2001, 196)

Unterlegen	59	68.6
Gewählt	27	31.4
Total	86	100
22 intensive Bewegungsgebiete	15	68.2
Unterlegen	7	31.8
Gewählt	22	100
Total		
Regionale Analyse	Die erfolglosen Wahlwerber /Die Wahlkandidaten	
Großstadtsgebiet	19/20	95.5
Mittel- und Nordost Region	18/23	78.3
Südost Region	16/35	47.7
Südwest Region Total	6/8	75.0
	59/86	Durchschnitt 68.8

Quelle: Kim, Ho-Ki/Kim, Young Bum 2002, S. 203

Der Hauptgrund für dieses unerwartete Resultat liegt vor allem in der staatsbürgerlichen Resonanz, inkompetente Politiker zu entlassen und die Korruption zu beenden. Dieses Resultat verweist offensichtlich auf das Verlangen der Staatsbürger nach einer demokratischen politischen Gesellschaft und Kultur.

8.3.2. Marktsreform und NGOs

Während der lediglich auf Wachstum zentrierten Wirtschaftsentwicklung war die Arbeiterbewegung bis Anfang der 80er Jahren die nahezu einzige wirtschaftsrelevante soziale Bewegung, die sich jedoch nicht auf die Interessen der gesamten Bürger fokussierte. In den 80er Jahren entstand die Bewegung für den Schutz von Rechten und Interessen der Verbraucher als ökonomische Bürgerbewegung, und darüber hinaus engagierten sich die Bürger als ökonomisches Subjekt in den 90er Jahren für das Monitoring des Staatshaushalts, eine faire Besteuerung sowie den Schutz von Rechten

und Interessen der Investoren wie in der Kleinsummen-Aktionärs-Bewegung (dazu siehe unten) Vor diesem Hintergrund wurde zuerst die NGO *Citizens' Coalition for Economic Justice* zum Zwecke der Erforschung und Auflösung undemokratischer, intransparenter Wirtschaftsstrukturen und darüber hinaus für die Einführung ökonomischer Gerechtigkeit und die Ausrottung der Immobilienspekulation in 1989 gegründet. Dafür hat sie eine Reform des Besteuerungssystems, eine Verbesserung der ungerechten, monopolistischen Transaktionen sowie der Eigentumsstruktur der Chaebol vorangetrieben.

Die Notwendigkeit für die Reform der Marktwirtschaft ist auf die durch die Marktinterventionen des autoritären Staates und die engen Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie – durch die Finanzierung von den Chaebol¹¹⁶ (Unternehmenskonglomerate) – und die damit verbundenen ungleichmäßigen, ungerechten Ressourcenverteilungen, zurückzuführen. Daraus resultierten verschiedene Probleme, die nicht allein die kontinuierliche Entwicklung der Marktwirtschaft erschwerten, sondern das Vertrauen zwischen den gesellschaftlichen Mitgliedern zerstörten.

Das mit der verzerrten sozio-politischen Struktur verbundene Wirtschaftswachstum brachte letztendlich die Wirtschaftskrise in 1997 hervor. Nach der Krise hat sich die Ungleichheit zwischen den sozialen Klassen und Schichten, die strukturelle Arbeitslosigkeit und damit die soziale Konfliktstruktur tiefgreifend verschärft. Vor diesem Hintergrund bildete sich ein Konsens unter den Staatsbürgern darüber heraus, dass eine Reform im Hinblick auf die ökonomische Gerechtigkeit notwendig werde. Die NGOs engagierten sich für die demokratische Marktwirtschaftsreform und die politische Reform. Die ineffiziente und undemokratische Verzahnung zwischen politischer und ökonomischer Sphäre erschwert die Rolle der Regierung als Akteur der Aufrechterhaltung einer marktwirtschaftlichen Ordnung, bzw. genauer betrachtet wirkt sie als ein Faktor, der dazu beiträgt, dass die Regierung weniger die bürgerlichen ökonomischen Rechte und Interessen, als vielmehr Interessen und erworbene Rechten der Mächtigen in Schutz nimmt. Dabei übernehmen die NGOs die Rolle als Vertreter und Advokat der Staatsbürger, die bei gerichtlichen Prozessverfahren die Bürger bei

¹¹⁶ Da das im spezifischen südkoreanischen sozio-politischen Kontext zu verstehende Wort *Chaebol* unvermeidlich die verzerrte Wirtschafts- und Politikstruktur im Industrialisierungsprozeß symbolisiert, werde ich im weiteren diesen spezifischen Begriff auf Koreanisch beschreiben.

ihren Entschädigungsforderungen vertreten. Die Rolle von NGOs in der Marktwirtschaft bezieht sich insbesondere auf die Überwachung von ungerechten Transaktionen und der Gesetzgebungsverfahren und Institutionen, die diese einführen und gewährleisten (Chang, Ha-Sung 2001, 206f).

Ein musterhaftes Beispiel dafür ist sogenannte „*Kleinsummen-Aktionärs-Bewegung*“ (Soaekjuundong), die von einer der komplexen NGOs (People's Solidarity for Participatory Democracy: PSPD) kurz vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise in 1997 initiiert wurde. Auf den ersten Blick scheint diese Aktion keinen Zusammenhang mit der Marktreform zu haben. Bei näherem Hinsehen geht es bei dieser Bewegung um einen Schutz von Rechten und Interessen von Kleinsummen-Aktionären und um deren Gesetzgebungspetitionen sowie deren Anklagerhebung. Die Überwachung der ungerechten und unbilligen internen Transaktionen sowie die Anklagehebung gegen Unternehmen gehören zur Tätigkeit dieser Bewegung¹¹⁷. Die Auswahl der betroffenen Unternehmen benötigt eine professionelle dauerhafte Analyse und Überwachung und daher vollzieht sich diese durch einen langwierigen Prozeß (ebd., 210f).

Als Folge dieser Kleinsummen-Aktionärs-Bewegung erfolgte zuletzt eine Zunahme transparenter Unternehmensführung und mehrere reformistische Maßnahmen der Unternehmen für eine Verbesserung ihrer Managementstruktur. Diese Bewegung kann somit als eine einflußreiche zivilgesellschaftliche Bewegung bewertet werden, die ein System von Kontrollen und Aufsicht gegenüber dem verzerrten privatwirtschaftlichen Sektor bereitete.

8.3.3. Soziale Wohlfahrt und NGOs

Südkorea wurde in die neoliberale Ordnung eingegliedert bevor die wohlfahrtsstaatlichen Phase des Fordismus erreicht wurde. Mit der Globalisierungsoffensive stellt die Erlangung wohlfahrtlicher Ziele eine zusätzliche

¹¹⁷ Das erste betroffene Unternehmen der von PSPD gehobenen Anklage war die Jeil-Bank, die an die für die Wirtschaftskrise 1997 verantwortliche Hanbostahl in großem Maßstab illegal Geld verliehen hat. Dieses Ereignis beeinträchtigte nicht nur kleine Aktionär, sondern führte zu einer großen Konfusion des Finanzmarktes, und sie schloß sich an den Zerfall der Finanzindustrie an. Für die Bewältigung des Zusammenbruchs des Finanzmarktes wurden soziale Kosten eingesetzt, damit fielen sie der Bevölkerung im Großen und Ganzen zu Lasten. Der zweite Fall war die Anklage gegen Samsung aufgrund der ungerechten internen Transaktion. Seit der Kleinsummen-Aktionärs-Bewegung sind mehrere Chaebol als Gegenstand bestimmt worden.

Herausforderung dar. Die lediglich auf ein rapides Wirtschaftswachstum fokussierte, von der Entwicklungsdiktatur eingeleitete Industrialisierung Südkoreas hat nicht zuletzt aufgrund einer unausgewogenen Rollenverteilung von Markt und Gesellschaft die Ebene des sozialen Wohlstandes außer Acht gelassen. Folglich bleibt die Sozialpolitik Südkoreas im einem umfassenden Sinne mangelhaft, und darüber hinaus ist die Regierung nicht imstande, ihre wohlfahrtsstaatliche Rolle und Funktion einzunehmen. Infolge dieser Defizite verwendet die südkoreanische Regierung für soziale Wohlfahrt nur 3.98% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (Kim, Young-Bum 2002, 333). Zudem wurde die Gesamtheit der sozio-ökonomischen Zusammenhänge seit dem beinahe Staatsbankrott infolge der Devisenkrise dem IWF-Verwaltungssystem unterworfen. Dieses dekretierte Strukturanpassungszwänge, die Massenentlassungen, instabile Beschäftigungsverhältnisse sowie eine Beschleunigung der Verarmung und der sozialen Polarisierung auslösten. Die Defizite der Sozialpolitik Ebene haben nicht zuletzt zur Auflösung der Familie beigetragen.

Die Unzulänglichkeit institutioneller Sozialpolitiken drückt sich im vorherrschenden Konsens der Bevölkerung aus, wonach im allgemeinen die Wohlfahrtsinstitutionen bzw. das -niveau sehr negativ bewertet werden¹¹⁸. Vor diesem Hintergrund traten die NGOs als Subjekt der Reform der Institutionen der Sozialhilfe vom Agenda-Setting bis hin zur Darstellung einer Politikalternative auf und gingen dabei so vor, dass sie in Zusammenarbeit mit der Regierungspartei Gesetzentwürfe durchsetzen und ihre Realisierung durch die Exekutive forderten. Insbesondere die Komplex-NGO PSPD engagiert sich in der Kommission für soziale Wohlfahrt für die Gewährleistung einer Basislinie der Wohlfahrt für die Bevölkerung. Durch die Erforschung der relevanten Institutionen durch Experten wurde das Agenda-Setting für die gesetzliche Gewährleistung des Existenzgrundlage der Staatsbürger auf die Tagesordnung gesetzt.

¹¹⁸ **Erkenntnisse über das Niveau der Wohlstandsgewährleistung:**

Einzelheit	Befragten (%)
Nur für die Reichen teilweise gewährleistet	35.8
Überhaupt nicht gewährleistet	22.4
Nur für die Ärmern teilweise gewährleistet	20.1
Für alle Staatsbürger ausreichend gewährleistet	4.8
Keine Ahnung	16.6
Keine Antwort	3

Quelle: Kim, Mi-Hye/ Chung, Jin-Kyung 2002, 45

Dafür bildete sich eine Ad-Hoc-Koalition, in der 64 Bürgerinitiativen wie PSPD, CCEJ, demokratischer Gewerkschaftsbund, südkoreanischer Gewerkschaftsbund, Korea Women's Associations United(KWAU), u.a zusammengesprochen wurden. Der zivilgesellschaftliche Druck, der durch die öffentliche Anhörung und Bekanntmachung des Manifests über den Gesetzentwurf der Gewährleistung des Existenzminimums der Bevölkerung die öffentliche Meinung mobilisierte, und die Bereitschaft der Regierung, aufgrund ihrer unzureichender Ressourcen für Sozialpolitik eine komplementäre Beziehung zu den NGOs zu bilden, führten dazu, dass zuletzt dieses Gesetz 1999 durchgesetzt wurde.

Seit ihrem Bestehen hat die Zivilregierung die Notwendigkeit gesehen, unter den Bedingungen eines unterentwickelten sozialpolitischen Systems auf die Expertise von Wohlfahrts-NGOs zurückzugreifen. Dabei weist die Regierung den NGOs die Rolle von Bündnispartnern zu. Insbesondere seit dem Wendepunkt der Wirtschaftskrise von 1997 übernehmen die sich für wohlfahrtliche Sozialpolitik engagierenden NGOs mit ihrer wachsenden Expertise bzgl. sozialpolitischer Maßnahmen eine wichtige Rolle, Forderungen nach einer Realisierung der Sozialpolitik zu artikulieren und im weiteren Wohlfahrtservice anzubieten (Mun, Byung-Ju 2002, 56f).

In einer empirischen Studie über das Verhältnis von Regierungen und sich sozialpolitisch engagierenden NGOs wird die staatliche Unterstützung als unzureichend festgestellt. Die NGOs, die eine direkte finanzielle Unterstützung erhalten, sind 40.0% der Befragten, und die keine Unterstützung erhaltenden NGOs betragen ebenfalls 40.0% (siehe Tabelle 8). Unter dem Militärregime wurden die regierungsnahen oder von der Regierung arrangierten Organisationen durch die finanzielle Abhängigkeit zum Zweck der politischen Mobilisierung instrumentalisiert. Im Hinblick auf das Verhältnis von NGOs und Regierungen kann sich die Beziehung zueinander je nach Themenbereichen in einer kooperativen oder konflikthaften Beziehung befinden. Im Bereich der Sozialpolitik besteht aber überwiegend eine partnerschaftliche Beziehung zueinander (siehe Tabelle 9). Dabei geht es um eine verstärkte Kooperation zwischen Regierungen und NGOs. Um eine effektive Zusammenarbeit zustande zu bringen müssen zunächst ausreichende Ressourcen von Geldmittel und Personal für die NGOs beschafft werden.

Tabelle 8: Der gegenwärtige Stand der staatlichen Unterstützung für die sozialpolitischen NGOs

Formen der Unterstützung	Der gegenwärtige Stand staatlicher Unterstützung		Von den NGOs erwünschte Unterstützung	
	Zahl der NGO	Prozent (%)	Zahl der NGO	Prozent (%)
Direkte finanzielle Unterstützung	16	40.0	24	60.0
Unterstützungen mit Ausrüstungs- und Einrichtungsgegenstände sowie Räumen	2	5.0	11	27.5
Angebot von Workshop/Training	1	2.5	0	0.0
Angebot von Expertise sowie Auskünfte	2	5.0	0	0.0
Keine Unterstützung	16	40.0	1	2.5
Sonstiges (Unetrstützung von Personal)	3	7.5	4	10.0
Total	40	100	40	100

Quelle: Mun, Byung-Ju 2002, 73

Tabelle 9: Beziehungen sozialpolitischer NGOs zur Regierung

Verhältnis zur Regierung	Kooper-ative Beziehung	Konkurrierende und Konflikthafte Beziehung	Unterschied-lich je nach dem Sachverhalt	Keine Antwort	Total
Zahl der NGOs	18	5	16	1	40
Prozent (%)	45.0	12.5	40.0	2.5	100

Quelle: Mun, Byung-Ju 2002, 76

8.3.4. Frauenbewegung und NGOs

Die Frauenbewegung begann ursprünglich mit einer Bewegung für Frauenaufklärung, um die auf der konfuzianischen patriarchalen Sozialstruktur beruhende Unterdrückung und Diskriminierung gegenüber Frauen zu überwinden. Die Frauenbewegung hat sich durch die Zeit hindurch in der Gesellschaft verwurzelt. In den 70er und 80er Jahren haben sich Frauen für die Demokratie- und Arbeiterbewegung aktiv engagiert, aber nicht für eine Überwindung der Diskriminierung und der patriarchalen Sozialstruktur. Dabei wurde die Frauenbewegung als ein Randthema der Minjungbewegung verstanden. Erst mit der Pluralisierung der Gesellschaft drückte sich die Ernüchterung der Frauen über die in der Gesellschaft verankerte strukturelle Ungleichheit der Geschlechter in der Form sozialer Bewegungen aus. Zu diesem Zeitpunkt zeigte sich die ideologische Differenzierung zwischen der liberalen, sozialistischen und radikalen Frauenbewegung. Von diesem Augenblick an entwickelte sich die Frauenbewegung in einem schnellen Tempo. Diese ideologische Differenzierung brachte jedoch eine Auseinandersetzung um die Bestimmung der Frauenbewegung hervor. Die unterschiedlichen Standpunkte führten schließlich zur Ernüchterung über eine Notwendigkeit der Solidarität der verschiedenen Bewegungskräfte – d.h. ein solidarisiertes Frauenbündnis, das Interessen und Forderungen von Frauen organisieren und vertreten, und ebenfalls geschlechtsspezifische Probleme landesweit bewältigen kann. Vor diesem Hintergrund entstand in 1987 das südkoreanische Frauenbündnis, Hanguk Yeosong Danche Yeonhap (*Korea Women's Associations United* : KWAU), das auf die Befreiung von institutioneller Diskriminierung, eine demokratische Gesellschaft, in der das politische, ökonomische, soziale und kulturelle Recht von jedem garantiert wird, sowie die Wiedervereinigung Süd- und Nordkoreas unter dem Gesichtspunkt von Frieden und Fraueninteressen zielt¹¹⁹. Zugleich organisierten sich andere kleine und große frauenrelevante NGOs.

In den 90er Jahren nahm die Frauenbewegung, deren Schwerpunkt in den 80er Jahren auf die Demokratiebewegung konzentriert war, einen anderen Aspekt in den Blick. Mangelnde demokratische Institutionen und mangelndes Bewusstsein, nicht zuletzt die konfuzianische Tradition tragen zweifelsohne zur ungleichen Stellung sowie zur Diskriminierung der Frauen in den gesamten gesellschaftlichen Bereichen bei. Von

¹¹⁹ Siehe homepage: www.women21.or.kr

daher zielt die Frauenbewegung zunächst auf die Gleichberechtigung zwischen den beiden Geschlechtern in der Gesamtheit von Politik, Ökonomie, Gesellschaft und Kultur und damit um gleichberechtigte Beschäftigungsverhältnisse sowie die Bekämpfung sexueller Gewalt. Im Kern stehen die Themen der Abschaffung des Patriarchats, die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die Verbesserung diskriminierender Umstände sowie die Gewährleistung sexueller Autonomie und Souveränität der Frauen in der Sexualität (Oh Jang, Mi-Kyung 2001, 243). Um diese in den allen gesellschaftlichen Bereichen stattfindenden Genderungleichheiten zu bewältigen, bestand unter Frauen ein Konsens darüber, dass eine institutionelle Verbesserung vorangehen müsse. Die Allianz der Frauen-NGOs stellte in diesem Kontext fest, dass sich die Frauen aus dem Blick von Frauen heraus mit der Thematisierung der `Lebenspolitik` an die von Männern dominierenden Realpolitik annähern können. Durch diese Lebenspolitik, die alle Bereiche der Privatsphäre von Frauen wie Umwelt, medizinische Einrichtungen, Erziehung, Wohnung sowie Freizeit umgreift und auf `political empowerment` zielt, können die darauf bezogenen Problemlagen in die politischen Prozesse einbezogen werden. Diese Einbeziehung kam erst durch die politische Partizipation in den lokalen Landtagen zum Tragen. Der von der politischen Partizipation und der Betonung der Lebenspolitik ausgehende Druck ließ letztendlich auch die zentrale Politikbühne¹²⁰ die Bedeutung der Rolle von Frauen erkennen. Ende der 90er Jahre bildete sich ein eigener Staatsapparat, eine Sonderkommission für Frauen, und es wurden Sonderabteilungen für Frauenpolitik im Arbeitsministerium, dem Ministerium für Gesundheit und Wohlfahrt, dem Justizministerium, dem Ministerium für Selbstverwaltung, dem Ministerium für Landwirtschaft und dem Erziehungsministerium neu eingerichtet (Kim, Kyung-Hee 2003, 133ff).

Diese politische Partizipation über die Frauenaufklärung hinweg hatte sichtbare Auswirkungen. Es kam zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen von weiblichen Arbeiterinnen, zu Schutzmaßnahmen während der Mutterschaft sowie zu einer

¹²⁰ Durch die Bildung `des Frauenbundes für die Einführung des Genderquotensystems` in 1994 traten 14 Kommunal- und Landtagsabgeordnete von 17 Frauenkandidatinnen durch die Lokalwahl 1995 in den lokalen Landtag ein. In den siebzehnten allgemeinen Wahlen fand ebenfalls eine von dem `Frauenbündnis für die allgemeinen Wahlen`, an dem die 321 Frauen-NGOs beteiligt waren organisierte Bewegung, in der eine institutionelle Verbesserung für die Verstärkung der politischen Partizipation der Frauen gefordert wird, statt. Dabei wurden 21 von den 101 Frauenkandidatinnen gewählt (www.ngotimes.net vom 25.05.2006).

Verbesserung der Arbeitsumstände der Arbeiterinnen, Menstruationsurlaub, Urlaubsverlängerung vor und nach der Geburt wurden gefordert und durchgesetzt. Dank der Einführung des Gender-Quotensystems und institutioneller Verbesserungen wurde die Politisierung der Frauen stärker und sogar im Unternehmenssektor nimmt die Zahl der Frauen, die in Vorstände oder höhere Funktionen aufsteigen, langsam zu. Aufgrund der in der Gesellschaft tief verwurzelten konfuzianischen Kultur sowie des kapitalistischen Patriarchats sind Diskriminierung und sexuelle Ausbeutung trotz der tatsächlich verbesserten Frauenstellung in den gesamten Bereichen noch im Großen und Ganzen vorhanden. Dazu ist ein weiteres aktives Engagement von Frauen-NGOs und eine Förderung des Bewusstseins von Gleichberechtigung und 'Differenz' notwendig.

8.3.5. Antikorruptionsbewegung und NGOs

Korruption ist eine rechtswidrige und ungerechte Handlung, die sich durch einen Konsens von Nachfragern und Anbietern vollzieht. Diese führt zu einer Verringerung der ökonomischen Effizienz und Ausgeglichenheit und bringt als weiteres negatives Resultat den Einsatz enormer staatlicher Kosten für die Bewältigung von Korruptionssachverhalten mit sich. Der Grad der strukturell verankerten Korruption in Südkorea hat ein ernsthaftes Niveau erreicht. Die Korruption in Südkorea ist ein strukturelles Problem, das auf dem verzerrten Wirtschaftswachstum unter der Entwicklungsdiktatur, d.h. auf einer engen Beziehung von Politik und Ökonomie (*Jongkyungyuchak*) beruht. Dass die Korruptionsfrage ein strukturelles und in der Gesellschaft verwurzeltes Problem ist, zeigt sich in einer von der NGO Anti-Corruption Network in Korea durchgeführten Umfrage bei Jugendlichen über die Bedenklichkeit der Korruption in Südkorea (siehe Tabelle 10). Hinsichtlich der Korruption besteht ein Konsens, dass sie als eine Art von politischer sozialer Kultur fixiert ist, d.h. die Korruptionsfrage in Südkorea ist ein strukturelles und komplexes Problem. Als Faktoren der Korruption können die Politische Struktur, sowie ökonomische und sozio-kulturelle Faktoren unterschieden werden.

Hinsichtlich des Faktors Politische Struktur geht es um 1) die hohe Konzentration der politischen Macht sowie deren undurchsichtige und willkürliche Ausübung, 2) die hohen

Kosten der politischen Struktur und das undemokratische Parteiensystem, und 3) das Fehlen von Kriterien bezüglich der Ethik der Beamten (Kim, Je-Sun 2003, 23).

Bei den ökonomischen Faktoren handelt es sich um 1) einen strukturschwachen Finanzapparat infolge des staatlich kontrollierten Finanzwesens und die damit einhergehende engen Beziehung zwischen Politik und Ökonomie (*Jeonkyungunchak*), 2) die fehlende Transparenz in den Unternehmen, verbunden mit einer Managementstruktur, in der sich undemokratische und irrationale Wertorientierungen widerspiegeln, 3) Defizite bei der sozialen Verantwortlichkeit sowie den Kriterien der Unternehmensethik. Und zuletzt handelt es sich beim sozio-kulturellen Faktor, der sich mit der Zivilgesellschaft in einem Lernprozess befindet, um 1) Klientelismus, Verwandtschaftsbeziehungen und Regionalismus sowie die Kultur von Geschenken, 2) Ignoranz bei Prozessen und Prozeduren, Schwarzfahren, Partikularismus sowie fehlende Rationalität bei der Problemlösung, 3) mangelnde Partizipation der Bürger, Defizite der Diskussionskultur und keine Verankerung kritischer Medien (Lee, Sang-Su 2002).

Tabelle 10: Ansichten von Jugendlichen über die Bedenlichkeit der Korruption (in % der Befragten)

Korruption der politischen Sphäre	Kein Vorhandensein des entsprechenden Gesetzes	Kleintelismus, Regionalismus, Familialismus	Inkorrekte sozio-kulturelle Umgebung	Sonstiges
48	17	16	14	5

Quelle: Anti-corruption Network in Korea¹²¹ (2001): eine Umfrage über die Korruption sowie Erkenntnis von Antikorruption – mit SchülerInnen von Seoul, siehe homepage: www.ti.or.kr

Der Korruption liegt die übergreifende Marktintervention des Staates und die damit einhergehende monopolistische Macht sowie die Verfügungsmacht von Beamten zugrunde. Die Marktintervention des Staates beim Industrialisierungsprozeß hat im

¹²¹ Dieser Anti-Korruptionsnetzwerk in Südkorea ist eine untergeordnete NGO der internationalen Antikorruption-NGO, Transparency international (siehe homepage: www.transparency.org).

wesentlichen zur Bildung einer Korruptionsskette beigetragen¹²² (Kim, Je-Sun 2004, 251). Dadurch werden verschiedene Probleme wie eine intransparente Verwaltungsprozedur, die moralische Destruktion sowie die Vertiefung sozialer Probleme erzeugt. Diese intransparente, sich von der Demokratie entkoppelnde Korruption wirkt auf wirtschaftlicher Ebene als ein Hindernis für die sich selbstregulierende Marktwirtschaft. Freilich gab es in vielfacher Hinsicht Bemühungen um die Liquidierung der Korruption seitens der Regierung, diese blieben aber nichtsdestotrotz begrenzt bzw. unzureichend¹²³. Vor diesem Hintergrund der begrenzten Kapazität von Regierungen ergriffen die NGOs einschließlich der Komplex-NGOs – also die Peoples’s Solidarity for Participatory Democracy (PSPD) unter dem Gesichtspunkt einer alltäglichen Bewegung für die Aufsicht über die Machtverhältnisse, und die Citizen’s Coalition for Economic Justice (CCEJ) unter dem Aspekt einer Realisierung ökonomischer Gerechtigkeit – Initiativen für die Antikorruptionsbewegung. Sie treiben diese durch Überwachung und Monitoring in den Bereichen von Justiz, Exekutive, Ökonomie, Unternehmen sowie lokaler Selbstregierung voran. Darüber hinaus bildete sich 1999 eine single-issue-NGO mit dem Ziel der Antikorruption, und zwar das Anti-Corruption Network in Korea, die dann in 2000 von der internationalen Antikorruption-NGO Transparency International, als ihre koreanische Niederlassung ratifiziert wurde. In dieser Netzwerk-NGO sind 800 NGOs landesweit zusammengeschlossen. Ihre Aktivitäten bestehen laut ihrer Satzung in 1) der Implementierung einer sozialen Bewegung für die Sozialpartnerschaft der Antikorruption und Transparenz, 2) in dem Projekt des Ombudsmanns für die Bürger, 3) im Projekt der Forschung und Entwicklung im Zusammenhang mit Gesetzentwürfen und Politiken, 4) in Erziehung, öffentlicher Information sowie Kulturprojekten, 5) in Solidarisierungsprojekten mit nationalen und internationalen antikorruptionsrelevanten NGOs und/oder Organisationen, 6) und weiterhin verschiedenen Projekten für die

¹²² Ein gutes Beispiel hier ist die Beschaffung von Schwarzgeldern durch die ehemaligen Präsidenten Chun, Du-Hwan und Roh, Tae-Woo und der Machtmissbrauch der Söhne von den auch ehemaligen Präsidenten von Kim, Young Sam und Kim, Dae Jung sowie rechtswidrige Darlehen für die Unternehmen Hanbo und Kia, die unmittelbare Auslöser unter anderem für die Wirtschaftskrise in 1997 waren.

¹²³ Die Regierung von Kim, Dae-Jung näherte sich im Unterschied von den früheren Regierungen mit konkreten Gesetzentwürfen und Institutionen sowie der Gründung einschlägiger Staatsapparate – beispielweise „Gesetzesentwurf zur Prävention der Korruption“ in 2001 und „Einrichtung der Kommission zur Prävention der Korruption“ in 2002 – an die Liquidierung der Korruption an

Realisierung des Gründungszweckes der juristischen Person (siehe homepage: www.ti.or.kr/engaboutus.htm).

Tabelle 11: Typus und Mitteln der Antikorruptionsbewegung von NGOs

Partizipationssektor	Typus von Aktivitäten	Hauptmittel	Musterhafter Fall
Politischer Sektor	Überwachung, Kontrolle	Nachforschung, Kampagne, Versammlung	Bürgerbündnis für das Monitoring parlamentarischer Kontrolle, Bürgerbündnis für die allgemeine Wahl
Administrativer Sektor	Einschlägige Gesetzgebung und Gesetzänderung	Gesetzgebungs-petition, Auskunft in der Öffentlichkeit	Gesetzgebung von Präventionsgesetz der Korruption sowie andere einschlägige Gesetzänderung
	Ausbesserung der Regulierung sowie administrative Reform	Monitoring, öffentliche Anhörung, Teilnahme an der Regierungskommission	Fragestellung über administrative Regulierung, Verbesserung der Beschaffungs- und Submissionsinstitution
Unternehmenssektor	Bewegung für Transparenzförderung	Nachforschungsanalyse, Prozess, Anklage	Konstruktion des Programms von Unternehmensethik
	Institutionelle Verfahren	Gesetzgebungspetition, Kampagne, Prozess, Anklage	Kollektive Prozeßverfahren, eine Institution von Direktor außerhalb von Firmen
Ziviler Sektor	Diffusion des Bewußtseins der Antikorruption	Erziehung, Kampagne	Ausbildungsprogramm der staatsbürgerlicher Inspektionsgruppe

	Entgegennahme bürgerlicher Information	Führung Anlagezentrum	von Steuerunterschlagung bei dem Nord- Bezirksamt Incheon (1994)
--	--	--------------------------	--

Quelle: Kim, Je-Sun (2004, 264)

Bei der Antikorruptionsaktivität der NGOs handelt es sich zunächst um: erstens, Kontrolle und Aufsicht gegenüber der politischen Sphäre; zweitens um eine Bewegung für eine Revision und Verbesserung der antikorrupsionseinschlägigen Gesetzentwürfe ; drittens um eine Druckausübung auf Unternehmen und Regierungen für institutionelle Maßnahmen in Form von Verbandsklagen, Massenklagen sowie der Einführung des Systems nebenamtlicher Geschäftsführer außerhalb der Unternehmen zur Erhöhung der Transparenz des Unternehmensbetriebs (siehe Tabelle 11).

Der Erfolg der Antikorruptionsbewegung läßt sich vor allem in der Niederlage der von der NGO-Koalition `Bürgerbündnis für die allgemeinen Wahlen´ als korrupt aufgelisteten Wahlkandidaten in den fünfzenteen allgemeinen Wahlen und am Erlaß des Gesetzes zur Korruptionsprävention festmachen. Im Anschluss an die Durchsetzung dieses Gesetzes wurde die `Kommission für die Korruptionsprävention´ als ein unabhängiger Staatsapparat errichtet. Die Korruption ist kein temporäres Phänomen, sondern mit der Entwicklung des Kapitalismus Südkoreas eng verzahnt und in der teilweise irrationalen Tradition in der Gesellschaft verwurzelt. Zu ihrer Bewältigung wird von daher ein langwieriger Prozeß durch eine Verbesserung der Institutionen einerseits und des Bewußtseins der Bürger benötigt. Dabei kann man davon ausgehen, dass dafür die NGOs-Aktivitäten zur Demokratisierung Auswirkungen auf eine Konstruktion der transparenten Gesellschaft beitragen werden.

8.3.6. Umwelt und NGOs¹²⁴

¹²⁴ Korea Federation for Environmental Movement (KFEM) als eine der größten, anerkannten Umwelt-NGOs in Südkorea wird detailliert in Kapitel 8.3. dargestellt. Neben KFEM sind mehrere verschiedene Umwelt-NGOs für die verschiedenen Umweltbereichen engagiert. Auf ihre Hompages wird hier verwiesen: Green Net: www.greenet.org, das Bund der Bewegung für Grüne Familie: www.greenfamily.or.kr, das grüne Verkehrsbund: www.greentrasport.prg, www.green.metro.seoul.kr, Koalition des grünen Verbrauchers: www.gcn.or.kr, das Bund der Grüne: www.greenkorea.org, bürgerliche Koalition für den Schutz der Baekdu-Gebirge: www.baekdudaegan.org, Verband der Baekdu-Gebirge: www.baekdudaegan.or.kr, das buddhistische Institut für die Umwelterziehung: www.jungto.org, bürgerliche Versammlung für den

Umweltprobleme bleiben nicht nur ein ökologisches einzelstaatliches Problem, sondern ein soziales und globales, das mit der nun als universales Phänomen zu betrachtenden Globalisierung einhergeht. Umweltprobleme beeinträchtigen unser Alltagsleben in verschiedenen Erscheinungsformen wie Luft- und Meeresverschmutzung, der Zerstörung des Ökosystems, Verschmutzung der Lebensumwelt und Klimaveränderungen sowie daraus folgender Naturkatastrophen bis hin zu Gen-Manipulierten-Agrarprodukten. Die Umweltprobleme in Südkorea gehen vor allem mit der seit der Besatzungsperiode und dann dem Koreakrieg verursachten Verödung des Landes einher und haben sich mit dem Beginn der Industrialisierung und damit der Urbanisierung in den 60er und 70er Jahren als gesellschaftliches Problem verfestigt. Mit der Veränderung der industriellen Struktur verschärfte sich die Landflucht, infolgedessen erhöhte sich die Bevölkerungsdichte der Städte. Die Industrialisierung Südkoreas, die in einer kurzen Zeit stattfand und daher als 'Kompressionswachstum' bezeichnet wird, benötigte einen Massenverbrauch von Ressourcen und daraus resultierte schließlich die massenhafte Emission von Umweltschadstoffen. Für die Beschleunigung der Industrialisierung wurden sämtliche Regionen Südkoreas in staatliche Entwicklungsprojekte einbezogen, ohne Rücksichtnahme auf den ökologischen Erhalt. Das Resultat der rücksichtslosen Entwicklungen drückte sich in einer Kette von Umweltunfällen aus.

Der Industrialisierungsprozess und der Dammbau in 60er und 70er Jahren führte zu Umweltschädigungen sowie starken ökologischen Veränderungen. Seit den 80er Jahren hat der Bau einer Vielzahl von Golfplätzen und -resorts die Zerstörung der Wälder beschleunigt, und darüber hinaus wurden mit giftigen Insektenvertilgungsmitteln die Trinkwasserquellen verschmutzt und das Ökosystem der Gewässer zerstört. Zudem steht die Energiepolitik der südkoreanischen Regierungen in engem Zusammenhang mit der Luftverschmutzung und dem Bau der Atomkraft. Seit Mitte der 60er Jahre ist Petroleum

Erhalt der Ökologie: www.ecoclub.or.kr, Solidaritätsversammlung für die Konservierung des Feuchtgebiets: www.wetland.kfem.or.kr, das Bund der Wildtiere: www.wildkorea.org, das Zentrum für Alternativenenergien: www.energyvision.org, südkoreanischer Hauptquartier für den Netzwerk der nachhaltigen Entwicklung: www.ksdn.or.kr, Bewegungshauptquartier für das Wachen des Han-Fluss: www.hg.or.kr, das Institut für Umwelt und Umweltschäden: www.ecoi.or.kr, Umweltgerechtigkeit: www.eco.or.kr, Hauptquartier der Bürgerbewegung für den Umweltschutz: www.greendg.or.kr, Hauptquartier der Bürgerbewegung für die Überwachung und den Schutz der Umwelt: www.epwnmh.or.kr, UNEP Korea Kommission: www.unep.or.kr etc.

die fossile Hauptenergiequelle. In den Städten erhöhte sich die Luftverschmutzung durch den Massenverbrauch von Anthrazit und die durch Schweröl hervorgebrachten CO₂-Emission. Die drastische Vermehrung von PKWs hat seit den 80er Jahren die zunehmende Schädigung durch sauren Regen und die chemische Verbindung Nitrogen zur Folge (Lee, Si-Jae 1998, 199). Die nachfordistische Massenproduktion und -konsumption hat ebenfalls die Lebensform von Verbrauchern besonders in den bevölkerungsdichten Städten verändert. Die Überflutung mit Wegwerfprodukten im Alltagsleben ist direkt mit der Überflutung durch Abfälle verknüpft. Diese Abfälle, Abwässer sowie Lärm im städtischen Leben sind ein signifikantes, die Lebensbedingungen von Menschen bedrohendes soziales Problem geworden.

Das Bewusstsein über die Umweltzerstörung und damit die Umweltbewegung begannen mit einer Beeinträchtigung des Existenzrechts der betroffenen Einwohner in den 60er Jahren. In der ersten Periode wurde die Umweltbewegung wurde als Teil der Selbstrettungsmaßnahmen für die lokal Betroffenen begrenzt entwickelt. Infolge der Wirtschaftsentwicklungsplanung wurde das Agrarland in große Industriezonen umgewandelt, und die Bauern verloren ihre Lebensgrundlage und wurden ebenfalls extremen Umweltschäden ausgesetzt. Die Umweltschäden blieben aber infolge des vom diktatorischen Entwicklungsstaat verfolgten Imperativs des Wirtschaftswachstum durch Zensur und fehlende Unterstützung der Massen oft im Verborgenen. Die Umweltprobleme in dieser Periode blieben nur ein Problem der Existenz der unmittelbar Betroffenen.

In den 80er Jahre veränderten sich Form und Inhalt der Umweltbewegung. 1981 wurde das System der Bewertung der Umwelteinflüsse eingeführt, und daran anschliessend wurde eine Reihe umweltpolischer Maßnahmen für die Bewahrung der Umwelt durchgesetzt. Infolgedessen nahmen die Umweltgruppen ihre spezifische Gestalt an (Sin, Hyun-Seong 2004, 16f). Das Umweltproblem als ein soziales Problem galt oft als Teil der Demokratiebewegung, die in Verbindung mit dem Widerstand gegen das Diktaturregime in den 70er und 80er Jahren stand. Insbesondere `der Bund der Bewegung für die Verbannung der Umweltschäden', in der mehrere Umweltgruppen zusammengeschlossen waren und aus dem die Bildung der Korea Federation for Environmental Movement (KFEM) in 1993 entsprang, unterstützte die Kämpfe gegen die Umweltschäden und führte die Umweltbewegung in die Demokratiebewegung ein.

Darüber hinaus wurde das Institut für Probleme der Umweltschäden Anfang der 80er Jahre gegründet. Dieses Institut übernahm die Aufgaben einer auf Umwelt und Umweltschäden bezogenen Forschung, definierte die Umweltschäden erstmals als 'Krankheit', und darüber hinweg organisierte sich zum ersten Mal die Antinuklear-, und Friedensbewegung (Lee, Si-Jae 1998, 202f).

Mit der Ausweitung der Zivilgesellschaft und der damit einhergehenden Ausdifferenzierung der sozialen Bewegungen vermehrten sich Umwelt- und Bürgerrechtsgruppen, deren Problemdefinition und Agenda-Setting bis hin zum Umweltproblem im Alltagsleben für die Gewährleistung der Lebensqualität reichen, und zwar in der Erkenntnis, dass die Zerstörung des Ökosystems die Zerstörung der Existenzbedingungen von Menschen bedeutet. In den 90er Jahre hat sich die Umweltbewegung weiter spezialisiert und ausdifferenziert. Dabei hat die Rio-Umweltkonferenz die Erkenntnisse über die Probleme der Umwelt sowohl auf internationaler Ebene als auch auf nationaler Ebene verbreitet. Vermittelt durch diese Umweltkonferenz veränderte sich die Dimension der Umweltbewegung. Alle Probleme der Umweltschädigungen reduzieren sich seitdem auf den 'Diskurs der Umwelt', und dieser ist gängig geworden. Die Verbreitung des Diskurses der Umwelt veränderte in der Tat das Bewußtsein über die Bezüge zur Umwelt, aber dieser bleiben in ihren grundsätzlichen Problemlösungsmöglichkeiten begrenzt, da viele Umweltprobleme von der Zentralregierung verursacht werden. Von daher ist es notwendig, durch die Bildung der öffentlichen Meinung kontinuierlich auf die Umweltpolitik der Regierung Einfluß zu nehmen. Dabei ist die Rolle der Umwelt-NGOs zentral. Die Kompetenz der Umweltgruppen bei Verhandlungen mit der Regierung zu einem rationalen und verarbeitbaren Agenda Setting sowie mit wissenschaftlichen Fachkenntnissen vorbereitete Problemedefinitionen und -lösungen ist deshalb erforderlich.

8.3.7. Internationales Engagement und NGOs

Die Geschichte der internationalen Zusammenarbeit in Südkorea begann als internationale Hilfe für Südkorea, die als Entwicklungshilfe eingestuft wurde. Im Nord-Süd-Verhältnis empfing Südkorea eine humanitäre Unterstützung von religiösen Organisationen wie YMCA und YWCA. In den 90er Jahren schlug mit dem Beitritt zu

den UN und der OECD der südkoreanische Status vom Adressat zum Geberland um. Zudem ließ die Erkenntnis der südkoreanischen NGOs über die aus der sich beschleunigenden Globalisierung folgenden Gefährdungen auf internationaler sowie auf nationaler Ebene, insbesondere die Ernsthaftigkeit der Erosion der Demokratie die Notwendigkeit einer internationalen Kooperation deutlich werden. Da es keine langen Erfahrungen mit den Aktivitäten auf der internationalen Bühne gab und ein Mangel an sprachlichem Geschick der NGO-Aktivisten feststellbar ist, lässt sich bislang kein Bild davon machen, wie sie beim Agenda-Setting und bei den Problemdefinitionen mit der internationalen Bühne in Verbindung stehen. Inzwischen bilden sich aber zunehmend international engagierte NGOs heraus. 1991 wurde die eher als GONGO anzusehende (Governmental Organised Non Governmental Organisation) 'Korea International Cooperaton Agency' (KOICA) mit Dotierung der Regierung gegründet, die auf einen Aufbau einer freundschaftlichen und kooperativen Beziehung zu den Entwicklungsländern und auf die Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit durch die Unterstützung dieser Länder für die sozio-ökonomische Entwicklung zielt. Zudem wurde die 'Korea NGO Council for Overseas Cooperation: KCOC' als ein privater Rat der 36 Entwicklung-NGOs 1999 gegründet (www.ngokcoc.or.kr). Die sich für globale Armutsbekämpfung engagierenden südkoreanischen NGOs sind folgende:

Citizens' Coalition for Economic Justice (CCEJ), Good Neighbors, Christian NGO, Network for Green Transport, Green Future, National YWCA of Korea, Koreans Sharing Movement, Korean Committee for UNICEF, Global Civic Sharing, Plan Korea, Korea Food for the Hungry International, Korea Welfare Foundation, Save the Children Korea, Korea Anti-AIDS Federation, Korean Women's Associations United (KWAU), World Vision Korea, Korea NGO Council for Overseas Cooperation (KCOC), JungTo Society, Korea YMCA, Korea Foundation for World Aid

Seit es möglich wurde, der neoliberalen Globalisierung mit der Solidarität von verschiedenen NGOs beizukommen, wie z.B in Seattle 1999 und angesichts der zunehmenden Betroffenheit durch die Globalisierung infolge der Öffnung zum internationalen Finanzmarkt in 1995 und des damit verbundenen IWF-Verwaltungsystems seit 1997 verschärften sich die soziale Polarisierung und die daraus entstandenen sozialen Probleme in Südkorea. Infolgedessen begannen auch südkoreanische NGOs, sich für die Antiglobalisierungsbewegung zu interessieren und zu

engagieren (siehe Tabelle 12). Ein direktes Beispiel war die `Taegu Round`, an der 34 NGOs aus aller Welt beteiligt waren, in 1999. Im Prozeß der Liberalisierung und Globalisierung der Finanzmärkte verwandelt sich das Finanzkapital in internationales Spekulationskapital – „Hedge Funds haben auf dem Weltfinanzmarkt die kaum steuerbare Einflußkraft von 1,5 Billionen US-Dollar“ (Kim, Bong-Ki 2001, 21) – nicht zuletzt durch die Unterstützung des IWF, der neoliberalen internationalen Institution. In dieser Hinsicht stellte die Taegu Round mit den Entwicklungsländern ein Bindeglied des Widerstands gegenüber dem internationalen Spekulationskapital für die Beseitigung der für den kapitalistischen Metropolen dienenden internationalen Finanzordnung dar, bei dem es nicht zuletzt um die strukturellen Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer und die Bildung eines internationalen Netzwerks für die Realisierung der ökonomischen Gerechtigkeit auf globaler Ebene ging. Daran anschließend wurde das ASEM 2000 Privatforum¹²⁵ mit dem Thema von „Aktion und Soildarität des die Globalisierung herausfordernden Volkes“ veranstaltet. Die Abhaltung des von NGOs organisierten Forums eröffnete vielen südkoreanischen NGOs einen Weg zur Partizipation an den Antiglobalisierungsaktivitäten, für die sie sich bislang nicht so aktiv engagierten. Trotz der Antiglobalisierungsaktivitäten blieb die Intensität der NGO-Aktivitäten auf internationaler Ebene begrenzt. Vor allem geht es um (finanzielle und personelle) Ressourcenmobilisierung als Kernfaktor der Organisation. An erster Stelle geht es um finanzielle Mittel. Die Teilnahme an internationalen Konferenzen oder ihre Organisationen sind höchst kostspielig. Ohne finanzielle Gewährleistungen wäre internationales Engagement gar nicht möglich. In der Tat haben viele südkoreanische NGOs als ihre Schwierigkeiten finanzielle und sprachliche Probleme genannt (siehe Tabelle 13). Insbesondere das Agieren im internationalen System erfordert spezielle Sprachkenntnisse. Personelle Ressourcen im Hinblick auf Verhandlungskompetenz, Spezialkenntnisse über Institutionen und ihre Arbeitsweise sowie Fähigkeiten zur interkulturellen Kommunikation (vgl. Wahl 1997, 305f) sind daher im Großen und Ganzen ein entscheidender Faktor im internationalen System. Wenn insbesondere die für Antiglobalisierung agierenden NGOs von der finanziellen Unterstützung durch Regierungen abhängig sind, besteht die Gefahr, dass die Art und Weise der

¹²⁵ Etwa mehr als 80 NGOs aus Südkorea als Gastland organisierten das `ASEM 2000 Südkorea Privatforum` in 1999 und nahchinein beteiligten sich über 120 NGOs (Cho, Dae-Yeop 2002, 130).

Antiglobalisierungsaktivitäten selbst beeinträchtigt werden kann. Aus verschiedenen Blickwinkeln ist die finanzielle Unabhängigkeit von NGOs jedenfalls für die Bewahrung ihrer Eigenständigkeit, Autonomie und nachhaltige Entwicklung mit der Aufhebung der Globalisierung bedeutsam.

Tabelle 12: Beteiligungen der südkoreanischen NGOs an den Weltkonferenzen

Konferenz	Themen	Umfang der Konferenz	Datum / Ort	Resultat sowie Merkmale
Rio-Umweltkonferenz 1992	Umwelt	2.400 Teilnehmer	3-14. 6.1992/ Rio, Brasilien	Manifest der Rio-Erklärung
Menschenrechtskonferenz 1993 Wien	Schutz und Ausweitung des Menschenrechts	171 Länder, über 800 NGOs	14-25.6.1993/ Wien, Österreich	Beitrag zur Ausdehnung des Menschenrechts der Entwicklungsländer
Bevölkerungskonferenz 1994 Kairo	Wachstum der Weltbevölkerung, umweltfreundliche Entwicklung	113 Länder, 1.500 NGOs, 4.200 Teilnehmer	5-13.9.1994/ Kairo, Ägypt	Verhandlung der Bevölkerung und Entwicklung
Konferenz der Sozialentwicklung 1995 Kopenhagen	Armungs-bekämpfung, Schaffung der Arbeitsplätze, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Soziale Integration	811 NGOs, 4.500 Teilnehmer	6-12.3.1995/ Kopenhagen, Dänemark	Verschiedene Seminare
Frauen-weltkonferenz 1995 Beijing	Ausdehnung des Frauenrechts	2.100 NGOs, 5.000 Teilnehmer	30.8-8.9.1995 Beijing, China	Verschiedene Workshop, Ausstellungen
Wohnraums-konferenz	Entwicklung der Umwelt-	2.400 NGOs,	3-14.6.1996/ Istanbul, Türkei	

1996 Istanbul	freundlichen Wohnräume	8.000 Teilnehmer		
Friedenskonferenz 1999 Haig	Frieden	300 NGOs 500 Teilnehmer	11-15.5.1999/ Haig, Nietherlande	
Seouler NGO-Konferenz 1999	Rolle von NGOs in dem 21 Jahrhundert	350 NGOs, 5.000 Teilnehmer	10-15.10.1999/ Seoul, Südkorea	Gemeinsame Organisation mit UN
Soziale Foren 2002	Eine Alternative zur neoliberalen Globalisierung	150 Länder, über 50.000 Teilnehmer	31.1-5.2.2002, Brasilien	NGOs aus aller Welt
Johannesburg WSSD 2002	Nachhaltige Welt	Repräsentative der 180 Länder	26.8-4.9.2002, Johannesburg	Regierungsrepräsentative sowie NGOs

Quelle: Kim, Young-Rae: Hanguk Siminundongui Guajewa Jonmang (*Aufgabe und Perspektive der südkoreanischen Bürgerbewegung* 2004, 24)

Tabelle 13: Schwierigkeiten bei den internationalen Aktivitäten

Inhalte	Zahl der NGOs	Prozent (%)
Finanzielle Schwierigkeiten	22	27,8
Mangel an professionellem Personal	19	24,1
Konzentration auf inländische Themen	16	20,2
Mangel an Fremdsprachen	12	15,1
Schwierigkeiten mit Zugang zu Informationen über internationale Themen	5	6,3
Fehlende Interessen	2	2,5
Fehlende Erkenntnisse des Organisationsführers über Internationalisierung	1	1,2
Sonstiges	2	2,5
Total	79	100

Quelle: Lee, Hyung-Hwa (2002, 33): A Study of major Korean NGO's international activities, eine empirische Magisterarbeit an der Uni. Kyungsang

8.3.8. Aufbau der Süd- und Nordkorea-Beziehung für die Wiedervereinigung und NGOs

Süd- und Nordkorea bleiben das einzige geteilte Land auf dem Globus. Wie ich oben in der Skizze des Entwicklungsprozesses südkoreanischer Politik und Wirtschaft darstellte, wurde und wird diese tragisch geteilte Konstellation von konservativen politischen Kräften und konservativen Medien zu ihren politischen Zwecken ideologisch mißbraucht. Dies wirkte sich auch auf die Gesinnung der Bevölkerung aus. Dennoch gab es einen Annäherungsversuch der progressiven Regierung von Kim, Daejung im Namen der sogenannten Sonnenpolitik. Die Beziehung zwischen Süd- und Nordkorea wiederholt nichtsdestoweniger je nach Umständen die Konfiguration der Supermächte von Amerika, Japan sowie China. Die Handlungsräume und -fähigkeit der südkoreanischen Regierungen sind durch die Rolle der Halbinsel als geopolitischer Hebel für die Sicherheit in Südostasien durch politische Interessen begrenzt, ebenso wie das prekäre Thema der Wiedervereinigung. Daran setzt die Arbeit von NGOs an. Im Hinblick auf die Beziehung von Süd- und Nordkorea sind die Aufgaben der Gegenwart die Überwindung der Realität der Teilung, humanitäre Hilfe, Kriegsprävention und Menschenrechte etc. für südkoreanische NGOs zentrale Themen. Insbesondere der Umgang mit den Menschenrechten in Nordkorea¹²⁶ ist ein schwieriges Thema, das von südkoreanischen NGOs einige Behutsamkeit erfordert. Daher wird humanitäre Nothilfe durch südkoreanische NGOs, die wiederum von der politischen und ökonomischen Konstellation relativ unabhängig ist, bei den Unterstützungsaktivitäten gegenüber Nordkorea in höchstem Maße aktiviert.

Die Unterstützungspolitik gegenüber Nordkorea in der Dimension von Regierungspolitik begann mit der Regierung von Kim Young-Sam. Sie gestattete 1995 privaten Organisationen die Unterstützung, aber nur durch das südkoreanische Rote Kreuz. Mit diesen Zulassungsmaßnahmen gingen weitere Unterstützungsaktivitäten von südkoreanischen NGOs gegenüber Nordkorea einher. Dabei ergriff die Regierung eine Maßnahme der Vereinheitlichung der Unterstützung gegenüber Nordkorea zur Vorbeugung unbesonnener Kontakte zu Nordkorea und der Konkurrenz von NGOs. Folglich kam es 1996 zu Protesten der Bürgerinitiativen gegen diese Maßnahme.

¹²⁶ Die Menschenrechte in Bezug auf Nordkorea dient von den zu Nordkorea im Gegensatz stehenden Ländern bei den politischen Verhandlungen als ein Instrument für politische Zwecke – beispielsweise für Zersetzung des Regimes von Nordkorea. In der Tat setzen die USA mit dem Maßstab der Menschenrechte Nordkorea unter Druck für ihre bessere Verhandlungsposition.

Angesichts der Lebensmittelknappheit und der finanziellen Schwierigkeiten Nordkoreas bildete sich eine NGO `Uri Minjok (*unsere Nation*)`, die aus 6 religiösen und bürgerlichen Organisationen besteht, für allumfassende Hilfsaktionen heraus. 1998 bildete eine Vielzahl von nordkorearelevanten NGOs Aktivierungsmaßnahmen zur Unterstützung von privaten Organisationen gegenüber Nordkorea einen Teil der Sonnenpolitik der Regierung von Kim Dae-Jung. Somit wurde die NGO-Aktivität gegenüber Nordkorea angekurbelt, und als Resultat dieser aktiven Partizipation gewann die NGOs großen Vertrauen in Nordkorea. Das Indiz dafür ist die jährlich zunehmende Besucherzahl der NGOs (siehe Tabelle 15).

Tabelle 14: die Zahl der NGO-Besucher nach Nordkorea in den letzten 6 Jahren

Jahr	98	99	00	01	02	03	Total
Zahl der Besucher	34	49	144	384	1.715	1.670	3.996
Zahl der Angelegenheiten	10	15	39	76	123	126	389

Quelle: Abteilung der sozio-kultruellen Korrespondenz von Ministerium für Wiedervereinigung

Die Rolle von NGOs beim Thema Wiedervereinigung und der Beziehung von Süd- und Nordkorea generell ist bedeutsam. Choi Dae-Sok (2004, 45f) hebt die Rolle von NGOs in Bezug auf humanitäre Hilfe unter vier Aspekten hervor. Erstens geht es um die Rolle als schneller und zuverlässiger Informationslieferant über Nordkorea. Zweitens spielen die NGOs, die von politischen und ökonomischen Bindungen relativ frei sind, eine Rolle als Sicherheitsnetz für Nordkorea, das die Kontinuität und Objektivität ihrer Hilfe gewährleistet. Drittens könnten sie durch ihre Kontakte zu Nordkorea Zeit gewinnen, dagegen Maßnahmen zu ergreifen. Viertens führen sie die Rolle von Vermittlern aus, indem sie die Beziehung von Süd- und Nordkorea bzw. das Thema der Wiedervereinigung in der südkoreanischen Gesellschaft auf die Tagesordnung setzen.

Über die erhebliche NGO-Aktivität auf der Ebene der humanitären Nothilfe hinaus können einige Aufgaben für südkoreanische NGOs in Frage gestellt werden. Zunächst geht es um die Sicherung der Expertise von NGOs, denn ihre fehlende Expertise wird im systematischen Entwicklungsprozeß des Nordkorea-Projekts deutlich. Außerdem wird oft darauf verwiesen, dass den NGOs auch die Verhandlungskompetenz fehlt, wobei

die Erfahrungen mit NGOs im Vergleich zur westlichen Welt weitaus geringer sind. Zudem sind für ein systematisches Management und zugleich für die Entwicklung eines Programms mehr Mitglieder und Geldgeber erforderlich, wenn die Unterstützungsaktivitäten einen Aufbau des langwierigen Nord-Projekts im weitesten eine Voraussetzung für die Wiedervereinigung darstellen sollten (vgl. Choi, Dae-Sok 2004, 60f).

8.3.9. Internet und NGOs

Es ist kaum übertrieben, dass der Erfolg von NGO-Strategien von der Verwendung der Medien abhängt. Greenpeace, Amnesty International, Oxfam sowie Ärzte ohne Grenzen auf internationaler Ebene und People's Solidarity for Participatory Democracy, Citizen's Coalition for Economic Justice, Korean Federation of Environmental Movement im Inland sind inzwischen in den Medien prominent geworden. Der Einfluß dieser NGOs ist in hohem Maße durch die Medien vermittelt. Neben der effektiven Verwendung der Massenmedien erleichtert die Verwendung von Computer-Netzwerken dank der Entwicklung der Informationstechnologien die Vernetzung von NGOs und zwischen NGOs. Ferner kann festgestellt werden, dass die Aktivitäten von kleinen NGOs oder einer-Person-NGOs durch die Verwendung des Internet verbessert werden können. Diese rapide Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien führt wiederum sozialen Wandel herbei¹²⁷. Darüber hinaus haben die Individuen und Gruppen durch die vom Internet vermittelte grenzübergreifende Kommunikation oft einen gemeinsamen Informationsaustausch und Werteinstellungen. Die wachsende Zahl von NGOs folgt ebenfalls aus der technologischen Entwicklung des Internet. D.h. das Internet erscheint als Bewegungsressource für die effektive Mobilisierung der Bürger und dabei verstärkt sich tendenziell die Rolle von NGOs. In diesem Kontext geht es hier darum, die Funktion des Internets zum Empowerment von südkoreanischen NGOs mit Fokussierung auf die politische Auswirkungen des Networking darzustellen, als um die

¹²⁷ Hierfür können wir möglicherweise auf den Gedanken des Aufstands der Zapatista in Mexiko kommen. Nicht zuletzt durch die Verwendung des Kommunikationsnetzwerks haben sie ihre Zapatista-Bewegung für die Bildung der autonomen Gemeinschaft weltweit bekanntgemacht. Für die Bildung des Grassroots-Netzwerks und Appellierung an die globale Solidarität diente das Netzwerk als das beste Instrument. Für den Fall Südkoreas kann von sozialer Bewegung oder fortschreitender Demokratisierung durch die Interaktion von On-Line und Off-line ausgegangen werden.

Auseinandersetzung um eine Cyber-Demokratie oder elektronische Demokratie durch die Bürgerbewegung im Sinne von freiwilliger Partizipation On-Line.

Insbesondere in Südkorea, dass das am höchsten mit dem Internet verkabelte Land ist, bedingen sich die Entwicklung der Zivilgesellschaft und des Internet gegenseitig. Über 80% der Bevölkerung sind laut der Statistik des Ministeriums für Information und Kommunikation ans Internet angeschlossen (siehe Tabelle 13). Durch die Internetzugänge sind die politische Aktivität und Partizipation der Netizen¹²⁸ On-Line aktiviert. Damit ist der Einfluß der Netizen auf die Politik nicht zu gering zu bewerten. Ein Beispiel dafür war die gewaltige Auswirkung des Internets auf die Präsidentschaftswahl 2002. In jenem Jahr lancierte die Internetzeitung *omynews*¹²⁹ Mitteilungen, an die während der Wahl an einem Tag bis zu 20,000,000 Internetzugänge angeschlossen waren (Kim, Ui-Young 2004, 230). Für den Sieg des Präsidentschaftskandidaten Rho, Mu-Hyun bei der Wahl haben sich die als `Rho-Sa-Mo`¹³⁰ bezeichneten Netizen im Internet für die politische Unterstützung von Rho, Mu-Hyun zusammengeschlossen, und diese haben einen großen Beitrag zu seinem Sieg bei der Wahl geleistet.

Tabelle 15: Zahl der Internet-Benutzer

Jahr	1999.12	2000.12	2001.12	2002.12	2003.12	2004.12	2005.6
Zahl der Benutzer	10.860.000	19.040.000	24.380.000	26.270.000	29.220.000	31.580.000	32.570.000

Quelle: Ministry of Information and Communication Republic Korea (www.mic.go.kr)

Als ein sensationeller Fall der NGO-Aktivitäten durch die Verwendung des Internets kann vor allem die `Nicht-Wählen/Nicht-Nominieren-Bewegung` des Bürgerbündnis für

¹²⁸ Dieser neue Begriff `Netizen` ist ein zusammengesetztes Wort von Netwok und Citizen, von einem Amerikaner Hauben geschaffen, und verweist jedoch nicht auf den quantitativen Begriff von Personen, die schlicht das Kommunikationsnetzwerk verwenden, sondern auf den impliziten Begriff von Personen, die eine neue Kultur des Kommunikationsnetzwerks schaffen und dessen Gemeinschaft führen.

¹²⁹ Ohmynews ist die erste Internetzeitung, die einen Bürgerjournalismus befürwortet, unter dem Slogan: „alle Bürger sind Jornalisten“. Jeder Bürger kann einen Artikel in dieser schreiben, und als Bürgerjournalist registriert sein, wenn ihre Artikel gewählt werden. Dabei sind weltweit gegenwärtig über 1.000 internationale Bürgerjournalisten aus 91 Ländern angemeldet. Aus dem Blickwinkel der Bürger werden Artikel in dieser Internetzeitung geschriebn, und mit Rückäußerungen kann eine interaktive Kommunikation geführt werden.

¹³⁰ Rho-Sa-Mo ist eine freiwillige Organisation von Leuten, die Rho, Mu-Hyun lieben.

die allgemeinen Wahlen angesehen werden. Dieses Bürgerbündnis hat einen Such-Service, der ausführliche Auskünfte über die Wahlkandidaten enthält, auf seiner Website angeboten, damit die Wähler bei der Beurteilung sowie Willensentscheidung einen besseren Überblick erhalten. Die aktive Verwendung des Netzwerks ermöglichte eine öffentliche Debatte durch Cyber-Foren und eine Bündelung der öffentlichen Meinung, was sich bei der Wahlbeteiligung der Wähler entsprechend äußern konnte¹³¹ (Kim, Ui-Young 2004, 236).

Eine Stärke des Internets wäre eine Erleichterung der freiwilligen Partizipation und eines kollektiven Handelns von einer Vielzahl von unspezifizierten Personen, die nicht zuletzt ohne räumlich-zeitliche Hindernisse, wenn ein gemeinsames Interesse oder soziale Themen vorliegen, kommunizieren können. Dieses kann dabei als 'flash campaign', die bei einer effizienten Mobilisierung aufgrund des Attributs des Internets von augenblicklicher Transmission in einer kurzen Zeit zum Tragen kommen könnte, in Erscheinung treten. Wenn die Dynamik der On-Line-Bewegung aber nur im Netzwerk und von der realen Welt isoliert bleibt, könnte ihre Dynamik an Bedeutung verlieren. D.h. die Effektivität von NGOs durch die Verwendung des Netzwerks kann sich nur dann vergrößern, wenn die freiwillige Partizipation der Netizen und damit solidarisierende NGOs miteinander verzahnt werden. Von daher bin ich eher skeptisch, ob die demokratische Zivilgesellschaft, die auf einem gegenseitigen Vertrauen der gesellschaftlichen Mitglieder basieren soll, als Öffentlichkeit in den virtuellen Räumen verortet werden kann, denn die Anonymität der Cyber-Räume kann die Bildung von Vertrauen verhindern (vgl. ebd., 244).

9. Darstellung ausgewählter NGOs¹³²

¹³¹ Die Website wurde während der Wahl von mehr als 850.000 Netizen besucht, und darunter 45.000 Besucher haben ihre Meinungen mitgeteilt.

¹³² In diesem Abschnitt geht es um drei major-NGOs, die am häufigsten in den Medien auftreten, und daher deren Popularität und Wirksamkeit in der Zivil- und politischen Gesellschaft dermaßen groß sind, dass die Regierungen aufgrund ihrer Popularität, Reputation und Fachkenntnisse prominenten Aktivisten dieser NGOs immer wieder zu kooptieren versuchen. Dabei darf selbstverständlich nicht vergessen werden, dass viele kleinstrukturierte NGOs für die Realisierung der Basisdemokratie vor Ort auch in diesem Augenblick agieren. Sie sind zwar von Medienwirksamkeit weitaus entfernt, dennoch leistet beständig einen nicht zu übersehenden Beitrag zur Basisdemokratie.

Wie oben gesehen, besteht das Charakteristikum südkoreanischer NGOs in einer Koexistenz von Komplex-NGOs und themenspezialisierter single issue NGOs. Während themenspezifisch agierende NGOs wie Umwelt- sowie Wiedervereinigungs-NGOs auf ein einzelnes Thema hin agieren, sind die Komplex-NGOs kontinuierlich für die Demokratisierung tätig. Ihr Tätigkeitsspektrum reicht von aktuellen nationalen bis hin zu internationalen Problemen. An dieser Stelle sind Citizen's Coalition for Economic Justice (CCEJ), die überwiegend auf wirtschaftliche Überwachung zentriert ist, und die People's Solidarity for Participatory Democracy (PSPD), die sich mit der Überwachung politischer Macht beschäftigt ist, als Komplex-NGOs zu nennen. Die Themen dieser beiden NGOs überlappen sich, sie liegen aber auch in Konkurrenz zueinander. In der folgenden Darstellung werde ich die CCEJ und die 'Korean Federation for Environmental Movement' als themenspezifische Umwelt-NGO näher vorstellen. Dabei sollen vor allem deren jeweilige Organisationsstruktur und der Stand der Ressourcenmobilisierung sowie ihre Projekte dargestellt werden.

Die Wahl des Darstellungsgegenstands begründet sich darin, dass beide im Unterschied zu den alten sozialen Bewegungen mit neuen Themen und Bewegungsverfahren in Erscheinung traten, und als Major-NGOs über ein Organisationssystem in größerem Umfang verfügen und mit vielen Prominenten in den Medien sehr populär sind, somit ihre Wirksamkeit im politischen Entscheidungsprozess in der Tat nicht zu übersehen ist. Insbesondere durch ihre Aktionen (und die Rio-Umweltkonferenz) ist der Terminus NGO in der südkoreanischen Gesellschaft gängig geworden.

9.1. Citizen's Coalition for Economic Justice (CCEJ)¹³³

CCEJ wurde mit dem Niedergang der auf die Klassengesellschaft gestützten Volksbewegung, also der Minjungbewegung, und damit als Alternative zu dieser 1989 gegründet. Von der Fragestellung nach einer Angemessenheit der herkömmlichen sozialen Bewegung in Bezug auf die veränderte Sozialstruktur ausgehend, betont die CCEJ die Notwendigkeit einer neuartigen Bewegung, in die die inzwischen quantitativ

¹³³ Zu detaillierten Informationen, siehe die Website: www.ccej.or.kr.

expandierten Mittelschichten einbezogen werden sollen¹³⁴. An dieser neuartigen sozialen Bewegung beteiligten sich Intellektuelle und Religionsführer aus der alten sozialen Bewegung und professionelle Eliten, die nach einem 'Gemeingut' der Gesellschaft streben. Darüber hinaus erreichte die Immobilienspekulation, die eine beim Wechsel jeder Regierung nicht zu übersehende politische Herausforderung ist, zum Zeitpunkt der Gründung der CCEJ ihren höchsten Grad. Der Immobilienmarkt stieg jährlich um 30% an, und damit ist die Wohnlage zu einem profitablen Gegenstand der Spekulanten geworden. Vor diesem Hintergrund empfand die CCEJ eine akute Notwendigkeit, sich für Ziele und Praktiken ökonomischer Gerechtigkeit einzusetzen. Sie befürwortet dabei die Marktwirtschaft mit ihrer Effektivität und fordert darüber hinaus eine gerechte Umverteilung durch entsprechende Interventionen des Staates. Die aus der Intervention des Staates resultierende Korruption und die Inkompetenz der Regierungen, so die Analyse, führte jedoch zur Beeinträchtigung der Effektivität und daran sollte die Bürgerbewegung ansetzen und eine Kontrollfunktion übernehmen. Hierzu wurden sechs Projekte mit dazugehörigen Praktiken entworfen: Diese sind das Recht auf die Führung eines menschlichen Lebens durch Armutsbekämpfung, Ausrottung der unproduktiven nicht durch eigene Arbeit erworbenen Einkommens, ökonomische Chancengleichheit für jeden Staatsbürger, die gründliche Ausrottung von Plutokratie und der engen Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie, die eine Verzerrung der Demokratie hervorbringt, das Verbot der Instrumentalisierung von Grundstücken für die Eigentumsverwertung und zuletzt die Forderungen nach einer Pflicht der Regierung für die Reform von Defiziten der Marktwirtschaft.

Doch zunächst zur organisatorischen Charakterisierung. Es ist maßgeblich für den Erfolg einer NGO, wie sie konstituiert ist, d.h. die Sicherung finanzieller und personeller Ressourcen von Experten, Mitgliedern und sonstigen Personen sowie ihre Projekte als Triebkraft der Bewegung. Dabei ist die Sicherung von Experten mit ihren Wissensressourcen wesentlich für die Sicherung der Spezialisierung der Bewegung und damit die Vorlage von Politikalternativen. Im Hinblick auf den Umfang der Organisation

¹³⁴ In dem Initiierungsmanifest findet sich dieser Hintergrund ihrer Gründung: „Unsere gegenwärtige Gesellschaft driftet von den Polen der Rechts- und Linksflügeln (...), und wir hoffen deshalb im Großen und Ganzen auf eine Erscheinung der auf Konsens der Bevölkerung basierenden Bewegung, weil in der Gegenwart keine Pufferzone, die die Fragestellungen der oppositionellen Bewegungskräfte nicht entsprechend aufnimmt, besteht“ (in: ein Jahrgedenkmaterialiensammlung (1990.7.7.): „Warum initiieren wir die CCEJ?“).

hat die CCEJ das Zentralbüro in Seoul und landesweit 31 Filialen, die in lokalen Orten und Regionen verortet sind. Die Finanzen und der Betrieb der Lokal-CCEJ verlaufen unabhängig von der Zentrale der CCEJ. Zudem erfolgt innerhalb des Gefüges der Gemeinderäte der Lokal-CCEJ die Diskussion über die Themenentscheidungen in landesweitem Maßstab und unter umfassender Führung der gesamten CCEJ.

9.1.1. Ressourcenmobilisierung

Jede Bewegungsorganisation hat ihre Ziele und Zwecke. Um die Ziele erreichen zu können, benötigt sie Ressourcen, ob materiell oder immateriell. Im folgenden geht es vor allem um personelle Ressourcen. Zu diesen gehören Mitglieder, Vollzeitbeschäftigte und Freiwillige. Die Mitglieder sind mit den Aktivitäten der CCEJ einverstanden und unterstützen sie durch ihre Beiträge. Freiwillige Aktivisten sind größtenteils professionelle und bürgerliche Eliten, die mit ihrer Expertise in verschiedenen Politikbereichen unentgeltlich tätig sind. Sie stellen eine wichtige Wissensressourcen für die NGO-Bewegung dar.

Mitgliedschaft

Es kommt für die Bewahrung der Autonomie und Eigenständigkeit von NGOs auf finanzielle Unabhängigkeit an. Finanzielle Quellen südkoreanischer NGOs stammen in der Regel aus Beiträgen der Mitglieder (41.2%, dazu siehe Tabelle 4). Bei ihrer Gründung in 1989 startete die CCEJ mit 5 festen Mitarbeitern und 500 Mitgliedern und 10 Jahre nach der Gründung sind 60 Vollzeitbeschäftigte allein im Zentralbüro tätig. Die Zahl der Mitglieder nahm ebenfalls erheblich zu (siehe Tabelle 15). Im Hinblick auf die Herkunftsregionen der Mitglieder sind sie hauptsächlich auf die Großstädte zentriert. Davon nimmt Seoul den größten Anteil mit ca. 60% ein. Mit diesem Verweis kann davon ausgegangen werden, dass die Konzentration auf die Großstädte mit der beruflichen Tätigkeit und Bildung insbesondere der wachsenden Mittelschichten zusammenhängt (siehe Tabelle 17). Augenfällig ist die dramatische Abnahme der Mitgliederzahl bei den städtischen Armen. Der Grund dafür liegt darin, dass die CCEJ zwar die städtische Armen als Mobilisierungskräfte rekrutierte, aber diesen dann keine weitere Visionen anbieten konnte, und von daher kein Hoffnungsträger bzw. Vertreter mehr sein zu

scheint¹³⁵. Das legt die Annahme nahe, dass die bestimmenden Interessen und das Agenda-Setting eher den Mittelschichten entspricht. In Bezug auf den Altersaufbau der Mitglieder haben die zwanzig und dreißigjährigen den größten Anteil (siehe Tabelle 18).

Tabelle 16: Stand der Zahl der Mitgliedschaft

Jahr	1989	1990	1991	1992	1993	1998
Zahl der Mitglieder	500	4.000	5.791	7.898	9.299	20.000

Tabelle 17: Verteilung der Mitglieder nach ihrem Beruf (Einheit: in %)

Beruf der Mitglieder	1990	1991	1992	1993	1994
Professor/Lehrer	7.2	13.2	10.5	11.2	11.5
Der Geistliche	3.2	4.8	7.5	7.4	6.4
Jornalist	2.2	3.0	3.5	3.6	3.7
Fachmann (Arzt, Apotheker, Anwalt, Buchhalter)	3.4	6.6	6.7	6.9	8.8
Student	18.3	15.5	20.5	12.1	10.6
Beamter	0.9	0.6	1.1	1.2	1.4
Büroangestellter	11.3	27.9	27.9	23.4	24.2
Die Armen der Städte/Bauer	46	4.4	4.3	5.5	2.7
Kleine und mittlere Unternehmen/ Selbstständiger	5.0	9.2	9.2	11.2	13.0
Arbeiterorganisation		5.8	6.1	6.6	6.4
Fabrikarbeiter		1.7	2.3	2.5	2.8
Sonstiges (Hausfrau/Soldat/Kultur etc.)	7.0	6.4	7.7	7.3	8.4

¹³⁵ In dem Gründungsjahr waren Gemeinderäte der städtischen Armen, von Mietern sowie von Straßenverkäufern als Teilorgan der CCEJ-Organisationsstruktur eingerichtet, und diese Gemeinderäte fungierten als zentrale Bewegungsprojekte für den Mieterschutz und damit Kampagne für Politikmaßnahmen in Bezug auf eine stabile Wohnlage. Aber bald wurden diese aufgelöst.

Quelle: Gedenkmaterialsammlung der CCEJ, 1995

Tabelle 18: Altersverteilung als der Mitglieder (Einheit: %)

	1991	1992	1993
20 – 24	16,8	12,5	8,2
25 – 29	24,7	20,2	20,5
30 – 34	20,6	20,6	21,8
35 – 39	12,9	15,1	18,0
40 - 44	9,3	10,2	11,0
45 - 49	6,6	8,7	9,6
50 - 54	4,6	5,8	5,1
55 -59	1,9	3,3	3,5
60 -	3,4	3,6	2,3

Quelle: Gedenkmaterialsammlung der CCEJ

Personelles Gefüge der Vorstandsmitglieder

Der Vorstand besteht gegenwärtig aus 4 Ko-Geschäftsführern, 5 Mitgliedern des Zentralkomitees, 2 Aufsichtsratsmitgliedern und einem ständigen Mitglied der Komitees in den jeweiligen nach Themen klassifizierten Sektionen, die in der folgenden Tabelle 18 zu sehen sind. Drei von 5 Mitgliedern des Zentralkomitees sind Professoren, einer Patentanwalt und der restliche ist Geschäftsführer der Lokal-CCEJ. Der Umfang des ständigen Exekutivkomitees beträgt 62 Personen, 31 davon sind Wissenschaftler und Juristen sowie Geschäftsführer von anderen Bewegungsorganisationen. Ihre Wissensressourcen in den verschiedenen Themenbereichen tragen grundsätzlich zu einem Fortbestand der Organisationen bei und bei der Ausführung der Projekte bei. Dem ständigen Exekutivkomitee sind die folgenden Ausschüsse untergeordnet, die nach Themen und Aktivitäten organisiert sind: Organisationsausschuss, Ethikausschuss, Finanzausschuss, Internationaler Ausschuss, Ausschuss für Bürger und Gesetzgebung, Politikausschuss (siehe Tabelle 21)

Finanzen

Finanzen sind ein entscheidender Faktor, um eine Organisation aufrechtzuerhalten. Insbesondere für NGOs, die von ihrer Autonomie sowie dem Vertrauen in ihre Moral

gespeist werden, ist dies höchst bedeutungsvoll. Die meisten NGOs, deren finanzielle Situation größtenteils von Beiträgen der Mitglieder abhängt, haben indessen große finanzielle Schwierigkeiten. Auch die CCEJ bildet hier keine Ausnahme. Nach der Satzung der CCEJ sollen ihre Spendeaktionen vor allem die Moralität der Bürgerbewegung nicht beeinträchtigen, und es ist ihr erlaubt, verschiedene Unterstützungsvereine für eine effektive Ausführung ihrer Projekte zu haben. Zuletzt sollen die Einkünfte durch die Beiträge der Mitglieder, Sonderspendeaktionen und dem Gewinn aus Geschäften erzielt werden¹³⁶. Infolge der Vernachlässigung des Mitgliedermanagements bei gleichzeitiger Kostenerhöhung aufgrund der Diversifizierung der Bewegungsprojekte hat die CCEJ finanzielle Schwierigkeiten¹³⁷. Ein Vergleich der Mitgliedsbeiträge mit den anderen Einkunftsquellen und Ausgaben ist in der folgende Tabelle 19 erkennbar. Der Mitgliedsbeitrag hat einen abnehmenden Anteil bei den Einkünften. Worin bestehen dann die Einnahmequellen der CCEJ? Sie lassen sich im Großen in vier Sektoren teilen (siehe Tabelle 20). Angesichts des abnehmenden Mitgliedsbeitragsanteils bemüht sich die CCEJ, die Mitgliederzahl um 50% zu erhöhen und zusätzlich die Dotierung von Regierungen und Unternehmen 30% nicht überschreiten zu lassen.

Tabelle 19: Finanzielle Struktur mit Mitgliedsbeitrag Einheit: Millionen Won

	1992	1994	1995	1996	1997	1998
Gesamte Einkünfte	440	963	1.899	1.666	1.036	1.178
Mitgliedsbeitrag	114	204	181	117	84	282
Beitrag/Einkünfte	26%	21%	10%	7%	8%	24%
Gesamte Ausgabe	429	927	1.948	1.880	1.125	1.036
Differenz	11	36	-48	-214	-89	141

Quelle: Monatliche Ausgabe CCEJ 1999, März/April, 38

Tabelle 20: Stand der Einkünftequelle 1998 Einheit: Won, (%)

¹³⁶ Siehe Paragraph 6 Absatz 30, 31, 32 in der Satzung der CCEJ

¹³⁷ CCEJ selbst räumt die Nachlässigkeit des Mitgliedsmanagements ein, dass sie das Mitgliedsmanagement so vernachlässigte, dass sie sich manchmal über die neue Anschrift der Mitglieder nicht informierte bzw. sogar an die toten Mitglieder jahrelang eine schriftliche Kündigung abgesendet hat. (CCEJ 1996, zitiert nach Woo, Hye-Young 1999, 62).

	Mitgliedsbeitrag	Spendegeld	Einkünfte aus Geschäften	Sonstiges	Total
1.98- 12.98	195.932.891 (28)	270.882.245 (39)	161.769.474 (23)	62.917.641 (9)	691.502.251 (100)

Quelle: Woo, Hye-Young 1999, 67

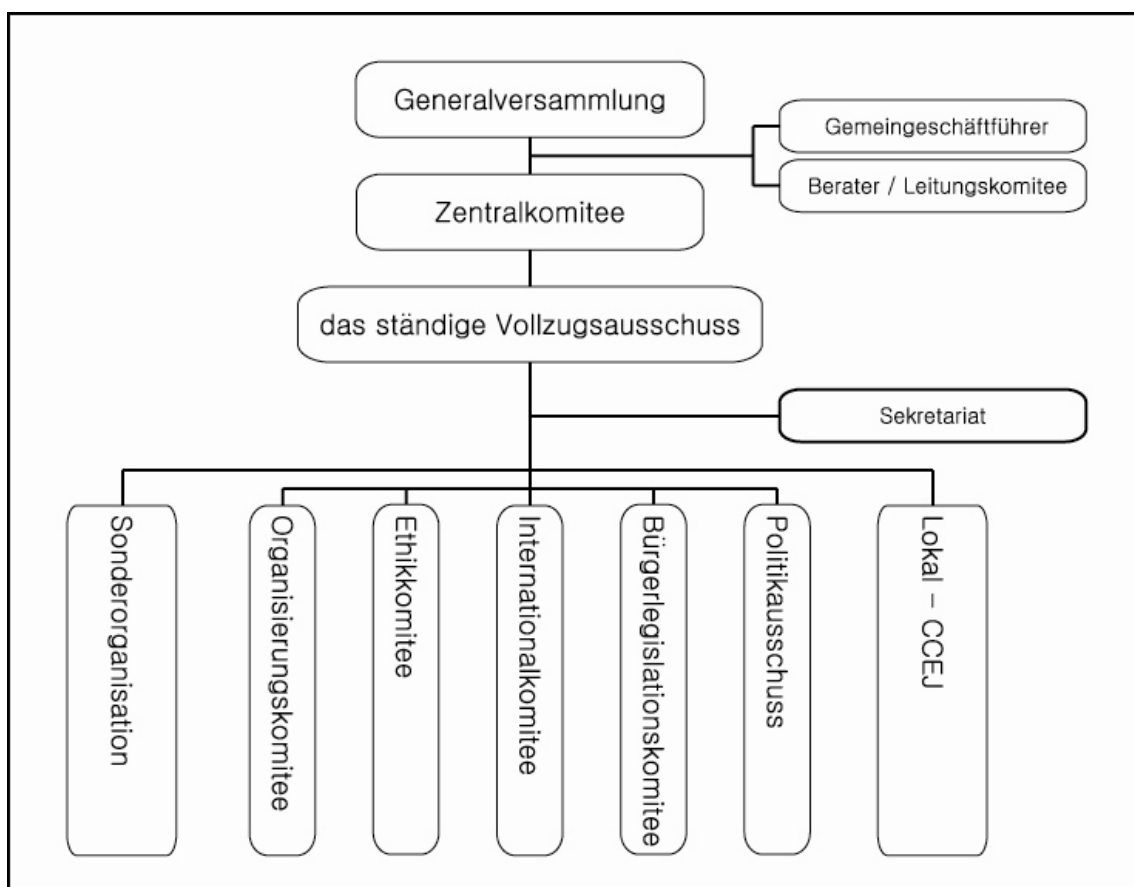
9.1.2. Organisationsstruktur

Gemäß der Satzung der CCEJ besteht das Organisationssystem aus der alle zwei Jahre einberufenen Mitgliedergeneralversammlung, dem Zentralkomitee als höchstem Beschlußorgan, in dem Entscheidungen über Projekte getroffen werden, dem ständigen Exekutivkomitee sowie dem Sekretariat für die Durchführung der Projekte. Die Mitgliedergeneralversammlung wird von den Geschäftsführern alle zwei Jahre einberufen. Ferner kann sie durch die Entscheidung des Zentralkomitees und des Exekutivkomitees außerplanmäßig einberufen werden, allerdings nur dann, wenn dies mit allen Geschäftsführern vereinbart ist. Das Zentralkomitee als höchstem Beschlußorgan besteht aus über 150 aber weniger als 300 Mitgliedern, einem Vorsitzenden und einigen stellvertretenden Vorsitzenden. Es verfügt über die Befugnis der Ernennung der Vollzugsausschussmitglieder und des Aufsichtsrats, hat die Erlass- sowie die Revisionsbefugnis von Abkommen, die Befugnis zur Genehmigung der Projektplanung und Abrechnung sowie für den Haushalt, sowie die Einrichtung und Abschaffung von Sonderorganisationen sowie Zusatzorganen. Es tagt (mit Ausnahmen) jedes Jahr. Das ständige Exekutivkomitee wird einmal im Monat von dessen Vorsitzenden einberufen. Es besteht aus über 50 aber weniger als 80 Mitgliedern des Exekutivkomitees, einem Vorsitzenden und einigen stellvertretende Vorsitzenden. Seine Befugnis bezieht sich auf den Vollzug der vom Zentralkomitee genehmigten Projekte und die Entscheidung über damit zusammenhängende Sachverhalten, die Vorlage sowie die Vorprüfung der Entwürfe des Haushalts für das Zentralkomitee, die Abrechnungen, die Berufung von Beratern sowie des Leitungskomitees, der Wahl des Repräsentanten und des ständigen Generalsekretärs, sowie den Erlass und die Revision von verschiedenen für das Gefüge der Organisation benötigten Regeln. Darüber hinaus hat das CCEJ ein Sekretariat, das von dem Generalsekretär geführt wird und für die Ausführung

ihrer gesamten Projekte zuständig ist. Das Organisationssystem ist in der Tabelle 21 dargestellt.

Wie festzustellen ist, werden substantielle Entscheidungen in dem einmal im Monat regelmäßig einberufenen ständigen Exekutivkomitee getroffen. Zudem werden bislang die meisten Projekte und Konzepte der Bewegung in dem aus professionellen und Wissenschaftlern bestehenden Politkkomitee konzipiert. Im realen Betrieb der CCEJ ist die Macht auf das von einem Generalsekretär geführte Sekretariat zentriert¹³⁸. Diese zentralisierte organisatorische Ausprägung der CCEJ stellt somit einen deutlichen Kontrast zur PSPD dar.

Tabelle 21: Organisationsstruktur



¹³⁸ In einem Interview in einer Zeitschrift (siehe Newsmaker 1.4.1999) beteuerte der frühere Generalsekretär bei der CCEJ, dass die Rolle und Pflicht auf der Person des Generalsekretärs überladen sei. Die Machtbefugnis und Verantwortung sollten verteilt sein, aber es funktioniere nicht.

9.1.3. Hauptprojekte und Aktivitäten¹⁴⁰

Die CCEJ begann mit der Beschäftigung mit den Problemen der Immobilienspekulationen, um die unterschiedlichen Forderungen der Bürger und das breite Spektrum der auf der Pluralisierung der Gesellschaft beruhenden sozialen Problembereiche verarbeiten zu können. Dazu war die Ausweitung des Organisationsumfangs nötig, was eine Verstärkung und Diversifizierung von Politikalternativen und damit Aktivitäten mit sich brachte. Dabei decken die Themenbereiche von ökonomischer Gerechtigkeit bis hin zu aktuellen Themen wie Arbeiterschaft, Wiedervereinigung, Umwelt etc. ab. Damit wurde die CCEJ in der Zivilgesellschaft als eine auf komplexe Themen ausgerichtete NGO wahrgenommen. Dabei spielt das Politikforschungskomitee, für das Wissenschaftler, Juristen und Experten engagiert sind, als 'think tank' eine Schlüsselrolle bei der Vorlage der Politikalternativen unter dem Gesichtspunkt einer ökonomisch gerechten Gesellschaft, einer nachhaltigen Gesellschaft, einer partizipativen demokratischen Gesellschaft sowie einer die Schwachen in Schutz nehmenden Gesellschaft. Im folgenden geht es um die Aktionen und Kampagnen, die sich für stabile Wohnverhältnisse für die städtische Armen, die Unabhängigkeit der südkoreanischen Zentralbank, eine Eliminierung des Grundstückskaufs zu Zwecken der Spekulation, die Einführung des Real-Name-Systems bei jeder finanziellen Transaktion, einen Abbau der *Chaebol*-Struktur, eine Steuerreform für die Realisierung der gerechten Besteuerung und eine Aktivierung der Kommunalverwaltung durch Monitoring der 29 Lokal-CCEJ fokussierten. Hierbei kann die Einführung des Real-Name-Systems bei jeder finanziellen Transaktion, die durch ständige Druckausübung der CCEJ auf die Regierung von Kim Young-Sam durchgesetzt werden konnte, als ein großer Erfolg bewertet werden.

Ein chronisches Problem der südkoreanischen Wirtschaftsstruktur, das die CCEJ hervorhebt, artikuliert sich in der Kritik des nicht durch eigene Arbeit erworbenen Einkommens und der auf der engen Beziehung zwischen Politik und Ökonomie beruhenden Ausbreitung der Korruption, sowie der auf die *Chaebol* zentrierte Wirtschaftsstruktur und den damit einhergehenden Ausschluss liberaler Konkurrenz. Zur Bewältigung dieser Probleme legte die CCEJ einen Leitfaden für die

¹⁴⁰ Dazu ausführlicher siehe die Website: ccej.or.kr/English

Wirtschaftsreform vor. Er verweist auf eine Abschaffung durch Zentralverwaltung charakterisierten Wirtschaftsordnung und die Etablierung eines auf der liberalen Konkurrenz basierenden Prinzips der Selbstverantwortung in Form einer Preisfindungsorganisationen sowie der Dringlichkeit der umfassenden Restrukturierung der durch Verbindung mit der Staatsmacht und Aroganz gekennzeichneten Chaebol.

Bei den Politikalternativen für die Wirtschaftsreform handelt es sich um eine simultane Verfolgung von Effizienz und Ausgeglichenheit der Ökonomie, die Berücksichtigung der sozialen Wohlfahrt und die Notwendigkeit der Rekonstruktion der Industrie für eine Verstärkung internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Für die erste Aufgabe, die simultane Verfolgung ökonomischer Effizienz und Ausgeglichenheit, werden die Inkraftsetzung des Real-Name-Systems bei jeder finanziellen Transaktion, die Reform der Grundsteuer, die Liberalisierung des Finanzwesens sowie die Normalisierung von dessen Funktion vorgeschlagen. Für die soziale Wohlfahrt sollte eine Expansion der wohlfahrtsrelevanten Institutionen, eine Sicherung des stabilen Wohnungswesens für die Bevölkerung mit geringem Einkommen etc. erfolgen. Für die Rekonstruktion der Industrie erfordert die CCEJ eine erweiterte Investition in die Landwirtschaft, die Schaffung von hochwertigem Mehrwert durch die Industrie sowie die Förderung der Mittelstandsunternehmen.

Diese Projekte und die darauf basierenden Aktivitäten werden durch eine Vorlage komplexer Politikentwürfe, jeden Monat regelmäßig stattfindende Politikseminare¹⁴¹, öffentliche Diskussion, Werbekampagnen und die Bekanntmachung verschiedener Manifeste betrieben. Dabei entfalten sich die Aktivitäten in verschiedenen Formen wie z.B. der Einreichung einer Petition, Protesten vor der Nationalversammlung oder dem Justizministerium, die Ausfertigung öffentlicher Fragebögen etc.. Darüber hinaus publiziert die CCEJ die Zeitschrift 'ökonomische Gerechtigkeit' und ebenfalls mehrere Einzelbände, die in den meisten Fällen das vom Politikforschungskomitee vorgelegte Resultat seiner Arbeit beinhalten.

Die Werbekampagnen für die Bekanntmachung ihrer Politikprojekte erfolgt in hohem Maße mit der Unterstützung und Verwendung der Medien – interessanterweise auch der konservativen –, wobei die Verwendung der Medien die Gefahr in sich birgt, selbst davon abhängig zu werden, da Projekte und Aktionen sich nach dem Geschmack der Medien

¹⁴¹ Der ausdiskutierte Inhalt in diesem Seminar wird in der Monatszeitschrift CCEJ publiziert.

richten könnten, denn verstärkte mediale Aufmerksamkeit in den Medien bedeutet wiederum eine Vergrößerung der finanziellen Ressourcen.

9.1.4. Bewertung

Auf jeden Fall wuchs die CCEJ, die bei der Gründung glanzvoll im Licht der etablierten konservativen Medien stand, zu einem einflußreichen Akteur in der südkoreanischen Gesellschaft heran. Nach einer Umfrage in 1996 stand sie an erster Stelle der einflußreichsten Akteure der südkoreanischen Gesellschaft. Aber über ihre Leistungen und ihren Einfluß hinweg ist auf gewisse Probleme hinsichtlich ihrer Bewegungsziele und Organisation zu verweisen. So lässt sich an ihren Projekten für eine reformatorische Wirtschaftspolitik und den Aufbau der demokratischen Wohlfahrt in gewissem Maße ein konservativer Inhalt der liberalistischen Grundgedanken feststellen. Sie befürwortet zwar eine auf Wachstum und Umverteilung basierende ökonomische Reform, dennoch fehlt eine präzise Analyse darüber, wie unter Rücksichtnahme auf die gegenwärtige Sozialstruktur diese möglicherweise miteinander widersprüchlich zueinander stehenden Aufgaben miteinander vernetzbar sein kann. Die rapide Expansion des Organisationsumfangs ließ sie ihre Identität als eine sich auf die Realisierung ökonomischer Gerechtigkeit richtende Bewegungsorganisation und die dementsprechenden sozialen Verpflichtungen vernachlässigen.

Ein anderes Problem ist ferner eine `Nähe` zur Realpolitik. D.h. die vollzeitbeschäftigten Organisatoren kritisieren in der Binnenstruktur vor allem die Neigung der Generalsekretäre zu einer spezifischen Partei (vgl. Newsmaker 1.4.1999, 21). Weiterhin ist das Verhalten der prominenten Aktivisten immer wieder in die Kritik geraten, wobei von den oft als „Moralunternehmen“ bezeichneten NGOs eine Moralität in hohem Grad abverlangt wird. Darüber hinaus geht es um die Probleme der Binnenorganisation. Die inneren Konflikte artikulierten sich in den Auseinandersetzungen zwischen der Zentrale und der lokalen Ebene sowie zwischen verschiedenen lokalen Ebenen. Zudem bestehen Differenzen in der Art und Weise der Verwaltung und bei der Bestimmung von Vorstandmitgliedern aufgrund fehlender landesweiter Standards, und dies wiederum stellt ein entscheidendes Hindernis dar, die Integrität und Zuverlässigkeit zu sichern, und die Basis für eine nachhaltigen Bewegung der CCEJ aufzubauen (Monatzeitschrift CCEJ

2003). Wie alle andere NGOs hat auch die CCEJ das ernsthafte Problem der finanziellen und personellen Knappheit. Vor allem das Gehalt der Vollzeitbeschäftigten erreicht nicht einmal das Niveau des Durchschnittsgehalts¹⁴². Auch die Vernachlässigung des Managements der Mitgliederschaft, die bei der finanziellen Mobilisierung eine wichtige Rolle spielen sollte, kann als ein Problem hervorgehoben werden.

Diese Probleme waren eine Motivation für die Gründung der PSPD und spiegeln sich entsprechend darin wider (dazu siehe 8.2.).

9.2. People's Solidarity for Participatory Democracy¹⁴³

Die PSPD, deren Bewegungsziel sich größtenteils auf die Beaufsichtigung der Macht und die Rechtsfindung für die Bürger ausrichtet, kann als komplexe „Advokat-NGO“ charakterisiert werden, die sich angesichts der Enttäuschung über den verlorengegangenen Reformwillen der Zivilregierung sich für die Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses einsetzt. Die Notwendigkeit, durch Überwachung und Kontrolle der politischen Macht die verzerrte Sozialstruktur zu verändern und die politische Demokratie zu realisieren, führten zur Gründung der PSPD in 1994 unter dem Motto: „die Macht der Bürger verändert die Welt“. Für ihre Initiierung hatten sich progressive junge Wissenschaftler, Juristen¹⁴⁴ und Aktivisten, die sich in den 80er Jahren für die alte soziale Bewegung in verschiedenen Formen agierten, zusammengeschlossen. Die 'People's Solidarity for Participatory Democracy' befürwortet eine partizipatorische Demokratie, die im Mittelpunkt der tagtäglichen Lebenswelt und der politischen Arena verankert sein sollte.

In Paragraph 2 der Satzung heisst es entsprechend:

¹⁴² Das erste Gehalt der Uni-absolvierten Vollzeitbeschäftigten beträgt 570000 Won (umgerechnet ca. 350 Euro) (Newsmaker 1.4.1999, 23). Mit Verweis auf das erste Durchschnittsgehalt in 1999 ist es monatlich im Durchschnitt 2.000.000 ~2.500.000 Won (ca 1.540~1.930 Euro) für die Uni-Absolvierten!

¹⁴³ Für die Darstellung habe ich ihre Website: www.peoplepower21.org, ein von der Autorin geführtes Interview vom 11.4.2002 mit Lee, Tae-Ho, Direktor für Politikforschung, die Magisterarbeit von Kang, Su-Kyung (2005), Par, Young-Sun (2003), Park, Young-Woo (2000) und auch die Publikationen der PSPD herangezogen.

¹⁴⁴ Der erste Generalsekretär, der für die Gründung der PSPD die Initiative ergriff, und eine Symbolfigur der Bürgerbewegung geworden ist, war ein Anwalt, der sich für Menschenrechte engagierte. Eine professionelle Gruppe unter anderen war eine Juristengruppe, die über juristische Fachkenntnisse verfügt und sich für Menschenrechte im Sinne eines universellen Begriffs der Emanzipation interessierte.

„PSPD zielt darauf, die Staatsmacht mit freilliger Partizipation der Bevölkerung aus allen Schichten und Klassen zu überwachen, dafür konkrete Politiken und Alternativen vorzulegen und durch zweckmäßige Bürgeraktion eine pratizipatorische demokratische Gesellschaft, in der sich die Menschenrechte und Wohlstand verkörpern, aufzubauen.“

9.2.1. Ressourcembilsierung

Bei der Ressourcenmobilisierung strebt die PSPD ein systematisches Management der Mitgliederbeteiligung und damit eine 100 prozentige finanzielle Unabhängigkeit von staatlicher Unterstützung an. Durch eine beständige Programmentwicklung und damit die Anregung eines partizipatorischen Bewußtseins bemüht sie sich um die Mobilisierung ihrer Mitgliedschaft. Die Mitgliedsangelegenheit hängen unmittelbar mit den finanziellen Ressourcen zusammen.

1) Personelle Ressourcen

Die personellen Ressourcen der PSPD bestehen im wesentlichen aus freiwilligen Mitgliedern und Vollzeitbeschäftigten, die vornehmlich Sacharbeit betreiben. Freiwillige Think Thanks, die aus progressiven Intellektuellen bestehen und die für verschiedene aktuelle Themen zuständig sind, analysieren die südkoreanische Gesellschaft und streben dabei die Entwicklung von Politikalternativen an.

Mitgliedschaft

Die Mitglieder der PSPD sind die wichtigste Einkunftsquelle. Das ständige Management ihrer Mitglieder ist daher eine Notwendigkeit für eine Aufrechterhaltung der Organisation. Die bedeutsame Rolle der Mitglieder und das dementsprechende Bewusstsein der PSPD reflektiert sich in der jährlichen Zunahme de Mitgliedszahlen. Die PSPD, die mit einer Mitgliedszahl von 296 gegründet wurde, erreichte bis zum Jahr 2002 13.138 Mitglieder. Wie in der Tabelle 22 festzustellen ist, verdoppelte sich die Zahl der Mitglieder jedes Jahr. Somit ist sie neben der CCEJ als eine der einflußreichsten NGOs zu verorten. Dabei werden sieben Mitarbeiter in der speziell für die Betreuung der Mitgliedschaft eingerichteten Abteilung für Bürgerpartizipation eingesetzt. Dese

Abteilung veranstaltet einmal im Monat einen Empfang für die neuen Mitglieder, sendet jedem Mitglied ein Newsletter und betreibt ein Internship-Programm für die Schulung der Bürger. Die Mitglieder können darüber hinaus am Willensbildungsprozess als zentraler Achse der Herrschaftsstruktur teilnehmen. Jedes einzelnes Mitglied hat das Recht, sich an der Führung der PSPD und ihren Entscheidungen zu beteiligen.

In Bezug auf die Rekrutierung von Mitglieder legt die PSPD den Mitgliedern zwei Richtlinien vor: 1) die Verwurzelung der PSPD in der Zivilgesellschaft, 2) das Bild der partizipierenden Mitglieder. Dazu fördert sie die Bewegung einer Mitgliedsvergrößerung, eine Vergrößerung und Aktivierung der autonomen Mitgliedsversammlung, die auf der Region basierende Mitgliedsrekrutierung und mehrere andere Projekte. Diese Mitgliedsversammlung trägt ferner zur Solidarität zwischen den Mitgliedern bei.

Tabelle 22: Entwicklung der Mitgliedszahl

Jahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Zahl der Mitglieder	104	518	663	1.794	2.875	5.422	4.656	13.138

Quelle: Park, Young-Sun (2003, 16)

Die folgende Tabelle zeigt den Stand der Mitglieder nach ihrem Beruf. Laut dieser Statistik sind von 3.624 Mitgliedern 854 Büroangestellte (23.6%), 354 Professionals und 715 Wissenschaftler. In Bezug auf die regionalen Verteilung der Mitglieder nimmt Seoul mit 2.144 Personen (56.8%) den größten Anteil ein gefolgt von Kyunggido mit 877 (23.2%). Darin zeigt sich, dass die absolute Mehrheit auf den Umkreis der Hauptstadt konzentriert ist. Bei der Begründung dieses Konzentrationsphänomens kann davon ausgegangen werden, dass die PSPD keine lokal und und regional verankerte Organisation ist (PSPD, Symposiummaterial für 5 Gründungsjubiläum 1999, 39).

Tabelle 23: Änderung des Mitgliedsgefüges, klassifiziert nach Jahr und Beruf: Angaben in Pers./(%)

Jahr \ Beruf	1994	1995	1996	1997	1998	1999	Total
Hausfrau	3(1,3)		15(3,6)	41(7,5)	52(3,9)	32(3,1)	144(4)

Beamte	3(1,3)	3(3,4)	14(3,3)	13(2,4)	43(3,3)	22(2,2)	98(2,7)
Landwirtschaft	1(0,4)		1(0,2)	3(0,5)	3(0,2)	2(0,2)	10(0,3)
Arbeitslos	6(2,6)	1(1,1)	4(0,9)	11(2)	23(1,7)	20(1,9)	65(1,8)
Kultur	6(2,6)	3(3,4)	11(2,6)	3(0,5)	4(0,3)	10(0,9)	37(1)
Jurist	47(21)	10(11,5)	31(7,4)	47(8,5)	32(2,4)	11(1)	178(4,9)
Büro- angestellte	24(11)	17 (19,5)	75 (17,8)	112 (20,4)	372 (28,1)	254 (25)	854 (23,6)
Geschäftsmann	1(0,4)	4(4,6)	13(0,7)	27(4,9)	94(7,1)	54(5,3)	193(5,3)
Soziale Bewegung	22(9,7)	8(9,2)	33(7,8)	21(3,8)	60(4,5)	31(3)	175(4,8)
Medien	10(4,4)	2(2,2)	39(9,3)	50(9)	53(4)	31(3)	185(5,1)
Parlament/ Parteien	2(0,9)	2(2,2)	8(1,9)	16(2,9)	25(1,9)	3(0,3)	56(1,5)
Selbstständige	1(0,4)		10(2,4)	17(3)	93(7)	70(6,9)	191(5,3)
Professional	13(5,7)	7(8)	36(8,6)	52(9,4)	159(12)	87(8,5)	354(9,8)
Geistliche	5(2,2)	2(2,2)	16(3,8)	6(1)	25(1,9)	12(1,2)	66(1,8)
Publikation/ Druckerei	8(3,5)	1(1,1)	9(2,1)	8(1,4)	9(0,7)	2(0,2)	37(1)
Wissen- schaftler	75(33)	27(31)	105(25)	123 (22,3)	276 (20,9)	109 (10,7)	715 (19,7)
Sonstiges						267 (26,2)	267(27)
Total	227	87	420	550	1.323	1.017	3.624

Quelle: PSPD, Symposiumsmaterial für 5 Gründungsjubiläum 1999, 33

Im Hinblick auf die Klassifikation der Mitglieder hinsichtlich ihres Alters lässt sich feststellen, dass die meisten Mitglieder zwischen dreißig und vierzig Jahren alt sind (siehe Tabelle 24). Dies verweist darauf, dass sie sich in den 80er Jahren direkt oder indirekt für die Demokratiebewegung engagierten, und daher ihr Verlangen nach Reformen und einer beständigen Entwicklung der demokratischen Gesellschaft groß ist. Bezüglich des Vergleichs mit Geschlechtsunterschied ist der Anteil der Männer um ein Vierfaches höher (78.8%) als der der Frauen (21.2%) – auf dem Stand von 1999.

Tabelle 24: Klassifizierung der Mitglieder als Jahr und Alter Angaben in Pers. (%)

Jahr Alter	1994	1995	1996	1997	1998	1999	Total
Teenager			5(1,2)	12(2,2)	2(0,1)	3(0,3)	22(0,6)
Zwanziger	1(0,7)	1((1,3)	65(15,3)	123 (22,6)	342 (21,8)	184 (17,7)	716 (18,8)
Dreißiger	39(26)	37(49)	198 (46,5)	254 (46,6)	554 (30,5)	420 (40,4)	1502 (39,5)
Vierziger	60(40)	26(35)	104 (24,4)	95 (17,4)	460 (29,4)	263 (25,3)	1008 (26,5)
Fünfziger	29(19)	8(10,7)	35(8,2)	36(6,6)	195 (12,5)	113 (10,9)	416 (10,9)
Sechziger	9(6)	3(4)	13(3)	28(5,1)	85(5,4)	50(4,8)	188 (4,9)
Siebziger	6(4)		6(1,4)	5(0,9)	17(1,1)	5(0,5)	39(1)
Achtziger	1(0,7)			2(0,4)	4(0,3)	1(0,1)	8(0,2)
Total	150	75	426	545	1.565	1.039	3.800

Quelle: ebd., 35

Trotz der Zunahme ihrer Mitgliedszahl besteht eine latente Schwierigkeit der Rekrutierung von Neumitgliedern. Die Zahl der Neumitglieder, die bis 1999 um das Zweifache zugenommen hat, nimmt seit dem Jahr 2000 wieder ab. Als Gründe hierfür sind neben einer generellen Kritik am Machtwillen der Bürgerinitiativen wohl die Rezession zu nennen (Hangyeore 21 vom 16.9.2004, 17). Parallel dazu, so Lee Tae-Ho, Direktor für politische Maßnahmen von PSPD, ist zu nennen, dass sich die Frische des Bildes der PSPD im Vergleich zum Anfangsstadium abschwächt hat und zwischenzeitlich weitere kreative Bewegungsorganisationen entstanden sind (in einem Interview mit ihm vom Datum 11.4.2002). Infolgedessen entwickelten sich verschiedene Korridore für eine Erweiterung der Mitgliedszahlen – beispielsweise die Werbung in den Medien, Kampagnen, persönliche Kontakte sowie Verwendung des Internets. Die Einrichtung einer speziell für die Betreuung und Erweiterung der Mitgliedschaft eingesetzten Abteilung ist hierbei wohl das effektivste Projekt (vgl. Kang, Su-Kyung 2005, 39).

Vollzeitbeschäftigte

Die Vollzeitbeschäftigten sind die faktischen Subjekte und der entscheidende Faktor im Betrieb der PSPD. Die meisten haben direkt oder indirekte Erfahrungen mit der Studentenbewegung. Ihre Aktivität in der PSPD kann daher als Erweiterungslinie der Kritik an der südkoreanischen Gesellschaft betrachtet werden. Der Grund ihrer Partizipation an NGO-Aktivitäten liegt vor allem an ihren progressiven Einstellungen, die sich auf eine Ausweitung des `Gemeinguts´ ausrichtet und in der Hoffnung auf eine Veränderung der südkoreanischen Gesellschaft. Die Unterstützung durch die 60 Vollzeitbeschäftigten sichert die Dauerhaftigkeit der NGO-Bewegung ab. Ohne das motivierte Engagement der Vollzeitbeschäftigten trotz ihres geringem Einkommen – das durchschnittliche Gehalt beträgt auf dem Stand von 2005 etwa 800.000 Won – wäre dies gar nicht möglich. Ihr Durchschnittsgehalt ist in der Tat niedriger als das Niveau des Mindesteinkommens, wie es von der PSPD selbst gefordert wird¹⁴⁵.

Freiwillige

Von der Gründung an fällt die Partizipation von Expertengruppen ins Auge. Analog zur CCEJ sind freiwillige Intellektuelle und Eliten aus verschiedenen Sozialschichten und -klassen die eigentliche „Think Thanks“. Die auf fachlichen Kenntnissen und Reputation basierenden Aktivitäten der Eliten und Intellektuellen fungieren als entscheidende Ressourcen, die die Expertise und das Vertrauen in die PSPD gewährleisten. Während die Wissenschaftler Konzepte und Alternative für Problemdefinition und -lösungen durch die analytische Bearbeitung sozialer Probleme vorlegen, arbeitet die Juristengruppe mit juristischen Fachkenntnissen, die sich dann bspw. in Petitionen niederschlagen. Experten und Intellektuelle sind im jeweiligen Zentrum und im jeweiligen Themenbereich als Vorstandsmitglieder tätig. Zudem konstituieren sie die Betriebskommission. Ihr Gefüge nach Berufen ist folgendes (siehe Tabelle 25).

Tabelle 25: Das Gefüge der Betriebskommission

¹⁴⁵ Unter den NGO-Aktivisten kursiert ein Witz bezüglich ihres niedrigen Gehalts: Die übelsten Szenarien beim Treffen von Mann und Frau sind als das erste `die Heirat unter NGO-Aktivisten´, als das zweite `die von NGO-Aktivisten und Sozialarbeitern und als das dritte die von Sozialarbeitern und Sozialarbeitern´. Darin läßt sich die dürre Realität der NGO-Bewegung feststellen.

Beruf	Zahl der Person	Prozent (%)
Wissenschaftler	49	47,1%
Juristen	15	14,4%
Unternehmer	4	3,8%
Medien/Publikation	6	5,7%
Kultur/Kunst	6	5,7%
Soziale Bewegung	12	11,5%
Mediziner	4	3,8%
Politiker	1	0,9%
Geistliche	7	6,7%
Total	104	100%

Quelle: Gedenkmaterial für das dritte Gründungsjubiläum der PSPD, Seoul, 1997

2) Finanzielle Ressourcen¹⁴⁶

Bei der finanziellen Mobilisierung verfolgt die PSPD das Prinzip, zwecks Bewahrung ihrer Autonomie keine finanzielle Unterstützung von Regierungen anzunehmen. Der Generalsekretär, Kim Ki-Sik betont als Grund dafür, dass sich die PSPD als eine Organisation der Machtüberwachung versteht (Hangyeore 21 vom 16.9.2004, 15). Die finanzielle Mobilisierung hat drei Prinzipien: die Priorität des Mitgliedbeitrags, die Ablehnung von staatlichen Unterstützungen und zuletzt das Nicht-Abhängig-Sein. Bei dem Prinzip der Ablehnung staatlicher Unterstützungen gibt es jedoch eine Bedingung, und zwar dass keine Bedenken bestehen, die öffentlichen Interessen und die Autonomie der Solidaritätsangelegenheit, an der die PSPD beteiligt ist, zu blockieren (ebd.). Den Charakteristika ihres Finanzsystems entsprechend werden untergeordnete Organisationen und Ausschüsse durch ein unabhängiges Bilanzierungssystem abgerechnet.

Die Einkunftsquellen der PSPD bestehen aus Mitgliedsbeiträgen, Spendengeldern und Gewinn bringenden Geschäften. Für die Spendengelder setzt sie ein Höchstlimit – als das Höchstlimit für die Spendengelder sind dieses Jahr 2006 fünf Millionen Won angesetzt. Bei der Gründung 1994 betrug der Anteil der Mitgliedsbeiträge lediglich 28.91% der Einkunftsquellen, stieg dann aber auf 73.33% in 2003. In Bezug auf den

¹⁴⁶ Für die Bewahrung ihrer transparenten Organisationsführung wird eine monatliche Bilanzierung veröffentlicht.

finanziellen Stand vom Jahr 2005 geht der Gesamtbetrag der Beiträge mit der Abnahme der Mitglieder leicht zurück (siehe Tabelle 26). Im Hinblick auf das prozentuale Beitragsgefüge nehmen die Mitglieder mit Kleinsummen-Beiträgen¹⁴⁷ den größten Anteil ein (siehe Tabelle 27). Wie hoch der Grad finanzieller Unabhängigkeit ist, ist im Kontrast von Mitgliedsbeiträgen und Gesamtausgaben zu sehen (siehe Tabelle 28).

Tabelle 26: Finanzielles Gefüge der PSPD (Einheit: Won)

Mitgliedsbeitrag	Einkünfte von Geschäften	Unregelmäßige Spende	Regelmäßige Spende	Sonstiges	Total
918.105.000 (67%)	158.867.750 (12%)	207.432.756 (15%)	26.672.480 (2%)	54.021.256 (4%)	1.365.099.242 (100%)

Quelle: Webseit der PSPD. www.info.peoplepower21.org Stand: 2005 Abrechnung

Tabelle 27: Prozentuales Beitragsgefüge (Einheit: Won)

	Summe	'99 das erste Viertel	Gesamtmitglieder
	5.000	15%	7%
	10.000	57%	59%
	20.000	7%	12%
	30.000	0,7%	1%
	50.000	1%	3%
	100.000	-	0.6%
	50.000	8%	7%
	10.000	3,5%	5%
Lebenslängliche Mitglieder		1,2%	1,8%
Mitglieder, die die von der PSPD erscheinenden Materialien abonnieren		2,9%	2,7%

Tabelle 28: Finanzieller Unabhängigkeitsgrad

Fiskaljahr	Gesamtbetrag der Beiträge	Gesamtbetrag der Ausgaben	finanzieller Unabhängigkeitsgrad (Gesamtbetrag der

¹⁴⁷ Die Beiträge mit unter 10.000 Won – in Euro umgerechnet, etwa 8 Euro erreichten 66%

			Beiträge/Gesamtbetrag der Ausgaben)
9.1994 ~ 2.1995	26.305.000	109.852.537	23,9 %
3.1995 ~ 2.1996	50.083.500	246.363.207	20,3 %
3.1996 ~ 8.1996	29.580.000	216.596.728	13,7%
9.1996 ~ 8.1997	97.722.325	394.409.443	24,7%
9.1997 ~ 12.1997	38.949.600	331.033.431	11,7%
1.1.1998 ~ 31.12	195.614.974	848.739.529	23,0%
1.1.1999 ~31.12	380.432.704	791.739.070	48,1%
1.1.2000 ~ 31.12	769.000.868	1.560.492.134	49,2%
1.12001 ~ 31.12	889.995.108	1.401.638.287	63,5%
1.1.2002 ~31.12	982.759.160	1.215.269.558	80,9%

Quelle: Park, Young-Sun 2003, 21

Als gewinnerzielende Geschäfte sind der Betrieb des Cafes, wo oft das Manifest bekannt gemacht wird und in dem zugleich kleine und große Versammlungen stattfinden zu nennen. Ferner mobilisiert die PSPD ihr finanzielle Ressourcen durch verschiedene Sonderversammlungen.

9.2.2. Organisationsstruktur

Die Organisationsstruktur und der Entscheidungsprozess der PSPD unterscheiden sich von denen der CCEJ. Während der CCEJ unter der charismatischen Führung des Generalsekretärs eine zentralisierte Entscheidungsstruktur aufweist, werden Willensentscheidungen in jedem als Themenbereich klassifizierten Zentrum autonom getroffen. Im Unterschied zum CCEJ können einige Merkmale der Organisationsstruktur der PSPD wie folgt zusammengefasst werden. Die PSPD hat seit ihrer Gründung als Organisationsprinzip, die Autonomie der jeweiligen Aktivitätseinheiten abzusichern und dafür eine dezentralisierte Organisationsstruktur zu haben. Damit soll dem Übel der Zentralisierung auf eine Person, das bei manchen Major-NGOs auftritt, vorgebeugt und zugleich die auf Autonomie beruhende Verantwortlichkeit der Angehörigen der Aktivitätseinheiten betont und damit ihre dauerhafte Bewegungsfähigkeit gewährleistet werden.

Die ständigen Aktivitätseinrichtungen sind mit vier Zentren für die Überwachung des Gerichtswesens, die Kommunalpolitik, die Parlamentsüberwachung und die internationalen Menschenrechte und darüber hinaus einer Politikkommission und 6 Sonderkommissionen konstituiert. Diese Organisationen werden als eigenständige Einheiten mit eigenen Mitgliedern und einem unabhängigem Finanzsystem betrieben. Für die Führung dieser autonomen Einrichtungen sind einschlägige Intellektuelle und fachliche Freiwillige eingesetzt. Diese Art der Organisationsstruktur trägt somit zur Sicherung von Autonomie und Expertise bei, die für den Erfolg einer NGO notwendig sind.

Zudem bemüht sie sich um eine minimalisierte Organisationsstruktur. Im Unterschied zur CCEJ hat sie keine lokalen Branchen. Die PSPD betont dagegen eine Konstruktion von Netzwerken mit anderen NGOs, wenn sich überlappende Themen vorliegen, damit ihre Aktivitäten verstärkt werden und sie dadurch effektiv und effizient ans Bewegungsziel kommen können.

Bei näherem Hinsehen ist die PSPD durch eine zentrale Organisationsform, spezielle Aktivitätszentren und Aktivitätsorganisationen nach Themenbereichen und durch Zusatzorgane konstituiert.

Die Zentralorganisation

Zu den zentralen Organisationsteilen gehören die Generalversammlung, die Betriebskommission sowie das Exekutivkomitee. Die Generalversammlung als das höchste Beschlussorgan wird laut der Satzung im Namen aller Ko-Geschäftsführer berufen und findet in der Regel einmal im Jahr statt. In der Generalversammlung werden alle wichtigen Sachverhalte bezüglich des Betriebs der Organisation ausdiskutiert und entschieden, und mit der Zustimmung der Mehrheit der Anwesenden beschlossen. Die Betriebskommission ist ein ständiges Beschlussorgan, in dem die wichtigen Sachverhalte über die Organisation, den Betrieb und die Projekte sowie Aktivitäten ausdiskutiert und beschlossen werden. Das Exekutivkomitee als die ständige Exekutivorganisation vollzieht die Beschlüsse der Generalversammlung und der Betriebskommission und setzt diese in die Praxis um und ferner treibt sie die in der Satzung manifestierten Projekte und Aktivitäten voran (siehe Absatz 18 der Satzung der PSPD). Die aus 5 Personen bestehenden Geschäftsführer werden in der

Generalversammlung alle zwei Jahre gewählt, und außerdem gehören Berater, Beratungsausschuss und Aufsichtsrat zum Exekutivkomitee (siehe Absatz 22-24 der Satzung der PSPD).

Aktivitätsbereiche nach Themengebieten Die Aktivitätsbereiche spielen bei der Erzeugung von Politikalternativen und Projekten eine relevante Rolle als Think Tanks. Zu diesen sind das Zentrum für Justizüberwachung, das Zentrum für die Überwachung parlamentarischer Aktivitäten, das Zentrum für wirtschaftliche Reform, das Zentrum für Steuerreform, das Zentrum für Frieden und Abrüstung, das Hauptquartier für die Schaffung einer transparenten Gesellschaft, das Bewegungshauptquartier für das Finden von „kleinen Rechten der Bürger“¹⁴⁸, die Kommission für Sozialwohlfahrt und die Kommission für internationale Solidarität zugeordnet. Diese Organisationen und ihre Zwecke sind in der folgenden Tabelle 29 zu sehen.

Tabelle 29: Spezielle Aktivitätszentren und ihre Hauptaktivitäten

Aktivitätsorganisation	Zwecke
Zentrum für Justizüberwachung	Publikation von `Justizüberwachung`, Führung der Materialsammer für Jurist und der Kammer für Gesetzberatung
Zentrum für die Überwachung parlamentarischer Aktivität	Wähler-Bewegung für die partizipatorische Politik, Forschung über Konzepte der politischen Reform, Publikation von `Überwachung parlamentarischer Aktivität`
Zentrum für wirtschaftliche Reform	Reform des Chaebol-Systems, Monitoring von auf Chaebol und Finanzwesen bezogenen staatlichen Richtlinien und Politiken
Zentrum für Steuerreform	Realisierung der Steuerausgeglichenheit und der Gesellschaft einer transparenten Steuerverwaltung, Klage gegen die Steuerhinterziehung von Chaebol
Zentrum für Frieden/Abrüstung	Antikriegs und –Fridensbewegung auf nationaler und internationaler Ebene

¹⁴⁸ Das Finden von kleinen Rechten der Bürger bedeutet, den Unterprivilegierten in der Gesellschaft und dem normalen Bürger ihre verletzten bzw. beschränkten Rechte, die im Alltagsleben übersehen oder ihm entzogen sind, ausfindig zu machen und ihre Rechte in Schutz zu nehmen. Parallel zum Kampf gegen die Regierung und die wirtschaftlichen Konglomerate (Chaebol) auf der Makroebene macht dies Aktivitätshauptquartier auch kleine Themen auf der Mikroebene des Alltagslebens zum Gegenstand der Bewegung.

Hauptquartier für die Schaffung einer transparenten Gesellschaft	Ausrottung der die demokratische Reform verhindernden Korruption und Realisierung einer transparenten Gesellschaft
Bewegungshauptquartier für das Finden von „kleinen Rechten“	Klage und Lösungsfinden der im Alltagsleben der Bürger zu findende Verletzung des Rechts
Kommission für Sozialwohlfahrt	Bewältigung der Kluft zwischen Armen und Reichen, Reform der Einkommensumverteilung
Kommission für internationale Solidarität	Antiglobalisierung, friedliche Lösungskonzepte der geteilten Konstellation der koreanischen Halbinsel

Quelle: Rekonstruktion aus der Info. In der Website der PSPD

Zusatzorgane

Als Zusatzorgan bestehen außerdem die Akademie für eine partizipatorische Gesellschaft, die Forschungsabteilung für eine partizipatorische Gesellschaft und das Zentrum für ein Gemeinnutzgesetz.

Die Akademie für eine partizipatorische Gesellschaft ist als ein komplexes Schulungsinstitut für die Bürger, das ein Schulungsprogramm entwickeln und verbreiten sollte, gegründet worden. Die Akademie für eine partizipatorische Gesellschaft (siehe die Website: www.ips.re.kr) organisiert Versammlungen für die Forschung und sorgt darüber hinaus für die Veröffentlichung der Forschungsserien 'Bürger und Welt', mehrere Einzelbände, den Betrieb der Materialkammer und verschiedene Diskussionen sowie Symposien. Die Akademie für eine partizipatorische Gesellschaft konzipiert größtenteils die Schule für die Bildung des demokratischen Bewußtseins der Bürger, professionelle Schulungen der Aktivisten der Bürgerinitiativen und Kulturveranstaltungen sowie verschiedene Vorlesungen, an den sich die Mitglieder als Zuhörer und zugleich als Vortraggeber beteiligen können.

Das Zentrum für das Gesetz öffentlicher Interessen, das darauf zielt, der sozialen Forderung nach einer gemeinnützigen Rolle der Juristen zu entsprechen und die Demokratie und den Konstitutionalismus in der Gesellschaft faktisch zu befestigen, setzt sich für gemeinnützige Belange in den verschiedenen Bereichen wie Menschenrechte, Arbeit, Gender, Verbraucher, Umwelt ein.

9.2.3. Hauptaktivitäten und Projekte

Seit ihrer Gründung hat sich die PSPD für verschiedene soziale Probleme mit spezialisierten Aktivitätsorganisationen wie dem Zentrum für die Überwachung des Gesetzwesens, die Kommission für Sozialwohlfahrt und die Kommission für ökonomische Demokratisierung engagiert. Bei der Gründung identifizierte sie sich als 'komplexe Bewegung der Machtüberwachung' durch die Einsicht in die Notwendigkeit, die nicht zu beseitigende Staatsmacht, auf deren Zerfall die herkömmliche soziale Bewegung gezielt hat, einer ständigen Überwachung zu unterwerfen. Deshalb wurde die Aufmerksamkeit auf das über die Exekutive und die Aktivitäten des Parlaments überwachende Zentrum für Parlamentüberwachung und das Zentrum für die Überwachung der Staatsanwaltschaft und des Gerichtshofs¹⁴⁹ gerichtet (Cho, Hee-Yeon 1999, 21).

In der folgenden Tabelle 30 sind ihre Hauptaktivitäten chronologisch dargestellt.

Tabelle 30: Hauptaktivitäten der PSPD

Datum	Inhalt der Aktivitäten	Zuständige Abteilung
11.10.94	Entlarvung absurder Warenlieferungen an Militärangehörige sowie Schutz der Informanten	Zentrum für Informantenunterstützung
5.12.94	Bewegung für die Sicherung der Mindestgrenze des Lebensunterhalts der Bevölkerung sowie einschlägige Anklagen	Sonderkommission für Sozialwohlfahrt
2.95 -	Kampagne für Justizreformen in der Zusammenarbeit mit der Tageszeitung von Chosun	Zentrum für Justizüberwachung
5.95	Thematisierung von Problemen der im Ausland stationierten Unternehmen	Sonderkommission für Angelegenheiten der im Ausland stationierten Unternehmen

¹⁴⁹ Daran zu erkennen sind Ungerechtigkeit und Unausgeglichenheit des juristischen Systems. Von der Staatsanwaltschaft und dem Gerichtshof bis zum Justizministerium diente das Justizsystem als Dienerin der Staatsmacht – das diktatorische Regime hielt es unter der Kontrolle, dadaruch konnten mehrere politische Manipulationen dieses Regimes zur Festigung seiner Herrschaft erfolgen und dabei vollzogen sich häufig die Menschenrechtsverletzungen – und daran hat sich strukturell nicht in hohem Maße etwas geändert.

2.10.95 -	Publikation der Zeitschrift `Justizüberwachung´	Zentrum für Justizüberwachung
9.1.96 -	Einweihung des Hauptquartiers für die Schaffung einer transparenten Gesellschaft sowie Kampagne für Antikorruption	Hauptquartier für die Schaffung einer transparenten Gesellschaft
4.96	Petition des Präventionsgesetzes gegen Korruption sowie die Sicherung der Unterstützungsunterzeichner, eine Bewegung für das Sammeln von Unterschriften von einer Million Personen	Hauptquartier für die Schaffung einer transparenten Gesellschaft
4.5.96	Offenlegung illegal versteckten Schwarzgeldes der Ssangyoung-Group, einem der wirtschaftlichen Konglomerate (Chaebol)	Kommission für ökonomische Demokratisierung
Ende.96	Unterstützungsaktivität für die Informanten (whistle-blow) und Klage	Zentrum für Informantenunterstützung
29.5.96	Revisionspetition der 7 politikrelevanten Gesetzentwürfe	Zentrum für Überwachung parlamentarischer Aktivität
5.96 -	Kampagne für die Einführung von Sonderermittlern	Zentrum für Justizüberwachung
26.3.96	Gründung des Hauptquartier für die Bewegung zum Findens „kleiner Rechte“	Hauptquartier für die Bewegung zum Finden kleiner Rechte
4.6.96	Start der Schule der Bürger (in Ilsan)	Hauptquartier für die Bewegung des Findens von kleinen Rechten
11.96	Revisionspetition in Bezug auf das Wohlstandsgesetz für die Alten sowie des Fürsorgegesetzes	Kommission für Sozialwohlfahrt
31.1.97	Anklage gegen den in die Hanbo-Affäre verwickelten ehemaligen und gegenwärtigen Vorsitzenden des Banküberwachungsdiensts und den Bankvorsitzenden	Kommission für ökonomische Demokratisierung
4.6.97	Vorlegung der Klage gegen den Stellvertreter des Aktionärs der Jeil-Bank (gewann den Prozess,	Kommission für ökonomische

	24.12.97)	Demokratisierung
24.6.97	Erhebung einer Anspruchsklage gegen die Ausstellungsunfähigkeit der Konvertierungsschuldverschreibung von Samsung-Electronics	Kommission für ökonomische Demokratisierung
27.3.98	Kampf um die Generalversammlung des Aktionärs von Samsung-Electronics	Hauptquartier für die Schaffung einer transparenten Gesellschaft
2.98	Bekanntmachung der 104 Personenliste gegen den Amtsantritt in den Öffentlichen Dienst	Abteilung bürgerlicher Überwachung/
19.5.98	Gründung der Gruppe für Angelegenheiten der Informationsöffnung	Gruppe der Angelegenheit für Informationsöffnung
8.7.98	Einweihung der bürgerlichen Lobbygruppe	Zentrum für die Überwachung parlamentarischer Aktivität
23.7.98	Kampagne sowie Erlasspetition für das Grundfürsorgegesetz der Bevölkerung	Kommission für Sozialwohlfahrt
15.10.98	Kampagne sowie Klage gegen den Devisenflucht des Vorsitzenden von dem Großunternehmen Sindongah	Abteilung bürgerlicher Überwachung
3.99	Kampagne sowie Bekanntmachung der 10 Aufgaben der Steuerpolitik	Politikskammer/Team für Steuerreform
4.99	Kampagne sowie Klage gegen die Aktienkursmanipulation beim Hyundai-Wertpapier	Kommission für ökonomische Demokratisierung
7.6 - 11.6.99	Aufforderungsprotest für gesamte Reformen der Staatsverwaltung sowie Entlassung des Ministers Kim, Tae-Jung	Hauptquartier für die Schaffung einer transparenten Gesellschaft
2.99	Entlarvung der Irrationalität der Inspektionskammer	Hauptquartier für die Schaffung einer transparenten Gesellschaft
4.2.99	Erhebung der Klage gegen die für ein im Erziehungsgeschäft tätige Firma	Hauptquartier für die Bewegung einer Suche nach dem kleinen Recht
21.7.99	Inspektion der Ausgabeanalyse staatlicher	Zentrum für die

	Subvention (Anspruch auf die Inspektion der Inspektionskammer) etc.	Überwachung parlamentarischer Aktivität
3.99 -	Projekte in Bezug auf die erweiterte Ausführung staatlicher Rente	Kommission für Sozialwohlfahrt
9.6.99	Beginn einer Versammlung von ‚Leuten, die über den Staatshaushalt‘ Wache halten	Hauptquartier für die Schaffung einer transparenten Gesellschaft
6.5.99 -	Aktivität der Inspektionsgruppe für die Reform von Chaebol	Zentrum für ökonomische Demokratisierung

Quelle: PSPD, Symposiumsmaterial für 5 Gründungsjubiläum 1999, 28f

Um das sich auf die regionalen Konflikte und den Parteiführer stützende feudale Politiksystem zu verändern, ergriff die PSPD ferner bei der Bekanntmachung einer Anti-Wahlmominierungsliste am 21.1.2000 in einer Ad-Hoc-Koalition die Initiative. Daraus bildete sich das Bürgerbündins für die allgemeinen Wahlen heraus. Die Bürgerinitiativen verlangten eine Revision des Wahlrechts – laut diesem sei die Partizipation der Bürgerinitiatven rechtswidrig, daher kann die Klausel als Beschränkung des Partizipationsrechts der Bürger gelten –, aber das Verlangen wurde von der Politik nicht aufgenommen. Die NGO-Koalition manifestierte sich in der ‚Naksun-Nakchun-Undong (Nichtwahl- und Nichtnomerung-Bewegung)‘ als Teil des zivilen Ungehorsams. Diese fand eine große Resonanz in der Bevölkerung (vgl. 7.3.1 dieser Arbeit). Diese Bewegung für die politische Reform trat bei den allgemeinen Wahlen 2004 wieder in Erscheinung. Die Aktivität wurde diesmal mit einer aktiven Verwendung des Internetnets durch die Kampagne von ‚Click N Clean‘ in die Online-Welt erweitert. Die Kriterien für die Auflistung sind analog zu den vorherigen von 2000 (dazu ausführlicher siehe die Website: [www: eng.peoplepower21.org/board](http://www.eng.peoplepower21.org/board), vgl. 7.3.1. dieser Arbeit). Resultat war, dass 129 Wahlkandidaten (63%) von 206 aufgelisteten Kandidaten bei den allgemeinen Wahlen 2004 durchfielen.

In 2003 wurde das Zentrum für Frieden und Abrüstung eingeweiht, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt des Militärabkommens ‚Status of Forces Agreement‘ und damit der Druckausübung der USA. Von diesem Zentrum werden sowohl verschiedene Veranstaltungen, die die Antikriegsideologie verbreiten sollten, und als auch Spendenaktionen im Namen von ‚Händen der Hoffnung‘ für die Flüchtlinge, denen der

Krieg die Existenzgrundlage entzog, und für die Hilfe von unter Hungernot leidenden nordkoreanischen Kindern abgehalten. Diese Spendenaktion hat die Teilnahme zahlreicher Bürger und Netizen hervorgerufen. Ferner stellt das in der Wahrnehmung des dysfunktionalen Steuersystems in 2003 gebildete Zentrum für Steuerreform die der Steuerausgeglichenheit entgegenstehende Steuerverwaltung in Frage, und verweist dabei auf die Steuerhinterziehung sowie die regelwidrige, routinemäßige Erbschaftssteuerschenkung bei den Großunternehmen. Infolgedessen, sowie mehrerer Klagen, wurde eine Steuer auf die Erbschaftsschenkung von Samsung erhoben.

Wie oben erläutert, differenziert sich die Organisation der PSPD mit dem ständig zunehmenden Umfang der Aktivitäten aus. Diese ausdifferenzierten Aktivitätskommissionen kommandieren verschiedene Strategien bei der Vorlage von Politikalternativen, bei Legislationsaktivitäten, externen Kampagneaktivitäten und Bürgermobilisierungen sowie bei Solidaritätsangelegenheiten für die Durchsetzung ihres Bewegungsziels, wie oben in der Tabelle gesehen. Diese Strategien sind analog zu denen der CCEJ. Durch die Vorlage von Politikalternativen erhält die PSPD die Aufmerksamkeit, Unterstützung sowie das Vertrauen der Bevölkerung. Zudem nimmt die PSPD als eine Strategie für ihre Aktivitäten eine Mobilisierung der Bürger durch regelmäßige Mitgliedsversammlungen vor. Diese Strategien konkretisieren sich in gesetzlichen Maßnahmen. Die mobilisierte Expertise über die Gesetzgebungen ermöglicht ihre Funktion als Anwalt mittels Petitionen und Klagen für die öffentlichen Interessen. Ihre Aktivitäten können durch strategische Allianzen mit anderen NGOs verstärkt und effektiver werden, denn sich überlappende Themen können vermieden und die gemeinsame Verwendung der Ressourcen ermöglicht, sowie finanzielle Schwierigkeiten vermieden werden. Aufgrund dieser Stärke der NGO-Allianz werden die solidarischen Aktivitäten zwischen den Bewegungsorganisationen aktiviert. In dieser Hinsicht verstärkt die PSPD vor allem Solidaritätsprojekte mit Gewerkschaften und oppositionellen Organisationen.

Darüber hinaus strebt sie nach einem aktiven internationalen Engagement, um angesichts der sich beschleunigenden Globalisierung der Forderung nach einer globalen Solidarität in jedem Bereich zu entsprechen. Einerseits trägt die PSPD dabei zur Thematisierung der globalen Probleme auf nationaler Ebene bei, und andererseits thematisiert sie nationale Probleme auf globaler Ebene, und ferner kann sie auch ihre

Aktivitäten und die Konstellation südkoreanischer Bürgerbewegung auf internationaler Ebene bekannt machen. Daran anschließend baut sie ein internationales Friedensnetzwerk mit anderen NGOs, die das Ethos des Antikriegs und Friedens verkörpern, zunächst im asiatischen Raum auf, und entwickelt gemeinsame Veranstaltungen.

9.2.4. Bewertung

Die PSPD wuchs seit ihrer Gründung beständig an. Die Nakseonungung für das Jahr 2000 und 2004 verdoppelte ihren Einfluß sowohl in der Zivilgesellschaft als auch in der politischen Gesellschaft. Im Unterschied zu der auf die Überwachung der Wirtschaft konzentrierten CCEJ wirkte die Zielsetzung der PSPD darauf, durch Machtüberwachung und -kontrolle die ungleiche Sozialstruktur zu demokratisieren. Im Prozess der Realisierung ihrer Projekte und Aktivitäten wurden durch die PSPD zahlreiche Gemeinnutzklagen erhoben, und nebenbei wurde auch eine Vielzahl von Gesetzgebungspetitionen vorgelegt. Durch diese Klagen wurden reale Probleme deutlich gemacht, und die Gesetzgebungspetitionen trugen zu einer institutionellen Verbesserung bei. Daraus resultierte der Erlass eines Gesetzes zur Sicherung der Grundexistenz der Bevölkerung, eines Gesetzes zur Prävention der Korruption, ein Schutzgesetz für Mietverträge etc.

In Hinsicht auf die Chaebol-Reform hatte die PSPD einen gewissen Erfolg. Bei der formal verlaufenden Generalversammlung der Aktionäre werden alle wichtige Entscheidungen von den Großaktienbesitzern getroffen. Die PSPD lancierte die Kleinsummen-Aktionärs-Bewegung. Diese forderte mit der Mobilisierung der bislang gänzlich vernachlässigten kleinen Aktionären die despotische Betriebsführung heraus. Ferner erregte sie die Aufmerksamkeit für die außer Acht gelassenen Rechte der Aktionäre. Dabei spielte eine große Rolle, hierfür eine Verbesserung oder Neuerrichtung gesetzlicher und institutioneller Ausstattungen zu schaffen (Cho, Won-Hee 1999, 53). Die PSPD übt bei der Beteiligung an der Generalversammlung der Aktionäre ihr beauftragtes Stimmrecht aus und legt Fragen vor. Dies ermöglicht es, die undurchsichtige Unternehmensstruktur der Chaebol zu kontrollieren und darüber hinaus

ihrer Willkür durch die Klage gegen rechtswidrige Handlungen des Haupt-Chaebol Einhalt zu gebieten. Diese Klage hat zu einer Kontrolle der überkommenen Routinen der Chaebol beitragen. Infolgedessen wird die PSPD in den Medien und der Zivilgesellschaft als eine einflußreiche Komplex-NGO wahrgenommen. Der Erfolg liegt vor allem in der gesunden finanziellen Struktur, der Organisationsstruktur und einem kohärenten Problemlösungsprozess. Einmal als Problem definierte Angelegenheit werden ist zu ihrer Lösung verfolgt (vgl. ein Interview mit dem Sekretär, Kim Ki-Sik in der wöchentlichen Zeitschrift Hankyeore vom 16.9.2004, 23).

Trotz dieses Erfolgs und der Wirksamkeit der verschiedenen zu demokratischen Reformen auffordernden Aktivitäten hat die Kleinaktionärs-Bewegung eine kontroverse Auseinandersetzung sowohl bei den konservativen als auch den progressiven Anhängern hervorgerufen. Seitens des Kapitals geht es einerseits darum, dass diese Aktivitäten den Unternehmensbetrieb und die Marktwirtschaft beeinträchtigten. Auf der progressiven Seite wird kritisiert das: „dies eine Bewegung für Habende sei“; „diese könnte zur Verzerrung des Wesens der Reform der Chaebol führen“; „diese habe zur Wirkung, eine Mitbestimmung der Arbeiter zu unterdrücken“. In dieser Beziehung geht Cho, Hee-Yeon mit der Kleinaktionärs-Bewegung davon aus, dass diese gegenwärtig als eines der verschiedenen Widerstandsmittel des Volks gegen die Wirtschaftsmacht einschließlich der Chaebol angesehen werden könnte, selbst wenn ihre wesentliche Grenzen bedacht werden sollten. D.h. diese Kleinsummen-Aktionärs-Bewegung ist als Aktivität des Volks, das das Kapital in der Realität des Kapitalismus stört, zu verstehen, auch wenn Kleinsummen-Aktionäre selbst unter der Voraussetzung der kapitalistischen Ordnung handeln (Cho, Hee-Yeon 1999, 341).

Im Hinblick auf aktuelle Aufgaben der die Aushöhlung der Demokratie hervorrufenden und sich beschleunigenden Globalisierung auf nationaler und globaler Ebene bleibt der PSPD – de facto nicht nur die PSPD sondern für die anderen NGOs – freilich die Frage, wie sie mit der mit der Beschleunigung der Globalisierung begleitenden Verschärfung sozialer Polarisierung und darüber hinaus mit der die Lebensgrundlagen des Menschen bedrohenden ökologischen Krise auf nationaler und internationaler Ebene umgeht, noch offen.

9.3. Korean Federation of Environmental Movement (KFEM) ¹⁵⁰

Die als „Kompressionswachstum“ zu bezeichnende Wirtschaftsentwicklung von Südkorea und die damit verbundene rasante Urbanisierung haben bedenkliche Umweltprobleme mit sich gebracht. Die Entwicklung der südkoreanischen Industrie benötigte eine Massenkonsumption von Ressourcen und dies führte wiederum zur Massenemission von Schadstoffen. Die primär das Wachstum betonende Wirtschaftsentwicklung hat mehrere Umweltskandale nach sich gezogen. Diese wurden mit von Anfang der 90er Jahre an in die Öffentlichkeit Meinung gerückt. Die von Phenolen verursachte Verschmutzung und die Entdeckung von Schwermetallen und anderen Verschmutzungstoffen im Trinkwasser begannen zwischen 1989 und 1991 ein ernsthaftes Wasserverschmutzungsproblem zu signalisieren. Zusätzlich wurde Anfang der 90er Jahre ein anderer Streitpunkt zentral: die mit den Mülldeponien und -verbrennung in Zusammenhang stehenden Probleme. Darüber hinaus kam es zu mehreren Atomkraftunfälle im selben Zeitraum. Vor dem Hintergrund dieser Umweltskandale, die in der Öffentlichkeit das Bewußtsein für die ökologischen Kosten und die sich ebenfalls mehrende Zerstörung der Lebensbedingungen gestärkt haben und somit auf eine ökologischen Krise hindeuteten, wurde 1993 `Hwan-Kyung-Yeon-Hap: Korean Federation for Environmental Movement´(KFEM) gegründet.

Die Geschichte der KFEM geht auf die Gründung des `Instituts für die Probleme südkoreanischer Luftverschmutzung´ 1982 zurück. Dieses wurde mit dem `Bürgerrat für Anti-Luftverschmutzung´ und `Jugendrat für die Bewegung zur Verbannung der Luftverschmutzung´ zusammengeschlossen. Daraus entstand das `Bündnis für die

¹⁵⁰ Für mehr Informationen, siehe die Website: www.kfem.or.kr. Laut einer Umfrage über südkoreanische Umweltgruppen, die in einer von Sin, Hyun-Sang (2004, 51) bearbeiteten Magisterarbeit dargestellt wurde, nehmen die Bürger `den Bund der Grünen´(41%) und `KFEM´(36%) als repräsentative Umweltgruppen wahr. An dieser Stelle kann als single-issued Umwelt-NGO auf der mit KFEM kokurrierende und gegebenenfalls kooperierende `Bund der Grünen´ mit einer Zielsetzung einer Prävention der landesweiten Verschmutzung und Verbreitung der green life-Bewegung verwiesen werden. Seine Hauptprojekte richten sich indessen auf eine zukunftsweisende Umweltbewegung, die der aktiven Partizipation der Bürger und die auf die Wiedervereinigung vorbereitende Umweltbewegung aus (siehe ihre Website: [www: greenkorea.org](http://www.greenkorea.org)). Die für Umweltbewegung agierenden NGOs in Südkorea sind außerdem im folgenden aufzuzählen: Citizen´s Alliance for Consumer Protection of Korea (www.cacpk.org), Citizen´s Movement for Environmental Justice (www.eco.or.kr), Hangang (www.pumasee.org), Center for Energy Alternatives (www.energyvision.org), greenlamp environmental education united (www.greenlamp.org), Wildlife Union for Conservation and Management (www.wildkorea.org) etc.

Bewegung zur Verbannung der Luftverschmutzung¹⁵¹ in 1988. Mit seiner Gründung als erste single-issued Umwelt-NGO stieß sie landesweit Umweltbewegungen an.

1993 schlossen sich die 8 hauptsächlichen Umweltbewegungsorganisationen aus dem ganzen Land zusammen, und aus diesem Zusammenschluß bildete sich die jetzige 'Korean Federation for Environmental Movement' mit der Fokussierung auf sozialstrukturelle Probleme. D.h. KFEM sieht die Ursachen für die ökologische Krise in der am Wachstum orientierten Wirtschaftspolitik, den Unternehmensaktivitäten mit ihrem Heisshunger nach Profiten mit der Konsequenz der Umwelt- und der Luftverschmutzung. Der Inhalt der Umweltbewegung veränderte sich mit der Bildung der KFEM. Die Programmatik des Bündnisses für die Bewegung zur Verbannung der Luftverschmutzung richtete sich als Teil der Demokratisierungsbewegung eher auf die Anti-Atomkraftpolitik. Das Bündnis für die Bewegung zur Verbannung der Luftverschmutzung findet die Ursachen für die Umweltverschmutzung in den sozio-ökonomischen Ungleichheiten des diktatorischen Militärregimes, das die Monopolkonglomerate schützt, sowie mit dem US-Amerikanischen Imperialismus verbunden ist. Die Korean Federation for Environmental Movement fokussiert sich auf die Industrialisierung und Urbanisierung und damit eine auf das Wachstum zentrierte ökologiezerstörende Entwicklungspolitik. Die Fokussierung der Umweltbewegung wandelte sich mit der Gründung der KFEM somit von der Anti-Atomkraftbewegung hin zu einem Ökologismus. Die KFEM äußert ihr Selbstverständnis zusammenfassend wie folgt: Die KFEM betrachtet die Umwelt nicht als Gegenstand von Beherrschung und Eroberung sondern als einen mit dem Menschen organisch verbundenen Lebenszusammenhang. Demzufolge stellen wir uns der Umweltverschmutzung und -zerstörung, die mit der Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen gleichzusetzen ist, entgegen. Die KFEM findet neben dem Konsumverhalten die Hauptursache für die ökologische Krise vielmehr in den sozialstrukturellen Problemen, also der am Wachstum orientierten Wirtschaftspolitik und den Unternehmensaktivitäten mit ihrem Heisshunger nach Profiten um den Preis der Umwelt- und der Luftverschmutzung. Zur Bewältigung solcher Umweltprobleme setzt sie auf eine umweltlich nachhaltige

¹⁵¹ Das Bündnis für die Bewegung der Verbannung der Luftverschmutzung hat einen großen Umweltskandal mit Phenolver Verschmutzung, den der Ausfluss einer etwa 30 Tonnen unverdünnten Phenollösung von Doosan-Electronics in 1991 verursacht hat, in den 90er Jahren in die öffentliche Debatte gestellt.

Sozialstruktur und treibt dabei verschiedene Aktivitäten voran. KFEM setzt somit auf einen umweltfreundlichen Umbau der industriellen Struktur und die Dezentrierung als Richtlinie der sozialen Reform (dazu siehe Plattform der KFEM in ihrer Homepage : <http://english.kfem.or.kr>).

In der Erkenntnis, dass einzelstaatliche Umweltprobleme nicht mehr auf nationaler Ebene bleiben, sondern sich über die Ländergrenzen hinaus immer mehr globalisieren, wird die KFEM vor allem nach ihrer Teilnahme an der Rio-Umweltkonferenz in 1992 in die globalen Umweltthemen wie Ressourcenknappheit, Ozonabbau, Abholzung, Biodiversität sowie Klimaveränderung immer stärker einbezogen. Von 1998 an organisierte KFEM mehrere internationale Konferenzen und arbeitet eng mit anderen internationalen NGOs wie Greenpeace International, Friends of Earth¹⁵², World Watch Institute, Wetlands International, BUND, Both ends, Sierra Club, Third World Network sowie TERRA zusammen. Sie hat 1998 einen Konsultativstatus bei ECOSOC erhalten. Sie wuchs mit etwa 85.000 Mitgliedern und 52 Lokalorganisationen zu einer der einflussreichsten NGOs in Südkorea heran (vgl. www.english.kfem.or.kr/aboutus/aboutus1.htm).

Das Thema der Umwelt ist prekär und komplex. Bei der Thematisierung von Umweltproblemen geht es um verschiedene Blickwinkel mit ökologischen, ökonomischen und politischen Interessen. Wichtig ist dabei die Handlungsfähigkeit der betroffenen Akteure. Die Logiken von Umwelt und wirtschaftlicher Entwicklung lassen sich schwer miteinander aussöhnen, wobei die südkoreanischen Regierungen ihre Wirtschaftspolitik bislang viel mehr auf das Wachstum konzentrieren, ohne eine ökologisch nachhaltige Entwicklung zu bedenken¹⁵³, wobei die Inwertsetzung für die kapitalistischen Produktionsverhältnisse charakteristisch ist. Von daher ist die Beziehung der Umwelt-NGOs zu Regierungen je nach politischer Problemlage unterschiedlich. Unter Umständen stellen sie sich in den Gegensatz oder in Kooperation zu den Regierungsapparaten und zum Umweltministerium. Je nach Thematik übernimmt KFEM Projekte der Regierung und Unternehmen aufgrund ihrer Expertise, und diese

¹⁵² KFEM ist 2002 Friends of Earth beigetreten.

¹⁵³ Neuere Beispiele dafür sind zwei große Staatsprojekte, nämlich die Entwicklung von Chonseongsan (einem Berg) und das Saemanguem-Landgewinnungsprojekt. Diese zwar in der Logik von nationalen Interessen oder einer Schaffung mehrerer Arbeitsplätze, die aber de facto vielmehr auf den Egoismus und Konkurrenz zwischen Regierungsministerien und Bürokratismus beruht, angesetzten zwei Entwicklungsprojekte gingen von der Klage verschiedener NGO-Gruppen zum Gerichtshof, und letztendlich hat der Staat gewonnen.

sind Teil ihrer Einnahmequelle. Im Falle eines Gegensatzes zu Regierungs- und Unternehmensumweltpolitiken versucht die KFEM aber, durch Proteste in der Öffentlichkeit die Wirksamkeit der Kritik an den umweltfeindlichen Politiken und Handlungen der Regierung und Unternehmen zu erhöhen. Zudem stellt sie nicht nur die Streitpunkte und Problemdefinitionen heraus, sondern präsentiert auch Alternativen auf der Grundlage von professionellen Forschungsergebnissen. Dafür sind die Expertengruppen als personelle Ressourcen entscheidend.

9.3.1. Ressourcenmobilisierung

1) Personelle Ressourcen

KFEM stellt ihre Vollzeitbeschäftigten als erste Umwelt-NGO durch eine öffentliche Rekrutierungsanzeige an. Aufgrund der Vergrößerung der Organisation sowie der Spezialisierung ihrer Angelegenheiten hat KFEM teilweise das System der Mitarbeit unter völliger Eigenverantwortung eingeführt. So sollen die Mitarbeiter über umweltrelevante fachliche Kenntnisse verfügen, und werden den zuständigen Abteilungen als Mitarbeiter in völliger Eigenverantwortung zugeteilt und ausgebildet. Insbesondere für spezifische Fachkenntnisse erfordernde Aktivitäten werden Fachleute des entsprechenden Aktivitätsbereichs angestellt¹⁵⁴, damit sie mit den jeweiligen spezialisierten Gebieten und spezifischen Themenbereichen ohne Probleme umgehen können. Dabei verfügen sie in hohem Maße über autonome Entscheidungskompetenzen, denn bisweilen müssen Entscheidungen bei Umweltproblemen je nach Dringlichkeit der Sachverhalte auf der Stelle getroffen werden.

Darüber hinaus ist auch die Partizipation von Experten für die Spezialisierung der Organisation notwendig. Die Experten agieren für verschiedene Kommissionen sowie Zusatzorgane, die Expertise für die Problemdefinition und -lösung und damit die Darstellung von Alternativen benötigen. Diese Experten sind umweltrelevante Naturwissenschaftler und politikrelevante Gesellschaftswissenschaftler sowie für umweltrelevante Gesetze engagierte Anwälte.

¹⁵⁴ Insbesondere für die Aktivitätsabteilungen wie Ökologiekonservierung und Umweltforschung ist ein Einsatz von Experten notwendig.

2) Finanzen

Die Finanzen bilden in jedem Zweig ein unabhängiges System. Von daher ist der der Umfang finanzieller Einkünfte und des Haushalts unterschiedlich. Die finanziellen Einkünfte bestehen zu 50-60% aus Mitgliedsbeiträgen, aus Gewinn erzielenden Geschäften wie Umweltkonzerten sowie aus dem Verkauf ökologisch produzierten Agrarproduktes sowie aus Spenden. Die finanzielle Unterstützung durch die Regierungen erfolgen in der Regel in Form von Projektmitteln (siehe Tabelle 31).

Tabelle 31: Einkünfte der zentralen KEFM Einheit: Millionen Won

Einkünfte	Betrag	Prozent (%)
Beiträge sowie Spenden	619,3	49,8
Gewinn erzielende Geschäfte	264,4	21,3
Projekte für die Regierungen und Unternehmen	207,1	16,7
Projekte für die umwelt bezogenene Schulung	110,5	8,9
Projekte für Politiken	32,8	2,6
Sonstiges	8,5	0,7
Total	1.242,6	100

Quelle: KFEM 2000

Die finanzielle Ausstattung ist für die Unabhängigkeit des Betriebs der KFEM von großer Bedeutung. Sie kann durch die Mitgliedsbeiträge allein nicht gesichert werden und daher ist KFEM auf Geldspenden von Unternehmen angewiesen. Dabei geraten insbesondere für die Umwelt agierende NGOs in ein Dilemma, wenn sie Geldspenden von Unternehmen akzeptieren, denn die der Logik des Kapitals folgenden Unternehmen oder Multikonzerne sind gleichzeitig Verursacher von Umweltverschmutzung. Von diesem Dilemma ist KFEM auch nicht frei. Sie hat bislang finanzielle Unterstützungen von Staatsapparaten und Unternehmen erhalten und wurde dafür immer wieder kritisiert. Darauf bezogen zielt KFEM darauf ab, 80% der Einkünfte mit Beiträgen¹⁵⁵ für einen

¹⁵⁵ Nach der Abrechnung von 2005 betragen der Mitgliederbeitrag und die Geldspenden 73% und außerdem beläuft sich der Geschäftsgewinn auf 12% (www.kfem.or.kr).

transparenten Betrieb der Organisation aufzufüllen. Zu diesem Zweck strebt sie die Rekrutierung von Neumitgliedern an.

3) Mitgliedschaft

Mit dem Wandel des 'Bündnis' für die Verbannung der Luftverschmutzung' zur KFEM hat die Zahl der Mitglieder drastisch zugenommen. Die Zahl der Lokalorganisationen ist auch enorm von 8 auf 52 angestiegen. Hierbei stellen die zwanzig und dreißigjährigen 70% aller Mitglieder. Die Aktivitäten der freiwilligen Mitglieder finden überwiegend in den Mitgliederversammlungen statt. Die aktivsten Versammlungen sind der 'Club der Korrespondenz für die Umwelt', der hauptsächlich aus Taxifahrern besteht, und 'Hausfrauen als Wächter für die Umwelt'. Beide agieren gegen Umweltzerstörung und diverse Umweltverschmutzungen vor Ort. Diese Mitglieder werden in Umwelttheorie geschult und nehmen an verschiedenen Umweltprogrammen teil. 'Hausfrauen als Wächter für die Umwelt' bildete sich 1998, um die Umweltbewegung im alltäglichen Leben zu praktizieren. Zu ihren Aktivitäten gehören beispielsweise 'Anti-GMO (Genmodifizierte-Organismen)' sowie die 'Nutzung der Einkaufstasche im Alltagsleben'.

Ferner gibt es auch den 'grünen Kinderjournalisten', der aus 10- bis 12 jährigen Grundschulern besteht, die aus Schülern bestehende ehrenamtliche 'Grüne Stimme' sowie die 'Versammlung von Umweltingenieuren', die umwelttechnische Unterstützung anbieten. KFEM leitet ihre Mitglieder durch die Verteilung eines Mitteilungsblatts und verschiedene umweltrelevante Schulungsprogramme, die vor allem auf Jugendliche zielen. Diese Schulungsprogramme werden vom Zentrum für Umwelterziehung der KFEM entwickelt und durchgeführt.

9.3.2. Organisationsstruktur

KFEM hat ihre Organisationsstruktur in 2000 und 2001 im großen Umfang restrukturiert, um eine aktivere Teilnahme der Mitglieder zu bewirken und gegen städtische Umweltprobleme verstärkt vorgehen zu können. Die Projekte der gegenwärtig 52 Lokalorganisationen und der zentralen KFEM in Seoul sind getrennt; dabei wurde jedoch die Rolle des Sekretariats der Zentrale verstärkt. Das höchste Beschlußorgan der

KFEM ist die Generalversammlung der Mitglieder. Als das dauerhafte Beschlußorgan gibt es die Versammlung von landesweiten Repräsentanten, die aus den 5 Ko-Geschäftsführern und einem Repräsentanten der jeweiligen lokalen KFEM sowie den Repräsentanten der jeweiligen Spezialorgane besteht. Darüber hinaus sind neben dem Zentralexecutivkomitee das Sekretariat, das sich um den gesamten Betrieb der KFEM kümmert, und beständige Gremien sowie Sondergremien eingerichtet. Die beständigen Gremien besitzen die Zuständigkeit für Personalführung, Politiken, internationale Zusammenarbeit, grüne Autonomie, Organisationen sowie Uferlandschutz. Zu den Sondergremien gehören das DMZ-, und Wasser-Sondergremium, das Sondergremium für Umweltmaßnahmen in US-Armeestützpunkten, das Sondergremium für Walschutz und das Sondergremium für das Beleben von Meeren. Darüber gibt es zusätzliche Spezialorgane, die als fachliche Expertise fungieren. Zu diesen gehören das Institut der Bürger für Umweltforschung, das Informationszentrum der Bürger für umweltbedingte Gesetze, das öffentliches Zentrum für Umweltrecht, das Zentrum für Umwelterziehung, Öko-Genossenschaft sowie das Monatmagazin 'Zusammenleben'.

Das öffentliche Zentrum für das Umweltrecht

Das Zentrum für umweltbezogene Gesetze ist als ein umweltbezogenes spezielles Rechtsorgan verortet. Vollzeitbeschäftigte Anwälte als Umweltexperten bearbeiten in diesem Zentrum systematisch umweltbedingte Klagen, und außerdem arbeiten hunderte Mitglieder der Anwälte und Juristen an der Spezifizierung der umweltbedingten Klagen mit. Daraus resultierend gelang es, das Recht auf die Umwelt, das bislang als ein abstraktes Recht galt, zu einem tatsächlichen Recht zu machen. Von diesem Zentrum wurden mehrere Klagen gegen staatliche Stellen, die Kommunen sowie die Armee eingereicht. Die Funktion und Rolle dieses Zentrums liegen darin, die an der Umweltverschmutzungen und Entwicklungsprojekte leidenden Bürger zu vertreten, Aktivitäten der Klage für die Wiederfindung des Rechts auf die Natur zu entfalten, die Initiative zu einer Veränderung des Umweltrechts zu ergreifen und sich um den Aufbau eines entwickelten Systems des Umweltrechts durch einen Austausch mit ausländischen Umweltrechtsgruppen zu bemühen.

Institut der Bürger für die Umweltforschung

Das Bürgerinstitut für Umweltforschung wurde in 1993 als Kooperationseinrichtung mit dem Zweck gegründet, die durch die Umweltverschmutzungen verursachten Schäden für die Bürger zu erforschen und eine harmonische Beziehung zwischen Menschen und Umwelt herzustellen. Mehr als 20 vollzeitbeschäftigte Forscher und Experten verschiedener Fachgebiete arbeiten in den lokalen Kooperationsinstituten. Dessen Hauptaktivitäten waren es, an der Umweltschädigung leidende Einwohner aufzuspüren, die Umweltverschmutzung zu recherchieren und die Verschmutzungsursachen zu erforschen. Einhergehend mit zunehmend komplexer werdenden Umweltproblemen und deren Lösungen unterstützt und trägt das Institut die Wissenschaftlichkeit der Umweltbewegung. Zudem legt es alternative Problemlösungskonzepte im Sinne einer nachhaltigen Gesellschaft vor, und trägt zur Vermittlung bei Konflikten und Auseinandersetzungen bei.

Die Funktionen dieses Instituts sind folgende:

- Forschung und Analyse über den Istzustand der Umwelt;
- Formulierung langwieriger Perspektiven und Alternativen bezüglich der Umwelt;
- Untersuchungen über die Lösung von Umweltkonflikten Formulierung eines Plans für nachhaltige regionale Entwicklungen mit Partizipation der Einwohner;
- Darstellung einer Strategie nach Wiederherstellung des Ökosystems;
- Austausch von Erfahrungen der Umweltbewegung sowie wissenschaftlichen Austausch;
- Kampagnen für die Umstellung der Umweltpolitiken.

Das Zentrum der Umweltinformation für die Bürger

Dieses Informationszentrum wurde als Archiv des Bundes zur Verbannung der Luftverschmutzung 1991 errichtet. Mit der Umwandlung des Bundes zur Verbannung der Luftverschmutzung zur KFEM wurde es 1995 als ein Zusatzorgan in die KFEM eingegliedert. Das Zentrum ist in der Regel tätig für das Sammeln und die Verarbeitung umweltbezogener Informationen, um das Umweltbewußtsein der Bürger zu erhöhen und schließlich zur Umweltbewegung beizutragen. Das Informationszentrum wird von einem Internetteam für die Verwaltung der Homepage der KFEM betrieben. Das Informationszentrum strebt nach einer Sicherung der verschiedenen systematischen umweltbezogenen Informationen, um sie für die Auswertung der Umwelt und die

Umweltpolitiken zu verwenden. Ferner soll das Zentrum die Umweltinformationen durch ein internationales Computer-Netzwerk verbreiten und dabei an globalen Umweltproblemlösungen mitwirken.

Das Zentrum für Umwelterziehung

Das Zentrum wurde für die Spezialisierung der Umweltschulungen in 2000 als ein Spezialorgan der KFEM eingerichtet. Das Zentrum agiert für eine Systematisierung der Umwelterziehung, eine Ausbildung der Leiter für die Umwelterziehung und der Entwicklung von Programmen der Umwelterziehung im Bereich der sozioökologischen Erziehung.

Seine Hauptaktivitäten sind:

- Die Entwicklung und Ausführung von Trainingsprogrammen für die Ausbildung der Leiter der Umwelterziehung;
- Unterstützung sowie Ausführung der Umwelterziehung vor Ort;
- Forschung und Entwicklung von Aktivitätsprogrammen;
- Vorbereitung von Politikalternativen zur Umwelterziehung Entwicklung sowie Verbreitung von Lehrmaterial sowie Unterrichtsmittel der Umwelterziehung;
- Konstruktion eines Netzwerks der Umwelterziehung;
- Sonstige notwendige Geschäfte für die Erfüllung des Gründungszwecks.

Zu den für die Umwelterziehung relevanten Programmen zählen die Umwelterziehung für Lehrer, Puruemi(Grüne)-Expeditionen der territorialen Umwelt, Ausbildungsprozesse der Öko-Leiter sowie Öko-Aktivisten, Puruemi-Umweltcamps (Winter und Frühling), Workshops für die Aktivisten der Umwelterziehung, Vorlesungen von Umweltspezialisten, Solidaritätsprojekte mit anderen externen Organisationen, erfahrungsmäßige Umwelterziehung in Verbindung mit Schulen.

Monatmagazin `Hamgge-Sa-Neun-Gil (der Weg des Zusammenlebens)´/ Verlag `Doyosae´ (Schnepfe)

Um sich gegen die aus der Umweltzerstörung hervorgerufenen Benachteiligung der Bürger einzusetzen und über die Aktivitäten der Umweltbewegungsgruppen zu berichten, wurde das monatlich erscheinende Magazin 1993 lanciert. Hierin finden sich

Berichte über die laufenden Beobachtungen der Umweltpolitiken der Regierung sowie der Kommunen, über verschiedene Projekte der Umweltpolitik, Berichte über Umweltskandale, sowie Reportagen vor Ort, Vorstellung der zentralen Figuren im Bereich der Umweltbewegung, Informationen über die Lebensumwelt. Für das Magazin sind 8 Vollzeitbeschäftigte und ein vollzeitbeschäftigter Freiwilliger und außerdem 3 Auslandskorrespondenten in Deutschland, Japan und Amerika engagiert.

Öko-Lebensgenossenschaft

KFEM lancierte die Bewegung der Lebensgenossenschaft unter den folgenden Prinzipien:

1. Respekt vor dem Leben: Auf der Basis der Aktivität der Öko-Lebensgenossenschaft ist die Idee der Aufrechterhaltung des Ökosystems und des Respekts vor dem Leben verortet. Die Bewegung der Öko-Lebensgenossenschaft richtet sich ausschließlich auf eine kontinuierliche Aufrechterhaltung des Ökosystems der Natur und der Menschen.
2. Sicherheit: Öko-Lebensgenossenschaft strebt danach, sowohl die Sicherheit von Lebens- und Nahrungsmitteln als auch eine gesunde Lebenskultur aufrechtzuerhalten.
3. Demokratische Partizipation: Öko-Lebensgenossenschaft ist eine autonome Organisation, die auf der demokratischen Teilnahme der Vereinsmitglieder basieren soll. Alle Vereinsmitglieder partizipieren am Entscheidungsprozess und übernehmen damit die Verantwortung.
4. Transparenz: Öko-Lebensgenossenschaft überwindet die Undurchsichtigkeit zwischen Konsumenten und Produzenten.
5. Soziale Solidarität: Öko-Lebensgenossenschaft konstruiert ein sich nach dem Leben und Frieden richtendes soziales Solidaritätsnetz .

9.3.3. Hauptaktivitäten und Projekte

Das Bündnis für die Bewegung zur Verbannung der Luftverschmutzung, der Vorgänger der KFEM, legte größeres Gewicht auf die Unterstützung der lokalen Bewohner. KFEM versucht hingegen, mit einer aktiven Mobilisierung der Medien den Druck der

öffentlichen Meinung auf die Regierungspolitik oder die Unternehmensaktivitäten zu vergrößern. Für eindrucksvolle bzw. sensationelle Aktionen entwickelte sie visuelle Performances wie das Aufsetzen einer Gasmasken an eine im Zentrum von Seoul stehende Generalstatue, das Demolieren eines Autos vor dieser, sowie Proteste auf dem Meer etc. Diese neuartigen Protestformen machen einen frischen Eindruck in den Medien. Durch die effektive Nutzung der Medien machte KFEM sich als eine Umwelt-NGO bekannt. In der Tat stieg die Zahl der umweltrelevanten Artikel über KFEM von 143 Artikeln von 1993 auf 410 in 2000 in den 4 Haupt-Zeitungen. Darin ist festzustellen, dass KFEM beim Agenda-Setting der Medien als eine einflußreiche NGO fugiert (Shin, Dong-Ho 2002,46f).

Diese Reputation und Anerkennung der KFEM folgte selbstverständlich auch aus ihren Aktivitäten und Projekten. Ihre Hauptaktivitäten und Projekte beziehen sich zunächst auf Anti-Atomkraft, Feuchtgebiete und Zugvögel, Luftverschmutzung und Abfall, GMO (Gen-Modifizierte-Organismen), wild lebende Tiere, Energie und Klimaänderung, Wasser/Fluss/Damm, politische sowie soziale Themen und zuletzt grüne Politiken. Bei der Durchsetzung dieser erfolgreichen Projekte hat sie sich den dem Entwicklungsimperativ unterliegenden staatlichen Projekten entgegengesetzt – ein nennenswertes Beispiel ist hier die Rückgängigmachung des Plans für die Konstruktion des Dong-Fluss-Damms(vgl. english.kfem.or.kr/successful/successful1.htm).

Rückgängigmachung des Projekts für die Konstruktion des Dong-Fluss-Damms

Die Durchsetzung der Rückgängigmachung dieses Projekts ist eine prominente Erfolgsgeschichte der Umweltbewegung, die die KFEM gegen den Regierungsapparat und die Bauunternehmen anführte. Die Regierungsministerien, das Bau-Verkehrsministerium und die Korea-Wasserressourcen-Korporation haben die Konstruktion eines Damms des Dong-Flusses zum Zweck einer Vorbeugung der Überschwemmung, der Lösung der Wasserknappheit, zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zur Sicherung von verschmutzungsfreien Energien in Gang gesetzt¹⁵⁶. Die Gegner wie KFEM stellten hingegen die Zerstörung des Ökosystems in den Vordergrund und

¹⁵⁶ Dieses Projekt entsprang ursprünglich aus dem fatalen Hochwasser, das in September 1990 einen großen Schaden hervorgebracht hat. Infolgedessen hat der damalige Präsident Rho, Tae-Woo einen Dammbau versprochen, und damit haben die einschlägigen Regierungsapparate einen Produktionsplan mit dem Betrag in Höhe von einer Trillion Won entworfen.

reagierten negativ auf die Funktion des Damms zur Vorbeugung von Überschwemmungen. Bei der Bekanntmachung der Regierungspläne äußerte sich demgegenüber schon zu Beginn die Interessenlage der betroffenen lokalen Einwohner ablehnend. Und 1996 wurde schließlich die öffentliche Meinung der betroffenen Einwohner zum Widerstand gegen den Dammbau zum Ausdruck gebracht. In diesem Prozess wurde ein Gesetzentwurf über den Dammbau sowie die Unterstützung des Kreise und betroffenen Lokalen Ebenen im Parlament auf die Tagesordnung gesetzt. Daraufhin begann KFEM, eine Bewegung für die Verhinderung der Durchsetzung des Gesetzentwurfs zu organisieren, und erforschte gleichzeitig den Dong-Fluss. Im Gegensatz zum Willen der Regierungsapparate forderte KFEM zusammen mit den lokalen Einwohnern durch verschiedene Protestaktivitäten, Unterschriftssammlungen, der Vorlage einer Politikalternative sowie kultureller Veranstaltungen etc. die Anullierung des Plans. Zwischenzeitlich bildete sich auch in der Öffentlichkeit die Meinung, dass eine Vorbeugung gegen die Überschwemmung auch durch das Aufbringen eines Teilbetrags des kostspieligen Projekts möglich wäre. Im Prozesses der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um den Bau des Dong-Fluss-Damms hat sich somit die Bewegung für die Wahrung des Ökosystems des Dong-Flusses verbreitet. Dabei hat die Bewegung eine hohe Resonanz bei den Bürgern hervorgerufen, und als deren Resultat wurden Spenden in Höhe von 50 Millionen Won (etwa 41.667 US\$) gesammelt¹⁵⁷. Um den Dong-Fluss vor dem Entwicklungsprojekt der Regierung in Schutz zu nehmen, wirkte KFEM ferner in einer Ad-Hoc-Allianz mit anderen nationalen sowie internationalen NGOs wie World Watch Institute, Green Peace International, Sierra Club und Friends of Earth International zusammen. Auf den heftigen Widerstand hin beendete President Kim, Dae-Jung in Juni 2000 letztendlich diesen gesellschaftlich kontroversen Plan.

Rückgängigmachung des Plans von Taiwan für den Transport des Nuklearabfalls nach Nordkorea

¹⁵⁷ Diese Interessenartikulation der Bürger über den Umweltschutz verweist auf eine Änderung des Umwethbewußtseins der Bürger. Seit den 90er Jahren wandelt sich das Bewußtsein der Bürger mit der Erfahrung des wirtschaftlichen Reichtums. Sie denken viel mehr an Lebensqualität und legen daher Gewicht mehr auf den Wert der Umwelt für die nächste Generation als auf die gegenwärtige Entwicklung.

Die Regierung von Taiwan kündigte in 1997 den Plan für den Transport des Nuklearabfalls nach Nordkorea an. Darauf reagierend organisierte KFEM umgehend einen Protest, der in Taiwan stattfand. Dabei forderte sie eine internationale Aktion diesen Plan aufzuhalten, und damit haben die Umwelt-NGOs aus aller Welt an diesem heftigen Protest gegen den Plan von Taiwan teilgenommen. KFEM führte darunter das „Nationwide Secretariat to Stop Transportation“, das mit der Unterstützung von 50 Bürgerrechtsgruppen formuliert wurde, und verschiedene Aktivitäten wie Petitionen, internationale Symposien sowie Kundgebungen vor dem Büro des Vertreters von Taiwan durch. Infolge der Kritik und des Widerstands der internationalen Gesellschaft musste die Regierung von Taiwan dieses Projekt im September 1997 rückgängig machen¹⁵⁸.

Rückgängigmachung des Plans der Nuklearabfalldeponie auf der Insel Guleop

Die Kampagne gegen die Konstruktion der Nuklearabfalldeponie auf der Insel Guleop begann in 1994, kurz nachdem ein geheimes Projekt der Regierung, die Nuklearmülldeponie auf der Insel Guloep zu bauen, enthüllt wurde. Die betroffenen Einwohner und die Umweltgruppen in der Region von Incheon begannen umgehend eine Kampagne, dieses Projekt aufzuhalten. Erst nachdem die brutalen Eingriffe der Staatsmacht gegen Teilnehmer an den Protesten und darüber hinaus die geologische Instabilität in die Öffentlichkeit gelangten, wurde dieses Projekt von der Regierung rückgängig gemacht. Diese Kampagne wird als ein Meilenstein für die Anti-Nuklear-Kampagne in Südkorea angesehen.

Rückgängigmachung der Konstruktion des Haein-Golfplatzes am Berg Gaya

Die Kampagne begann in Juli 1996, als Planungen für ein Golfplatz im Nationalpark von Gaya angekündigt wurden. Die Kampagne gegen die Konstruktion des Golfplatzes wurde von einer Allianz von Mönchen des Tempels Haein¹⁵⁹ und den Einwohnern getragen. Nach der friedlichen Aktion und Kampagne, bei der Millionen von Menschen eine Petition gegen den Golfplatz unterschrieben, haben die Behörden des Nationalparks

¹⁵⁸ Trotz dieser Rückgängigmachung des Projekts hat die Regierung von Taiwan das in 1997 vereinbarte Abkommen über den Transport des Nuklearabfalls mit Nordkorea in 2000 erneuert.

¹⁵⁹ Der alte budistische Tempel Haein ist bekannt für die im 13. Jahrhundert geschaffene „the Tripitaka Koreana“, buddistische Heilige Schrift, konstituiert von einem 80.000 Buchblock und registriert bei UNESCO als das Welterbe.

die Genehmigung für das Projekt in Januar 2000 aufgehoben. Damit hat die Bemühung, den Berg Gaya und Haein Tempel zu bewahren, Früchte getragen.

Darüber hinaus ist das konstorverseste Thema von Entwicklung und Umwelt aktuell immer noch Gegenstand der Auseinandersetzungen. Der Fall des Dong-Fluss-Damms kann als ein Gewinn der Konservierung des Ökosystems gegenüber der Entwicklungslogik festgehalten werden. Ein anderes Staatsprojekt, die Saemangeum-Landgewinnung, bei dem sich nach einer langwierigen Auseinandersetzung zwischen dem Staat sowie Interessen-, und Umweltgruppen schließlich der Staat gegen die Gegner dieses Projekts durchsetzen konnte, hat wieder eine schärfere soziale Kontroverse hervorgerufen (vgl. www.english.kfem.or.kr/cgi/last.cgi).

Die Regierung begann in 1991 die Konstruktion des Saemangeum-Hafendamms in der Länge von 33 Kilometern an der Westküste, wobei das Uferland für die Aneignung und ökonomische Inwertsetzung zu Ackerland umgewandelt wurde¹⁶⁰. Daraufhin hat die KFEM mit den lokalen Einwohnern gegen den Ministerpräsidenten und den Minister für Landwirtschaft und Forsten bei dem Verwaltungsgericht eine Prozess geführt., um die Bauarbeiten am Hafendamm anzuhalten. Im Juli 2003 genehmigte der Gerichtshof South Korea's Ministry of Agriculture & Forest (MAF) nur den Antrag für „eine supplementäre Bauarbeit“, aber das MAF ignorierte diese konditionelle Genehmigung und trieb die illegalen Bauarbeiten voran. Dies hat KFEM mit einer Videokamera aufgenommen und als Beweismaterial beim Gerichtshof vorgelegt.

Für die Konservierung der Umwelt und des Ökosystems von Saemangeum appellierten drei südkoreanische Religionsführer (buddhistisch, katholisch, evangelisch) auf einer Pressekonferenz. Die Erhaltung von Saemangeum sei der beste Weg, eine Prosperität für den regionalen Einwohner von Cholla und nationweit zu sichern. Die Gegner gehen

¹⁶⁰ Die Grundstückveränderung zum Ackerland ist ein typischer Fall der autortären, inkompetenten Regierung, denn die Bauern bedürfen dringend anderer politischen Untrstützungen als erweiteres Ackerland. In Bezug auf die Öffnung zu ausländischen Agraprodukten unter dem Aspekt der Globalisierungsoffensive ist m.E die Schaffung der Erweiterung des Ackerlands im eigentlichen Sinne nicht notwendig, aber dafür sollte die Regierung sich mehr um reale Probleme der Bauern kümmern – beispielweise Politiken der Agrarwirtschaft, Schuldenprobleme der Bauern und agrarwirtschaftliche Verhandlungen innerhalb der WTO sowie des aktuell laufenden FTA zwischen den Regierungen von Südkorea und den USA etc. Zudem übt der Bauern und an diesem Projekt die Kritik, dass das Saemangeum-Watt sogar bei der Landgewinnung nicht jedoch zum Zweck zur Agrarwirtschaft benutzt werden könnten. Ferner sind der Aufwand dieser kostspieligen Bauarbeit und daraus folgende ökonomische Inwertsetzung mit ökologischen Werten jedoch nicht zu vergleichen. Saemangeum als einer der bekanntesten Besuchsorte der 66 Spezies der Zugvögel fungiert außerdem als die Reinigung der Verschmutzung, Regulierung der Naturkatastrophe und damit der Erhalt des Ökosystems, Schutz des Süßwassers sowie eine kulturelle Bedeutung.

davon aus, dass eine Alternative zu dieser Landgewinnung gesucht werden muss. Inzwischen befahl der Gerichtshof, die Bauarbeiten am Hafendamm vorläufig einzustellen. Daran anschließend besuchten internationale Umwelt-NGOs und Bürgerinitiativen den Kampfort Saemangeum, um sich mit südkoreanischen NGOs für den Erhalt des Wattes zu solidarisieren, und dabei die öffentliche Meinung der internationalen Gesellschaft zu mobilisieren. In einer engen Zusammenarbeit zwischen WBK England und KFEM wurden weit über 5.243 internationale Petitionen aus 67 Ländern gesammelt, und diese wurden dem Ministerium für Außenpolitik und Handel ausgehändigt.

Während einerseits die Resonanz in der Öffentlichkeit durch mehrere Proteste und Performances wie Samboilbae (drei Schritte und eine Verbeugung) hervorgerufen wurde, fanden andererseits mehrere öffentliche und wissenschaftliche Diskussionen um die Gültigkeit des Saemangeum-Projekts unter Experten statt. Bei dem Streitpunkt der Vorträge handelte es sich um die Wasserqualität nach der Vollendung der Landgewinnung. Indessen fand der von KFEM geförderte erste Vortrag in Februar 2003 statt, der zweite in September in Seoul. Daran partizipierten viele Wissenschaftler, Umwelt-, und Religionsgruppen, um eine Alternative zu diesem Projekt zu finden – z.B. wurde für die regionale Wirtschaftsentwicklung und zugleich den ökologischen Erhalt ein Öko-Tourismus oder die Nutzung des Grundstücks für einen Windkraftkomplex vorgeschlagen.

Trotz verschiedenen Bemühungen und Anstrengungen von sowohl nationalen als auch internationalen Umwelt-NGOs und Bürgerinitiativen hat das oberste Gericht die Gültigkeit des Saemangeum-Landgewinnungsprojekts, das von der Zentralregierung und Kommune von Cholla eifrig vorangetrieben wurde, anerkannt und somit die weiteren Bauarbeiten am Hafendamm zugelassen. Damit endete die lange Kontroverse mit einem Erfolg der Entwicklungslogik der Regierung. Damit war das Thema Saemaneum jedoch noch nicht vollkommen zu Ende.

Die jüngst verlaufende Hauptaktivität für die Umwelt ist die Kampagne für die Ausbreitung der Nutzung des Biodiesels, um die Luftverschmutzung von Seoul, dem größte Ballungsgebiet von Südkorea, zu mindern. Durch diese Kampagne informiert KFEM die Bürger über die positive Wirksamkeit von Biodiesel, einem pflanzlichen Brennstoff, d.h. über die Sicherheit, Umweltfreundlichkeit sowie ökonomische Effizienz

von Biodiesel. Der Grund für die Kampagne liegt darin, dass ab 1. Juli 2006 der Verkauf des Biodiesels an den generellen Tankstellen verboten wurde¹⁶¹. Von daher können die Bürger diesen umweltfreundlichen Brennstoff nicht mehr ohne weiteres finden, obwohl sie dies wollen. Darauf hin setzte KFEM sich dafür ein, dass der pflanzliche Brennstoff auch weiterhin durch die Tankstellen eingekauft werden kann.

Neben den bisher erläuterte Hauptaktivitäten sind die anderen Aktivitäten in der folgenden Tabelle chronologisch zu sehen:

Tabelle 32

Jahre	Aktionen sowie Aktivitäten
4.1993	Gründung von KFEM
10.1993	Gemeinsame Pressekonferenz mit GreenPeace in Bezug auf das Ablagern russischen Nuklearabfalls ins Ostmeer
12.1994	Organisierung einer öffentlichen Disussion über die Nuklearabfalldeponie auf der Insel Guleop
1.1995	Kampagne für `Gehen wir zur Epoche des Grünlebens´
7.1995	Die erste Inspektion der Wasserqualität der landesweiten Hauptbadeorte
8.1995	Organisierung des Forums über die Zivilgesellschaft im Asien-Pazifik-Raum
10.1995	Organisierung eines Workshops der südkoreanischen Umweltgruppen für eine Kooperation in Ostasien
5. 1996	Organisierung einer großen Diskussionskonferenz über `Was ist eine Lösung für die Verschmutzung des Shihwa-Sees ?´ zur Gedenkfeier des `Tags des Meers´
7.1996	Protest auf dem Fluss für die Verhinderung des unerlaubten Ablasses in den Shihwa-See
8.1996	Erforschung sowie Ankündigungskonferenz über das Ökosystem im Meer nach dem Ablass in den Shihwa-See
1.1997	Kampagne für Praktiken der Einwohner, `Reduzieren den Lebensmüll auf die Hälfte´
2.1997	Winterumweltkamp für Kinder
3.1997	Protest auf dem Meer für die Verhinderung des Einfuhrs des Nuklearabfalls aus Taiwan nach Nordkorea

¹⁶¹ Die Stadt Seoul versuchte, dieses Biodiesel als Brennstoff einzuführen, ist dann dann aber an der Ankündigung des Ministers für Industrie und Energien, dass eine Ausstattung für das Selbsttanken eingerichtet sein soll, um Biodiesel 20 (Biodiesel 20%, Bezin 80%) zu liefern, gescheitert.

7.1997	Übergabe von Spendegeldern zu UNICEF für die Hilfe des nordkoreanischen Landesmanns; Preumi-Expedition der Landesumwelt; Pressekonferenz über die Inspektionsmitteilung eines illegalen Umlaufs der aus dem Polystyrol bestandene Wegwefbrottdose.
2.1998	Organisierung der Diskussion über Gegenmaßnahmen zu dem Projekt des Dong-Fluss-Dammbaus mit dem Thema `Ist der Bau eines Großdamms unvermeidlich?´
3.1998	Gründung des Bewegungshauptquartiers für den Anbau des Waldes des Lebens, das das Thema von Umwelt und Arbeitslosigkeit verbindet
3.1998	Gedenksymposium zum fünften Gründungsjubiläum über `Auswertung und Perspektive über die Umweltbewegung in den 90er Jahren´
5.1998	Erste Thematisierung des Problems der endokrin wirkenden Stoffe im Inland und anschließende Ausführung der Maßnahmen
7.1998	, für das inländische Verbot genmanipulierter Agrarprodukte. Landesweite Unterschriftensammlung für die Rettung des Dong-Flusses Kampagne für die Rückgängigmachung des Dong-Fluss-Dammbaus
9.1998	Pressekonferenz des 100 Personen-Manifests aus verschiedenen Schichten für die Annullierung des Saemaneum-Landgewinnungsprojekts, Organisierung eines internationalen Forums von Umwelt-NGOs für Maßnahmen gegen die Klimaänderung
11.1998	Unterschriftskampagne gegen die Abschaffung der Greenbelt-Zone sowie für ihre Rettung, Organisierung des Forums für Alternativeenergien
12.1998	Unterschriftensammlung gegen die Embryoklonung des Menschen sowie Aufforderung zu einem gesetzlichen Erlass über die Ethik der Lebenssicherheit
1.1999	Organisierung eines Forums über Projekte einer umweltfreundlichen Verwaltung des Landes
2.1999	Forum über Projekte einer Nutzung des Landes für den Erhalt des Uferlands in einer Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum für die Entwicklung des Landes
3.1999	Organisierung der bürgerlichen Aktion für die Annullierung des Dong-Fluss-Dammbaus
4.1999	Veranstaltung `Straßen ohne Wagen, atmende Erde´ zum 29. Jubiläum des `Tags der Erde´
5.1999	Beitritt bei der Ramsar-Konvention sowie Anfertigung des Berichts über das

Quelle: Hanguk NGO Chongram (*Verzeichnis von südkoreanischen NGOs* 2000, 828f)

9.3.4. Bewertung

Wie oben gesehen, ist KFEM zweifelsohne ein wichtiger Akteur in der Geschichte der südkoreanischen Umweltbewegung. Bei vielen Aktivitäten und Projekten spielt sie eine Rolle als Themenproduzent und Informationslieferant sowie Politikantragsteller und -aufseher. Bei der Rolle als Themenproduzent thematisiert sie soziale Probleme und ruft die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit hervor, damit sie sich der Regierung oder den Staatsapparaten bzw. Unternehmen, die für die ökologische Zerstörung hervorbringende Entwicklungsprojekte verantwortlich sind, entgegenzusetzen kann.

Die Rolle als Informationslieferant verweist zunächst darauf, dass KFEM der Regierung und den Bürgern die Auskünfte über von KFEM definierte verschiedene Umweltprobleme gibt. Durch den Gewinn der Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit durch sensationelle und performaceartige Proteste sowie eine wissenschaftliche Herangehensweise durch eine von einschlägigen Experten konstituierte öffentliche Debatte kann KFEM die Informationen sich ausbreiten lassen. Der Fall des Dong-Fluss-Dammprojekts kann somit als ein erfolgreiches Beispiel für die Rolle als Informationslieferant gelten. Denn KFEM konnte das Bewußtsein der betroffenen lokalen Einwohner und der Regierung durch die Darstellung überzeugender Auskünfte über das latente Resultat der ökologischen Zerstörung und demensprechender Alternativen verändern. Zum zweiten geht es um die Rolle als Themenproduzent. KFEM thematisiert soziale Umweltprobleme in der Öffentlichkeit, damit die Regierung und Bevölkerung darauf aufmerksam wird. Dabei sollte Rücksicht auf die Selektivität von Themen genommen werden. Zum dritten handelt es sich um die Rolle als Antragsteller für Politikalternativen. Sobald die Themen von KFEM selektiert werden, beginnt von diesem Zeitpunkt an ihre Rolle als ein Vorleger von Politikalternativen. D.h. KFEM stellt die selektierten Themen durch die Organisationen verschiedener Politikforen sowie

¹⁶² Die Konvention “on wetlands of international importance especially as waterfowl habitat” wurde in Ramsar, Iran in 1971 eingeführt und in 1975 in Kraf gesetzt. Gemäß dieser Konvention tragen die Abkommensmitglieder die Pflicht, das Feuchtgebiet am Ufer als Brütensort der Zugvögel zu beschützen.

mit Experten ausgestattete öffentliche Debatten um die gesellschaftliche Streitpunkte in die Öffentlichkeit, und legt im weiteren politische Alternativen als Gegenmaßnahmen gegen staatliche Entwicklungsprojekte vor. Dazu wird allerdings hochwertige und überzeugende Expertise benötigt.

Abschliessend geht es um die Rolle als Politikaufseher. Diese Rolle bezieht sich darauf, Umweltpolitiken der Regierung zu kontrollieren, und darüber hinaus die Probleme bezüglich ihrer Aktivitäten auf soziale Streitpunkte zu beziehen, und zugleich die Regierung oder sonst Betreffende zu deren Lösungen aufzufordern. Dabei kommt die effektive Verwendung der Medien zum Tragen. Ferner führt sie auch die Funktion des Monitoring aus.

Über die Wirksamkeit von KFEM sowie der anderen Umweltbürgerrechtsgruppen hinaus bleiben noch einige Aufgaben. Zunächst handelt es sich darum, wie die Ambivalenz von ökologischer Entwicklung und ökonomischer Entwicklung kompatibel zu machen ist, wobei der Terminus der `nachhaltigen Entwicklung` des Ökologismus für die meisten Bürger ein vager Begriff ist, und sie angesichts der mit der zunehmenden Globalisierung einhergehenden und sich verschärfenden sozialen Polarisierung viel mehr an der Schaffung von Arbeitsplätzen interessiert sind. Somit sollten KFEM sowie andere Umwelt-NGOs durch die Erforschung und Vorlage konkreter Strategien bzw. realer politischer Alternativen zur Kompatibilität der nachhaltigen Entwicklung in Konkurrenz mit der Regierung die Bürger aufklären bzw. überzeugen (vgl. Hankyeore Internetzeitung: www.hani.or.kr vom 24.04.2006). Dafür sollten sie aufgrund der Besonderheit des Themenbereichs über qualifizierte Fachleute und Experten, die sich für die zukunftsweisende Perspektive der Umweltbewegung engagieren wollen, verfügen. Dieses ist aber kein einfaches Thema, denn die meisten NGOs finanzieren sich im großen Umfang aus Spendengeldern und Mitgliedsbeiträgen, um ihre Eigenständigkeit und Autonomie zu bewahren. Folglich sollte erst die finanzielle Stabilität gesichert werden. Eine andere Möglichkeit wäre, dass die Umweltgruppen anstatt der Beschäftigung eigener Experten eine erweiterte Zusammenarbeit mit einschlägigen Forschungszentren in Betracht ziehen. Zuletzt sollte sich KFEM als Umwelt-NGO im Großen und Ganzen auf die Spezialisierung für Umweltprobleme und darauf bezogene Themenbereiche konzentrieren, wobei sie sich auch für etwa von Umweltthemen entfernte andere gesellschaftliche Probleme energisch engagiert. Allerdings sind die

Umweltprobleme ohne eine Bezugnahme auf Gesellschaft und Ökonomie sowie Politik nicht isoliert lösbar. Der Grund dafür lässt sich vor allem darin finden, dass die Wurzel der Umweltbewegung in Südkorea schlechthin in den für soziale politische Themenbereiche engagierten sozialen Bewegungen wie Demokratisierungs- sowie Arbeiterbewegung liegt.

Ferner sollten KFEM sowie Umwelt-NGOs sich darum bemühen, das Bewußtsein der Bürger über den nachhaltigen Erhalt der Umwelt sowie des Ökosystems durch kontinuierliche Erziehung und Aufklärung zu verbessern und parallel dazu beim Entscheidungsprozess in der Umweltpolitik wirksamer zu werden, indem sie die Funktion der Überwachung und Evaluierungsaufgaben übernehmen. Damit können sie vom Staat als Partner anerkannt werden. Schließlich ist noch zu beachten, dass übergreifende hegemoniale Kämpfe und die Konkurrenz mit anderen Umwelt-NGOs um die Sicherung von Ressourcen vermieden werden sollte. Umwelt-NGOs könnten durch Informationen- und Ressourcen-Sharing effektiver und strategischer vorgehen.

10. Fazit

Die Perspektiven der Komplex-NGO

NGOs in Südkorea, vor allem Komplex-NGOs haben zweifellos zur Transparenz des politischen Prozesses beigetragen, damit fungierten sie als Katalysator für eine gewisse Demokratisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen und sie schaffen dabei die Voraussetzungen für eine demokratische Kontrolle. Die Entstehung des neuartigen Typus der Komplex-NGO hängt in Südkorea zweifelsohne mit dem undemokratischen Charakter des politischen Systems und der damit verknüpften Wirtschafts- und Sozialstruktur zusammen. Die Zersetzung des autoritären Militärregimes führte jedoch zur Enthierarchisierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft und dabei zu einer gewissen Demokratisierung. Im demokratischen Implementierungsprozess konnte sich jedoch die institutionelle Konsolidierung der Demokratie in Hinsicht auf eine entwickelte Repräsentations- und Partizipationsdemokratie aufgrund der instabilen Basis des Parteiensystems, der Vorherrschaft der einem rationalen zivilen Handeln entgegenstehenden traditionellen Werteinstellungen und zuletzt der Diffusion der Korruption nicht vollziehen. Politische Prozesse nach der Demokratisierung haben sich

zwar auf die Ebene der Parteipolitik verschoben. Die ins Parteiensystem verlagerten Kräfte der Demokratisierungsbewegung waren aber aufgrund der auf der Politik des Regionalismus beruhenden Spaltungen nicht in der Lage, die Unterentwicklung des Parteiensystems zu überwinden. Die Erweiterung der aus der autoritären Unterdrückung des Militärregimes freigesetzten Zivilgesellschaft hat zwar zur demokratischen Reform in gewissem Maße beigetragen, dennoch war die Basis des Parteiensystems, das die demokratischen Verhältnisse nach der Demokratisierung konsolidieren soll, zu instabil. Die Inkompetenz der Parteipolitik und die Defizite demokratischer Institutionalisierung waren entscheidende Entstehungsbedingungen für die Selbstorganisation zivilgesellschaftlicher Bewegungen und Organisationen.

Der Typus der Komplex-NGO erscheint daher als Übergangserscheinung auf dem Weg zu einer demokratischen Konsolidierung. Dies legt die Annahme nahe, dass deren Aufsichtsfunktion nicht mehr zum Tragen kommen würden, wenn die verzerrte Herrschaftsstruktur und die Dysfunktionalität des politischen Systems beseitigt wäre. Dies wirft die Frage auf, wie lange der Typus der Komplex-NGO für die südkoreanische Gesellschaft noch erforderlich ist. ES besteht allerdings die Möglichkeit, dass diese spezifische komplexe NGO-Bewegung sich nach dem Erlangen ihrer Ziele in gewissem Maße nach Themenbereichen ausdifferenziert und spezialisiert.

Diese Perspektive zeichnet sich jetzt schon ab. Laut einer von der 'Zeitung der Bürger (www.ngotimes.net)' beauftragten Studie lässt sich feststellen, dass der Charakter der Solidaritätsaktivitäten der bürgerlichen Bewegungsorganisationen sich tendenziell sowohl zu Themen wie Arbeit, sozialer Polarisierung und politischen Angelegenheiten als auch zu Kultur hin bewegt (Eun, Su-Mi, in ngotimes vom 29.05.2006). Diesbezüglich hebt Eun Su-Mi hervor, dass sich die Bürgerbewegung bzw. NGO-Bewegung seit 2005 über politischen Angelegenheiten hinaus ausdifferenziert hat und mit der Ausdehnung der Zivilgesellschaft die Ansätze zu einer Selbstorganisation im Vergleich zu 2001 sich vermehrt haben. Das Resultat reflektiert zuletzt die gegenwärtige Veränderung in der Entwicklung der Bürgerbewegung. In Bezug auf dieses Resultat kann als Angelpunkt davon ausgegangen werden, dass man sich in den Organisationen mit 'Hegemonie' und 'Reputation' zufrieden gibt, es dabei aber an ständiger Selbstkritik fehlen lässt. Es geht darüber hinaus um innere Konflikte. In dieser Hinsicht weist Lee Sang-Hun, Direktor für Politik der KFEM, als Ursache für den schlechteren Ranglistenplatz der Organisation

auf die Konflikte um die Direktwahl des Generalsekretärs sowie auf die Probleme bei der Rekrutierung der Aktivisten hin. Um die Probleme der inneren Konflikte zu bewältigen, legt sie nun größeres Gewicht auf die innere Kommunikation zwischen 51 Lokal-KFEM und ihren Zusammenhalt. Und ein anderer Mitarbeiter verweist auf das Übel einer überschüssigen Zentrierung auf die Medien aufgrund einer Zwangsvorstellung des Generalsekretärs, während seiner Amtszeit sichtbare Resultate vorzulegen zu müssen (ngotimes vom 29.05.1006).

Der zunehmende Einflußverlust der major-NGOs bzw. Komplex-NGOs ist andererseits auf ein abnehmendes Interesse der Bürger zurückzuführen. Dabei spielten eine Reihe von moralischen Fehlhandlungen in den NGOs, die eigentlich vom Ruf der eigenen Moralität leben, in den 90er Jahren eine entscheidene Rolle. Als Beispiele dafür können hier einige genannt werden. Citizen's Coalition for Economic Justice (CCEJ) beispielsweise, ein Synonym für südkoreanische NGO in den 90er Jahren, erfuhr starke innere Konflikte, verletzte ihre Moralität selbst, indem sie von Unternehmen Geldspenden verlangte, darüber hinaus orientierten sich viele prominente professionelle Aktivisten an politischer Macht und ließen sie sich von der offiziellen Politik kooptieren. Südkoreanische NGOs können den Bürgern ein Bild vorgeben, dass sie als Vorfeld für den politischen Aufstieg dienen. Und auch der Skandal einer NGO, nämlich die Aneignung von Subvention der Regierung hat der Bevölkerung einen Schock versetzt. Zudem kam es zu einer sexuellen Belästigung von einem Umwelt-Prominenten der 'Green Korea'. All dies diffamiert das Bild von NGOs als Moral-Unternehmen, und daher betrachten viele Bürger diese mit kritischerem Blick.

Noch kritischer zu betrachten ist sicherlich eine Gefahr der Bürokratisierung von großstrukturierten NGOs infolge des Wachstums ihrer Organisationen. Die hegemoniale Position, die sich im Entwicklungsprozess der großstrukturierten NGOs etablierte, könnte selbst das Problem beinhalten, einen bürokratischen Riesenwuchs hervorzurufen. Durch die von Organisationsmanagern und Bewegungsprofessionals monopolisierten Aktivitäten werden die Bürger passiv mobilisiert und als subjektiver Akteur von einer wirklichen Beteiligungen ausgeschlossen. Damit zusammenhängend ist vielfach von einer „Bürgerbewegung ohne Bürger“ innerhalb der NGO-Bewegung die Rede. Bei diesem Schlagwort geht es nicht um den Partizipationsunwillen der Bürger. Diese wissen oft nicht einmal, dass sie vertreten werden. Die NGOs handeln und partizipieren

am politischen Prozess als Repräsentanten der Bürger bzw. der Bevölkerung, obwohl sie von niemandem gewählt wurden. Diese Sichtweise kann an die Bemerkung von Demirovic´ anknüpfen:

„Die Bevölkerung, der ‚Volkssouverän‘, weiß häufig nicht einmal, dass sie vertreten wird. Es kommt also zu der bekanntesten Repräsentationsparadoxie, dass diejenigen, die repräsentieren, die Repräsentierten erst erzeugen. Es ist zwar durchaus möglich, dass NGO im wohlverstandenen Interesse der repräsentierten Bevölkerungsgruppen handeln, denkbar ist aber auch, dass sie deren Interesselage usurpieren und sie bevormunden. Es kommt zu Entscheidungen, die die Betroffenen als ‚in ihrem Namen getroffen‘ immer als gegeben voraussetzen müssen. Die repräsentierte Bevölkerung könnte sich nicht einmal wehren, weil sich die Repräsentanten immer darauf hinweisen können, dass sie für jeweils andere Individuen, Gruppen, Interessen sprechen“ (Demirovic´2001, 144).

Über diese „Repräsentationsparadoxie“ hinaus geht es also um eine ‚civic culture‘ als soziales Beziehungsnetz. Wie in der Wirtschaft hat sich auch das Wachstum der Zivilgesellschaft nach der Demokratisierung mit unglaublicher Schnelligkeit vollzogen. Diese rasante Entwicklung konnte jedoch deren Verwurzelung in der traditionellen Kultur wie dem Klientelismus, Regionalismus, Familiarismus und Autoritarismus nicht beseitigen. Eine Aufgabe südkoreanischer NGOs – in Form komplexer NGOs oder einer auf der Basisdemokratie basierenden Grassroots-Bewegung - wäre die Überwindung dieser konservativen und ungleichen sozialen Verhältnisse. Hierzu fehlt der südkoreanischen Zivilgesellschaft noch die zivile Kultur einer rationalen Problemlösung und der freiwilligen Partizipation. Das fehlende Zivildbewußtsein äußert sich im geringen Bewußtsein für das freiwillige Engagement (vgl. Verzeichnis südkoreanischer NGOs 2002) und Spendekultur.

In Bezug auf die Aufrechterhaltung der Funktion der Kontrolle, Überwachung und Demokratisierung der südkoreanischen NGOs können einige Probleme, für die sie kritisiert werden, bzw. Aufgaben, denen sie gegenüberstehen, hervorgehoben werden. Im Hinblick auf ihre Beziehung zu Regierungen und politischen Partizipation sind Beiträge zur fortschreitenden demokratischen Konsolidierung und dafür die politische Beteiligung erforderlich. Dabei ist es für sie erforderlich, ein Spannungs- und Konfliktverhältnis zu den Regierungen und einen gewissen Abstand zu ihnen

aufrechtzuerhalten. Dafür sollte die Autonomie von NGOs in politischer und finanzieller Hinsicht gewährleistet sein, damit sie sich gegen die Instrumentalisierung durch die Regierungen wenden können. Gegebenfalls könnten sie mit Regierungen ein politisches Verbindungsnetz herstellen. Als NGOs, die mit ihrer Parteinneutralität eine kritische Funktion haben, sollten sie an einem kritischen Kooperations- und Überwachungsverhältnis in Bezug auf die Regierungen festhalten (Kim, Young-Rae 2003, 29). Dabei ist jedoch eine erhebliche Verhandlungskompetenz erforderlich.

Zweitens, NGOs als Moral-Unternehmen, die moralisch und ethisch aufgeladen sind, sollten einen transparenten Managementsprozess sowie in hohem Maße ihre Moralität aufrechterhalten, um das Vertrauen der Bevölkerung genießen. Nicht zuletzt in ihren Entscheidungsprozessen und bei der Verwaltung der Betriebsmittel müsste ebenfalls Transparenz aufrechterhalten werden. Für die Erhaltung ihrer Moralität sind ständige Selbstkritik und Selbstprüfung notwendig.

Drittens, für die Bewahrung der Autonomie von NGOs sind die finanziellen Ressourcen ein entscheidender Punkt. Es muss in Erwägung gezogen werden, wie diese erwirtschaftet werden. D.h. mehrere Gewinn erzielende Geschäfte – beispielweise Sportveranstaltungen mit Veranstaltungsgebühren wie bei Oxfam, Auktionsveranstaltungen unter den Mitgliedern oder/und Nichtmitgliedern oder Ökotourismus – sollten verstärkt eingesetzt werden. Die finanziellen Ressourcen südkoreanischer NGOs bestehen im Unterschied zu westlichen Ländern in hohem Maße aus Mitgliedsbeiträgen. Die Zentrierung der finanziellen Quelle auf Mitgliedsbeiträge bezieht sich vor allem auf die NGO-Aktivitäten beschränkenden gesetzlichen institutionellen Rahmenbedingungen und die fehlende Spendekultur sowie das progressiven NGOs feindlich gegenüberstehende konservative Medienmilieu. In gesetzlicher Hinsicht müssen sie erst genehmigt sein, wenn sie Geldspenden erhalten wollen. Darüber hinaus geht es auch um eine negative Einstellung der Bürger zu Geldspenden¹⁶³. Diese für NGO-Aktivitäten unfreundlichen gesetzlichen institutionellen Rahmenbedingungen lassen südkoreanische NGOs ihre Einkunftsquelle überwiegend von Mitgliedsbeiträgen abhängig machen (ngotimes vom 17.04.2006). Personelle

¹⁶³ In einer von 'Giving Korea 2002' geführten Umfrage über den Spendeindex gegenüber bürgerlichen Bewegungsorganisationen lässt sich die sehr niedrige Spendekultur feststellen. Demzufolge blieb der Prozent der Bürger mit Spenderfahrungen lediglich bei 1,8% in 2002 und in 2000 bei 3,3% (ngotimes vom 17.04.2006).

Mobilisierung ist daher mit finanziellen Ressourcen zusammen eine maßgebliche Bedingung für die Dauerhaftigkeit von NGOs. Ehrenamtliche Bürgeraktivitäten sollten verstärkt aktiviert werden, und diese können durch die Bürgererziehung gefördert werden.

Viertens, angesichts sich immer mehr globalisierender Themen werden die Rolle und Funktionen global agierender NGOs für bestimmte Themen auch für südkoreanische NGOs wichtiger. Dafür müssten sie mit Experten, sowohl von Freiwilligen als auch professionellen Aktivisten ausgestattet sein. Ein in diesem Zusammenhang wesentliches Problem zeigt sich allerdings in Defiziten bei den Expertisen der Vollzeitmitarbeiter. Bei großen NGOs ist davon die Rede, ihre Organisationsstruktur umzubauen, um mit weniger Vollzeitmitarbeitern und mehr freiwilligen Experten auszukommen. Das ist aber kein einfaches Thema, denn z.B. für die Aufrechterhaltung und Ausführung der Projekte und Aktivitäten der großen Komplex-NGOs und KFEM mit 51 Zweigen werden viele Vollzeitaktivisten benötigt. Bei diesem Problem handelt es sich allerdings um Defizite bei der Expertise und in einer unzureichenden Finanzierung. Eine finanzielle Sicherung, wie oben erwähnt, könnte mit einer erweiterter Rekrutierung von Mitgliedern, der Herstellung einer institutionellen gesetzlichen Ausstattung für die NGO-Unterstützung sowie durch steuerliche Vergünstigungen sowie die Verstärkung der Bürgererziehung in Bezug auf die Verwurzelung der Spendekultur und Gewinn erzielenden Geschäften erzielt werden.

Worauf m.E im Hinblick auf die Aufgabe von südkoreanischen NGOs zuletzt zu verweisen ist: sie müssen stärker mit aktuellen Konstellationen konfrontiert werden. Denn die globale Durchsetzung der neoliberalen Wirtschaft beschleunigt und verschärft die soziale Polarisierung, und damit wird auch die Aushöhlung der Demokratie zu einem ernststen Problem. Der Idealtypus von `Gemeinnutz´ oder `gutem Willen´ verkörpernden NGOs kann möglicherweise deshalb nicht länger plausibel sein, weil die Lebensgrundlage der Lohnabhängigen mit der Globalisierungsoffensive zunehmend instabil wird. Es kann die Frage aufgeworfen werden, für wen denn dieser `gute Wille´ oder `Gemeinnutz´ von NGOs bestehen soll, wenn der Hauptteil der Bevölkerung davon bedroht wird, dass ihr die Lebensgrundlage entzogen wird. Aus diesem Blickwinkel sollte deshalb auf eine verstärkte Solidarität zwischen NGOs und gewerkschaftlicher Bewegung verwiesen werden. Nach einer Studie von Eun Su-Mi (2006) schwächt sich

die Solidarität zwischen gewerkschaftlicher Bewegung und Bürgerbewegung seit 1990er Jahren ständig ab. In einer Statistik von 1997, so Eun Su-Mi (in *ngotimes* vom 29.05.2006), erreichte das Gewicht der arbeitsrelevanten Bewegung 31,4%, in 2001 17,6% und das Gewicht der Solidarität hat in dieser Analyse auf 11,7% abgenommen. Gewerkschaften sind angesichts der Durchsetzung der neoliberalen kapitalistischen Ordnung auf dem ganzen Globus und der damit einhergehenden Standortkonkurrenz immer mehr dem Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Dies führt angesichts der Logik des Kapitals zu einer Erosion des Gesellschaftsvertrags für die Lohnabhängigen. Gerade darin sollte eine Schnittmenge für die Bildung einer Solidarität zwischen Gewerkschaften und NGOs zum Ausdruck kommen, und dabei könnte diese Netzwerkbildung ihre gesellschaftspolitische Bedeutung erhöhen und gemeinsame Ziele wirksamer verfolgen lassen.

Um länderübergreifenden Problemen – seien es Umwelt, Armutsbekämpfung oder Arbeit – in der Globalisierungsoffensive gerecht zu werden, wäre ferner eine systematische und verstärkte Solidarität mit anderen nationalen und internationalen NGOs für südkoreanische NGOs erforderlich¹⁶⁴, wobei die Zwänge neoliberaler Ideologie offensichtlich einzelstaatliche Souveränität und Demokratie¹⁶⁵ bedrohen. Das neueste Beispiel hierfür sind die hinter den Kulissen verlaufenden FTA-Verhandlungen (Freihandelsabkommen) zwischen den USA und der südkoreanischen Regierung. Die USA zielen mit dem FTA gegenüber der südkoreanischen Regierung auf eine vollkommene Öffnung des Finanzmarktes, des Dienstleistungssektors einschließlich der Bildungswesens, Agrarprodukte bis zum kulturellem Sektor wie z.B. Senkung von Screenquater¹⁶⁶ etc. analog zu NAFTA¹⁶⁷. Dieses gegenüber einem schwachen

¹⁶⁴ Ein erfolgreicher Fall transnationaler Solidarität war die Bewegung gegen den Aufbau von Donggngnag-Dam. Die Umwelt-NGOs Südkoreas haben den Druck gegenüber der südkoreanischen Regierung mit einer transnationaler Mobilisierungsstrategie ausgeübt, und daraus resultierend wird dieses Staatsprojekt zurückgestellt. Diese transnationale Mobilisierungsstrategien durch Solidarisierung sollte auf weitere Themenbereiche wie Menschenrechte, Probleme der Polarisierung sowie Arbeit erweitert werden.

¹⁶⁵ Nicht zuletzt `das Klagesystem zwischen Investoren (im wesentlichen transnationale Unternehmen) und Regierungen´ - d.h. ausländische Investoren dürfen gegen die politische Entscheidungen von Regierung bzw. staatlichen Institutionen bei einem dritten internationalen Konfliktbewältigungsapparat Klage erheben- impliziert einen Element, der die südkoreanische Souveränität offenkundig verletzt (*ohmynews* vom 23.05.2006).

¹⁶⁶ Screenquater ist eine institutionelle Einrichtung, um Filme des eigenen Landes im Kino über eine bestimmte Tagesanzahl hinaus vorführen zu lassen. Der Zweck dieser als ein System der obligatorischen Vorführung der im Inland hergestellten Filme zu bezeichnenden Einrichtung ist es, einer übermäßigen Ausdehnung von ausländischen Filmen auf dem Markt vorzubeugen und dabei

Handelspartner ziemlich ungleich strukturierte Abkommen bezieht sich in der Tat auf alle wirtschaftliche Aktivitäten. Alle Artikel dieser FTA-Verhandlungen dienen vor allem den Profitinteressen US-amerikanischer Kapitalisten. Diese führen zu einer maximalen Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und damit zu einer noch verschärften sozialen Polarisierung. Dieser fallen „lediglich“ sozial Unterprivilegierte zum Opfer. Für eine aktive Beteiligung an diesen globalen Problemen und deren Monitoring sollten südkoreanische NGOs über fachliche Kenntnisse auf dem betreffenden Gebiet und auch Spezialkenntnisse über internationale Institutionen und deren Verfahren etc. verfügen, und darüber hinaus sollten sie ihre Verhandlungskompetenz trainieren.

Angesichts dieser bedrohlichen aktuellen Sachverhalte sollten südkoreanische NGOs ihre nationalen Streitpunkte – der beim näheren Hinsehen nicht auf nationales Terrain begrenzt sind– auf die internationale Ebene übertragend thematisieren und dabei Resonanz dafür erwecken, dass nationale Probleme längst nicht nur national, sondern auch global sind.

Die Perspektiven der Beziehung zwischen der Bürgerbewegung (Siminundong) und der Volksbewegung (Minjungundong)

Wie bei der Zivilgesellschaftsdebatte im südkoreanischen Kontext gesehen, bilden die liberaldemokratische, klassenübergreifende Zivilgesellschaft und deren Bewegung (Siminundong) und gewerkschaftlich bestimmte Volksbewegung (Minjungundong) mit ihrem Bezug auf das Klassenbewußtsein die Hauptbezugspunkte. Die Simin- und Minjungundong scheinen indessen mit ihren unterschiedlichen Orientierungen eine gegensätzliche, dichtome Beziehung zu bilden. Die Ziesetzung der Siminundong richtet sich auf eine Realisierung des „Gemeinnutzes“ , während die Minjungundong die Interessen der beherrschten Klassen, also der Arbeiter, Bauern und städtische Armen etc. verfolgt. Mit der Strukturveränderung der Zivilgesellschaft verändert sich auch ihre wechselseitige Poisionierung und damit verändert sich auch die Dynamik der sozialen

die Absicherung des Marktes für einheimische Filme zu erleichtern sowie den Schutz und die Förderung einheimischen Filme zu verbessern.

¹⁶⁷ Die amerikanische Politik umfasst das FTA, NAFTA, TRIPS (Trade-Related aspects of International Property rights), TRIMS (Trade Related Investment Measures) sowie GATS (General Agreement on Trade in Services. Ebd., vom 13.06.2006).

Bewegung. Mit dem Zerfall des autoritären Militärregimes und des ihr eine ideologische Orientierung gebenden Realsozialismus geriet die *Minjungundong*, die vom Gegensatz von Demokratie und Undemokratie ihre dynamische Bedeutung gewinnen konnte, für eine Weile in eine Verunsicherungsphase. Dahingegen gewann die *Siminundong* an gesellschaftlicher Bedeutung. In den 70er und 80er Jahren tauchte der Begriff der Bürgerbewegung als eine soziale Bewegung noch nicht auf, denn der Begriff der im Gegensatz zum autoritären Staat stehenden Zivilgesellschaft verwies vornehmlich auf den Antagonismus zwischen herrschender und beherrschter Klasse. In die 90er Jahre hinein verschiebt sich jedoch die dichotomisch strukturierte Gesellschaft auf eine pluralisierte Gesellschaft, in die pluralisierte und ausdifferenzierte Forderungen und Interessenartikulationen der Bevölkerung zum Ausdruck kommen. Beispielweise die Frauenbewegung, die in den westlichen Gesellschaften neben der Ökologiebewegung sowie der Antikriegsbewegung als Neue Soziale Bewegung charakterisiert wurde. Diese galten unter dem Militärregime als Teil der Demokratiebewegung innerhalb der Minjung-Undong und im Verlauf der Erweiterung der Zivilgesellschaft wird sie als Bürgerbewegung kategorisiert. Dabei geht es allerdings nicht um eine Veränderung ihrer Substanz, sondern die Modalität, die Ziele, und die Organisationsform der Bewegung, die eine Verschiebung von der Logik der Minjung-Undong zur Logik der Simin-Undong bedeutet (vgl. Jung, Chong-Kwon 2001, 273).

Am Beginn der Gründung der Komplex-NGO wie CCEJ (Citizen' Coalition for Economic Justice) konkurrierte diese mit der Minjungundong und verstand sich in der Abgrenzung zur ihr. Damit schlossen sich in den 90er Jahren die Minjung- und Siminundong gegenseitig aus. Es muss aber daran erinnert werden, dass der kapitalistische Klassegegensatz und das Verhältnis von Kapital und Arbeit eine zentrale Konfliktachse bleibt. Dennoch überschneiden sich die Klasseninteressen – so argumentiert Kim Dong Choon – mit den Interessen der Bürger im Allgemeinen. D.h. die Siminundong richtet sich über die Klasseninteressen hinaus auf eine Verwirklichung von „Gemeinnutz“, und die Minjungundong erscheint damit als ein Teil der Siminundong, die ihre Ziele aber zugleich in Abgrenzung zu den Klasseninteressen verfolgt (Kim, Dong-Choon; zitiert nach Jung, Chong-Kwon 2001, 264).

Aus Sicht der Siminundong scheint die ideologische Orientierung der Minjungundong, die auf eine Umwälzung des kapitalistischen Systems auf einzelstaatlicher Ebene zielt,

nicht zuletzt angesichts der globalen Durchsetzung der neoliberalen Ordnung eher unplausibel zu sein. Dennoch wäre es wichtig, auf zivilgesellschaftlicher Ebene einen Berührungspunkt zwischen der Simin- und Minjungundong zu finden, um der die sozialen Widersprüche vertiefenden neoliberalen Restrukturierung widerstehen zu können, denn auch die Mittelschichten werden durch die neoliberale Strukturanpassung und die damit einhergehende Vertiefung der sozialen Polarisierung schließlich in die soziale Marginalisierung getrieben. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes führte nicht zuletzt zu einer erheblichen Zunahme der „non-regular worker“, die auf Teilzeit- und Zeitarbeit sowie vorübergehenden Beschäftigungsverhältnissen beruhen. Dadurch wird deutlich, dass durch diesen Degradierungsprozess die Mittelschichten zunehmend in eine Minjung-Klasse in Form einer neuen Armenklasse eingeschlossen werden¹⁶⁸. Die sich verschlechternden sozioökonomischen Lebensbedingungen der Bürger, mit denen die Mehrheit der Bürger – einschließlich der Arbeiter, Bauern, Unterprivilegierten etc. – konfrontiert ist, erweisen sich als immer bedrohlicher. Wenn keine Politikalternative in Bezug auf diese sozialen Problem entwickelt werden kann, wird die Demokratie inhaltlich leer laufen. Das ist ein entscheidender Ansatzpunkt, an dem die Simin- und Minjungundong durch eine solidarische Zusammenarbeit bei ausgewählten gesellschaftlichen Themen zur weiteren Demokratisierung beitragen könnten. In Bezug auf den Transitionsprozess zur Konsolidierung und Verankerung der demokratischen Institutionen in Südkorea könnte daher eine themenbezogene Zusammenarbeit zwischen den beiden unterschiedlichen Bewegungen sinnvoll sein, d.h. es ginge um die Notwendigkeit der wirksamen Praxis der Minjunhundong in weiteren zivilgesellschaftlichen Themenbereichen“ (Cho, Hee Yeon).

Darüber hinaus kann man auch in Bezug auf die Entwicklung der sozialen Bewegungen in den westlichen Gesellschaften unterstellen, dass die als alte soziale Bewegung geltende Minjungundong in die sich mit der neuen sozialen Bewegung zu vergleichende Siminundong übergeht, wenn durch eine Kompromißbildung zwischen Kapital und Arbeit die Arbeiterklasse von der Klasse des Kapitalisten kooptiert wird, was im westlichen Wohlfahrtsstaat der Fall war. In diesem Fall würde die Dynamik der auf dem

¹⁶⁸ **Dazu gehören entlassene Lohnabhängige und auch die Selbstständigen und Mittelstandsunternehmen, die bei der Finanzkrise in Konkurs gingen. Sie sind von gestern auf heute unerwartet arbeitslos und auf die Straße getrieben worden. Dies führte unmittelbar zur Auflösung der Familie.**

Klassengegensatz basierenden Minjungundong auch in Südkorea an Bedeutung verlieren. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass die Rolle der Minjungundong gerade im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung erhalten bleiben wird, und damit auch die Bedeutung einer effektiven Solidarisierung mit der Bürgerbewegung für die Konsolidierung der Demokratie nicht nur im institutionellen, sondern auch im praktischen Sinne.

11. Perspektiven und Alternativen

Die als postfordistische Restrukturierung zu bezeichnende neoliberale Globalisierung ist längst eine die Weltordnung bestimmende Tatsache geworden, und zugleich wirkt sie sich auch auf einzelstaatliche Politiken aus. Mit der Globalisierungsoffensive sind Begriffe wie soziale Polarisierung, Ungleichheit, Fragmentierung, sich verschärfende Konkurrenz unter Individuen und Einzelstaaten noch aktueller. Die Transformationsprozesse der Staatlichkeit bzw. des Staatensystems – also der Übergang vom fordistischen Wohlfahrtsstaatssystem zum postfordistischen „Wettbewerbsstaatssystem“ (Hirsch) – sind unmittelbar relevant für das sprunghafte Auftreten von NGOs auf internationaler sowie nationaler Ebene.

Deren Bedeutung und Funktion liegen vor allem darin, dass sie mit spezialisierten Wissensressourcen auf internationaler wie auf nationaler Ebene die von Staat und Markt mit Absicht oder/und wegen der Unzulänglichkeit von Regierungen außer Acht gelassene Interessen thematisieren und vertreten, und beim Agenda-Setting und bei Problemdefinitionen im politischen Verhandlungs- und Entscheidungsprozess mitwirken. Darüber hinaus kontrollieren sie politische Prozesse im konfliktorischen bzw. kooperativen Verhältnis zu den Regierungen. Dabei üben sie mit der aktiven Verwendung der Medien und der Mobilisierung der Öffentlichkeit – was ihre eigentliche Stärke ist – Druck auf die Politiken von Regierungen und internationalen Organisationen aus. Sie verleihen dabei unterdrückten Interessen ein Gehör in der Öffentlichkeit (Hirsch 2002, 33; vgl. Demirovic 2001, 168). Dies ist eine generelle Funktion national oder international agierender NGOs, wie oben dargestellt. Dabei entsteht ein Konsens darüber, dass sie in gewisser Hinsicht als Katalysator für eine Demokratisierung nicht nur im internationalen System, sondern auch auf nationaler Ebene zu verstehen sind und

dabei Voraussetzungen für eine wirksamere demokratische Kontrolle schaffen (Wahl 1977, 311).

NGOs können zwar zur Demokratisierung beitragen, aber sie sind selber nicht unbedingt demokratisch verfasste Organisationen, denn sie verfügen nicht immer über formalisierte demokratische Verfahrensweisen. Dies gilt auch für südkoreanische NGOs. Sie setzen sich zwar aufgrund der Unterentwicklung des Repräsentativ- und Parteiensystems für eine Konsolidierung der institutionellen Demokratie ein, aber sie können selber kein Repräsentationssystem werden. Sie können bestenfalls durch die Mobilisierung der Zivilgesellschaft und der Druckausübung auf Regierungsapparate zu einer institutionellen Veränderung beitragen. Ihre demokratisierenden Effekte bleiben deshalb in gewissem Maße begrenzt. Dies gilt vor allem, solange sie ihre Staatsorientiertheit beibehalten. Um dies zu verhindern, sollte vor allem ihre finanzielle politische Eigenständigkeit gewährleistet bleiben. Trotz der Tatsache, dass sie als ein international agierender Akteur und mitunter als „erweiterter Staat“ (vgl. Hirsch 2001, 32) in komplexen internationalen hegemonialen Kräfteverhältnissen und Konfliktkonstellationen selbst Teil der internationalen Regulationszusammenhänge sind, sollte sich ihr Demokratisierungspotential angesichts der sich noch verstärkenden Globalisierungsoffensive darin äußern, diesen Entwicklungen zu widersprechen. Nicht zuletzt angesichts der mit Kapital- und politischer Macht ausgestatteten Globalisierungsoffensive und der daraus resultierenden gravierenden Unterminierung der Demokratie könnte die auf einzelstaatlicher Ebene gebildete öffentliche Meinung auf internationaler Ebene wirksam werden, und diese internationale Reflexion könnte sich dann auf nationalen Regierungen als Druck auswirken. Für eine emanzipatorische Politik und eine demokratische Entwicklung auf globaler Ebene könnte die Solidarität zwischen progressiven internationalen und nationalen NGOs und gewerkschaftlichen Organisationen bedeutsam werden, damit sie durch gemeinsame Solidarität sich den sich neu gestaltenden Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnissen auf globaler Ebene konfrontieren können. Die Entwicklung internationaler Netzwerke und das Know-How von NGOs über Abläufe internationaler Politikprozesse in Verbindung mit den im nationalen Raum operierenden Bewegungsorganisationen könnten Synergieeffekte (vgl. Wahl 1997, 313) hervorrufen. Nicht zuletzt das Know-How professioneller und international agierender NGOs ist deshalb wichtig, weil internationale

Verhandlungsprozesse ein höchst komplexes Gefüge darstellen, in dem verschiedene Interessen von verschiedenen Akteuren miteinander oder gegeneinander ausgespielt werden. Dabei wäre die Komplexität unterschiedlicher Interessenlagen der Bewegungsorganisaionen jedes Landes zu berücksichtigen. Das heißt beispielsweise, dass je komplexer die Verhandlungsprozesse in der die neoliberale Ideologie vertretenden WTO werden, desto komplexer werden auch die Interessen der Betroffenen. Daraus könnte allerdings das Problem entstehen, wie man diese unterschiedliche Interesse und unterschiedlichen Konstellationen vereinheitlichen und damit der Globalisierung entgegentreten könnte. Um so wichtiger wird es daher, dass sie „neben der Spezialisierung auf `single issue´, die nicht aufgegeben werden soll, und auch ihren Blick für übergreifende Zusammenhänge und für das Allgemeine schärfen müssten (ebd.), also analog zu den Funktionen südkoreanischer Komplex-NGOs. In diesem Zusammenhang müssten sie neben „soft issues“ indessen auf „hard issues“ wie die neoliberale Wirtschaftspolitik und die diese vorantreibende WTO eingehen.

Nur in diesem Kontext gilt die Fragestellung, ob NGOs als gesellschaftsverändernde Akteure zu betrachten sind. Insofern sollte eine Antwort auf die gestellte Frage m.E. darin bestehen, inwiefern sie ihre Machtressourcen, Verhandlungskompetenzen, ihrer Netzwerke, ihr Know-How und ihre Kontakte etc. in einer breiten Solidarität mit Gewerkschafts- und Bauernorganisationen, sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen nutzen, um sich der Globalisierungsoffensive und der damit zunehmenden Erosion der Demokratie effektiv entgegenzustellen. Um der Dynamik der neoliberalen Globalisierung, die für die einzelstaatliche Souveränität und damit für die Demokratie immer mehr bedrohlicher wird entgegenwirken zu können, müsste eine konkrete Alternative dazu erarbeitet werden werden, wie eine andere Welt im praktischen Sinne möglich werden könnte.

Literaturverzeichnis

Aglietta, Michel (1978): Phases of US Capitalist Expansion, in: New Left Review, July-August, London.

Aglietta, Michel (1979): A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience, London.

Aglietta, Michel (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg.

Alheit, Peter (1994): Die Fragilität des Konzepts Zivilgesellschaft, in: Das Argument, Jg. 36, Heft 4/5

Altvater, Elmar (1976): Staat, Akkumulation und soziale Bewegung, in: Altvater, Basso, Mattick, Offe, (Hrsg.): Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns, Frankfurt a.M

Altvater, Elmar (1987): Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien, Hamburg.

Altvater, Elmar (1994a): Die Ordnung rationaler Weltbeherrschung oder: Ein Wettbewerb von Zauberlehrlingen , in: Proklar 95.

Altvater, Elmar(1994b): Operationsfeld Weltmarkt oder: Die Transformation des souveränen Nationalstaats in den nationalen Wettbewerbsstaaten, in:Proklar 97.

Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit(1996): Grenzen der Globalisierung, Münster.

Altvater, Elmar (1997): Markt und Demokratie in Zeiten von Globalisierung und ökologischer Krise, in: Altvater, E/ Brunnengräber, A/ Haake,M/ Walk, H(Hrsg.): Vernetzt und verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, Münster.

Amsden, H. Alice (1989): Asia's Next Giant. South Korea and Late Industrialization, Oxford, New York, Toronto.

- Amsden, H. Alice (1990): Third World Industrialization: ‚Global Fordism‘ or New Model?, in: New Left Review Nr. 182, July/August 1990.
- Amstrong, Charles K (2002): civil society in contemporary Korea, in: der (ed.): Korean society. Civil society, democracy and the state, London, New York
- Anheier, Helmut K (1990): Nonprofit Sektor: Themen und Ansätze, in Journal für Sozialforschung, Jg. 30, Heft 2.
- Anheier, Helmut K./Salamon, Lester M. (1992): Genese und Schwerpunkte internationaler Forschung zum Nonprofit-Sektor., in: Forschungsjournal NSB 4/92.
- Anheier/Themundo/Freise (2003): Transnationale Zivilgesellschaft und Organisationsentwicklung, in: Forschungsjournal, Jg. 16, Heft 2.
- Bae, Chong-Ah (2003): NGOui Minjusunge Kwanhan Yeonku (*eine Studie über demokratisierende Potentiale von NGOs*), Dissertation an der Uni. Chonnam.
- Baratta, Giorgio(1994): Volk, Nation, Zivilgesellschaft, Massen im Denken Gramscis, in: Das Argument 206, Jg. 36, Heft 4 5
- Beck, Ulrich(1998): Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich?, in: ders. (Hrsg.): Politik der Globalisierung, Frankfurt a.M.
- Becker, Steffen Sablowski, Thomas Schumm, Wilhelm(1997): Jenseits der Nationalökonomie, Argument-Sonderband AS 249
- Bienenfeld, Manfred(1994): Capitalism and the nation state in the dog days of the twentieth century, in: Social Register, London.

- Bieling, Hans-Jürgen Deppe, Frank(1996a): Gramscianismus in der internationalen Politischen Ökonomie, in: Das Argument Jg. 38, Heft 5 6
- Bieling, Hans-Jürgen Deppe, Frank Röttger, Bernd(1996b): Weltmarkt, Hegemonie und europäische Intergration. Kritische Beiträge zur Theorie der internationalen Beziehungen. Forschungsgruppe europäische Gemeinschaften (FEG), Arbeitspapier Nr. 15, Marburg.
- Bieling, Hans-Jürgen Bischoff, Joachim Huffschmid, Jörg Röttger, Bernd (1997): Total Global? Weltmarkt – Nationalstaat – Neoliberalismus, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 10-97.
- Birchfield, Vicki (1999): Contesting the hegemony of market ideology: Gramsci's 'good sense' and Polanyi's 'double movement', in: Review of International Political Economy 6:1 Spring 1999, Routledge.
- Bischoff, Joachim (1993): Entwicklungstendenzen des Finanzkapitals, in: Zeitschrift Sozialismus 12-93
- Bischoff, Joachim (1996): Globalisierung, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1-96
- Blanke, Bernhard u.a. (1975): Das Verhältnis von Politik und Ökonomie als Ansatzpunkt einer materialistischen Analyse des bürgerlichen Staats, in: dies. (Hrsg): Kritik der politischen Wissenschaft 2, Frankfurt/M., New York.
- Bonder, Michael/Röttger, Bernd/Ziebra, Gilbert (1993): Vereinheitlichung und Fragmentierung in der Weltgesellschaft. Kritik des globalen Institutionalismus, in: Prokla Nr. 91, Jg.23.
- Boris, Dieter (1995): Das Scheitern neoliberaler Politik in Mexiko (1982 – 1994), in: Prokla Jg. 25, Heft 99, Münster.

- Boris, Dieter(2002): Metropolen und Peripherie im Zeitalter der Globalisierung, Hamburg
- Boyer, Robert (1991): The Eighties: The search for Alternatives to Fordism, in: Jessop, B Kastendiek, H u.a. (Hrsg.): The Politics of Flexibility, Aldershot.
- Boyer, Robert (1991): La theorie de la regulation: une analyse critique. Übersetzung auf Koreanisch, Seoul
- Boyer, Robert / Saillard, Yves (2002)(Hrsg.): Regulation Theory. The State of The Art, London.
- Brand, Karl-Werner (1987): Kontinuität und Diskontinuität in den neuen sozialen Bewegungen, in: Roth, Roland Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen, Frankfurt a.M.
- Brand, Ulrich (1995): Wohin die Hoffnung trägt, in: links 7 8, 95.
- Brand, Ulrich Görg, Christoph (1998a): Nachhaltige Widersprüche:Die Rolle von NRO in der internationalen Biodiversität, in: Peripherie Nr.71.
- Brand, Ulrich Görg, Christoph (1998b): Nichtregierungsorganisationen und neue Staatlichkeit, in: Calließ, Jörg (Hrsg.): Barfuß auf diplomatischem Parkett. Loccumer Protokolle 9 97, Loccum.
- Brand, Ulrich (2000a): Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise. Konturen kritischer NRO-Forschung, Münster.
- Brand, U/ Brunnengräber, A/ Schrader, L/ Stock, Ch/ Wahl, P (2000b): Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?, Münster.

- Brand, Ulrich Görg, Christoph (2001a): Postforditische Naturverhältnisse. NGO und Staat in der Biodiversitätspolitik, in: dies. /Demirovic, Hirsch : Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster.
- Brand, Ulich(2001b): Nichtregierungsorganisationen und postfordistische Politik. Aspekte eines kritischen NGO-Begriffs, in: Brunnengräber, A/Klein, A/Walk, H(Hrsg.): NGOs als Legitimationsressource, Opladen.
- Brand, Ulrich/Raza, Werner(2003): Fit für den Postfordismus. Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster.
- Brenner, Robert Glick, Mark (1991): The Regulation Approach: Theory and History, in: New Left Review, Nr. 188, July/Aug. 1991.
- Brock, Lothar (1998a): Die Grenzen der Demokratie: Selbstbestimmung im Kontext des globalen Strukturwandels und des sich wandelnden Verhältnis von Staat und Markt, in: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Regieren in entgrenzten Räumen. PVS Sonderheft 29.
- Brock, Lothar(1998b): Verweltlichung der Demokratie. Aus der Verflechtungs- in die Entgrenzungsfalle?, in: Greve, michael (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens?, Opladen.
- Bruckmeier, Karl (1994a): Strategien globaler Umweltpolitik, Münster.
- Bruckmeier, Karl (1994b): Nichtstaatliche Umweltorganisationen und die Diskussion über eine neue Weltordnung, in: Proklar 95, Jg. 24, Nr.42.
- Bruckmeier, Karl (1996): NGO-Netzwerke als globale Umweltakteure – eine zivilgesellschaftliche Perspektive, in: Brand, K.W. (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung, Opladen.

- Brunnenräber, Achim/Walk, Heike (1994): Motivation, Schwierigkeiten und Chancen der Nicht-Regierungsorganisationen bei der Bildung von Netzwerken, in: Proklar 97.
- Brunnenräber, Achim/Walk, Heike (1995): Die „NGO-Community“ im Spannungsfeld von Globalisierungs- und Fragmentierungsprozessen, in: Peripherie, Heft 59/60.
- Brunnenräber, Achim/Walk, Heike (1996): „Ad-hoc-Allianz“ – eine neue gesellschaftspolitische Perspektive?, in: Forschungsjournal, Jg. 9, Heft 2
- Brunnenräber, Achim/ Walk, Heike (1997): Die Erweiterung der Netzwerktheorien: Nicht-Regierungs-Organisationen verquickt mit Markt und Staat, in: Altvater, E, u.a. (Hrsg.): Vernetzt und Verstrickt, Münster.
- Brunnenräber, Achim(1998): Über die Unzulänglichkeiten kosmopolitischer Demokratie in einer transnationalen Welt, in: Periepherie, Heft 71
- Brunnenräber, Achim/Klein, Ansgar/Walk, Heike(Hrsg.)(2001): NGOs als Legitimationsressource. Zivilgesellschaftliche Partizipationsformen im Globalisierungsprozess, Opladen
- Buci-Glucksmann, Christine(1981): Gramsci und der Staat. Für eine materialistische Theorie der Philosophie, Köln.
- Burchardt, Hans-Jürgen (1996): Die Globalisierungsthese – von der kritischen Analyse zum politischen Opportunismus, in: Das Argument 217, Jg. 38, Heft 5/6.
- Buttigieg, Joseph A. (1994): Gramscis Zivilgesellschaft und die civil society-Debatte, in: Das Argument 206, Jg. 36, Heft 4/5.

- Castel, Robert (2003): Das Verschwimmen der sozialen Klasse, in: Bischoff, Boccara, der, Dürre (Hrsg.): Klassen und soziale Bewegungen. Strukturen im modernen Kapitalismus, Hamburg.
- Cartelier, Jean/ Vroy, Michel De (1988): Der Regulationsansatz: Ein neues Paradigma?, in: Proklar 72, Jg. 21.
- Cha, Myong-Jae (1991): Mit Gramsci Südkorea verstehen. Möglichkeiten und Probleme der Anwendung von Antonio Gramscis Staat- und Revolutionstheorie auf die Länder der Peripherie: Das Beispiel Südkorea, Münster.
- Chang, Ha-Sung (2001): Sijang Kaehyeokkwa NGO (*Marktreform und NGOs*), in: Cho, Hee-Yeon (Hrsg.): NGO Guide, Seoul.
- Chang, Yeo-Kyung (2001): Internet Kwa NGO (*Internet und NGO*), in: Cho, Hee-Yeon (Hrsg.): NGO Guide, Seoul.
- Cho, Dae-Yeop (2002): Segyehwawa Hanguk Siminsaheoui Yeokyengseong (*Globalisierung und Herausforderung der südkoreanischen Zivilgesellschaft*), in: Kyungjewa Saheo (*Ökonomie und Gesellschaft*, Vol. 54), Seoul.
- Cho, Hee-Yeon (1990): 80 Nyeondae Hanguksaheoundongui Jongaewa 90 Nyeondaeui Baljonjonmang (*Entwicklung südkoreanischer sozialer Bewegungen in den 80er Jahren und Perspektive für ihre Entwicklung in den 90er Jahren*), in: der. (Hrsg.): Hanguksaheo Undongsa (*Geschichte südkoreanischer sozialer Bewegungen*), Seoul.
- Cho, Hee-Yeon/Kim, Eun-Mee (1998a): State Autonomy and Its Social Conditions for Economic Development in South korea and Taiwan
- Cho, Hee-yeon (1998b): Hangukui Minjujuuiwa Saheoundong (*Südkoreanische Demokratie und soziale Bewegungen*), Seoul.

- Cho, Hee-Yeon (1999a): 'Jonghapjok Siminundong` ui Gujojeok Seongyukkwa Kue Byunhwau Jonmange Daehayo (zu dem strukturellen Charakter komplexer Bürgerbewegung und den Perspektiven für ihre Wandlung), in: Dangdae Bipyung 09 (Aktuelle Kritik 09), Seoul.
- Cho, Hee-yeon (1999b): Chamyoeoundae, 5 Nyeonui Sungchalkwa Jonmang (*People's Solidarity for Participatory Democracy, fünfjährige Introspektion und Perspektive*), in: *Symposiumsmaterial für 5 Gründungsjubiläum*
- Cho, Hee-Yeon (2001a)(Hrsg.): NGO Guide. (auf koreanisch), Seoul.
- Cho, Hee-Yeon (2001b): Jonghapjeok Siminundongui Guchojeok Sungkyukkwa Byunhwajeonmangedaehan Yeongu (*eine Studie über strukturelle Merkmale komplexer NGOs und Perspektive*), in: You, Pal-Mu/Kim, Jung-Hun (Hrsg.): Siminsahoewa Siminundong 2 (*Zivilgesellschaft und Bürgerbewegungen 2*), Seoul.
- Cho, Hee-Yeon (2004): Minjuhangaengihu Sahoeundong Byunhwawa gue Tuekseong in: Siminui Sinmun (Hrsg.): Hanguk Simin Sahoeundong 15 Nyeonsa 1987-2002; (*Transformation und Charakteristik sozialer Bewegung nach dem Demokratisierungswiderstand, in: die Zeitung der Bürger (Hrsg.): 15 Jahre zivilgesellschaftlicher Bewegungen in Südkorea 1987-2002*), Soeul.
- Cho, Myung-Rae (1999): Postfordismus und die Krise der modernen Gesellschaft, Seoul (auf koreanisch).
- Cho, Won-Hee (1999): Kyungjeminjuhwaundong 5 Nyeonui Pyungkawa Chonmang (*Bewertung und Perspektive der 5 jährigen Wirtschaftsdemokratibewegung*), in: *Symposiumsmaterial für 5 Gründungsjubiläum*

- Choi, Byung-Su (2003): Hanguk Chamyeminjuuuiui Jongchibaljunueluihan NGOui Baljonjuk Yeongu (*eine Studie über NGOs für eine politische Entwicklung der partizipatorischen Demokratie in Südkorea*), Dissertation an der Kangwon-Uni.
- Choi, Jang-Jip (1993a): Hangukui Minjuhwa: Ihaengkwa Gaehyuk (*Demokratisierung in Südkorea: Implementation und Reform*, in: der/Im, Hyun/Jin(Hrsg.): Shiminsahoeui Dojeon (*Herausforderung der Zivilgesellschaft*), Seoul.
- Choi, Jang-Jip (1993b): „Political Cleavages in South Korea“, in: Koo, Hagen (Hrsg.): State and Society in Contemporary Korea, New York.
- Choi, Sung-Ho (2003): Arbeitslosigkeit und soziale Sicherung in Südkorea im Kontext der Globalisierung, München.
- Chung, Dong-Chol (2001): Hanguk Sahoeundongui Jedohwae kwanhan Yeongu: Hwankyungyeonhap kwa Chamyeyeondaeui Sarye (*eine Studie über die Institutionalisierung südkoreanischer sozialen Bewegungen: Fallstudie über Peaople Solidarity for Participatory Democracy und Korean Federation for Environmental Movement*). MA an der Uni Yeonse, Seoul.
- Chung, Goog-Heon (1991): Zur regulationatheoretischen Analyse der kapitalistischen Entwicklung Südkoreas, Frankfurt/a.M, Bern, New York, Paris.
- Clark, John (1995): Democratizing Development, London.
- Cohen, John/ Arato, Andrew (1992): Civil Society and Political Theory, Cambridge, London.
- Cox, Robert (1993): Gramsci, hegemony and international relations, in: Gill, Stephen (ed.): Gramsci, historical materialism and international relations, Cambridge.

- Cox, Robert (1997): Democracy in hard time: economic globalization and the limits to liberal democracy, in: McGrew, Anthony (Hrsg.): The Transformation of Democracy, Cambridge
- Croissant, Aurel (1997): Politische Transformation in Südkorea und der Beitrag der Zivilgesellschaft, in: Laut, H-J/Merkel, W (Hrsg.): Zivilgesellschaft im Transformationsprozess, Mainz.
- Croissant, Aurel (1998): Politischer Systemwechsel in Südkorea (1985 – 1997), Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg Nr. 297, Hamburg.
- Cumings, Bruce (1997): Korea's Place in The Sun. A Modern History, New York.
- Cumings, Bruce (1998): The Korean Crisis and the End of late Development, in: New Left Review No. 231, Sep./Oct. 1998, London
- Demirovic, Alex (1987): Nicos Poulantzas, Hamburg.
- Demirovic, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster.
- Demirovic, Alex (1998): Staatlichkeit und Wissen, in: Görg, Roth (Hrsg.): Kein Staat zu machen, Münster.
- Demirovic, Alex (2001): NGO, Staat und Zivilgesellschaft. Zur Transformation von Hegemonie, in: ders./ Brand, U./ Görg, Ch./ Hirschh, J. (Hrsg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster
- Deppe, Frank (1991): Ist die Imperialismustheorie wieder aktuell?, in: der/ Kebir, S/u.a.: Eckpunkte moderner Kapitalismuskritik, Hamburg

- Deppe, Frank (1994): Ein neuer Gesellschaftsvertrag. Anmerkung zu einem transnationalen Krisendiskurs, in: Sozialismus 7-94.
- Deppe, Frank (1995): Politik am Ende des 20. Jahrhundert, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9-1995.
- Dörre, Klaus (2003): Neubildung von gesellschaftlichen Klassen. Zur Aktualität des Klassenbegriffs, in: Bischoff, Boccara, Castel, der. (Hrsg.): Klassen und soziale Bewegungen. Strukturen im modernen Kapitalismus, Hamburg.
- Emtmann, Anette (1998): Zivilgesellschaft zwischen Revolution und Demokratie. Die samtene Revolution im Licht von Antonio Gramscis Kategorien der società civile, Berlin und Hamburg.
- Engels, Friedrich (1969): Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, Berlin.
- Esser, Josef/ Görg, Christoph/ Hirsch, Joachim (Hrsg.) (1994): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg.
- Esser, Josef (1998): Konzeption und Kritik des kooperativen Staates, in: Görg, Ch./Roth, R (Hrsg.): Kein Staat zu machen, Münster
- Evans, Peter (1995): Embedded Autonomy. States & Industrial Transformation, New Jersey.
- Fein, Elke/Matzke, Sven (1997): Zivilgesellschaft. Konzept und Bedeutung für die Transformation in Osteuropa, Arbeitspapier 7 des Osteuropa-Institut, FU Berlin.
- Finger, Matthias (1994): NGOs and transformation: beyond social movement theory, in: Princen/Finger (Hrsg.): Environmental NGOs in World Politics. Linking the local and the global, London, New York.

- Fisher, Julie (1993): *The Road from Rio. Sustainable Development and the Nongovernmental Movement in the Third World*, Westport, Connecticut, London.
- Forschungsgruppe Weltgesellschaft (1996): *Weltgesellschaft: Identifizierung eines „Phantoms“*, in: PVS Jg. 37, Heft 1
- Forschungsjournal. Neue Soziale Bewegung(2002): *Transnationale Aktionsnetzwerke. Chancen für eine neue Protestkultur?*, Heft 1, März 2002, Stuttgart
- Forschungsjournal. Neue Soziale Bewegungen (2003): *Konturen der Zivilgesellschaft. Zur Profilierung eines Begriffs*, Heft 2, Juni 2003, Stuttgart.
- Freyhold, v. Michaela (1998): *Beziehungen zwischen Nicht-Regierungsorganisationen des Nordens und Südens. Erkenntnisse und Annahme*, in: *Peripherie* 71.
- Fuchs, Christian/Hofkirchner,Wolfgang(2001): *Theorien der Globalisierung*, in: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 12. Jg., Z-Nr.48, Dezember 2001
- Gebauer, Thomas (1998): *Die NGOs und die Perspektiven internationaler Solidarität*, in: Görg/Roth (Hrsg.): *Kein Staat zu machen*, Münster.
- Gebauer, Thomas (2001): *“... von niemandem gewählt!”*. Über die demokratische Legitimation von NGO, in: Brand/Demirovic u.a (Hrsg.): *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*, Münster.
- Gale, Fred (1998): *Cave Cave! Hic Dragones: a neo-Gramscian deconstruction and reconstruction of international regime theory*, in: *Review of international Political Economy* 5:2 Summer 1998, Routledge.
- Gerstenberger, Heide (1975): *Klassenantagonismus, Konkurrenz und Staatsfunktionen*, in: *Gesellschaft Beiträge zur Marxschen Theorie* 3, Frankfurt/a.M.

- Giddens, Anthony(2000): The Globalizing of Modernity, in: Held/McGrew(Hrsg.): The Global Transformations Reader, Cambridge, Malden
- Gill, Stephen(1996): Globalization, Democratization, and the Politics of Indifference, in: Mittelsman, James H.(Hrsg.): Globalization. Critical Reflections, Colorado, London
- Gill, Stephen(2001): Auf dem Weg zu einem postmodernen Fürsten? Die Schlacht in Seattle als Moment in der neuen Politik der Globalisierung, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 48 Dezember, Jg. 12
- Glagow, Manfred Evers, Hans-Dieter (1986): Unbürokratische Entwicklungshilfe?: Zur Leistungsfähigkeit von Nicht-Regierungsorganisationen in der deutschen Entwicklungshilfe, Bielefeld.
- Glagow, Manfred (1990): Zwischen Markt und Staat: die Nicht-Regierungs-Organisationen in der deutschen Entwicklungspolitik, in: ders. (Hrsg.): Deutsch und internationale Entwicklungspolitik, Opladen.
- Glagow, Manfred (1993): Gesellschaftliche Selbstorganisationen und Nicht-Regierungsorganisationen in Malawi und Mosambik –ein Vergleich-, Bielefeld.
- Glagow, Manfred (1999): Nichtregierungsorganisationen und kein Ende, in: epd-Entwicklungspolitik, 5 99 März.
- Gramsci, Antonio (1993): Gefängnishefte. Hefte 6,7,8,9, Hamburg, Berlin.
- Görg, Christoph (1992): Neue soziale Bewegungen und kritische Theorie. Eine Aufarbeitung gesellschaftliches Erklärungsansatzes, Wiesbaden.

- Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (1998): Chancen für eine internationale Demokratie?, in: Das Argument, Jg.40, Heft 3.
- Gormsen, Erdmann/Thimm, Andreas (Hrsg.)(1992): Zivilgesellschaft in der Dritten Welt, Mainz.
- Harbermas, Jürgen (1995): Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung, Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (1998): Jenseits des Nationalstaats - Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung, in: Beck, U. (Hrsg.): Politik der Globalisierung, Frankfurt a.M.
- Haggard, Stephan/Moon, Chung-In (1993): The State, Politics, and Economic Development in Postwar South Korea, in Koo, Hagen(ed.): State and Society in Contemporary Korea, New York
- Han, Wan-Sang (1992): Zivilgesellschaft, Staat und Klasse in Korea, in: Hankook-Saheo-Hakheo, Hanguok-Jeongchi-Hakheo(*Institut für koreanische Gesellschaft, Institut für koreanische Politik*) (Hrsg.): Hangukue-Gukawa-Shiminsaheo (*Staat und Zivilgesellschaft in Korea*), Seoul.
- Harnisch, Rolf (1995): Aufgaben der Forschung im Bereich der Nichtregierungsorganisationen, in: der. Wegner, Rodger (Hrsg.): Nichtregierungsorganisationen und Entwicklung, Hamburg.
- Harvy, David (1997): Betreff Globalisierung, in: Becker, Sablowski, Schumm, (Hrsg.): Jeseits der Nationalökonomie, Argument Sonderband AS 249.
- Harvy, David(2000): Time-Space Compression and the Postmodern Condition, in: Held/McGrew(Hrsg.): The Global Transformations Reader, Cambridge, Malden.

- Haug, Wolfgang F.(1996): Aussicht der Zivilgesellschaft unter Bedingungen neoliberaler Globalisierungspolitik, in: Das Argument, Heft 5 6.
- Haug, Wolfgang F. (1998): Von Gramsci lernen für einen neuen Internationalismus, in: Das Argument 225,Jg. 40, Heft 3.
- Haus, Michael (2002): Theoretische Überlegungen zum Verhältnis von Bürgergesellschaft und lokaler Politik – zwischen deliverativer Demokratie und kommunitärer Solidarität, in: ders. (Hrsg.): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Teoretische Analysen und empirische Befunde, Opladen.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1993): Grundlinien der Philosophie des Rechts, die bürgerliche Gesellschafts S. 339-398, Frankfurt am Main.
- Hein, Wolfgang (1994): Ungleichzeitige Entwicklung(en): Weltgesellschaftlicher Umbruch und die Schwierigkeiten auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung, in: Hein, W. (Hrsg.): Umbruch in der Weltgesellschaft. Auf dem Weg zu einer Neuen „Weltordnung“?, Hamburg.
- Hein, Wolfgang (1995): Von der fordistischen zur post-fordistischen Weltwirtschaft, in: Peripherie, Heft 59 60.
- Hein, Wolfgang (1997): Das „Scheitern der Großen Theorie“, der Globalisierungsprozeß und die Krise nationaler Gesellschaften, in: Peripherie 65 66.
- Heins, Volker (1992): Die Ambivalenz der Zivilgesellschaft, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 2.
- Heins, Volker (1999): Globalisierung und Demokratie – Zur Diskussion um die „Zivilgesellschaft“, in: epd-Entwicklungspolitik, 5 99 März.

- Held, David (1991): Democracy, nation-state and the global system, in: economy and society, Vol. 20, No.2, May.
- Held, David(1998a): Changing Contours of Political Community, in: Greven, Michael (Hrsg.): Demokratie –eine Kultur des Westens?, Opladen
- Held, David (1998b): Rethinking Democracy: Globalization and Democratic Theory, in: Streeck, Wolfgang(Hrsg.): Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie, Frankfurt/M.
- Held/McGrew/Goldblatt/Perraton(2000): Rethinking Globalization, in: Held/McGrew(Hrsg.): The Global Transformations Reader, Cambridge, Malden
- Hirsch, Joachim (1976): Bemerkungen zum theoretischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Staats, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxistischen Theorie 8 9, Frankfurt a.M.
- Hirsch, Joachim(1980): Der Sicherheitsstaat. Das Modell Deutschland, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen, Frankfurt am Main.
- Hirsch, Joachim(1983): Nach der „Staatsableitung“. Bemerkungen zur Reformulierung einer materialistischen Staatstheorie, in: Argument Sonderband Nr.100, Berlin.
- Hirsch, Joachim (1985): Fordismus und Postfordismus. Die gegenwärtige Krise und ihre folgen, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 26, Heft 2.
- Hirsch, Joachim Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg.
- Hirsch, Joachim (1990): Kapiatlismus ohne Alternative?, Hamburg.
- Hirsch, Joachim (1992): Regulation, Staat und Hegemonie, in: Demirovic´, A (Hrsg.): Hegemonie und Staat, Münster.

- Hirsch, Joachim (1993): Internationale Regulation: Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus, in: Das Argument, Jg. 35, Heft 2.
- Hirsch, Joachim (1994a): Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, in: Das Argument, Jg. 36, Heft 1.
- Hirsch, Joachim (1994b): Politisch Form, politische Institutionen und Staat, in: Esser, J. Görg, Ch. Hirsch, J (Hrsg.): Politik, Institutionen und Staat, Hamburg.
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin.
- Hirsch, Joachim (1999): Nichtregierungsorganisationen als gesellschaftsverändernde Akteure?(Ms.), Frankfurt a.M.
- Hirsch, Joachim/Jessop, Bop/Poulantzas, Nichos (2001a): Die Zukunft des Staates, Hamburg.
- Hirsch, Joachim (2001b): Des Staates neue Kleider. NGO im Prozess der Internationalisierung des Staates, in: ders./Görg, Christoph/ Brand,Ulrich / Demoroic, Alex (Hrsg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster
- Hirsch, Joachim (2002): Herrschaft, Hegemonie und politische Alternative, Hamburg.
- Hirschfeld, Uwe Rügemer, Werner (Hrsg.) (1990): Utopie und Zivilgesellschaft. Rekonstruktionen, Thesen und Informationen zu Antonio Gramsci, Berlin.
- Hirst, Paul Thompson, Grahame (1996): Globalization in Question, Cambridge.

- Holloway, John (1993): Reform des Staats: Globales Kapital und nationaler Staat, in: Proklar 90, Jg. 23.
- Hübner, Kurt (1996): Globalisierung, Hegemonie und die Aufwertung des Regionalen, in: Bruch, Krebs, (Hrsg.): Unternehmen Globus, Münster.
- Hulme, David Edwards, Michael (1992): Making a difference: NGOs and development in changing world, London.
- Hwang, Byung.Duck (1989):Nachholende Industrialisierung und autoritärer Staat: das Beispiel Südkorea, Berlin.
- Im, Hui-Seop/Yang, Chong-Heo (ed.): Hangukui Shiminsahoe wa Shinsahoe Undong (*Koreanische Zivilgesellschaft und neue soziale Bewegung*), Seou.
- Janett, Daniel (1997): Vielfalt als Strategievorteil: Zur Handlungskompetenz von Nichtregierungs-Organisationen in komplexen sozialen Umwelten, in: Altvater, E u.a. (Hrsg.): Vernetzt und verstrickt, Münster.
- Jang, Ha-Sung (2001): Sijanggaehyukkwa NGO (Marktreform und NGOs), in: Cho, Hee-Yeon (Hrsg.): NGO Guide, Seoul.
- Jang, Sang-Hwan (1997): Öhwanuigiue Weoninkwa IMF-gujeguemjungue yeonghyang (*Grund für die Währungskrise und Einfluß von IMF-Hilfsanleihe*), Arbeitspapier für die Diskussion „IMF, südkoreanische Wirtschaft, Arbeitsbewegung“ am Youngnam-Institut für Arbeit
- Jehle, Peter (1994): Hegemonietheoretische Defizite der Zivilgesellschaftsdebatte. Zur Kritik an Sabine Kebir und der Habermasschule, in: das Argument Jg. 36, Heft 4/5
- Jessop, Bob (1982): The Capitalist State, Oxford.

- Jessop, Bob (1988): Postfordismus. Zur Rezeption der Regulationstheorie bei Hirsch, in: Das Argument 169.
- Jessop, Bob (1990): Regulation theories in retrospect and prospect, in: Economy and Society, Vol. 19, No. 2 May.
- Jessop, Bob (1992): Regulation und Politik. Integrale Ökonomie und integraler Staat, in: Demirovic, A (Hrsg.): Hegemonie und Staat, Münster.
- Jessop, Bob (1995): Die Zukunft des Nationalstaats, in: Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften(FEG): Europäische Integration und politische Regulierung – Aspekte, Dimensionen, Perspektiven, Marburg.
- Jessop, Bob (2001a): Globalisierung und Nationalstaat. Imperialismus und Staat bei Nico Poulantzas – 25 Jahre später, in: der./Hirsch, Joachim/Poulantzas, Nicos: Die Zukunft des Staates, Hamburg.
- Jessop, Bob (2001b): Nach dem Fordismus. Das Zusammenspiel von Struktur und Strategie, in: das Argument Jg. 43, Heft 1, Hamburg.
- Jessop, Bob (2002): The Future of the Capitalist State, Oxford.
- Jordan, Lisa/Tuijl, Peter Van(2000): Political Responsibility in Transnational NGO, in: World Development, Vol. 28, No. 12.
- Jung, Chong-Kwon (2001): Simin-Undonge Daehan Bipanjeok Pyungga (*eine kritische Bewertung der Bürgerbewegung*), in: Yu, Pal-Mu/Kim, Jung-Hoon (Hrsg.): Siminsaheowa Siminundong 2 (*Zivilgesellschaft und Bürgerbewegung 2*), Seoul.
- Jung, Ruth(2002): Attac: Sand im Getriebe, Hamburg

- Kang, Mun-Koo(1998): Hangukui Minjuwha Ihaengkwa Kugga – Shiminsaheoui Byunmo (*Implementierung der Demokratisierung und Staat in Südkorea – Transformation der Zivilgesellschaft*), in: Im, Hoe-Sup/Yang, Jong-Hoe (Hrsg.): *Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen in Südkorea*, Seoul.
- Kang, Su-Kyung (2005): Juchanghyung.Daebyunhyung NGOui Heowon Chamyeo Programm Bunsuk (*eine Analyse des Programms über die Teilnahme der Mitglieder von Advokat-NGOs am Beispiel von PSPD*), MA an der Uni. Seongkongheo.
- Kebir, Sabine (1985): Gramscis Begriff der „bürgerlichen Gesellschaft“. Entstehungsgeschichte und Aktualität, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 26, Heft 2.
- Kebir, Sabine (1989): Die Internationalisierung der Zivilgesellschaft, in: Die Linie Luxemburg-Gramsci, Argument Sonderband AS 159.
- Kebir, Sabine (1991a): Gramscis Zivilgesellschaft, Hamburg.
- Kebir, Sabine (1991b): Die historische Flexibilität von Gramscis Zivilgesellschaft, in: Deppe, F. Kebir, S (Hrsg.): *Eckpunkte moderner Kapitalismuskritik*, Hamburg.
- Keil, Roger (1998): Globalisierung - Macht – Staat, in: Görg, Ch. Roth, Roland (Hrsg.): *Kein Staat zu machen*, Münster.
- Kern, Thomas (2007): Südkoreas Zivilgesellschaft: Leistungen und Herausforderungen, in: GIGA Focus Asien Nr. 6/2007, Hamburg.
- Kim, Bong-Ki(2001): Die Rolle der Civil Society für die Konsolidierung der Demokratie in Südkorea, Duisburg
- Kim, Chuk-Kyo (2000): On the Origins of the Korean Financial Crisis: An Institutional

Approach, Institut für Ostasien Studie an der Duisburger Universität.

- Kim, Chung-Hoon (2001): Jinbojok Shiminsahoe Hyungseonguel üihan ironjok Tamsaek (*eine Suche nach der Theorie für die Bildung der progressiven Zivilgesellschaft*), in: der/Yu, Pal-Moo (Hrsg.): Shiminsaheowa Shiminundong 2 (*Zivilgesellschaft und Bürgerbewegung 2*), Seoul.
- Kim, Dae Hwan (1997): Economic Concentration and Disparities: The Political Economy of Class, Region and the *Chaebol*, in: ders./Kong, Tat Yan(ed.): The Korean Peninsula in Transition, London.
- Kim, Ho-Ki/Kim, Young Bum (2002): Lagged Democratic Consolidation and the Role of Social Movement: The Case of Naksun Movement in South Korea, in: Cho, Hee-Yeon/Hirsch, Joachim (Hrsg.): The State and NGOs in the Context of Globalization, Seoul.
- Kim, Hyuk-Rae (1997): Hangukui Siminsahoewa Bihungbudanche Yeongu (*Eine Studie über die Zivilgesellschaft und NGO in Südkorea*), in: Dongseo Yeongu (*Ost-Weststudie Jg. 9, Heft 2*), Seoul.
- Kim, Hyuk-Rae/Kim, Young-Rae (2001): Hanguk NGOui Gonggongjae Chuguhaengyiwa Minjuhwa (*Das Streben nach Gemeinnutz von südkoreanischen NGOs und Demokratisierung*), in: Hangukkwa Gukjejungchi (*Korea und internationale Politik*).
- Kim, Je-Sun (2004): Banbupaedaeanueroseo NGO (*NGOs als Alternative für Antikorruption*), in Saheoyeonku (*Soziale Forschung, Heft 7*), Seoul.
- Kim, Kyung-Hee (2003): Hanguk Yeosongundongui Chamgaui Jongchi (*Politik der Partizipation der Frauenbewegung*), in: Forschungsgruppe für NGO (Hrsg.): NGO Yeongu (*Studie über NGO, Jg. 1, Heft 1*), Seoul.

- Kim, Sang-Cho (1997): IMF-Tongjehaue Hanguk Jabonjuue (*Koreanischer Kapitalismus unter der Kontrolle der IMF: Krise und Perspektive*), Arbeitspapier am Youngnam-Institut für Arbeit
- Kim, Se-Kyun (1995): `Siminsaheoron`ui ideologijok Hamui Bipan (*Kritik an der ideologischen Konnotation der Zivilgesellschaft*), in: Yu, Pal-Moo/Kim, Ho-Ki (Hrsg.): Siminsaheowa Siminundong (*Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliche Bewegung*), Seoul.
- Kim, Se-Kyun (1999): `Je 3ui Kil`, `DJnomics` wa Hanguksaheo (*`der Dritte Weg`, `Djnomics` und südkoreanische Gesellschaft*), in: Hangukjongchiyeonguho (Hrsg.) (*Forschungsgruppe für koreanische Politik*): 20 Seki Jonhwanui Mulgyeolkwa 21Seki Hanguksahee Daeanui Kil (*Umwandlungswelle in 20. Jahrhundert und der Weg einer Alternative zur südkoreanischen Gesellschaft*), Seoul.
- Kim, Soo-Chul (2002): Hanguk-Shiminsaheo-Undonge kwanhan Yeonku (*Eine Studie über zivilgesellschaftliche Bewegung in Korea*), Dissertation an der Dongguk Uni., Seoul.
- Kim, Sung-Guk (1992): Hanguk-Jabonjuue-Baljounkwa Shiminsaheo (*Kapitalistische Entwicklung und Charakterisierung der Zivilgesellschaft in Südkorea*), in: Hanguk-Saheo-Hakheo, Hanguk-Jeongchi-Hakheo (*Forschungsinstitut für koreanische Gesellschaft, Forschungsinstitut für koreanische Politik*) (Hrsg.): Hangukue-Gukgawa-Shiminsaheo (*Staat und Gesellschaft in Korea*), Seoul.
- Kim, Sunhyuk (2002): Civil society and democratization, in: Amstrong, Charles K (ed.): Korean Society. Civil society, democracy and the state, London, New York.
- Kim,Ui-Young(2004): Internetueltonghan NGOui Jeonchichamyeo (*Politische Partizipation durch Internet*), in: Hangukkwa Gukjejeongchi (*Korea und internationale Politik*, Jg. 20, Heft 4), Seoul.

- Kim, Yeog-Bum (2002): Hanguk Bokjigukga Yuhyunghwae Daehan Bipanjok Geomto (*Kritische Überlegung über die Typologisierung des Wohlfahrtsstaats Südkoreas*, in: Kim, Yeon-Myung (Hrsg.): Hanguk Bokhi Gukga Seongkyuk Nonjaeng (*Auseinandersetzungen um den Charakter des Wohlfahrtsstaats Südkoreas*), Seoul.
- Kim, Young-Rae (2003): Hanguk Siminundongui Hyunhwangkwa Baljonkwaje (*Stand und Entwicklungsaufgabe der südkoreanischen zivilgesellschaftlichen Bewegung*), in: Institut für NGOs (Hrsg.): NGO-Forschung, Jg.1 Heft1
- Kim, Young-Rae (2004a): Hanguk Uiheojungchiui Bansungkwa Gaehyukguaje (*eine Überlegung südkoreanischer Parlamentspolitik und eine Reformaufgabe*), in: Forschungsgruppe für koreanische Politik (Hrsg.): Hanguk Uiheojungchiwa Jedogaehyuk (*südkoreanische Parlamentspolitik und Reformen der Institutionen*), Seoul.
- Kim, Young-Rae (2004b): Hanguk Siminundongui Kwajewa Jonmang (*Aufgabe und Prospektive der südkoreanischen Zivilgesellschaft*), in: Hanguk Jongchi Hakheo (Hrsg.) (*Forschungsgruppe für koreanische Politik*): NGOwa Hanguk Jongchi (*NGO und koreanische Politik*), Soeul.
- Klein, Ansgar (1997): Die NGOs als Bestandteil der Zivilgesellschaft und Träger einer partizipativen und demokratischen gesellschaftlichen Entwicklung, in: Altvater, E/ Brunnengräber, A u.a. (Hrsg.): Vernetzt und Verstrickt, Münster.
- Klein, Ansgar (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen, Opladen.
- Knieper, Rolf (1993): Staat und Nationalstaat – Thesen gegen eine fragwürdige Identität, in: Proklar 90, Jg. 23.
- Kocka, Jürgen (2003):Zivilgesellschaft in hisorischer Perspektive, in: Forschungsjournal,

Jg. 16, Heft2, 2003, Stuttgart.

Köllner, Patrick(2002): Die gesellschaftliche Verankerung politischer Parteien in Südkorea, Hamburg.

Kong, Tat Yan (1997): Democratisation and its Aftermath: Transition and Continuity in South Korea, in: ders/Dae Hwan Kim: The Korean Peninsula in Transition, London.

Koo, Hagen (1993a): The State, *Minjung*, and the Working Class in South Korea, in: ders. (Hrsg.): State and Society in Contemporary Korea, New York.

Koo, Hagen (1993b): Strong State and Contentious Society, in: ders. (ed.) State and Society in Contemporary Korea, New York.

Koo, Hagen (2002): Engendering civil society: the role of the labour movement, in: Amstrong, Charles K (ed.): Korean Society. Civil society, democracy and the state, London, New York.

Korea NGO Council For Overseas Cooperation (2003): Segye Bingonjiyeokui Hanguk-NGO (*Südkoreanische NGOs in den weltweiten armen Regionen*), Soeul.

Köbler, Reinhart Melber, Henning (1993): Chancen internationaler Zivilgesellschaft, Frankfurt a.M.

Köbler, Reinhart (1994): Auf dem Weg zu einer internationalen Zivilgesellschaft, in: Hein, W. (Hrsg.): Umbruch in der Weltgesellschaft.auf dem Weg zu einer „Neuen Weltordnung“?, Hamburg.

Köbler, Reinhart (1997): Transformation und Transition als Ausdruck sozialer Kämpfe und gesellschaftliche Prozesse, in: Forschungsjournal, Jg. 10, Heft 1.

Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang (1997): Zivilgesellschaft im Transformationsprozess, in: dies. (Hrsg.): Zivilgesellschaft im

Transformationsprozess. Länderstudien zu Mittelost- und Südeuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost, Mainz.

Leborgne, Daniele Lipietz, Alain (1996): Postfordistische Politikmuster im globalen Vergleich, in: *Das Argument*, Jg. 38, Heft 5-6.

Lee, Eun-Jin (1992): Zeichnet sich der periphere Fordismus in Südkorea ab? (auf koreanisch)

Lee, Hyung-Hwa (2002): A Study of major Korean NGO's international activities, empirische MA an der Uni Kyungsang.

Lee, Sang-Su (2002): Gukminjongbu Geonryukhyung Bupaewi Teukseongkwa Jonghapchok Daean (*Charkaterisierung und komplexe Alternative der auf die Macht gestützten Korruption der Volksregierung*), Thesenpapier für die von der Geschäftsgruppe für Politiken der PSPD arrangierten Diskussion.

Lee, Si-Jae (1992): Sahoendongkwa Sahoegujoui Jesujun (*mehrere Ebene sozialer Bwegungen und der Sozialstruktur zur Demokratiebewegung in den 80er Jahren*), in: Han, Sang-Jin/Yang, Jong-Hoe (Hrsg.): Sahoendongkwa Sahoegaehyukron (*soziale Bewegungen und soziale Reform*), Seoul.

Lee, Si-Jae (1998): Hangukui Siminsahoewa Hwankyungundong (*Südkoreanische Zivilgesellschaft und Umweltbewegung*), in: Im, Hee-Seop/ Yang, Chong-Hoe (Hrsg.): Hangukui Siminsahoewa Sinsahoeundong (*Südkoreanische Zivilgesellschaft und neue soziale Bewegungen*), Seoul.

Lee, Si-Jae (2000): Movement Against Damming the Tong River; A Model of Solution for Environmental Conflict. Ein Aufsatz für Korean Federation for Environmental Movement (KFEM).

- Lim, Hy-Sop/Yang, Jong-Hoe (Hrsg.)(1998): Hanguokui Shiminsaheowa Shinsaheoundong (*Zivilgesellschaft und neue soziale Bewegung in Korea*), Seoul
- Lipietz, Alain (1982): Towards Global Fordismus?, in: New Left Review, London.
- Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Ausweg aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff „Regulation“, in: Proklar, Jg. 15.
- Lipietz, Alain (1987): Mirages and Miracles, London.
- Lipietz, Alain (1991): Demokratie nach dem Fordismus, in: Das Argument 189, Hamburg.
- Lipietz, Alain(1998): Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften, Argument-Sonderband AS 255, Hamburg.
- Mandel, Ernest (1972): Der Spätkapitalismus, Frankfurt/a.M
- Mahnkopf, Birgit (1988) (Hrsg.): Der gewendte Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation, Münster.
- Mahnkopf, Birgit(1998): Probleme der Demokratie unter den Bedingungen ökonomischer Globalisierung und ökologischer Restriktionen, in: Greven, Michael(Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens?, Opladen
- Mamora, Leopoldo/Messner, Dirk (1989): Old Development Theories – New Concepts of Internationalism. A Comparison of Argentina and South Korea, in: Väh, W(Hrsg.): Political Regulation in the „Great Crisis“

Marmora, Leopoldo/Messner, Dirk(1992): Jenseits von Etatismus und Neoliberalismus: zur aktuellen Steuerungsdiskussion am Beispiel Argentinien und Südkorea. Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg.

Massarrat, Mohssen (1995): Politische Macht für soziale Bewegungen und NRO. Historische Allianz für globale Veränderungen, in: Kommune Nr.1.

McGrew, Anthony (1998): Demokratie ohne Grenzen?, in: Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung, Frankfurt am Main.

MEW 3 (1973): Deutsche Ideologie S.13-77, Berlin

MEW 25 (1979): Das Kapital III, S. 221-277, Berlin

Marx, Karl/ Engels, Friedrich (1987): Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin

McGrew, Anthony(1997): Globalization and territorial democracy: an introduction, in:McGrew, Anthony(Hrsg.): The Transformation of Democracy, Cambridge

Merkel, Wolfgang(1995): Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften, in: Klaus von Beyme/Claus Offe (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, PVS Sonderheft 26/1995, Opladen.

McGrew, Anthony(2000): Democracy beyond Borders?, in: Held/McGrew(Hrsg.): The Global /Transformations Reader, Cambridge, Malden

Messner, Dirk (1994): Fallstricke und Grenzen der Netzwerksteuerung, in: Proklar 97, Jg. 24.

- Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz (1996): Global Governance. Herausforderungen an die deutsche Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Policy Paper, Nr.2 der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn.
- Messner, Dirk (1997): Netzwerktheorien: Die Suche nach Ursachen und Auswegen aus der Krise staatlicher Steuerungsfähigkeit, in: Altvater, Elmar et. al (Hrsg.): Vernetzt und verstrickt, Münster.
- Miliband, Ralph (1973): Poulantzas and the Capitalist State, in: New Left Review 82, Nov. Dec. 1973, London.
- Molyneux, Maxine (2005): Soziales Kapital und Geschlechtsverhältnisse, in: Das Argument 262, Hamburg
- Morris-Suzuki, Tessa (2000): For and Against NGOs. The Politics of the Lived World, in: New Left Review, Mar/Apr 2000, London.
- Moßmann, Peter (1995): Nicht-Regierungsorganisationen als quasi-förderale Stütze für Demokratie und relativ autonome Entwicklung, in: Hanisch, R. (Hrsg.): Nichtregierungsorganisationen und Entwicklung, Hamburg.
- Mouffe, Chantal (1999): Deliverative Democracy or Agonistic Pluralism?, in: Social Research Vol. 66 No. 3.
- Mun, Byung-Ju (2002): Bokji-NGOui Gujojeok Teukseongkwa Daejeongbukwankyue Insikedaehan Kyungheomjuk Yeonku (*empirische Studie über strukturelle Merkmale der Wohlfahrt-NGO und Erkenntnis von einer Beziehung zur Regierung*), in: Forschungspapier von Forschungsgruppe für koreanische Politik, Seoul.
- Nam, Ku-Hyun (1993): Der Staat und die sozialen Bewegungen in der kapitalistischen Peripherie am Beispiel Südkoreas, Seoul.

- Narr, Wolf-Dieter/ Schubert, Alexander (1994): Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/a. M.
- Narr, Wolf-Dieter (1997): Wieviel Entwicklung kann sozialwissenschaftliche Theoriebildung ertragen?, in: Das Argument, Jg. 36, Heft 4/5.
- Neubert, Dieter (1997): Nicht-Regierungsorganisationen in Kenia und Ruanda, Berlin.
- Nielandt, Jörg (1998): Der Nonprofit-Sektor. Neue Perspektiven für die Gemeinwirtschaft?, in Supplement der Zeitschrift Sozialismus 6-98.
- Nölke, Andreas (1997): Die Macht transnationaler Nichtregierungsorganisationen in der globalen Politik – Ein theoretischer Bezugsrahmen, in: Comparativ, 7Jg., Heft4.
- Nölke, Andreas (1997): Transnationale Nichtregierungsorganisationen als „Internationale Zivilgesellschaft“?. Vergleichende Perspektive, in: Comparativ, 7 Jg., Heft. 4
- Offe, Claus (1980): Am Staat Vorbei? Interview mit Claus Offe. Krise der Parteien und neue soziale Bewegungen, in: Das Argument 124, 22. Jg.
- Offe, Klaus (1987): Die Staatstheorie auf der Suche nach ihrem Gegenstand. Beobachtungen zur aktuellen Diskussion, in: Ellwein, Th/ Hesse, J., u.s. (Hrsg.): Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft Bd. 1.
- Oh Jang, Mi-Kyung (2001): Songhaebangkwa NGO (*Emanzipation und NGO*), in: Cho, Hee-Yeon (Hrsg.): NGO Guide, Seoul.
- Panitch, Leo (1994): Globalisation and the State, in: Miliband, /Panitch, (Hrsg.): Socialist Register, London.

- Panitch, Leo(1996): Rethinking the Role of the State, in: Mittelsman, James H(Hrsg.)
Globalization. Critical Reflections, Colorado, London
- Panitch, Leo (1998): Die Verarmung der Staatstheorie, in: Görg, Ch./ Roth, R (Hrsg.):
Kein Statt zu machen, Münster.
- Panitch, Leo (2000): The New Imperial State, in: New Left Review, Mar./Apr. 2000,
London.
- Park, Hyun-Chae (1998): Minjokkyungje wa Minjungundong (*Nationalökonomie und
Volksbewegung*), Soeul
- Park, Sang-Pil (2004): NGOedaehan Jongbuui Jaejongjiwon Yuhung Bigyo (*Vergleich
des Typus der staatlichen finanziellen Unterstützungen für NGOs*), in:
Forschungsgruppe für koreanische Politik (Hrsg.): NGOWa Hangukjongchi (*NGO
und südkoreanische Politik*), Seoul.
- Park, Young-Sun (2003): Chamyeyoendaeh Jibaeguchodaehan Yeongu (*eine Studie
über die Herrschaftsstruktur der PSPD*), MA an der Uni. Seongkongheo.
- Perry, Anderson (1976): The Antinomies of Gramsci, in New Left Review
- Picciotto, Sol (1993): Die Krise des internationalen Staats, in: Prokla 90, Jg. 23.
- Piccioto, Sol (2007): Internationale Transformation des Staates, in: Prokla 147, Jg. 37
- Polanyi, Karl (1995): The Great Transformation, Frankfurt/a. M.
- Poulantzas, Nicos (1973a): On Social Classes, in: New Left Review Mar/Apr 1973,
London.

Poulantzas, Nicos (1973b): Zum Marxistischen Klassenbegriff, Berlin

Poulantzas, Nicos (1975): Klassen im Kapitalismus – heute, Berlin.

Poulantzas, Nicos (1976): The Capitalist State: A Reply to Miliband and Laclau, in: New Left Review

Poulantzas, Nicos (1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie, Hamburg.

Priester, Karin (1979): Die Bedeutung von Gramscis „erweitertem“ Staatsbegriff, in: Das Argument Sonderband AS 44

Priester, Karin (1977): Zur Staatstheorie bei Antonio Gramsci, in: Das Argument , Jg. 19.

Princen,Thomas/Finger, Matthias(1994): Environmental NGOs in World Politics. Linking the local and the global, London, New York.

Raschke, Joachim(1988): Soziale Bewegungen. Ein historischer-systematischer Grundriss, Frankfurt/New York

Rosenau, James N. (1992): Governance, order and change in world politics, in: Rosenau, /Czempiel, (Hrsg.): Governance without government, Cambridge.

Rosenberg, Arthur (1965): Democracy and Socialism, Boston.

Roth, Roland (1992): Jenseits von Markt und Staat. Dritter Sektor und neue soziale Bewegungen, in: Forschungsjournal 4/92.

- Roth, Roland (2001): NGO und transnationale soziale Bewegungen: Akteure einer Weltgesellschaft, in: Brand, U./Demirovic, A./Görg, Ch./Hirsch, J. (Hrsg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Münster.
- Röttger, Bernd (1995a): Global Governance oder Politik des ‚Weltmarktes?, in: links 7/8.
- ders. (1995b): Über die „Krise der Politik“ und die Malaisen einer Regulationstheorie des transnationalen Kapitalismus – Anmerkung zu Bob Jessop, Josef Esser und Ingebor Tömmel, in: Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften: Europäische Integration und politische Regulierung – Aspekte, Dimensionen, Perspektiven, Studien Nr. 5, Marburg.
- Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen, Frankfurt, New York.
- Rucht, Dieter (1996): Multinationale Bewegungsorganisationen. Bedeutung, Bedingungen, Perspektiven, in: Forschungsjournal, Jg. 9, Heft 2.
- Sablowski, Thomas (1994): Zum Status des Hegemoniebegriffs in der Regulationstheorie, in: Esser/Görg/Hirsch (Hrsg.): Politik, Institution und Staat, Hamburg.
- Sassen, Saskia(1996a): The Spatial Organization of Information Industries: Implications for the Role of the State, in: Mittelman, James H.(Hrsg.): Globalization. Critical Reflections, Colorado, London
- Sassen, Saskia(1996b): Loosing Control?. Sovereignty in an Age of Globalization, New York
- Schade, Jeanette (2002): „Zivilgesellschaft“ – eine vielschichtige Debatte, NEF Report, Heft 59/2002, Duisburg.

- Scharpf, Fritz (1991): Die Handlungsfähigkeit des Staats am Ausgang des zwanzigsten Jahrhunderts, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 32.
- Scharpf, Fritz(1998): Demokratische Politik in der internationalisierten Demokratie, in: Greven, Michael(Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens, Opladen
- Schmalz-Bruns, Rainer (1989): „Civil-society“ – neue Perspektiven der Demokratisierung?, in: Forschungsjournal, Jg.2, Heft 3/4.
- Schmalz-Bruns, Rainer (1992): Civil Society –ein postmodernes Kunstprodukt?, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 2/92.
- Schmalz-Brunn, Rainer (1994): Zivile Gesellschaft und reflexive Demokratie, in: Forschungsjournal 1/94.
- Schmidt, Hilmar/Take, Ingo (1997): More Democratic and better? The contribution of NGOs to the Democratization of International Politics and the Solution of Global Problem, Darmstadt.
- Schmitter, Philippe C. (1993): Some Proposition about Civil Society and Consolidation of Democracy, Reihe Politikwissenschaft Nr. 10, Institut für höhere Studien Wien, Wien.
- Seemann, Brigit (1996): Feministische Staatstheorie. Der Staat in der deutschen Frauen- und Patriarchatforschung. Opladen.
- Seibel, Wolfgang (1990): Gibt es einen dritten Sektor?. Ein Forschungsüberblick, in: Journal für Sozialforschung, 30.Jg., Heft2
- Senghaas, Dieter (1993): Zwischen Globalisierung und Fragmentierung, in: Blätter für deutsche internationale Politik, Heft 1.

Shils, Edward (1991): Was ist eine Civil Society?, in: Michalski, K (Hrsg.): Europa und die Civil Society, Stuttgart.

Shin, Dong-Ho (2002): 1990 Nyeondae Urinara Sinmunui Hwanyungbodo Chuse Bunsok (*Eine Analyse über die Tendenz der Umweltberichte in den südkoreanischen Zeitungen in den 90er Jahren*), MA an der Seouler Univ.

Shin, Jin-Wook (2005): Modernisierung und Zivilgesellschaft in Südkorea. Zur Dynamik von Gewalt und Heiligkeit in der modernen Politik, Wiesbaden.

Shin, Jang-Sup/Chang, Joon-Ha (2003): Restructuring Korea Inc., New York.

Shin, Ki-Hyun (1999): Hangukjongchiwa NGOui Baljon (*Entwicklung von NGOs und Politik Südkoreas*), in: Institut für lokale Selbstregierung an der Uni. Cheonbuk (Hrsg.): Studie lokaler Selbstregierung.

Siminui Sinmun (*Zeitung der Bürger*)(2000): Hanguk Mingandanche Chongram (*Verzeichnis von südkoreanischen Bürgerinitiativen 2000*), Seoul.

Siminui Sinmun (*Zeitung der Bürger*)(2002): Hanguk Mingandanche Chongram (*Verzeichnis von südkoreanischen Bürgerinitiativen*), Seoul

Siminui Sinmun (*Zeitung der Bürger*)(2003): Hanguk Mingandanche Chongram (*Verzeichnis von südkoreanischen Bürgerinitiativen*), Seoul.

Siminui Sinmun (*Zeitung der Bürger*)(2006): Hanguk Mingandanche Chongram (*Verzeichnis von südkoreanischen Bürgerinitiativen*), Seoul.

- Sin, Hyun-Sung (2004): Hanguk Hwankyung Siminundonge Gwanhan Yeongu (*eine Studie über die Umwelt-Bürgerbewegung Südkoreas*), MA an der Uni. Hanguk-Öguko (Korea Universität für Fremdsprachen), Seoul.
- Smith, Jackie (Hrsg.)(1997): Transnational Social Movements and Global Politics. Solidarity Beyond the State, Syracuse, New York
- Sohn, Hyuk-Jae (2001): Hangukui Jungchi, Jungdang, NGO (*Politik, Parteien und NGO in Südkorea*), in: Cho, Hee-Yeon (Hrsg.): NGO Guide, Seoul.
- Sohn, Ho-Cheol (1999): Sinjayujuue Sidaeu Hangukjeongchi (*Politik Südkoreas im Zeitalter des Neoliberalismus*), Soeul.
- Sohn, Hochul (2004): Siminsahoeui Haebuhak: Minjungundong, Siminundongui Jungcheseongkwa Guangyereul Jungsimuero (*Anatomie der Zivilgesellschaft: zur Relevanz der Identität mit der Minjungundong und Siminundong*), Seoul.
- Sohn, Ho-Cheol (2006): Haebang 60nyeonue Hangukjeonchi (*Sechzigjährige Politik in Korea nach der Befreiung*), Soeul.
- Song, Du-yul (1990): Kapitalismus, soziale Bewegungen und Gesellschaftsformation in Südkorea, Münster.
- Spiegel special (1995): Die Macht der Mutigen. Politik von unten: Greenpeace, Amnesty & Co., Spiegel Special, Nr. 11/1995.
- Spiegel (1996): Total Global, Nr 39/ 23.9.96
- Strange, Susan (1982): Cave!Hic Dragones: A Critique of Regime Analysis, in: International Organisations, vol. 36, No.2.

- Streeck, Wolfgang (1994): Staat und Verbände: Neue Fragen. Neue Antwort?, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonder Heft SH 25.
- Streeck, Wolfgang (1998): Internationale Wirtschaft, Nationale Demokratie?, in: ders (Hrsg.): Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie, Frankfurt/a.M, New York.
- Thränhardt, Dietrich (1992): Globale Probleme, globale Normen, neue Akteure, in: Politisch Vierteljahresschrift, Heft 2/91.
- Uvin, Peter/Jain, Pankaj S/Brown, David L.(2000): Thinking Large and Act Small: Toward a New Paradigm for NGO Scaling up, in: World Development
- Votsos, Theo(2001): Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci, Argument Sonderband Neue Folge AS281, Hamburg/Berlin.
- Wahl, Peter (1997): Mythos und Realität internationaler Zivilgesellschaft. Zu dem Perspektiven globaler Vernetzung von Nicht-Regierungs-Organisationen, in: Altvater,E/Brunnengräber, A, u.a (Hrsg.): Vernetzt und Verstrickt, Münster.
- Wahl, Peter (1998): NGO-Multis, Mcgreenpeace und die Netzwerkguerilla. Zu einigen Trends in der internationalen Zivilgesellschaft, in: Peripherie 71.
- Walk, Heike/Brunnengräber, Achim(2000): Die Globalisierungswächter: NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima, Münster
- Wallerstein, Immanuel (1984a): Der historische Kapitalismus, Hamburg.
- Wallerstein, Immanuel (1984b): Zukunft des historischen Kapitalismus, in: Das Argument 143, Jg. 26.

- Wapner, Paul(1995): Politics Beyond The State. Environmental Activism and World Civic Poltitics, in: World Poltics 47
- Wegner, Roger(1993): Nichtregierungsorganisationen und Entwicklungshilfe, Hamburg
- Wegner, Roger (1994): Zur Rolle von Nichtregierungsorganisationen in der „neuen Weltordnung“: Entstaatlichung der Sozialpolitik order Bürokratisierung der NRO?, in: Hein, Wolfgang(Hrsg.): Umbruch in der Weltgesellschaft. Auf dem Wege zu einer „Neuen Weltordnung“?, Hamburg.
- Woo, Hye-Young (1999): 1990 Nyundae Hanguk Siminundongdancheui Undongjonlyake Daehan Yeonku (*Bewegungsstrategien südkoreanischer Bürgerintiativen in den 90er Jahren*), MA an der Uni. Korea.
- Yu, Pal-Mu (1995): Siminsahoeui Seonsangkwa Siminundong (*Heranwachsen der Zivilgesellschaft und Bürgerbewegung*), in: der./Kim, Ho-Ki (Hrsg.): Siminsahoewa Siminundong (*Zivilgesellschaft und Bürgerbewegung*), Seoul.
- Yu, Pal-Mu (1998): NGOui Yeoksajok Sahoejok Yeokhal (*historische soziale Rolle von NGOs*), in: Dongseo Yeongu (*Ost-West-Studie* Jg. 10, Heft 2), Seoul.
- Yun, Sang-Chol (2005): 1990nyeondae Hanguk Saheoundong (*Soziale Bewegungen Südkoreas in den 90er Jahren*), in: Kyungjewa Saheo (*Ökonomie und Gesellschaft* 66), Seoul.
- Zapf, Wolfgang (1995): Modernisierungstheorien in der Transformationsforschung, in: Klaus von Beyme/Claus Offe (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, PVS Sonderheft 26/1995, Opladen.
- Zimmer, Annette (1996): Was bringt die Dritte Sektor-Forschung den internationale MGOs und Bewegungsnetzwerken?, in: Forschungsjournal, Jg. 9, Heft 2.

Zürn, Michael(1992): Jenseits der Staatlichkeit: Über die Folgen der ungleichzeitigen Denationalisierung, in: Leviathan, Heft 4, Opladen

Zürn, Michael (1998a): Regieren jenseits des Nationalstaates, Frankfurt/a. M.

Zürn, Michael (1998b): Gesellschaftliche Denationalisierung und Regieren in der OECD-Welt, in: Kohler-Koch, B (Hrsg.): Regieren in entgrenzten Räumen, Politische Vierteljahresschrift, Sonderband 29/98

Internetquelle

www.people21.or.kr

www.ccej.or.kr

www.kfem.or.kr

www.ohmynews.com

www.ngotimes.net

www.mic.go.kr

www.naver.com

www.un.org

www.hani.co.kr